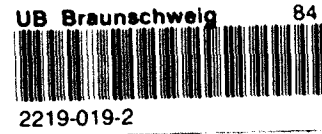


Watenstedt Schlüter
Stadtteil Watenstedt



500 +

9.9.19 - 019 2

Verordnungs-Sammlung

für die

Herzogl. Braunschweigischen Lande.

8^{ter} Jahrgang 1821.



Braunschweig,

gedruckt in der Fürstlichen Waisenhaus - Buchdruckerei.

I.
I n h a l t
 der
 in dem 8^{ten} Jahrgange der Verordnungs-
 Sammlung
 befindlichen Nummern.

- I. (1) **V**erordnung, die Erstreckung der bisher nur von dem Schwedischen Eisen erhobenen Abgabe von 2 Rthlr. für den Centner auf alles übrige außerhalb Deutschland producirt Eisen betreffend. D. D. Braunschweig, den 30sten Januar 1821.
- II. (2) **V**erordnung, die Bekanntmachung des Bundestags-Beschlusses wegen des Kammergerichts-Archivs betreffend. D. D. Braunschweig, den 20sten Februar 1821.
- III. (3) **V**erordnung, die diesjährige Feier des Sieges bei Waterloo betreffend. D. D. Braunschweig, den 6ten Junius 1821.
- IV. (4) **V**erordnung, einen zum Vorschein gekommenen falschen Friedrichsd'or betreffend. D. D. Braunschweig, den 24sten Julius 1821.
- V. (5) **V**erordnung, die Eröffnung der niedern Jagd in diesem Jahre betreffend. D. D. Braunschweig, den 27sten August 1821.
- VI. (6) **B**ekanntmachung, die diesjährige Feier des Leipziger Sieges betreffend. D. D. Braunschweig, den 27sten September 1821.

- VII. (7) Verordnung, das Landes-Steuer-Collegium und dessen Geschäftskreis betreffend. D. D. Herrnhausen, den 29sten October 1821.
- VIII. (8) Verordnung, die modificirte Gewerbe- und Gilden-Ordnung betreffend. D. D. Herrnhausen, den 29sten October 1821.
- IX. (9) Verordnung, die Gewerbesteuer betreffend. D. D. Herrnhausen, den 29sten October 1821.
- X. (10) Verordnung, die Stempelfsteuer betreffend. D. D. Herrnhausen, den 29sten October 1821.
- XI. (11) Verordnung, die Personalssteuer betreffend. D. D. Herrnhausen, den 29sten October 1821.
- XII. (12) Verordnung, die Landeschulden betreffend. D. D. Herrnhausen, den 29sten October 1821.
- (13) Verordnung, die Schulden Fürstlicher Cammer betreffend. D. D. Herrnhausen, den 29sten October 1821.
- XIII. (14) Verordnung, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betreffend. D. D. Herrnhausen, den 29sten October 1821.
- XIV. (15) Verordnung, das Canton-Reglement betreffend. D. D. Carlton-House, den 30sten Julius 1821.
- XV. (16) Verordnung, die Kriegsartikel betreffend. D. D. Herrnhausen, den 29sten October 1821. nebst dem Reglement über die gegen Officiers, Unterofficiers und Gemeinen anzuwendenden Militärstrafen.
- (17) Verordnung, die Militärstrafen und Proceffe betreffend. D. D. Herrnhausen, den 29sten Oct. 1821.
- XVI. (18) Verordnung, die nochmalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betreffend. D. D. Braunschweig, den 12ten December 1821.

II.

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

zur

Verordnungs-Sammlung

des Jahres 1821.

	Seite
Abgaben, öffentliche, die Ausgleichung derselben	159 — 166
— Anfangszeitpunkt der gänzlichen Aufhebung aller bisherigen Befreiungen von Steuern und öffentlichen Lasten und Gleichstellung aller Landeseinwohner in dieser Hinsicht	160
— Geschäfte des Landes-Steuer-Collegii Behuf Bewirkung dieser Gleichstellung in Aufhebung der Grundabgaben	160 — 161
— Aufhebung der bis jetzt entrichteten Exemtensteuer und des früher hergebrachten Vertheilungsfußes nach Römernmonaten und einseitigen Fortbezahlung der bisherigen Exemten-Steuer	161 — 162
— Entschädigung der Besitzer bisher contributionsfreier Grundstücke durch Steuer-Relutionscheine	162

Abgaben, öffentliche, Ausfertigung und Verzinsung dieser Scheine	163
— Beschränkungen, welchen die Disposition darüber unterliegt	164 — 165
— welche Besitzungen von dieser Gleichstellung der öffentlichen Grundabgaben ausgeschlossen sein sollen	165
— Aufhebung aller übrigen vormals bestandenener Steuerbefreiungen ohne Entschädigung und Feststellung des Grundfasses, daß künftig jeder Landeseinwohner den allgemeinen Steuergesetzen unterworfen sein soll	166
Accise, die Erstreckung der bisher nur von dem Schwedischen Eisen erhobenen, von 2 Rthlr. für den Centner auf alles übrige außerhalb Deutschland producirte Eisen	1 — 2

B.

Beeidigung der Unterofficiere und Soldaten, Instruction über dieselbe	243 — 244
Bundestags-Beschluß, die Bekanntmachung u. wegen des Cammerarchivs genommen	3 — 10

C.

Cammer Schulden, die künftige Verwaltung, Verzinsung und Abtragung derselben	155 — 158
— Behörde, zu deren Ressort diese Geschäfte vom 1sten Jan. 1822 gehören	155
— Bestimmung der Schulden, welche zu den Schulden Fürstl. Cammer gehören	155 — 156
— Abänderungen, unter welchen das Landesgrundgesetz vom 1sten Mai 1794 für die Zukunft von Neuem bestätigt wird	156 — 157

Cammer Schulden, Anwendung dessen, was wegen der allmählichen Rückzahlung der Landesschulden, der einseitigen Verzinsung der zu geringern Zinsen, als 3 pr. C. belegten Landesschulden = Capitalien, der Zinsenerhebung und Portofreiheit der Landesschulden = Obligationen verordnet worden, auf die Fürstl. Cammer Schulden	157 — 158
— desgleichen dessen, was wegen der bei dem Steuercollegio zu bestellenden Cautionen verordnet worden, auch auf die bei Fürstl. Cammer zu bestellenden Cautionen	158
Canton-Reglement	167 — 201
— I. Capitel. Allgemeine Militairpflichtigkeit, Bestimmung und Dauer derselben	168 — 170
— II. Cap. Von dem Bestande der bewaffneten Macht	170 — 172
— III. Cap. Von den Befreiungen von der Militairpflichtigkeit	173 — 177
— IV. Cap. Von der Anlegung der Canton-Rollen	177 — 178
— V. Cap. Zusammensetzung der Canton-Commissionen und allgemeine Vorschriften für dieselben,	178 — 180
— VI. Cap. Von dem Verfahren der Canton-Commissionen und dem Loosen	180 — 186
— VII. Cap. Von der Vertauschung des Looses und von der Stellvertretung	186 — 190
— VIII. Cap. Von der Verabschiedung und Versetzung zu der Reserve oder dem Reserve-Depot	190 — 192
— IX. Cap. Von der Ergänzung der Truppen	192 — 194
— X. Cap. Von dem Heirathen der Cantonisten	194 — 196

Canton-Reglement:

- XI. Cap. Von dem Austreten und der Desertion 196 — 199
- XII. Cap. Von dem Gerichtsstande der beurlaubten Soldaten 199 — 201
- Formulare zum Canton Reglement 201 — 202

Cauttionen, die bei Fürstl. Cammer oder bei dem Landes-Steuer-Collegio zu bestellenden, s. Cammersschulden, Landeschulden.

Chausseebauwesen, künftige Besorgung desselben, s. Landes-Steuer-Collegium.

Contribution, Herbeiziehung der bisher nicht contributionspflichtigen Grundstücke zu denselben, s. Abgaben.

C.

Eisen, Accise von dem außerhalb Deutschland producirten, s. Accise.

Exemtensteuer, Aufhebung und einstweilige Fortzahlung derselben, s. Abgaben.

F.

Feier, diesjährige, des Sieges bei Waterloo 11 — 12

— — — — — Leipzig 17 — 18

Friedrichsd'or, Warnung wegen eines zum Vorschein gekommenen falschen 13 — 14

G.

Gerichtsverfahren, gegen das Militair, Reglement über selbiges s. Militair.

Gewerbe- und Gildeordnung, die modificirte 27 — 86

— 1te Abtheilung. Allgemeine Bestimmungen

über die Organisation und Verhältnisse der Gilden 29 — 38

Gewerbe- und Gildeordnung:

- 2te Abtheil. Von den vorgesezten Behörden, den Deputirten und Vorstehern der Gilden, den Gilde-Angelegenheiten, Versammlungen und Cassen und der obrigkeitlichen Leitung und Aufsicht darüber 39 — 51
- 3te Abtheil. Von den zu den Gilden gehörigen Personen, ihren Rechten und Verbindlichkeiten 51 — 86
- — 1ster Titel. Von den Lehrlingen 51 — 58
- — 2ter Tit. Von den Gesellen 59 — 75
- — 3ter Tit. Von den Meistern und Lehrherren 75 — 86

Gewerbesteuer, die Aufhebung der bisher beibehaltenen Westfälischen und Veranlagung und Erhebung einer neuen 87 — 106

— Anfangszeitpunkt der Erhebung 88

— welche Personen zur Lösung eines Gewerbescheins und Erlegung der Gewerbsteuer verbunden sind 88

— Ausstellung und Erneuerung der Gewerbescheine 89 — 90

— Entscheidung der Beschwerden über Verweigerung derselben an Einländer oder dritter Personen über die Ertheilung der Gewerbescheine 90 — 91

— Ertheilung der Gewerbescheine an Ausländer 91

— jährliche Veranlagung zur Gewerbsteuer 92

— Anfertigung eines Haupt-Etats sämtlicher Gewerbesteuerpflichtigen 92 — 94

— desgleichen der Nachtrags-Etats 94

Gewerbsteuer:

— Prüfung dieser Etats, Anfertigung der Hebes Rollen und Ausfertigung der Gewerbescheine durch das Landessteuer-Collegium	94 — 95
— wenn eher und an wen die Steuer zu zahlen	95
— Beitreibung der Rückstände derselben	—
— wie es mit den Reclamationen gegen Gewer- besteueransätze zu halten	—
— Ausfertigung freier Gewerbscheine für Un- vermögende	96
— von Erlegung dieser Steuer befreite und eines Gewerbescheins nicht bedürftige Per- sonen	96 — 97
— Gegenstände, womit der Hausirhandel außer den Messen und Jahrmärkten ausschließlich erlaubt ist	97
— Personen, welchen Gewerbscheine darauf zu ertheilen, und Strafen, womit die den Po- lizeiverfügungen zuwiderhandelnden Hausir- händler zu belegen	97 — 98
— Gewerbe, welche neben dem Gewerbescheine zur Ausübung in den einzelnen Orten der besondern Erlaubniß der Ortsobrigkeit be- dürfen	98
— Ertheilung von Abschriften der Gewerbescheine	—
— Verpflichtung der Gewerbestenerpflichtigen zur Vorzeigung des Gewerbescheins auf An- forderung obrigkeitlicher Personen u.	98 — 99
— Verfolgung und Bestrafung der Gewerbe- steuer-Contraventionen	99
Gewerbsteuer-Tarif	101 — 106
— Benennung der Gewerbetreibenden, welche	

Seite

Seite

außer den Classen nach dem Umfange des
Gewerbes veranlagt werden 101 — 102

Gewerbsteuer-Tarif:

— 1ste Classe	103
— 2te —	103 — 104
— 3te —	104 — 105
— 4te —	105 — 106
— 5te —	106

Gildeordnung, die modificirte, s. Gewerbe und
Gildeordnung.

Grundabgaben, Gleichstellung derselben, siehe
Abgaben.

H.

Hausirhandel, Bestimmungen darüber, mit wel-
chen Gegenständen derselbe außer den Mes-
sen und Jahrmärkten erlaubt und welchen
Personen er gestattet ist, desgleichen, wel-
chen Strafen die den Polizeiverfügungen zu-
widerhandelnden Hausirhändler treffen, s.
Gewerbsteuer.

Hypotheken, nochmalige Verlängerung der Frist
zur Anmeldung derselben bis zum 31sten
December 1822 291 — 292

I.

Sagb, niedere, Eröffnung derselben in diesem
Jahre 15 — 16

Instruction, für die Beerdigung der Unteroffi-
ciere und Soldaten 243 — 244

R.

Kammergerichts-Archiv, Bekanntmachung des wegen desselben genommenen Bundestagsbeschlusses	3 — 10
Kriegsartikel, neue, für das gesamte Militair	203 — 231
— 1ster Abschnitt, für die Gemeinen	204 — 223
— 2ter — für die Unterofficiers	223 — 227
— 3ter — für die Officiers	227 — 231
Kriegsgerichte, s. Militair.	

L.

Landeschulden, die künftige Verwaltung, Verzinsung und allmähliche Rückzahlung derselben	147 — 154
— Behörde, zu deren Ressort die Besorgung dieser Geschäfte künftig gehören sollen	148
— Bestimmung der Schulden, welche dazu gehören und derer, welche nicht als solche betrachtet werden sollen	148 — 149
— aus welcher Casse die Landeschulden zu verzinsen und welche Gelder zu deren Abtragung zu verwenden	149
— Bestimmungen über die Rückzahlung der Capitalien	149 — 151
— Erhöhung des Zinsfußes der zu weniger als 3 pr. C. Zinsen belegten Capitalien, hinsichtlich derer eine freiwillige Kündigung statt fand	151
— einstweilige Ausnahme der Capitalien, wels-	

Ob die Landescasse dem Leihhause schuldet, von dieser Bestimmung	151 — 152
--	-----------

Landeschulden:

— Befreiung der öffentlichen Landescassen von der Berichtigung anderer Zinsen, als solcher, welche in den Verschreibungen versprochen oder durch diese Verordnung bestimmt sind	152
— Erfordernisse zur Zinsenerhebung und Porstfreiheit der zum Behuf mit der Post an die Landessteuer-Casse eingesandten Obligationen	153
— Art und Weise der Bestellung der bei dem Landessteuer-Collegio von dem anzustellenden Cassepersonal zu beschaffenden Cautioren und, wie es mit der Verzinsung der in baarem Gelde bestellten, deren Rückzahlung und Verwendung zu halten	—

Landessteuer-Casse, deren Verwaltung, Einnahme, Ausgabe und Ueberschuß s. Landeschulden, Landessteuer-Collegium.

Landessteuer-Collegium, die Errichtung und der Geschäftskreis desselben	19 — 26
— Anfangszeitpunkt seiner Wirksamkeit	19 — 20
— Bestimmung des Geschäftskreises	20
— dessen Besorgung des Landeschuldenwesens	20 — 21
— — — — — Chauffeebauwesens	21
— die Landessteuer-Casse, deren Verwaltung, Einnahme, Ausgabe und Ueberschuß	22 — 23
— Geschäftsordnung bei diesem Collegio im Allgemeinen	23 — 24
— Geschäftskreis des Landsyndici bei selbigem	24 — 25

Landessteuer-Collegium:

- Collation der Landschaftlichen Stipendien 25
- Ablieferung der zu dem Geschäftskreise desselben gehörigen Acten und Verweisung der ihm unterzuordnenden Behörden und Officianten von Seiten Fürstlicher Cammer an dasselbe 25 — 26

Land syndicus, Geschäftskreis desselben bei dem Landessteuer-Collegium, s. Landessteuer-Collegium.

Leipzig, vierjährige Feier des daselbst errungenen Sieges 17 — 18

M.

- Militair, Reglement über das gerichtliche Verfahren gegen dasselbe 245 — 288
- I. Abtheilung. Von dem Verfahren bei der Bestrafung der Militairvergehen 346 — 278
 - 1ster Abschnitt. Von dem Rechte der Commandeurs, Militairvergehen zu bestrafen 246 — 250
 - 2ter Abschnitt. Von den Kriegsgerichten 250 — 270
 - 3ter Abschnitt. Von den Standgerichten 270 — 274
 - 4ter Abschnitt. Arrest während der Kriegs- und standgerichtlichen Untersuchungen 274 — 278
 - II. Abtheilung. Von dem Verfahren bei der Bestrafung der nicht militairischen Vergehen der Militairpersonen 278 — 283
 - III. Abtheilung. Von dem Verfahren in bürgerlichen Klagesachen der Militairpersonen 283 — 288

Militair-Aushebung s. Canton-Reglement.

Militair-Beeidigung s. Beeidigung.

Militairpflichtigkeit, Reglement über selbige und über die Austheilung und Ergänzung des von den hiesigen Landen bundesmäßig zu unterhaltenden Truppencontingents, s. Canton-Reglement.

Militair-Proceffe s. Militair.

Militair-Strafen, Reglement über die gegen Officiers, Unterofficiers und Gemeinen anzuwendenden 232 — 242

O.

Obligationen, der Fürstl. Cammer und Landschaftliche, die Portofreiheit der zum Verhuf der Zinsenerhebung von Fürstl. Cammer oder an die Landessteuer-Casse eingesandten, s. Cammerschulden, Landesschulden.

P.

- Personalsteuer, die fernere Erhebung derselben 135 — 145
- Anfangszeitpunkt der Wirksamkeit der abändernden nähern Bestimmungen darüber 136
 - nähere Bestimmung der bisher bestandenen zehn Classen 136 — 140
 - Besteuerung der Familienglieder, der Geschwister oder sonstigen Verwandten und der Fremden 140
 - desgleichen des Bestandes 140 — 141
 - desgleichen der Hauslehrer, Privatsecreteire, Oeconomieverwalter 141

Personalsteuer:

— Besteuerung des Wirthschaftsgefindes und der Gesellen und Lehrlinge	141
— wo dieselbe angesetzt und erhoben wird	—
— in welche Classe die zum Ansatze in verschiedenen Classen sich eignenden Personen zu setzen und wie mehrere Personen anzuziehen, welche nach dem Grundsteuer-Betrage besteuert und ein Grundstück gemeinschaftlich besitzen	142
— Besteuerung der Capitalisten, imgleichen aller derjenigen Personen, welche in der Classification nicht ausdrücklich benannt sind, und deren Pächter	—
— von der Personalsteuer ganz oder zur Hälfte befreiten Personen	142 — 149
— Rectification der bestehenden Steuerrollen und Prüfung der Reclamationen	145

M.

Reglement über die Militair-Aushebung siehe Canton-Reglement.

— über das Gerichtsverfahren gegen Militairpersonen s. Militair.

— über die Militairstrafen s. Militairstrafen.

Relutionscheine, Steuer- s. Abgaben.

S.

Schulden, die der Fürstl. Cammer siehe Cammerschulden.

— Landschaftliche s. Landesschulden.

Seite

Soldaten, Beeidigung derselben	243 — 244
Standgerichte s. Militair.	
Stempelsteuer, die künftig in hiesigen Landen zu erhebende	107 — 134
— Anfangszeitpunkt der Erhebung	108
— Betrag des gewöhnlichen Stempels und die demselben unterworfenen Gegenstände	108 — 109
— Gegenstände, von welchen ein höherer Stempelsatz zu entrichten und Bestimmung dessen Betrages	109
— a) bei richterlichen Erkenntnissen	109 — 110
— b) bei Bestellung der Vormünder und Curatoren	110
— c) bei schriftlichen Verträgen	110 — 111
insbesondere:	
1) bei Kaufcontracten	111 — 112
2) bei Leibrenten und sonstigen Nebencontracten	112
3) bei Tauschcontracten	112
4) bei Pacht- und Mietcontracten	112 — 113
5) bei trocknen oder eigenen Wechseln	113
— d) bei Testamenten oder sonstigen Verfügungen auf den Todesfall	113
— e) bei Allodial-Erbchaften und Legaten	—
— f) von Calendern	114
— g) von einländischen Intelligenzblättern und Zeitungen,	—
— h) von den Spielfarten	—
— die von derselben befreiten Gegenstände	115 — 117
— Verbot des Abschneidens des Stempels von dem Stempelbogen und Bestimmungen des reservirten Stempels	117 — 118
— Verfahren der Gerichte hinsichtlich der Stemp.	

pelabgabe in den Processen einer von der Stempelsteuer befreiten Partei und bei den Untersuchungsfachen, wenn der Angeschuldete zur Erstattung der Kosten schuldig erkannt und dazu vermögend ist 118

Stempelsteuer:

- die den Erben obliegende Verbindlichkeit zur Einreichung eines Verzeichnisses von dem ihnen zugefallenen Nachlasse bei dem betreffenden Gerichte 118 — 119
- Berechnung der Erbschaftsteuer und Bestimmung des Zeitraums, binnen welchem dieselbe zu bezahlen 119 — 120
- Folgen und Bestrafung des Nichtgebrauchs des Stempels, insbesondere der nicht entrichteten Erbschaftsteuer 120 — 121
- Controllirung der Erbschaftsteuer . . . 121
- Bestrafung der Drucker oder Redacteurs von Zeitschriften, welche mehr Exemplare, als wofür die Steuer erlegt worden, drucken oder drucken lassen, desgleichen der Verkäufer ungestempelter Kalender 121 — 122
- Verbot der Einführung und des Debits aller, selbst der vorschristmäßig gestempelten Spielkarten ohne Erlaubniß des Landessteuer-Collegii, so wie des Gebrauchs ungestempelter Karten und die darauf gesetzten Strafen . . 122
- Verpflichtungen der Staatsdiener, insbesondere der gerichtlichen Behörden, Steuerofficianten, Notarien und Anwälde in Beziehung auf die Stempelsteuer 122 — 123
- solidarische Verhaftung der Mitschuldigen einer Stempelsteuer-Contravention für die erkannte Strafe 123

Stempelsteuer:

- sonstige Bestimmungen über die Contraventionen gegen diese Steuern und deren Bestrafung 123 — 124
- Tarif derselben 125 — 134

Steuer-Collegium, s. Landessteuer-Collegium.

Steuer-Relutionscheine, s. Abgaben.

Stipendien, landschaftliche, deren Collation, s. Landessteuer-Collegium.

I.

- Tarif der Gewerbesteuer 101 — 106
- Tarif der Grundsteuer 125 — 134

II.

- Unterofficiers, Beeidigung derselben . . . 245 — 244

III.

- Waterloo, diesjährige Feier des daselbst errungenen Sieges 11 — 12

IV.

- Zahlpfennige, die den Pistolen Königl. Preuss. Gepräges ähnlichen, aus Messing bestehenden und übergoldeten, Verbot des Verkaufs und Confiscation derselben 15 — 11
- Zünfte, die modificirte Ordnung für selbige, s. Gewerbe- und Gilde-Ordnung.

Verordnungs - Sammlung.

N^{ro.} 1.

D. D. Braunschweig, den 9ten Februar 1821.

- (1.) Verordnung, die Erstreckung der bisher nur von dem Schwedischen Eisen erhobenen Abgabe von 2 Rthlr. für den Centner auf alles übrige außerhalb Deutschland producirte Eisen betreffend. Braunschweig, den 30sten Januar 1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Vetzters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

Da es die Absicht gewesen, unter dem Ausdrucke Schwedisches Eisen, auf dessen Einführung in dem untern 11ten März 1815 publicirten Accise-Tarif vom 3ten Februar desselben Jahrs eine Abgabe von 2 Rthlr. für den Centner gelegt worden, im Allgemeinen alles außerhalb Deutschland producirte Eisen zu verstehen, welches in die

hiesigen Lande eingeführt werden möchte, so wollen Wir solches, und daß mithin alles außerhalb Deutschland erzeugte Eisen, es mag solches, unter welchem Namen es sey, in die hiesigen Lande eingeführt werden, der obgedachten Abgabe von Zwei Thaler für den Centner unterliege, zur Vermeidung alles Mißverständnisses ausdrücklich damit declariren und hat sich daher ein Jeder, den solches angeht, insbesondere aber sämtliche Zoll- und Accise-Officianten, hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 30^{ten} Januar 1821.

(L. S.)

Auf Allerhöchsten Special-Befehl.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt-Phiseldack. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro}. 2.

D. D. Braunschweig, den 2ten März 1821.

- (2.) Verordnung, die Bekanntmachung des Bundestags-Beschlusses wegen des Kammergerichts-Archivs betreffend. D. D. Braunschweig, den 20ten Februar 1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnade den König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unserer vielgeliebten Vetter, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

Demnach die Deutsche Bundesversammlung am 25^{ten} Januar d. J. in Beziehung auf das Archiv des vormaligen Reichskammergerichts zu Wehlar nachfolgenden Beschluß genommen hat:

1. Das Archiv des ehemaligen Kaiserlichen und Reichskammergerichts verbleibt eine Reihe von wenigstens 20 Jahren unter der Direction der Bundesversammlung in der von dieser angeordneten Verwahrung;

während dieses Zeitraums werden aus demselben einzelne Acten, jedoch nur auf besonderes Verlangen, nach festgesetzten Bestimmungen ausgeliefert; zugleich soll die gänzliche Auseinandersetzung vorbereitet werden.

2. Zur Aufbewahrung des Archivs werden die, dem Königl. Preussischen Hofe eigenhämlich zustehenden, ehemaligen Cameralgebäude, dessen Anerbieten gemäß, ferner benutzt, und derselbe wird auch das erforderliche Local zu der Actenauscheidung und Auslieferung neben dem Archivgebäude anweisen lassen.
3. Zur Verwahrung des Archivs, Auslieferung der Acten, und zur Vorbereitung der Auseinandersetzung, ist eine eigene Commission angeordnet, welche aus 2 fachkundigen, zu Wehlar wohnenden Männern besteht. Das eine Mitglied der Commission wird von Seiten der Bundesversammlung ernannt, die Ernennung des andern Mitglieds wird der Königl. Preussischen Regierung überlassen. Die ernannten Commissarien stellen der Bundesversammlung eidliche Reversse wegen treuer und gewissenhafter Besorgung des ihnen aufgetragenen Geschäfts aus, und wählen sich zur Hülfsleistung pensionirte, ehemalige Cammergerichts-Canzleipersonen, welche, nach erfolgter Genehmigung der Bundesversammlung, auf den hier-

über zu erstattenden Bericht, von ihnen selbst mitgetheilt Handgelübde verpflichtet werden.

Die Commission führt die Benennung:

**Zu dem reichscammergerichtlichen Archive
von der Deutschen Bundes-Versammlung
verordnete Commission,**

und bedient sich eines mit gleicher Inschrift versehenen Siegels.

4. Diejenigen Acten, welche nach dem cammergerichtlichen Verfahren zu Extrajudicialsachen gehören, mithin durch die Reproduction noch nicht gemeinschaftlich geworden, vielmehr alleiniges Eigenthum des exhibirenden Theils verblieben sind, können dem letzteren oder dessen Nachfolger selbst verabsfolgt werden.
5. Acten in noch nicht entschiedenen Judicialsachen zwischen Privaten, mithin solche, welche durch die Reproduction gemeinschaftliches Eigenthum der Parteien geworden sind, können weder an den einen, noch an den andern Theil, noch an beide zugleich, auf deren alleiniges Anmelden ausgeliefert werden, sondern es ist hiezu ein Ersuchen desjenigen Gerichts, welches jezo in der Sache zu erkennen haben würde, erforderlich. Die Interessenten haben sich also zunächst an dieses Gericht zu wenden, von welchem dann die Beurtheilung und erforderliche Berichtigung

der Legitimation, so wie die nöthige Benachrichtigung aller Theilhaber gewärtigt wird.

6. Werden Acten in bereits abgeurtheilten Sachen verlangt, so ist das zu beobachten, was in dem nächstvorhergehenden Paragraphen festgesetzt ist.
7. Ist die Competenz eines Gerichts zweifelhaft oder streitig, oder concurriren mehrere Gerichte, so hat die Commission an die Bundesversammlung 'guthachtlichen Bericht zu erstatten, und Entschließung zu gewärtigen.
8. Wenn ehemalige Reichslande, welche bei dem Cammergerichte mit einander in Streitigkeit verwickelt waren, jezo unter einem und dem nämlichen Souverain vereinigt sind, so können die desfalligen Acten an das oberste Gericht des letztern, auf dessen Verlangen, sofort ausgeantwortet werden.
9. Acten, welche Streitsachen von Privaten gegen Souveraine betreffen, können an die Gerichte dieser, vor welchen jezo Recht genommen werden muß, nur mit Vorwissen jener oder ihrer Nachfolger ausgeliefert werden, welchen daher das Ansuchen um Auslieferung, bevor diese geschieht, von der Commission kund gemacht, oder daß solches in andere Weise geschehen, nachgewiesen werden muß.
10. In Streitsachen unter den Souverainen selbst, ist die Auslieferung der Acten von einem Ueberein-

kommen der in Streit befangen gewesenen oder noch befangenen Regierungen abhängig.

11. Werden Acten, zu welchen Depositen gehören, ausgeliefert, so sind diese zugleich mit auszuantworten.
12. Testamente, wenn der Testator noch am Leben ist, werden an diesen, wenn derselbe aber mit Tode abgegangen ist, an das oberste Gericht des Landes, wo derselbe gewohnt, oder die Erbschaft gelegen, — Verträge und Schuldverschreibungen werden an die contrahirenden Theile oder deren Nachfolger unter wechselseitiger Einwilligung — übergebene Privilegien und Statuten, an die Exhibenten oder deren Nachfolger ausgehändigt.
13. Sind die beiden Commissarien in einem einzelnen Falle verschiedener Meinung, oder scheint ihnen die Sache sonst zweifelhaft, so haben dieselben an die Bundesversammlung Bericht zu erstatten und Entschließung abzuwarten. Gegen Verfügung der Commission kann der Recurs an die Bundesversammlung mit suspensiver Wirkung ergriffen werden.
14. Die Judicial-Acten, welche ausgeliefert werden sollen, werden vorher gehörig intulirt; der Introtation können die Interessenten, welchen überlassen bleibt, wegen der Zeit Erkundigung einzuziehen und desfalls keine besondere Vorladung zu erwarten

haben, selbst oder durch legitimirte Stellvertreter bewohnen, auch Abschrift des Actenprotokolls verlangen.

Die Gerichte werden bei ihrem Ersuchen zugleich die Art der Empfangnahme bemerklich machen; in andern Fällen kann eine Ausantwortung nur an den Interessenten selbst, oder an deren mit Specialgewalt zu versehende Bevollmächtigte geschehen. Ueber jede Auslieferung muß Empfangsbefcheinigung ertheilt werden.

15. Während dieses Auslieferungsgeschäfts hat die Commission alle diejenigen, ihr zur Hand kommenden Acten, deren Aufbewahrung im Ganzen, oder zum Theil nach ihrem Dastehen ohne allen Nutzen seyn würde, besonders zu reponiren, und solche mit dienlicher Erläuterung in ein von Zeit zu Zeit an die Bundesversammlung einzuschickendes Verzeichniß zu bringen.
16. Die Commission führt über ihre Verrichtungen ein eigenes Protokoll, zu welchem auch die Bescheinigungen über geschehene Auslieferung registrirt werden, und erstattet von sechs zu sechs Monaten Bericht über den Fortgang des Geschäfts an die Bundesversammlung.
17. Inspection der Acten ist nur den bei einer Sache Interessirten, die sich als solche gehörig legitimirt haben, oder deren mit Specialgewalt versehenen

Bevollmächtigten, in Gegenwart eines Mitgliedes der Commission, oder eines Gehülfen derselben, verstatet. Für die Inspection der Acten sind die rückständigen Protocollar-Gebühren so wenig, als die sonst von den Archivarien privatim bezogenen Aufsuchungs-Gebühren zu bezahlen, dagegen, und statt aller Gebühr sind für eine jede Sitzung, in so fern solche nicht länger als drei Stunden dauert, ein Gulden und dreißig Kreuzer im 24 fl. Fuße zu entrichten.

18. Bis zur endlichen Auseinandersetzung der Archive sind als Aushändigungs-Gebühr für die in einer einzelnen Sache verhandelten Acten überhaupt, und ohne Berücksichtigung deren Größe, fünf Gulden im 24 fl. Münzfuße, für einzelne Stücke, als Testamente, Verträge &c., welche nicht einen Theil von Acten — als von welchen solche nie getrennt werden dürfen — ausmachen, 1 fl. 30 Kr. zu entrichten. Die Ausantwortung übergebener Privilegien, Landesprocesse, Polizei-Ordnungen und Statuten ist von jeder Gebühr befreiet. Rückständige Protocollar-, Urtheils- und Follirungs-Gebühren können nicht gefordert werden.
19. Ueber die also bestimmten Aushändigungsgebühren ist von der Commission besondere Rechnung zu führen, und diese von 6 Monaten zu 6 Monaten neben

dem §. 16 gedachten Berichte an die Bundesversammlung einzuschicken. Die bereits vorhandenen Canzleitargelder hat die Commission ebenmäßig in Verwahrung zu nehmen, und eine abgesonderte Berechnung derselben der ersten Rechnung über die neue Einnahme beizulegen.

20. Aus dem Ertrage dieser Einnahme wird die Remuneration der Commissarien und derjenigen, welche Hülfe leisten, sammt den Kosten für Feuerung, Schreibmaterialien u. dgl. bestritten; die Bestimmung der Art der Vertheilung, nach Abzug der genannten Kosten, bleibt vorbehalten.

21. Wegen der cammergerichtlichen Bibliothek wird die Bundesversammlung dereinst besondere Entschließung fassen.

so lassen Wir solchen Beschluß denjenigen hiesigen Landeseinwohnern und Behörden, welche dabei interessirt seyn möchten, zur Nachricht und Nachachtung hiedurch bekannt machen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 20^{ten} Februar 1821.

(L. S.)

Auf Allerhöchsten Special-Befehl.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt-Phiseldack. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro}. 3.

D. D. Braunschweig, den 12ten Junius 1821.

(3.) Verordnung, die diesjährige Feier des Sieges bei Waterloo betreffend. D. D. Braunschweig, den 6ten Junius 1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

Die für das gesammte Deutschland und die hiesigen Lande so segensreichen Folgen des von den verbündeten Heeren am 18ten Junius 1815 bei Waterloo erfochtenen, glorreichen Sieges fordern uns bei der bevorstehenden Wiederkehr des Jahrestages desselben von Neuem auf, das Andenken dieses erfolgreichen Tages mit Dank gegen die göttliche Vorsehung zu erneuern. Auch im gegenwärtigen Jahre soll daher in sämmtlichen Kirchen

der hiesigen Lande am 17ten d. Mon., als an dem, dem Jahrestage jenes denkwürdigen Sieges zunächst vorhergehenden Sonntage, das Danklied: „Herr Gott, dich loben wir“ am Schlusse des vormittäglichen Gottesdienstes feierlich gesungen werden. Sämmtliche Prediger haben sich also hienach zu achten und das dieserhalb Erforderliche zu veranlassen, und vertrauen Wir zu denselben, daß sie auch diese religiöse Siegesfeier zur Erweckung und Verstärkung frommer, Gottergebener Gesinnungen unter ihren versammelten Gemeinden benützen werden.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 6ten Junius 1821.

(L. S.)

Auf Allerhöchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiseldack. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 4.

D. D. Braunschweig, den 31sten Julius 1821.

- (4) Verordnung, einen, zum Vorscheine gekommenen falschen Friedrichsd'or betreffend. D. D. Braunschweig, den 24sten Julius 1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

Da eingegangener Anzeige zufolge abermals ein den Pistolen Königlich Preussischen Gepräges aus der Regierungszeit des Königs Friedrich Wilhelm des Zweiten ähnlicher, aus Messing bestehender, übergolddeter Zahlpfennig, ungeachtet sich derselbe durch seine sehr geringe Schwere und das unter dem Brustbilde befindliche Wort: Kettle, auch dadurch, daß in der Umschrift statt Preussen, „Prussen“ steht, von den ächten Pistolen leicht unterscheid-

den läßt, in Zahlung angenommen worden, so lassen Wir solches, mit Beziehung auf die wegen eines früher bereits zum Vorschein gekommenen Zahlpfennigs dieser Art unterm 7^{ten} Juli v. J. vom Fürstl. Geheimenraths-Collegio erlassene Bekanntmachung, zur Warnung des Publikums hiemit nicht nur bekannt machen, sondern verbieten auch überall den Verkauf solcher Zahlpfennige damit gänzlich und wollen, daß alle Zahlpfennige obgedachten Gepräges, wo sie zum Verkaufe ausgebaut werden, sofort confiscirt und vernichtet werden.

Sämmtliche Behörden, welches dieses betrifft, haben sich hienach gebührend zu achten.

Braunschweig, den 24^{ten} Julius 1821.

(L. S.)

Auf Allerhöchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiselsbeck. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro}. 5.

D. D. Braunschweig, den 31^{sten} August 1821.

(5.) Verordnung, die Eröffnung der niedern Jagd in diesem Jahre betreffend. D. D. Braunschweig, den 27^{sten} August 1821.

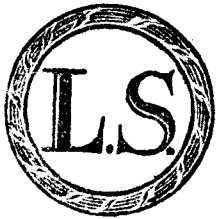
GEORG der Vierte, von Gottes Gnade den König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

Da in einigen Gegenden der hiesigen Lande die diesjährige Erndte um 8 bis 14 Tage später, als gewöhnlich, beendet seyn wird, so ist es erforderlich, zur Sicherstellung der annoch im Felde befindlichen Früchte vor etwaigen Beschädigungen, den zur Eröffnung der niedern Jagd sonst auf den 4^{ten} September eines jeden Jahrs festgesetzten Termin für dies Mal wieder bis zum funfzehnten September hinauszusetzen. Es geschieht

solches daher hiemit, und haben die Forstbediente und alle, welche es sonst betrifft, sich hienach auf das Genaueste zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Canzlei = Siegels.

Braunschweig, den 27sten August 1821.



Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt = Phiseldorf. v. Schleinitz.

Verordnungs = Sammlung.

N^{ro}. 6.

D. D. Braunschweig, den 2ten October 1821.

(6.) Bekanntmachung, die diesjährige Feier des Leipziger Sieges betreffend. Braunschweig, den 27sten September 1821.

Durch den am 18^{ten} October 1813 bei Leipzig erfochtenen Sieg ist der erste Grund zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit des gemeinschaftlichen deutschen Vaterlandes gelegt worden. Um die Gefühle der Dankbarkeit gegen die göttliche Vorsehung wegen der hiedurch für uns entstandenen segensreichen Folgen öffentlich wiederholt an den Tag zu legen, soll auch in diesem Jahre in sämmtlichen Kirchen der hiesigen Lande an dem zunächst auf den Jahrestag der Leipziger Schlacht folgenden Sonntage, den 20^{sten} October d. J., am Schlusse des Vormittags = Gottesdienstes ein feierliches Te Deum gesungen werden.

Es haben sich daher sämtliche Prediger hienach zu achten, und das dieserhalb Erforderliche zu besorgen.

Braunschweig, den 27^{ten} September 1821.

Fürstl. Braunschweig = Lüneburgisches Geheimen = Rath's,
Collegium.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt-Phiseldack. v. Schleinitz.

Verordnungs = Sammlung.

N^{ro}. 7.

D. D. Braunschweig, den 9ten November 1821.

(7.) Verordnung, das Landes = Steuer = Collegium und dessen Geschäftskreis betreffend. D. D. Herrnhausen, den 29sten October 1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unserer vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

Zur Ausführung der §. §. 19 — 22 der erneuerten Landschaftsordnung vom 25ten April 1820, die Einrichtung des Landes = Steuer = Collegii betreffend, verordnen Wir nunmehr, nach geschehener Berathung mit den versammelten Landständen, hiedurch Folgendes:

§. 1.

Das Landes = Steuer = Collegium soll mit dem Anfange des Jahres 1822 in Wirksamkeit treten, und durch

ein dazu abzuordnendes Mitglied des Fürstl. Geheimen-Raths-Collegii am 2ten Januar gedachten Jahres gehörig eröffnet werden.

§. 2.

Der Geschäftskreis des Landes-Steuer-Collegii ist schon im §. 20. der erneuerten Landschaftsordnung hauptsächlich bestimmt, und hat es dabei sein Verbleiben.

§. 3.

Außerdem aber wird demselben annoch übertragen:

- 1) die Beforgung des Landesschuldenwesens,
- 2) die Leitung der Chausséebauten im Lande und die Aufsicht über dieselben.

§. 4.

Das Landesschuldenwesen soll in Ansehung der Verzinsung und Abtragung der Capitalien in Gemäßheit Unserer desfalligen besondern Verordnung verwaltet werden.

§. 5.

Da die Liquidation der Landesschulden gegenwärtig so weit gediehen, daß es dazu einer besondern Behörde nicht mehr bedarf, so soll die durch die Verordnung vom 4ten December 1815 errichtete Landes-Schulden-Liquidations-Commission mit dem Schlusse des gegenwärtigen Jahres aufhören, und dasjenige, was in Liquidationsfachen annoch vorkommt, nach näherer Anleitung der Verordnungen vom 4ten December 1815 und 19ten December 1816,

wenn solches Forderungen an die Braunschweigische oder Blankenburgische Landschaft betrifft, von dem Landes-Steuer-Collegio, wenn es aber Forderungen an die Fürstl. Cammer oder Klostergüter betrifft, von der Fürstl. Cammer ferner besorgt werden.

Die Landes-Schulden-Liquidations-Commission, der Wir übrigen über ihre bisherige Geschäftsführung Unsere Zufriedenheit hiedurch gern bezeugen, hat demnach die vor ihr ergangenen Acten nach Vorstehendem an die genannten Behörden abzugeben.

§. 6.

Soviel das Chausséebaumwesen betrifft, hat das Landes-Steuer-Collegium über dasjenige, was darin zu beschaffen erforderlich und nach Maßgabe der Dringlichkeit und mit Rücksicht auf den dazu bestimmten Fonds im Laufe jedes Jahres beschafft werden kann, zeitig gutachtlich an das Fürstl. Geheime-Raths-Collegium zu berichten, und die genehmigten Bauten und Besserungen sodann durch den anzustellenden Wegbauinspector und das betreffende Local-Wegbaupersonal ausführen zu lassen, auch sich davon, daß solches gut und zweckmäßig geschehe, genügende Ueberzeugung zu verschaffen.

Am Schlusse jedes Jahres aber ist von den ausgeführten Chausséebauten, so wie über die in deren Gefolge etwa

erforderlich werdende Anlegung neuer oder Verlegung der bisherigen Chausseegeldrecepturen Bericht zu erstatten.

§. 7.

Die Landes-Steuer-Casse, welche durch einen Landrentmeister mit dem erforderlichen übrigen Personal unter der Aufsicht des Landes-Steuer-Collegii verwaltet werden soll, hat die Einnahme der Steuern, nämlich der Contribution und dahin gehörigen Anlagen, des Proviantgeldes, des Services, der Personal- und Gewerbe-Steuer, sofern letztere nach der desfalligen besondern Verordnung ferner bestehen bleibt, der Chausseegelder, des Stempels und der Accise durch die betreffenden Unterrecepturen zu erheben, davon die Zinsen der Landesschulden, die der Steuer-Casse obliegenden Besoldungen, die Kosten des Militäirs, in Gemäßheit der deshalb eingetretenen, besondern Verabredung, die für fremdes durchmarschirendes Militair, zur Bestreitung der allgemeinen Bundesverpflichtungen und zum Chausseebaue erforderlichen Kosten, so wie die sonstigen Ausgaben zu bestreiten, welche ihrer Natur nach, oder in Gemäßheit der genehmigten Etats, der allgemeinen Landes-Casse obliegen.

Das Landes-Steuer-Collegium hat darüber, daß diesem allen den bestehenden Gesetzen und Uebereinkünften gemäß gehörig nachgekommen werde, zu halten, und wenn nach Bestreitung der erforderlichen Ausgaben sich ein Ueber-

schuß, welcher nicht schon durch Uebereinkunft mit den Landständen seine Bestimmung erhalten, ergiebt, sodann über dessen Verwendung zur Abtragung der Landesschuld, in Gemäßheit Unserer desfalligen besondern Verordnung, oder sonst zum allgemeinen Besten des Landes, gutachtlichen Bericht zu erstatten und in Gemäßheit der darauf erfolgenden Landesherrlichen Entscheidung das Weitere deshalb zu besorgen.

§. 8.

Das Landes-Steuer-Collegium hat über alle zu seinem Geschäftskreis gehörigen Gegenstände, in Gemäßheit des §. 21. der erneuerten Landschaftsordnung, zu berathen und selbige in so kurzer Frist, als es den Umständen nach erforderlich ist, zu erledigen.

In dem Vertrauen, daß dasselbe sich dieses ganz besonders werde angelegen seyn lassen, wollen Wir die Zahl der Sitzungen nicht im Voraus bestimmen, sondern es dem Eifer der Mitglieder selbst überlassen, die erforderlichen Sitzungen nach Bedürfniß der vorkommenden Sachen selbst anzuordnen, wie denn auch eine vollständige Geschäftsordnung im Collegio selbst noch in Gemäßheit des §. 22. gedachter Verordnung für jezt ausgesetzt bleibt. Im Allgemeinen hat jedoch

1) das vorsitzende Mitglied alle eingehende Sachen zu erblicken, und dazu die Referenten zu ernennen, hiebei aber auf verhältnißmäßige Vertheilung der Geschäfte, so wie auf deren Sachzusammenhang Rücksicht zu nehmen;

2) ist über die eingehenden Sachen, und über dasjenige, was darauf verfügt worden, ordentlich Buch zu halten;

3) jeder Referent ist schuldig, die ihm zugetheilten Arbeiten so schnell als möglich zu fördern. Von allen Sachen, welche mit Ablauf jedes Monats länger als 4 Wochen sich unerledigt finden, ist sodann dem Vorsitzenden durch den Landsyndicus ein Verzeichniß vorzulegen, damit dadurch der Vorsitzende Gelegenheit erhalte, deren Erledigung durch den Referenten zu bewirken.

4) Da ein großer Theil der im Steuer-Collegio zur Berathung kommenden Gegenstände sehr leicht übersichtlich ist, so ist ein schriftliches Votiren nur dann zu veranlassen, wenn es die Wichtigkeit der Sache rathsam erscheinen läßt, in den übrigen Fällen aber auf den Vortrag des Referenten sogleich mündlich zu votiren, und nach der Stimmenmehrheit der Beschluß zu fassen.

§. 9.

Der Geschäftskreis des Landsyndici bei dem Landes-Steuer-Collegio ist durch den §. 38. der erneuerten Landschaftsordnung bereits bezeichnet. Er ist vermöge des ihm darin beigelegten voti consultativi schuldig, seine gutachtliche Meinung jedes Mal, wenn solche verlangt wird, und, wenn er bei einer zum Vortrage kommenden Sache Bedenken hat, auch unaufgefordert, schriftlich oder mündlich, der Beschaffenheit der Sache oder der Anweisung des Vorsitzen-

den gemäß, abzugeben. Ueber solches Gutachten wird von dem Collegio eben so, wie über den Gegenstand selbst, abgestimmt, jedoch bei dieser Abstimmung die beratthende Stimme des Landsyndici nicht mitgezählt.

§. 10.

Die durch die §. §. 35. und 36. der erneuerten Landschaftsordnung in Ansehung ihrer übrigen Wirksamkeit näher bestimmten landschaftlichen Ausschüsse haben gemeinschaftlich und ohne jedoch der Landescasse dadurch Kosten zu veranlassen, die Collation der landschaftlichen Stipendien in Gemäßheit der deshalb getroffenen Uebereinkunft, und in Ansehung der von Privatpersonen gestifteten Stipendien, nach Vorschrift der betreffenden Fundations-Urkunden, zu besorgen, und über diese Stipendien-Gelder bei der Landes-Steuer-Casse besondere Berechnung führen zu lassen.

§. 11.

Die Fürstl. Cammer, welche bislang die §. 7. erwähnten Steuern und sonstige Geschäfte verwaltete, hat die betreffenden Acten an die Registratur des Landes-Steuer-Collegii abliefern zu lassen, sämmtliche nach Maaßgabe des Geschäftskreises dem Landes-Steuer-Collegio untergeordnet werdende Behörden und Officianten an dasselbe, soviel dessen Wirkungskreis betrifft, zu verweisen, auch die verschiedenen Cassenbehörden dahin anzuweisen, daß sie die im §. 7. genannten Landeseinkünfte vom Anfange des nächsten Jah-

reß an, an die Landes-Steuer-Casse abliefern, die untergeordneten Behörden aber haben dem Landes-Steuer-Collegio die gebührende Folge zu leisten und übrigenß gesammte Landeseinwohner und Behörden, so viel es jeden betrifft, sich nach vorstehender Verordnung gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Herrnhäusen, den 29sten October 1821.



George. R.

E. Graf von Münster

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro}. 8.

D. D. Braunschweig, den 13ten November 1821.

(8.) Verordnung, die modificirte Gewerbe- und Silber-Ordnung betreffend. D. D. Herrnhäusen, den 29sten October 1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c. In vormundschaftlicher Regierung Unserß vielgeliebten Vatters, Herrn Carl Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. 2c.

Die Ereignisse der letzteren Zeiten und besonders die in der westfälischen Periode getroffenen Einrichtungen und die dadurch erfolgte Auflösung der Zünfte und Gilden, haben in dem Zustande der Gewerbe und Handwerke mannigfaltige, bedeutende und zum Theil nachtheilige Veränderungen hervorgebracht und, wenn gleich die wieder eingetretene rechtmäßige Landes-Regierung sofort bemüht gewesen ist, die sich gezeigten Hauptnachtheile durch zweckmäßige Verfügungen zu entfernen, so hat dieselbe dennoch bei dieser Lage, der großen Wichtigkeit, dem weiten Umfange, den vielseitigen Beziehungen und den verwickelten

Verhältnissen der Sache nöthig befunden, dabei mit genauere Zeit erfordernder Ueberlegung und Vorsicht und nach reifer Erfahrung zu Werke zu gehen und, vor Beschließung entscheidender und umfassender Maaßregeln, die Ansichten und den Rath der versammelten Landstände über die vorliegende Angelegenheit zu vernehmen.

So wie bei anderen Gegenständen der Staatsverwaltung, so kann insonderheit auch bei den in Hinsicht der Gewerbe und Handwerke anzuordnenden Einrichtungen von der gesetzgebenden Gewalt kein anderer Zweck als das allgemeine Beste und der Vortheil des Publicums beabsichtigt und beides wird hier dadurch befördert werden, wenn die Einwohner des Landes die benötigten Waaren und Arbeiten in guter Qualität, zu billigen Preisen und ohne Schwierigkeit und Aufenthalt erhalten können und wenn die zahlreiche Klasse von Handwerke-, Gewerbe- und Handels treibenden Unterthanen zu guten, rechtlichen und fleißigen Bürgern gebildet und zum Wohlstande geführt wird.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, sind die Vortheile und Nachtheile sowohl der Gewerbe-Freiheit, als der Zunft-Verfassung und die bei beiden statt findenden Modificationen genau erwogen und sorgfältig geprüft und ist hauptsächlich darauf Bedacht genommen, so viel als thunlich erstere zu erreichen und mit einander zu vereinigen, und die letztern zu vermeiden und zu beseitigen; und haben Wir in solcher Absicht, nach geschehener Berathung und einverständlich mit der Landschaft, nachstehende modificirte Gewerbe- und Gilde-Ordnung zweckmäßig und hiedurch zu erlassen für gut befunden:

Erste Abtheilung.

Allgemeine Bestimmungen über die Organisation und Verhältnisse der Gilden.

§. 1.

Alle Gilden, welche im Jahre 1807 in hiesigen Landen bestanden, so wie die denselben vormals angewiesenen Gilde-Bezirke, werden nach drei Monaten, von dem Tage der Publication dieser Verordnung anzurechnen, wieder hergestellt.

§. 2.

Die Verhältnisse derselben sind jedoch lediglich nach den Vorschriften der gegenwärtigen Gilde-Ordnung zu beurtheilen und die Verordnung vom 4^{ten} März 1765 nicht allein, sondern alle andere dieser neuen Gilde-Ordnung zuwider laufenden Bestimmungen, Gildebrieft und Privilegien werden hiemit ausdrücklich aufgehoben. Sollten die Verhältnisse einzelner Gilden besondere Bestimmungen erforderlich machen, so behalten Wir Uns vor, nicht nur darüber das Nöthige zu verordnen, sondern auch mehrere früher bestandene, einzelne Gilden, deren Gewerbsgegenstände sich ähnlich sind oder nahe berühren, in Eine Gilde zu vereinigen, wenn die Statt findenden Verhältnisse solches als thunlich und rathsam erscheinen lassen.

§. 3.

Von der eben verordneten Aufhebung sind allein die titulo oneroso erworbenen Privilegien ausgenommen, in Ansehung deren eine allgemeine Verordnung, welche Wir der Privilegien, ihrer Kraft und Dauer wegen zu erlassen beabsichtigen, zur Anwendung kommen wird.

§. 4.

Dasjenige Vermögen der verschiedenen Gilden, welches aus der Usurpationszeit übrig geblieben und bis jetzt

durch die Fürstl. Cammer verwaltet ist, soll den hergestellten Gilden nebst den, aus den Jahren 1814 bis 1821 aufgesammelten Zinsen, nach Abzug der etwa ausgegebenen Administrationskosten, nach dem vorbestimmten Zeitpunkt zurückgegeben werden, und bleibt ihnen in Ansehung des während der feindlichen Occupation veräußerten Vermögens, ihre Zuständigkeit im Wege Rechts auszuführen vorbehalten, so wie auch den etwanigen Gläubigern der Gilden, wegen früherer Forderungen an dieselben, gleichfalls ihre Rechtszuständigkeit gegen selbige auszuführen unbenommen bleibt.

§. 5.

Diejenigen Gewerbetreibenden, welche nachweisen, daß sie bereits vor dem Jahre 1808 Mitglieder einer Gilde gewesen, treten in dieselbe unentgeltlich wieder ein. Diejenigen Gewerbetreibenden, welche ihr Gewerbe gegen Lösung eines Gewerbescheines bisher betrieben haben, bleiben ungestört in der Ausübung desselben und sollen zu dem Ende in die betreffenden Gilden aufgenommen werden. Die einen wie die andern haben sich zu dem Ende in den ersten sechs Monaten nach Herstellung der Gilden bei der vorgesehnen Localbehörde zu melden.

Die neuen, bereits mit Gewerbescheinen versehenen Gilde-Mitglieder haben nicht nöthig, sich über ihre Geschicklichkeit auszuweisen und bezahlen für ihre Aufnahme keine andere Gebühren, als die durch gegenwärtige Verordnung für die künftige Aufnahme neuer Meister genehmigt worden.

§. 6.

Wir behalten Uns indessen vor, unter besondern Umständen von den Vorschriften dieser Ordnung einzelne Personen zu dispensiren und auch in Zukunft der Gilde-Ordnung nicht unterworfenen Meister (Freimeister) anzusehen und insonderheit dergleichen Ausnahmen eintreten zu lassen,

wenn Subjecte es wünschen, welche sich durch besondere Geschicklichkeit, neue Erfindungen oder Verbesserungen in ihrem Gewerbe hervorgethan haben.

§. 7.

Handwerker einer Stadt, welche früher zu der Gilde in einer andern Stadt sich gehalten haben, oder mit einem verschiedenen Handwerke eine Gesamtgilde ausmachten, dürfen, wenn eine hinlängliche Anzahl von wenigstens drei derselben davon vorhanden ist, auf die von Uns zuvor ausgewirkte Erlaubniß sich zur Bildung einer eigenen Gilde absondern und soll sodann wegen des Zunftbezirks und wegen der Theilung des Zunftvermögens das Nöthige von der Fürstl. Cammer verfügt werden.

§. 8.

Wenn eine Gilde sich so sehr vermindert, daß sie nicht drei Meister zählt, so hört sie, bis diese Zahl wieder vorhanden ist, auf, für sich zu bestehen. In der Zwischenzeit bleibt indessen den noch vorhandenen Meistern frei, entweder mit der Gilde desselben Handwerks in einer der nächsten Städte sich zu vereinigen, oder ihr Gewerbe außer einer Gilde zu betreiben, und können in diesem Verhältniß auch neue Mitglieder dieses Handwerks aufgenommen werden. Damit ferner das Publicum durch den Mangel solcher Handwerker nicht leide, können in der Zwischenzeit mit Bewilligung der obrigkeitlichen Behörde Meister aus andern Zünften Niederlagen dort haben.

§. 9.

Das Publicum darf ohne Rücksicht auf Gilde-Bezirke bei jedem Meister Arbeit bestellen. Die Einführung auswärtiger Handwerkserzeugnisse ist demnach unverwehrt, in so fern nicht durch ausdrückliche Verordnungen von Uns ein anderes verfügt ist. Es dürfen auch nicht nur Bauhandwerker, als Zimmerleute, Maurer, Dachdecker, Steinhauer, welche Inländer sind, in dem ganzen Um-

fange der hiesigen Lande, auch außer ihrem Wohnorte und dem Sitze ihrer Werkstätte, die von ihnen gefertigten Arbeiten aufstellen und einrichten, sondern es ist auch Jedermann erlaubt, andere inländische Handwerker von andern Orten kommen und von ihnen in seiner Wohnung Arbeiten fertigen zu lassen.

§. 10.

Keine der vormaligen sogenannten geschlossenen Gilden ist mehr auf eine gewisse Anzahl von Mitgliedern beschränkt, sondern letztere hängt von dem Bedürfnis des Publicums und den Rücksichten auf das Beste desselben ab. Beschränkende Bestimmungen hierüber werden von Uns nur aus besonderen Gründen getroffen werden.

§. 11.

Die Aufnahme in die Gilde wird von der dazu gesetzten obrigkeitlichen Behörde verfügt und dazu qualifizierten Inländern, welche darum nachsuchen, nicht ohne erhebliche Ursachen versagt werden.

Kein Ausländer aber darf ohne Unsere besondere Erlaubnis als Mitglied einer Gilde aufgenommen werden; jedoch erstreckt sich dieses nicht auf diejenigen, welche bis zum Jahre 1808 schon Mitglieder einer damals bestehenden Gilde waren.

§. 12.

Es ist Jedermann erlaubt, für Andere ohne Vergeltung seiner Mühe oder für sich selbst und seine Familie Arbeiten eines Handwerks zu verfertigen, oder für sich durch seine Dienstboten verfertigen zu lassen, ohne daß den Gilden ein Widerspruch dagegen zusteht.

§. 13.

Von der Zunftvereinigung sind ausgenommen:

- 1) Die Großhändler, d. h. diejenigen, welche rohe Landes-Producte im Großen in das Ausland versenden, und diejenigen, welche ausländische Producte und

Waaren in solchen Gefäßen, Kisten und Stücken, in welchen sie zuerst in den Handel gebracht zu werden pflegen, wieder verkaufen, und diese Art der Handlung als ihr vorzüglichstes Geschäft betreiben.

- 2) Die Spediteure, in so fern sie kein anderes der Gildeverfassung unterworfenen Geschäft betreiben.
- 3) Die Inhaber von Fabriken und Manufacturen, in so fern der Vertrieb der von ihnen gefertigten Waaren größtentheils in das Ausland geht, und nicht allein auf das hiesige Land oder deren Wohnort beschränkt ist.

Solchen Unternehmern wird zu Verhütung aller Streitigkeiten ausdrücklich das Recht ertheilt, alle Arten von Arbeit, welche sie in ihrer Fabrik oder Manufactur zu Anfertigung ihrer Erzeugnisse bedürfen, auf die Art und von den Personen verfertigen zu lassen, welche sie für die Förderung ihrer Unternehmung am zweckmäßigsten halten, und in ihren Werkstätten jede Art von Anlage machen zu können, welche zur Anfertigung ihrer Fabrikate erforderlich ist, ohne durch andere als polizeiliche Sicherheits-Maassregeln beschränkt zu seyn.

- 4) Die Banquiers und Geldwechsler.
- 5) Die Künstler.

Es bleibt jedoch den hier benannten Personen freigestellt, sich in eine Gilde aufnehmen zu lassen, in so fern sie solches für angemessen erachten, um ein Geschäft zu betreiben, welches der Gildeverfassung unterworfen ist, und sind selbige in solchem Falle für das Geschäft, wozu sie durch den Eintritt in die Gilde berechtigt werden, der Gilde-Ordnung unterworfen.

Sämmtliche vorgedachte Personen haben sich wegen Ertheilung der Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe an die Po-

calbehörde zu wenden, welche gutachtlich über ihr Gesuch an die Fürstl. Cammer zu berichten hat.

§. 14.

Die Handelszünfte, welche unter verschiedenen Namen, als Kaufmanns- und Kramer-Innung, Gewand-schneidergilde, großes und kleines Victualien-Umt, bestanden, sollen ebenfalls wieder hergestellt werden, insofern die Mitglieder derselben nicht wünschen sollten, auf die Wiederherstellung Verzicht zu leisten. Vorläufig sollen aber für den Handelsstand folgende Bestimmungen gelten und bis dahin beobachtet werden, daß Wir eine besondere Gewerbsordnung für denselben zu erlassen Uns bewogen finden werden.

- 1) Niemanden, der noch nicht das 25^{te} Lebensjahr zurückgelegt hat, soll gestattet werden, eine neue Detailhandlung mit Material-, Fabrik- oder Manufacturwaaren zu etabliren. Wenn der Fall eintritt, daß eine bereits bestehende Handlung von Jemand zu übernehmen ist, der dieses Alter noch nicht erreicht hat, so ist von der Localbehörde, Behuf zu erhaltender Dispensation, zu berichten.
- 2) Die vorgenannten Arten der Handlung sollen von Niemand betrieben werden können, der nicht wenigstens fünf Jahre in einer Handlung ähnlicher Art gedient hat, wobei jedoch nicht zu berücksichtigen ist, ob solches als Lehrling oder als Handlungsdienner geschah, und sind über solche Jahre glaubhafte Bescheinigungen beizubringen.
- 3) Wer eine Handlung vorgedachter Art neu etabliren will, oder auch eine bereits bestehende übernimmt, soll den Besitz eines unabhängigen Vermögens und zwar in der Stadt Braunschweig von Vier Tausend Thaler, in den übrigen Städten des Landes von Zwei Tausend Thaler nachweisen. Nur in ganz

besondern Fällen, und zwar wenn erprobte Redlichkeit, untadelhafte Lebensweise, ausgezeichnete Kenntnisse, oder auch eine besonders lange Dienstzeit in einem und demselben Handlungshause günstig für die betreffende Person zeugen, soll eine Ausnahme hievon Statt finden können, und wird die Zulassung eines so ausgezeichneten Subjects von dem Fürstl. Geheimen-Raths-Collegio auf den Bericht der Behörden verordnet werden.

- 4) In denjenigen Städten, wo bestehenden Rechten nach das Vermögen der Ehefrau für die Geschäftsverbindlichkeiten des Mannes mit haftet, soll bei der Nachweisung über den Besitz des vorbestimmten Vermögens, das Vermögen der Ehefrau mit in Anrechnung gebracht werden dürfen.
- 5) Für die Victualienhändler und Höker sollen die vorstehenden Bestimmungen sub 1 ebenfalls gültig seyn. Uebrigens haben solche, wenn sie sich zum Gewerbsbetriebe melden, glaubhafte Zeugnisse über ihr bisheriges gutes Betragen beizubringen, ein unabhängiges Vermögen, welches den Umständen nach auf Ein bis Fünfhundert Thaler zu bestimmen ist, nachzuweisen, wobei ebenfalls die Bestimmung sub 4 Statt finden soll, und ist denselben überdies vor ihrer Aufnahme auf das Bestimmteste zu eröffnen und von ihnen ausdrücklich zu versprechen, sich jeder polizeilichen Verfügung, rücksichtlich ihres Gewerbebetriebes, unweigerlich und bei Verlust ihrer Gewerbeberechtigung zu unterwerfen.

§. 15.

Sowohl die im §. 13 als 14 benannten Personen müssen vor wirklicher Betreibung ihres Gewerbes den Erbhuldigungs-Eid geleistet und, in so fern sie in einer Stadt wohnen, in derselben als Bürger aufgenommen seyn.

§. 16.

In den Dörfern, in welchen ferner Krämer anzusehen nöthig erachtet werden sollte, dürfen sie nur mit den in ihrer Concession ausgedrückten Waaren-Artikeln handeln.

Uebertretung dieser Concessionen wird mit Confiscation der zum Handel unbefugterweise geführten Waaren bestraft.

Den Krämern auf dem Lande kann auf ihren Wunsch nur vermöge landesherrlicher Concession gestattet werden, in eine benachbarte Gilde zu treten; und dürfen sie ohne solche Concession keine Lehrlinge halten.

§. 17.

In den Dörfern dürfen in der Regel nur Grob- und Hufschmiede, Böttcher, Rademacher, Dachdecker, Maurer, Zimmerleute, Bäcker, Schuhmacher, Schneider, Tischler, Lein- und andere Weber, Papiermacher und Töpfer, und in den Harzdörfern Nagelschmiede geduldet werden, und hat die Localbehörde darauf zu achten, daß nicht mehrere in jedem Orte aufgenommen werden, als für das Bedürfniß erforderlich sind.

Diese Landhandwerker müssen mit Concessionen Fürstl. Cammer versehen seyn, und um deren Ertheilung vorchriftsmäßig nachsuchen.

Wenn die Localität die Besehung eines Handwerkers anderer Art in einem Dorfe nöthig machen sollte, so muß dazu landesherrliche Genehmigung eingeholt werden. — Es hängt von den Landmeistern ab, ob sie Mitglieder der Gilde werden wollen oder nicht. Im ersteren Falle haben sie das gewöhnliche Meisterstück abzulegen und die Gebühren zur Hälfte zu bezahlen, dürfen aber alsdann Gesellen und Lehrlinge halten. Im zweiten Falle haben sie nur darzuthun, daß sie zur Verfertigung der für den Landmann erforderlichen Arbeiten die nöthige Geschicklich-

keit besitzen und dürfen sodann zwar Gehülfsen aber keine Lehrlinge halten.

Wenn Landmeister von einem Dorfe in die Stadt ziehen und hier ihr Handwerk betreiben wollen, so muß von ihnen in Gemäßheit des §. 123 ein solches Probestück angefertigt werden, wie es von den städtischen Meistern verlangt wird.

§. 18.

Auch die städtischen Handwerker, welche schon Mitglieder einer Gilde sind, dürfen sich ohne besondere Concession in keinem Dorfe niederlassen.

§. 19.

Die Lehrlinge und Gesellen, welche in den Jahren 1808 bis 1821 einschließlich bei Inhabern von Patenten oder Gewerbescheinen ihr Gewerbe erlernt, oder bei denselben gearbeitet haben, sind denjenigen völlig gleich zu achten, welche als Lehrlinge oder Gesellen von Gildegenossen aufgenommen und gebildet sind, und sollen wegen Berechnung der Lehrjahre, wie auch wegen der Anrechte auf die Meisterschaft, mit den letztern gleiche Ansprüche und zwar dergestalt genießen, daß die Gilden gegen ihre Aufnahme, wegen mangelnder Einschreibung bei denselben, oder wegen zugebrachter Lehrjahre bei nicht zünftigen Meistern, auch wegen fehlender Wanderjahre keine Einwendungen machen dürfen.

Sedoch können die ohne förmliche Lossprechung arbeitenden Gesellen nicht eher einen Lehrbrief erhalten, als bis sie die, §. 81 vorgeschriebene Gesellenprobe abgelegt haben.

§. 20.

Auch außer den Manufacturen sind jeder einzelnen Person alle Arten von Spinnerei und Weberei in Leinen mit oder ohne Gehülfsen zu betreiben, gestattet, ohne

jedoch Lehrlinge halten zu dürfen, welches ein Vorrecht der zünftigen Meister bleibt.

§. 21.

Weiblichen Personen ist gestattet, Frauenputz und Frauenkleider, auch mit Zuziehung von Gehülfinnen, zu verfertigen und solches Andern ihres Geschlechts zu lehren, jedoch bedürfen sie dazu einer Concession der Local- Behörde.

§. 22.

Das Hausiren bleibt, den desfalls ergangenen Verordnungen gemäß, im Allgemeinen gänzlich verboten. Jedoch kann Fürstl. Cammer in besondern Fällen, worüber sie mit Verhaltungsmaasse versehen worden, auf den Hausirhandel mit gewissen Waaren-Artikeln Concessionen ertheilen.

Die Uebertretung dieser Concessionen, oder der sonst ohne Erlaubniß betriebene Hausirhandel, wird mit Confiscation der unbefugt zum Verkaufe ausgebotenen Waaren bestraft. Die concessionirten Hausirer sollen zu ihrer Legitimation bei Betreibung ihres Gewerbes sich für jedes Jahr mit Hausirscheinen ihrer obrigkeitlichen Behörden versehen, worin ihr Signalement enthalten sein muß.

§. 23.

Keiner Gilde steht ein Widerspruchsrecht gegen den Verkauf der zu ihrem Gewerbe gehörigen Waaren durch Kauf- und Handelsleute innerhalb der Grenzen der politischen Ordnung zu, wenn nur die letztern zu solchem Handel überhaupt berechtigt sind.

Zweite Abtheilung.

Von den vorgesetzten Behörden, den Deputirten und Vorstehern der Gilden, den Gildeangelegenheiten, Versammlungen und Cassen und der obrigkeitlichen Leitung und Aufsicht darüber.

§. 24.

Der Verordnung vom 19^{ten} Mai 1814 zufolge, bleibt die obere Leitung des Zunftwesens Fürstl. Cammer übertragen.

§. 25.

Zunächst aber stehen die Gilden unter der Leitung und Aufsicht der Localbehörde, welche über die Beobachtung der bestehenden Vorschriften zu halten, die erforderlichen Berichte an die obern Behörden zu erstatten, die Zunftrechnungen abzunehmen, die Zunftsigel zu verwahren, Beschwerden in Gildeangelegenheiten zu untersuchen und darüber nach Beschaffenheit der Sache entweder selbst, oder nach der eingeholten Entscheidung der vorgesetzten Behörde zu verfügen hat.

Sowohl diese, als überhaupt alle in die von Amtswegen zu verwaltende Landespolizei einschlagende Gildesachen sind sportelfrei.

§. 26.

Die Gerichtsbehörden des Orts haben für jede Gilde einen obrigkeitlichen Deputirten, und zwar, wo möglich, aus der gerichtlichen oder verwaltenden Behörde zu bestellen.

§. 27.

Ein obrigkeitlicher Deputirter kann bei mehreren Gilden dieselben Functionen versehen, er darf aber nicht selbst Mitglied der Gilde sein.

§. 28.

Jede Gilde hat, wenn sie über 12 Mitglieder zählt, aus ihrer Mitte zwei Vorsteher oder Gildemeister zu erwählen, von denen nach zwei Jahren einer, und nach ferneren zwei Jahren der andere abgeht. Der Abgehende wird jedesmal durch einen neu erwählten ersetzt. Wenn die Gilde nur 12 oder weniger Mitglieder zählt, so erwählt sie auf vier Jahre nur Einen Vorsteher. Bei einer neuen Wahl können dieselben Vorsteher wieder gewählt werden.

Die Wahl geschieht durch Stimmenmehrheit und bei eintretender Stimmengleichheit durch das Loos. Ohne dem obrigkeitlichen Deputirten nachzuweisenden genügenden Grund darf kein Gildemeister die auf ihn gefallene Wahl ablehnen.

§. 29.

Dem obrigkeitlichen Deputirten liegt die Erhaltung der gesetzlichen Ordnung bei der Gilde, die Aufsicht über das Gildevermögen und die Anweisung aller nicht fixirten gewöhnlichen Ausgaben aus der Gilde-Casse ob. Allen Versammlungen der Gilde muß er beiwohnen. Wenn derselbe nicht schon in seiner sonstigen Qualität beeidigt ist, und solchenfalls auf seinen Dienstleid verwiesen werden kann, so muß er auf die gewissenhafte Erfüllung der ihm übertragenen Functionen und der sonstigen Vorschriften dieser Gilde-Ordnung besonders verpflichtet werden.

Derselbe darf auf keine andere, als die ihm durch gegenwärtige Gilde-Ordnung ausdrücklich verwilligten Gebühren Anspruch machen, so wenig ihm erlaubt ist, von der Gilde Geschenke oder irgend eine Bewirthung anzunehmen.

§. 30.

Den Gildenvorstehern oder Gildemeistern liegen folgende Verrichtungen ob:

- 1) Haben sie, nach eingeholter Genehmigung des obrigkeitlichen Deputirten, die Versammlungen der Gilde

anzuordnen, darin, unter dem Vorstehe dieses Deputirten, den Gegenstand der Berathung vorzutragen, die Stimmen zu sammeln und für die Ausführung des Beschlossenen zu sorgen.

- 2) Haben sie die Aufsicht und den Beschluß der Cade und müssen das Zunftvermögen nach besten Kräften verwalten, Einnahme und Ausgabe der Gilde besorgen und berechnen, auch darüber jährliche Rechnung ablegen.
- 3) In Betreff der Lehrlinge und Gesellen haben sie nach den Vorschriften der folgenden Abtheilungen zu verfahren.
- 4) Sie müssen darüber wachen, daß der Gilde durch unbefugte Handwerker und Hausirer kein Eintrag geschehe und eintretenden Falls solches dem obrigkeitlichen Deputirten zur Anzeige bringen.
- 5) Sie vertreten die Gilde in und außer Gericht und nehmen für dieselbe die obrigkeitlichen Verfügungen an.
- 6) Sie üben die Aufsicht über die Gilde aus, indem sie auf ein rechtliches und sittliches Benehmen der Gildengenossen aufmerksam achten und solches möglichst zu befördern suchen, insonderheit aber auf diejenigen Gilde- oder Handwerksgeossen, wider welche wegen Betrugs mit Handwerksgegenständen Verdacht entsteht, ein wachsames Auge haben, dieselben warnen, und, falls dies fruchtlos bliebe, der Obrigkeit anzeigen. Wenn eine Besichtigung oder Schätzung gefertigter Waaren oder Arbeiten nöthig befunden wird, so müssen sie dieselbe vor- oder daran Theil nehmen.
- 7) Außerdem haben sie alles zu thun, was der von ihnen abgelegte Eid, die gegenwärtige Gilde-Ordnung, oder sonstige Verfügungen ihnen zur Pflicht machen.

§. 31.

Die Gildenvorsteher sollen, nachdem sie von ihren Ob-

liegenheiten gehörig in Kenntniß gesetzt sind, von ihren ordentlichen Gerichtsbehörden auf selbige eidlich verpflichtet, oder wenn sie bereits einen Amtseid abgeleistet haben, darauf verwiesen werden.

§. 32.

Die Gildemeister sollen alle, die Gilde, ihre Gerechtsame und Besizungen angehende Urkunden und Papiere von Wichtigkeit, so wie den baaren Cassenvorrath, in einem Kasten (Gildelade) verwahren, welche bei dem (ersten) Zunftmeister oder in der Herberge stehen, und mit zwei verschiedenen Schlössern versehen sein soll, zu denen ein Schlüssel dem ersten Gildemeister, der andere Schlüssel dem obrigkeitlichen Deputirten anvertrauet wird, so daß diese nur gemeinschaftlich öffnen können.

Ueber die in der Gildelade befindlichen Gegenstände soll ein Verzeichniß doppelt angefertigt und fortgeführt werden, wovon das eine Exemplar in der Gildelade bleibt, das andere aber von dem obrigkeitlichen Deputirten aufbewahrt wird.

§. 33.

Wenn zwei Drittheile der Gildegenossen für Anstellung eines Processus stimmen, wird ein Syndicus bestellt, der das Weitere zu besorgen, auch die nöthigen Proceßvollmachten zu unterschreiben hat.

§. 34.

Alle Gildegenossen sind den Gildemeistern bei Verrichtung ihres Amtes Achtung schuldig, und letztere können jedes ungebührliche Betragen gegen sie, als solche, dem obrigkeitlichen Deputirten zur Bestrafung mit einer an die Gildecasse zu zahlenden angemessenen Geldstrafe anzeigen. Eigentliche Injurien werden nach den Gesetzen bestraft.

§. 35.

Die Gildemeister beziehen keine Besoldung aus der

Gildecasse, sie erhalten aber die in dieser Gilde-Ordnung festgesetzten Gebühren.

Wenn sie in Angelegenheiten ihrer Gilde außerhalb des Wohnorts etwas zu verrichten haben, so können ihnen vom obrigkeitlichen Deputirten, nach den Umständen, 8 Ggr. bis 1 Rthlr. auf die Gildecasse angewiesen werden.

Für Zehrung dürfen, bei Strafe eigenen Erfasses, durch den obrigkeitlichen Deputirten und die Gildemeister keine Kosten auf die Gildecasse angewiesen werden.

§. 36.

Der in die Gilde zuletzt aufgenommene Meister muß da, wo Gildediener oder Boten nicht angestellt sind, den Gildemeistern bei ihren Amtsverrichtungen zu Hülfe kommen und namentlich seine Mitmeister zu den angeordneten Versammlungen einladen. Zu der Aufwartung bei den Versammlungen ist er aber nicht verpflichtet.

Zur Entschädigung für seine Dienstleistung ist er von den gewöhnlichen Beiträgen zur Gildecasse befreiet.

Wenn der jüngste Meister durch Krankheit an dieser Dienstverrichtung verhindert wird, so muß der zuletzt vor ihm aufgenommene Meister für ihn eintreten.

Außwärts wohnende Meister sind von der gedachten Dienstleistung frei.

§. 37.

Da kein Mitglied anders, als durch eine schriftliche Verfügung der vorgesetzten Polizei-Behörde in die Gilde aufgenommen werden kann, so ist jede ohne eine solche Verfügung geschehene Aufnahme völlig ungültig, und sind diejenigen, welche daran Theil genommen haben, mit einer Geldstrafe von Fünf Thalern zum Besten der Gildecasse zu belegen.

§. 38.

Die benöthigten Formulare zu den Lehr- und Meisterbrieffen, auch Wanderbüchern, sollen den Gildemeistern durch

ihre vorgesetzten Behörden zugestellt werden, und dürfen dieselben sich keiner andern als dieser zu ihren Ausfertigungen bedienen.

§. 39.

Unnütze Zusammenkünfte der Gilden dürfen von den vorgesetzten Behörden nicht gestattet und die von denselben erlaubten müssen immer in Gegenwart des obrigkeitlichen Deputirten gehalten, auch drei Tage vorher den Meistern angesagt werden.

§. 40.

Die Mitglieder der Gilde müssen, bei Vermeidung einer an die Gildecasse zu bezahlenden Strafe von Acht Gutegroschen, in den angesetzten Versammlungen erscheinen, oder dem Zunftmeister eine genügende Ursache des Wegbleibens vorher anzeigen.

§. 41.

Außwärts wohnende Mitglieder brauchen jährlich nur einmal der Zusammenkunft beizuwohnen.

§. 42.

Niemand darf in die Zusammenkünfte Waffen oder Stöcke mitbringen. Auch dürfen dabei keine Trink- oder Speisegelage gehalten werden. Durch Uebertretung dieser Vorschrift verfällt jeder bei den Zusammenkünften gegenwärtig gewesene Gildemeister in eine Strafe von Fünf Rthlr., und jeder Gildegenosse, welcher daran Theil genommen hat, in eine Strafe von Einem Thaler; der obrigkeitliche Deputirte muß aber solcherhalb zur Verantwortung gezogen und, nach Befinden der Umstände, mit einer angemessenen Geldbuße belegt werden.

§. 43.

In den Gildeversammlungen müssen die Mitglieder nach der Reihe, wie sie Meister geworden sind, sich ordnen, und nach dieser Reihe auch ihre Meinung mit Bescheidenheit vortragen.

Diejenigen Gildegenossen, welche in der Versammlung zu Zänkereien Veranlassung geben, unanständige Reden führen, oder ohne hinreichenden Grund zu spät erscheinen, oder vor Aufhebung der Versammlung ohne Erlaubniß weggehen, sollen von dem obrigkeitlichen Deputirten mit einer an die Gildecasse abzuliefernden Geldstrafe von 4 Sgr. bis zu Einem Thaler belegt werden.

§. 44.

Zusammenkünfte der Gildemeister verschiedener Gilden dürfen nur bei ganz besonderen Veranlassungen, auf die Verfügung der obrigkeitlichen Behörde, gehalten werden.

§. 45.

Jede Gilde soll sich jährlich wenigstens einmal versammeln.

In dieser Hauptversammlung muß immer ein Abschnitt der Gilde-Ordnung nach der Reihe verlesen, über den Zustand der Todten- und Krankencassen, die Zahl der im vergangenen Jahre aufgenommenen und losgesprochenen Lehrlinge und dergleichen Nachricht ertheilt, die Wahl der Zunftmeister vorgenommen, die Abrechnung der abgehenden Gildemeister, bevor sie der obrigkeitlichen Behörde zur Abnahme vorgelegt wird, den Meistern, welche dagegen Einwendungen zu machen befugt sind, mitgetheilt und die Gildelade mit Geld und Papieren den neuen Gildemeistern überliefert werden.

§. 46.

In den Versammlungen darf nur über eigentliche Gilde-Angelegenheiten berathschlagt, nichts, was gegenwärtiger Gilde-Ordnung, den polizeilichen und anderen Gesetzen oder höheren Verfügungen zuwider oder dem gemeinen Besten nachtheilig ist, beschlossen werden. Besonders aber dürfen Preise der Waaren nicht verabredet, noch den Handwerksgeossen ungebührliche Lasten aufgebürdet werden.

§. 47.

Die Beschwerden einzelner Mitglieder dürfen, in sofern sie mit den allgemeinen Gerechtsamen der Zunft in keiner nothwendigen und unzertrennlichen Verbindung stehen, in den Gilde-Versammlungen nicht vorgebracht, noch weniger aber von der Gilde zu den ihrigen gemacht werden.

§. 48.

Die versammelte Gilde kann zwar die Besorgung wichtiger Angelegenheiten neben den Gildemeistern, auch einigen Abgeordneten auftragen, in keinem Falle dürfen aber die Gildemitglieder irgend eine Maaßregel gesammelt oder haufenweise d. h. über drei Mann an der Zahl außer der Versammlung auszuführen, sich verabreden, oder gar wirklich ausführen, widrigenfalls sie als Störer der öffentlichen Ruhe bestraft werden sollen.

§. 49.

Die weggebliebenen Mitglieder müssen dem, was zwei Drittheile der anwesenden Mitglieder der Gilde beschloffen haben, in sofern die Gilde überhaupt darüber beschließen konnte, beitreten; bei wichtigen und zu den gewöhnlichen Geschäften nicht gehörigen Gegenständen sind sie hiezu jedoch nur verpflichtet, wenn bei Ansagung der Versammlung der Gegenstand der Berathschlagung bekannt gemacht ist.

§. 50.

Die Beschlüsse der Gilde werden von dem obrigkeitlichen Deputirten niedergeschrieben.

§. 51.

Die Beschlüsse, gegen welche letzterer Einspruch gethan hat, dürfen nicht zur Ausführung kommen, sondern müssen der obrigkeitlichen Behörde vorgetragen werden, damit diese entscheide, ob die Ausführung geschehen kann, oder nicht.

§. 52.

Die an die Gilde überhaupt oder an die Gildemeister in Gilde-Angelegenheiten eingehenden Briefe dürfen ohne Genehmigung des obrigkeitlichen Deputirten nicht in die Gilde-Versammlungen gebracht werden. Diese Behörde hat allein das Recht, die an die Gilde gerichteten Briefe zu eröffnen. Derselben muß auch die Antwort der Gilde oder Gildemeister zur Genehmigung und Verschlüsselung mit dem Gildesiegel vorgelegt werden.

Kein Gildemeister oder Genosse soll ein Zunft- oder Handwerksiegel bei Fünf Thaler Strafe bei sich aufbewahren.

§. 53.

Die Gilden hiesiger Lande dürfen sich wider Gilden oder Handwerke des Auslandes, bei Vermeidung schwerer Ahndung durch Geld- oder Gefängnißstrafen, keine Eigenmächtigkeiten erlauben. Dagegen sollen sie aber auch von den Landesbehörden gegen Beeinträchtigungen auswärtiger Gilden und Handwerke geschützt werden, und wenn dergleichen unternommen werden sollten, auf davon geschehene Anzeige, zweckmäßige Einleitungen und Verwendungen geschehen, damit dergleichen unbefugten Eingriffen gesteuert und solche für die Zukunft abgewendet werden.

§. 54.

Den Gildenvorstehern steht die Entscheidung, ob eine durch gegenwärtige Gilde-Ordnung angebrohete Strafe verwirkt sey oder nicht, auf keine Weise zu, sondern dem obrigkeitlichen Deputirten. Glauben die Gildemeister oder die Straffälligen bei dessen Entscheidung sich nicht beruhigen zu können, so müssen sie den Vorfall der demselben zunächst vorgesetzten Behörde anzeigen, welche sodann darüber zu erkennen hat.

§. 55.

In Hinsicht der Schulden, welche die Gilden zu contrahiren in den Fall kommen könnten, finden die hier-

über für die Gemeinden bestehenden gesetzlichen Vorschriften ihre Anwendung.

§. 56.

Alle zu Zeit- oder Geldverschwendungen führende vormalige Gebräuche und Gewohnheiten der Gilden sind ohne Ausnahme abgeschafft. Die Gildevorsteher sind bei eigener Verantwortlichkeit und Vermeidung einer angemessenen Strafe verpflichtet, etwaige Mißbräuche den obrigkeitlichen Behörden zur Bestrafung anzuzeigen.

§. 57.

Alle Eigenmächtigkeiten der Gilden, welche den Zweck haben, den Bestimmungen dieser Gilden-Ordnung oder den sonst erfolgten obrigkeitlichen Verordnungen heimlich oder offen entgegen zu wirken, sollen auf das Nachdrücklichste bestraft werden.

§. 58.

Insonderheit ist das Verschreien oder sogenannte Schimpfen einzelner Gilden und Gildegenossen und jede heimliche Verabredung mit auswärtigen oder inländischen Gilden streng verboten, und sollen die Ueberschreitungen dieses Verbotes nach Beschaffenheit der Umstände als Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung, oder als Widerseßlichkeit gegen obrigkeitliche Verfügungen angesehen und nach der Schärfe der Gesetze jedesmal bestraft werden.

§. 59.

Für die einer Gilde zuerkannten Geldstrafen haften die Mitglieder derselben, wo die gemeinen Rechte nicht ein anderes bestimmen, solidarisch.

§. 60.

Das sogenannte Pfuscherjagen, so wie überall das eigenmächtige Verfahren der Gildegenossen, wenn sie ihre Gerechtsame beeinträchtigt glauben, bleibt ferner, wie bisher, untersagt. Die Gildevorsteher haben entdeckte Pfuschereien oder sonstige Beeinträchtigungen den obrigkeitlichen Behörden zur Untersuchung und Bestrafung anzuzeigen.

§. 61.

Vergleiche und Uebereinkünfte mehrerer Gilden untereinander, so wie der Mitglieder einer und derselben Gilde, wegen gemeinsamer Handwerksgegenstände oder Einrichtungen, sind ungültig und wirkungslos, so lange sie nicht gehörigen Orts bestätigt sind. Sollten solche vor erfolgter Bestätigung in Ausführung gesetzt seyn, so werden gegen die Schuldigen nachdrückliche Strafen verhängt werden.

§. 62.

Andere als die in gegenwärtiger Verordnung genehmigten Gebühren dürfen nicht genommen und gefordert werden.

In Fällen, für welche es an einer Feststellung mangelt, haben die Zunftvorgesetzten weder nach dem Herkommen, noch nach Willkühr zu verfahren, sondern bei Fürstl. Cammer eine Anordnung der Gebühren auszuwirken.

Erhöhungen, sey es in Geld oder durch Bewirthung, so wie die Annahme freiwilliger Gaben, sind allen Zunftvorgesetzten und für alle Fälle verboten.

Jede Ueberschreitung der Vorschriften dieses §. wird, außer dem Erfasse des unrechtmäßig erhobenen Betrages, mit einer den Umständen nach zu ermäßigenden Geldbuße von 2 bis 10 Rthlr. bestraft, wovon Zwei Drittheile dem Angeber zufallen.

§. 63.

Da der Zweck der Gildencassen darin besteht, daß daraus für die Unterstützung der durch Unglück zurückgekommenen oder erkrankten armen Meister und Wittwen, für die Erziehung ihrer nachgelassenen unmündigen hilflosen Kinder gesorgt wird, auch eine etwa nöthige Beihülfe zur Unterhaltung kranker Gesellen erfolgt, und im Allgemeinen die in eigentlichen Angelegenheiten und zum Besten der Gilden aufzuwendenden Kosten bestritten werden, so

sind alle zu anderen Zwecken verwandte Ausgaben, besonders für Schmausereien und Trinkgelage, auf das strengste verboten, fallen, wenn sie auf Anweisung des obrigkeitlichen Deputirten gemacht sind, diesem und den Gildevorstehern gemeinschaftlich, wenn sie aber ohne Autorisation des obrigkeitlichen Deputirten Statt gefunden haben, wie sich von selbst versteht, dem Rechnungsführer der Gildecasse allein zur Last.

Die Einnahmen der Gilde=Casse sollen folgende seyn:

1) Eintrittsgelder der angehenden Meister.

Bis der Betrag derselben, wo es etwa nöthig befunden werden sollte, anders bestimmt worden ist, wird dasselbe Eintrittsgeld bezahlt, welches nach den frühern Gilde=Ordnungen vorgeschrieben, oder sonst bei der Gilde herkömmlich war, jedoch nach Absatz derjenigen Posten, welche für Schmausereien oder dergleichen etwa darunter begriffen seyn möchten.

2) Halb= oder vierteljährige Beiträge der Gildemitglieder, deren Betrag anderweit festzusetzen Wir gleichfalls vorbehalten. Inzwischen ist deshalb zu verfahren, wie vorstehend hinsichtlich der Eintrittsgelder verordnet ist.

Die Beitreibung der etwa rückständig bleibenden Beiträge geschieht durch die obrigkeitlichen Behörden.

3) Außerordentliche Beiträge zu besondern nützlichen Zwecken oder zur Deckung des bei den Gildecassen etwa eintretenden Mehrbetrags der Ausgabe. Beiträge dieser Art dürfen aber nicht anders, als auf den Beschluß der Gildegenossen und mit Genehmigung Fürstl. Cammer ausgeschrieben werden.

4) Außerordentliche freiwillige Gaben oder Vermächtnisse.

5) Einkünfte von dem Vermögen der Gilden.

Wenn der baare Vorrath einer Gildecasse sich auf 50 Rthlr. gesammelt hat, und nicht etwa zu

nahe bevorstehenden Ausgaben aufbewahrt werden muß, so soll selbiger, mit obrigkeitlicher Genehmigung, auf eine möglichst vortheilhafte Art auf Zinsen sicher angelegt werden.

Der Rechnungsführer der Gildecasse hat eine Rechnung jährlich im Laufe des Monats Januar abzulegen, die mit dem 1^{sten} Januar beginnt, und mit dem 31^{sten} December abschließt.

Die vorgesetzten Behörden haben diese Rechnung in Gegenwart der obrigkeitlichen Deputirten und der Gildevorsteher abzunehmen, und nach befundener Richtigkeit dem Rechnungsführer ein Liberatorium zu ertheilen.

§. 64.

Die Todten= oder Sterbe=Cassen sollen nach ihrer bisherigen Einrichtung ferner bestehen. Zum Behuf etwa nöthiger Verbesserungen derselben, oder zu Errichtung neuer Anstalten dieser Art bei Gilden, wo dergleichen noch nicht vorhanden waren, können angemessene Vorschläge gemacht und soll darauf, nach vorgängiger Prüfung, dem Befinden nach das Weitere verfügt werden.

Dritte Abtheilung.

Von den zu den Gilden gehörigen Personen, ihren Verhältnissen, Rechten und Verbindlichkeiten.

Erster Titel.

Von den Lehrlingen.

§. 65.

Bei Aufnahme der Lehrlinge darf kein Unterschied zwischen Geburt, Stand oder Religion gemacht werden.

Es soll aber kein Lehrling angenommen werden, der nicht Lesen, Schreiben und wenigstens nothdürftig Rechnen kann.

Die den verschiedenen Gilden angehörigen Meister können zwar zur Annahme eines Lehrlinges nicht gezwungen werden; indessen wird zu ihnen das Vertrauen gehegt, daß sie Knaben, welche nach der Wahl ihrer Aeltern oder Vormünder bei ihnen in die Lehre zu gehen wünschen, nur aus erheblichen Ursachen und nicht etwa bloß ihrer Armuth wegen, zurückweisen werden, und sollen die Gilden verbunden seyn, die in Waisenhäusern oder durch die Armenanstalt ganz erhaltenen Kinder ohne alle Bezahlung ein- und auszuscheiden. Für andere arme Kinder muß der Meister, bei dem ein solches in die Lehre tritt, das Ein- und Aus Schreibegeld erlegen, und kann dieserhalb durch eine längere Lehrzeit von drei Monaten entschädigt werden.

§. 66.

Der Betrag des Lehrgeldes beruht auf der zwischen den Aeltern oder Vormündern des Lehrlings und dem Lehrmeister solcherhalb getroffenen Uebereinkunft, jedoch darf bei derselben eine Abkürzung der Lehrzeit um mehr als ein Viertel ihrer Dauer nicht bedungen werden.

§. 67.

Die Dauer der Lehrzeit hängt zwar von der Uebereinkunft ab, welche zwischen dem Meister und den Aeltern oder Vormündern der Lehrlinge dieserhalb jedesmal getroffen wird. In keinem Falle und unter keiner Bedingung soll dieselbe aber auf weniger als drei Jahr und auf mehr als sechs Jahr festgesetzt werden können.

§. 68.

Anstatt des Lehrgeldes, insofern solches überhaupt bisher gebräuchlich gewesen ist, kann die Lehrzeit verlängert werden, jedoch nicht über ein Viertel der gewöhnlichen Dauer derselben.

§. 69.

Die Lehrlinge sind verpflichtet, bei dem für sie bestimmten Meister eine vierwöchentliche Probezeit zu bestehen. Erst nach Ablauf dieser Probezeit, welche indessen auf die Lehrzeit anzurechnen ist, tritt der Lehrvertrag in Kraft.

§. 70.

Wenn der Meister nach Ablauf der Probewochen gegen den Lehrling keine rechtmäßige Beschwerde zu machen hat, so muß er ihn den Gildemeistern vorstellen. Tritt nach dem Urtheile derselben und des obrigkeitlichen Deputirten kein Bedenken gegen die Annahme ein, so wird nach Vorzeigung des Geburtscheins der Vor- und Zunahme des Lehrlings, der Tag seiner Geburt und Aufnahme in die Lehre, der Betrag des verabredeten Lehrgeldes oder die dafür verlängerte Lehrzeit, in das bei jeder Gilde zu führende Register in Gegenwart des Vaters oder Vormundes oder der dessen Stelle vertretenden Person, so wie des Lehrmeisters, eingeschrieben.

Der Lehrling ist dabei zu vermahren, sich gut aufzuführen, das Gewerbe fleißig zu erlernen und seinem Lehrmeister treu und folgsam zu sein. Zugleich ist ihm anzudeuten, daß er bei Beendigung seiner Lehrzeit Proben von seinen Fortschritten und seiner Ausbildung ablegen müsse.

Bei solchen Gewerben, deren Ausübung sich nur auf den Sommer beschränkt, hat der Lehrling diejenige Arbeit anzuzeigen, womit er sich während des Winters zu beschäftigen gedenkt; der Lehrmeister aber hat thunlichst dafür zu sorgen, daß der Lehrling die zu solcher Arbeit erforderlichen Kenntnisse oder Geschicklichkeit sich gehörig erwirbt.

§. 71.

An Gebühren hat der Lehrling an die Gildecasse nichts zu bezahlen. Für das Einschreiben entrichtet derselbe an den ersten Zunftmeister 8 Ggr. und an den obrig-

keittlichen Deputirten eben so viel. Die Bestimmung der Beiträge zu den Armen oder sonstigen milden Stiftungen hängt von den Ältern oder Vormündern ab. Zu den Todten- oder Sterbecassen werden die Beiträge nach dem bisherigen Gebrauche bezahlt.

§. 72.

Jeder Meister ist verpflichtet, für das Wohl seines Lehrlings angelegentlich und theilnehmend zu sorgen. Er hat denselben daher mit Güte und Sorgfalt zu behandeln und seine Sittlichkeit und zweckmäßige Ausbildung thunlichst zu befördern. Er muß ihn demnach zu dem Besuche des öffentlichen Gottesdienstes anhalten, ihn vor Verirrungen und Lasteren zu bewahren und an eine ausdauernde nützliche Thätigkeit zu gewöhnen suchen, dabei aber zugleich auf die Erhaltung seiner Gesundheit gehörigen Bedacht nehmen. Besonders aber muß er ihn in allen Arbeiten und Kunstfertigkeiten seines Gewerbes nach seinen besten Einsichten unterrichten, damit er dereinst als ein geschickter Handwerker auftreten und sein Auskommen zu erwerben im Stande sein möge.

§. 73.

Dem Meister steht das Recht zu, seinen Lehrling nöthigenfalls auf eine angemessene Weise zu bestrafen, wobei jedoch die Schranken einer mäßigen Züchtigung nicht überschritten werden dürfen. Die Gesellen dürfen den Lehrling weder aus eigener Willkühr strafen, noch darf der Meister ihnen die Vollziehung der Bestrafung eines Lehrlings auftragen. Sollte ein Meister diese ihm hiemit zugestandene Befugniß überschreiten und den Lehrling auf eine Art bestrafen, die dessen Gesundheit nachtheilig würde, so hat der Lehrling, dessen Ältern oder Vormünder, das Recht und die Verpflichtung, dem obrigkeitlichen Deputirten hiervon Anzeige zu machen, und soll sodann nach dessen Ermessen und nach dem Maße des Vergehens, der

Meister entweder vor den obrigkeitlichen Deputirten und die beiden Gildemeister vorgeschickt und mit ernstlicher Verweisung seines Unrechts zu einem angemessenen Betragen gegen den Lehrling ermahnt und angewiesen, oder wenn das Vergehen sich dazu eignen sollte, von dem Vorgehen bei den Gerichtsbehörden Anzeige gemacht und auf Bestrafung des Meisters angetragen werden. Der obrigkeitliche Deputirte und die Gildemeister haben zugleich zu erwägen, ob die Umstände es rathsam machen, den Lehrling bei einem andern Meister unterzubringen, und ist solches, wenn es erforderlich erachtet wird, nöthigenfalls auf Kosten des bisherigen Lehrherrn zu besorgen.

Ein gleiches Verfahren findet Statt, wenn ein Meister gegen seine Pflicht als Lehrherr dadurch handeln sollte, daß er den Lehrling mehr zu häuslichen Geschäften oder Dienstleistungen gebrauchte, als ihn in dem Gewerke, was er erlernen soll, anwies und beschäftigte, und steht dem Lehrling, dessen Ältern oder Vormündern, das Recht zu, auch hierüber Beschwerde zu führen und Abstellung zu verlangen.

§. 74.

Kein Meister darf den Lehrling vor Ablauf der Lehrzeit, ohne Zustimmung der Ältern oder Vormünder, an einen andern Meister übergeben. Wenn aber der Meister durch den Verfall seines Gewerbes an dem Auslehren verhindert wird, oder wenn er verstorbt; so soll der Lehrling durch die Gildemeister bei einem andern Meister untergebracht, und das Lehrgeld nach Maßgabe der Zeit unter beide Meister vertheilt werden.

Zur Annahme eines solchen Lehrlings ist jeder Meister, der hinlängliche Arbeit, aber noch keinen Lehrling hat, verpflichtet.

Die Wittve eines verstorbenen Meisters kann, bei Fortsetzung des Gewerbes durch einen Gesellen, den Lehr-

ling nur mit Bewilligung der Aeltern oder Vormunder zum Auslehren behalten, und soll es mit dem Aushalten der Lehrzeit bei einem solchen Lehrlinge nicht so genau genommen werden.

§. 75.

Der Meister ist nicht verbunden, die Kosten der Krankheit eines Lehrlings zu tragen. Wenn der Lehrling durch Krankheit länger als drei Monate an Erlernung des Gewerbes verhindert sein sollte, so haben die Gildevorsteher zu beurtheilen, ob das Versäumte durch verhältnißmäßig längere Lehrzeit nachgeholt werden müsse.

§. 76.

Wenn ein Lehrling gegen seinen Meister nicht die gehörige Ehrerbietung, Folgsamkeit, Treue und Sorgfalt für sein Bestes bezeigen, oder gar aus dem Dienste entlaufen und länger als acht Tage wegbleiben sollte, so haben die Gildevorsteher ihn über die Gründe seines Vergehens zu befragen, ihn zur Besserung zu ermahnen und allenfalls ihn auf eine mäßige, seine Besserung bezweckende Art bestrafen zu lassen.

Wenn aber der Lehrling zum zweiten Male entweichen und länger als vier Wochen wegbleiben sollte, so kommt es auf den freien Entschluß des Meisters an, ob er denselben wieder in die Lehre nehmen will; übrigens soll er, nach Beurtheilung der Gildevorsteher und nach Befinden der Umstände, mit Nachzahlung des Lehrgeldes von einem halben oder ganzen Jahre bestraft werden, oder ein halbes Jahr länger in der Lehre bleiben, und überdem die versäumte Zeit nachholen.

Einen entlaufenen Lehrling darf, ohne Zustimmung des vorigen Lehrmeisters und der Gildevorsteher, kein anderer Meister annehmen.

§. 77.

Wenn ein Lehrling sich grobe Veruntreuungen, hart-

näckige Widerseßlichkeiten, vorsätzliche Beleidigungen des Meisters und seiner Familie und fortdauernden schlechten Lebenswandel, aller desfalls geschehener Ermahnungen und Bestrafungen ungeachtet, zu Schulden kommen lassen sollte; so kann er, nach vorgängiger Verabredung zwischen dem Lehrmeister und den Gildevorstehern, welche sich von der Gerechtigkeit einer solchen Maßregel hinlänglich zu überzeugen haben, nach erfolgter Genehmigung des obrigkeitlichen Deputirten, aus der Lehre fortgeschickt werden. In einem solchen Falle, oder wenn der Lehrling vor Beendigung der bereits angetretenen Lehrzeit ein anderes Gewerbe ergreifen will, oder wenn derselbe wegen gänzlicher Unfähigkeit zur Erlernung des Gewerbes von den Gildevorstehern aus der Lehre entlassen wird, soll der Lehrmeister das Lehrgeld zwar nur nach Verhältniß der ausgehaltenen Lehrzeit zu empfangen haben. Jedoch soll der Meister außerdem hinsichtlich der gehaltenen Mühe eine angemessene Entschädigung erhalten, die in keinem Falle aber den halbjährigen Betrag des Lehrgeldes überschreiten darf.

Wenn ein Lehrling während der Lehrzeit verstirbt, so wird das Lehrgeld nur nach Verhältniß der ausgehaltenen Lehrzeit bezahlt.

§. 78.

Dem Meister kann die Abkürzung der Lehrzeit seines Lehrlings nur alsdann zugestanden werden, wenn dieser die von einem Gesellen erforderte Geschicklichkeit erlangt hat, und solches durch Probearbeiten beweiset.

Ein Erlaß an der Lehrzeit soll nur unter besonderen Umständen, nach hinlänglich erprobter Geschicklichkeit des Lehrlings, und mit Genehmigung der Gildevorsteher und obrigkeitlichen Behörde Statt finden.

§. 79.

Bevor der Lehrling aus der Lehre entlassen wird, muß er durch ein ohne alle Kosten zu beurtheilendes Probestück

oder durch sonst genügende Beweise darthun, daß er die einem Gesellen nöthige Geschicklichkeit erlangt habe. Dieses Probestück wird in der Werkstätte des Lehrherrn von dem Lehrlinge angefertigt, und hat ersterer durch einen Handschlag zu versichern, daß der Lehrling solches ohne Hülfe Anderer angefertigt habe.

Wenn er tüchtig befunden wird, so geschieht seine Lossprechung in Gegenwart der Gildemeister und des obrigkeitlichen Deputirten, wobei jede Art von Bewirthung und unnützer Förmlichkeiten unterbleiben muß. Der angehende Geselle muß dabei mittelst Handschlages zur gewissenhaften Erfüllung der Vorschriften dieser Verordnung, so weit sie ihn als Gesellen betreffen, und die ihm zu dem Ende vorzulesen sind, verpflichtet werden.

§. 80.

Jeder Geselle erhält demnächst einen Lehrbrief, welcher von den Gildemeistern, dem obrigkeitlichen Deputirten und dem Meister, bei welchem der Geselle in der Lehre gestanden hat, unterschrieben und von dem obrigkeitlichen Deputirten mit dem Gildesiegel versehen wird.

§. 81.

Zu den Lehrbriefen sollen besondere Formulare gedruckt und für jeden Lehrbrief eine Gebühr von 8 Ggr. an die Gildecasse entrichtet werden.

§. 82.

An sonstigen Gebühren hat der angehende Geselle folgendes zu bezahlen:

- | | |
|--|---------|
| 1) dem Gildemeister (dem ersten) | 12 Ggr. |
| 2) dem obrigkeitlichen Deputirten | 12 — |
| 3) an die Sterbe- oder Kranken-Casse die bisher üblich gewesenem Beiträge. | |
| 4) Siegelgebühren | 2 — |
| 5) Schreibgebühr | 2 — |

Zweiter Titel.

Von den Gesellen.

§. 83.

Jeder Geselle, welcher einen ordnungsmäßigen Lehrbrief oder ein obrigkeitliches Attestat über seine Gesellen-Qualität, insofern an dem Orte, wo er gelernt hat, keine Gildeverfassung ist, aufzuweisen hat, soll überall als solcher angesehen werden.

Die Beurtheilung, ob ein Geselle aus besonderen Gründen als solcher nicht gelten könne, soll nicht den übrigen Gesellen des Gewerbes, sondern lediglich den Gildenvorstehern und obrigkeitlichen Behörden zustehen. Die Gesellen, welche einem andern Gesellen wegen der an andern Orten bestehenden längern Lehrzeit, oder wegen sonstiger nicht zu ihrer Beurtheilung gehöriger Umstände, bei einer Nachsuchung um Arbeit Schwierigkeiten machen, oder gar eine Abfindung von ihm verlangen würden, sollen von den obrigkeitlichen Behörden zur Untersuchung und Bestrafung gezogen werden.

§. 84.

Jeder Geselle hat, unbeschadet seiner Gesellenrechte, die Erlaubniß, sich bei einem Fabrikanten oder Künstler zu verdingen. In den Fabriken dürfen die Gesellen außer den Arbeiten ihres Hauptgewerbes auch Neben-Arbeiten, die davon ganz unabhängig sind, verrichten. Kein Geselle verliert an seinen Gesellenrechten, weil er auf solche Weise bei einem nicht zünftigen Brodtherrn gedient, oder weil er Monate oder Jahre hindurch mit seinem Hauptgewerbe sich gar nicht beschäftigt, oder eine Zeitlang als Diensthote in Dienst gestanden hat.

§. 85.

Das Heirathen der Gesellen ist in der Regel verboten. Nur unter ganz besondern Umständen und bei ei-

nigen Gewerben, wo solches schon vormalz erlaubt war, soll es gestattet werden. Keine Copulation eines Gesellen darf Statt finden, wenn derselbe nicht zuvor einen Erlaubnißschein der Gerichtsbehörde seines Wohnorts vorgezeigt hat.

§. 86.

Kein Geselle kann Meister werden, der nicht wenigstens 5 Jahre als Geselle in seinem Hauptgewerbe gearbeitet und die vorgeschriebene Zeit gewandert hat, welches er genügend beweisen muß. Dispensationen hievon können nur in besonderen Fällen von Fürstl. Cammer bewilligt werden. Auf die Gesellenjahre wird die Zeit, welche ein Geselle mit Betreibung seines Handwerks bei einem Fabrikanten oder Künstler zugebracht hat, mit angerechnet.

Die Dauer der Wanderzeit wird hiedurch in der Regel auf drei Jahre festgesetzt. Sollten jedoch in der Folge abändernde Verfügungen darüber rathsam erscheinen, so werden selbige getroffen und einem Jeden, den es betrifft, bekannt gemacht werden. Die Wanderung darf von keinem Gesellen vor dem 18ten Jahre begonnen werden. Vor dem Antritte der Wanderschaft soll den Gesellen von den Gildevorstehern die nöthige Anleitung gegeben werden, wie sie selbige am Besten einzurichten haben, und welche Städte, in Hinsicht ihres Gewerbes, von ihnen mit dem meisten Nutzen zu besuchen seyn möchten.

§. 87.

Bei dem Antritte der Wanderschaft soll jedem Gesellen, anstatt eines Passes oder einer Kundschaft, deren Gebrauch hiemit gänzlich verboten wird, ein Wanderbuch eingehändigt werden, welches folgende Einrichtung haben soll:

Zuvörderst soll dasselbe ein von dem obrigkeitlichen Deputirten ausgestelltes und von der obrigkeitlichen Behörde mit dem Gildesiegel zu versehenes und zu beglau-

bigendes Zeugniß über die erprobte Geschicklichkeit und Ehrlichkeit des wandernden Gesellen enthalten, welches von den Gildevorstehern und demjenigen Meister, bei welchem der Geselle zuletzt in Arbeit gestanden hat, mit zu unterzeichnen ist, da solches sich auf deren Angaben gründen muß.

Demnächst ist darin, anstatt des Passes, das Handwerk des Gesellen, sein Geburtsort, sein Alter und Signalement, auch die Reiseroute, welche er zu nehmen gedenkt, von der Polizeibehörde einzutragen, welchem die eigenhändige Unterschrift des Gesellen beizufügen ist.

Da das Wanderbuch zu einer Nachweisung des, von dem Gesellen in der Fremde beobachteten Betragens dienen soll, so muß darin in jedem Orte, wo der Geselle sich während einer Nacht aufhält, von der Polizeibehörde der Tag der Ankunft und des Abgangs bemerkt werden. Außerdem ist darin von dem Meister, bei welchem der Geselle in Arbeit gestanden hat, über die Zeit des geleisteten Gesellendienstes und über den während desselben bewiesenen Fleiß und Betragen, ein Zeugniß auszustellen. Dieses Zeugniß muß von der Polizeibehörde, die überdem die von dem Gesellen etwa verübten Vergehen und die dafür erlittenen Strafen daneben zu bemerken hat, beglaubigt werden, und ist ohne solche Beglaubigung nicht gültig. Sobald der Geselle sein vollständig ausgefülltes Wanderbuch erhalten hat, ist er schuldig, spätestens am folgenden Tage fortzumwandern.

§. 88.

Zu den Wanderbüchern sollen Formulare gedruckt, ausgegeben und eine Gebühr von 8 Ggr. dafür entrichtet werden, welche nach Abzug der Kosten für die Fertigung des Wanderbuchs zur Hälfte in die Gilde- und zur andern Hälfte in die Polizeicasse fließen soll. Sollte der Geselle nach Gegenden wandern, wo diese Wanderbücher

nicht statt der Pässe angenommen, sondern besondere Pässe verlangt werden, so hat er sich solchenfalls damit von der dazu competenten Polizeibehörde zu versehen.

§. 89.

Diejenigen Meister, welche einem untüchtigen Gesellen ein vortheilhaftes, mithin unrichtiges Zeugniß erteilen sollten, sind, nach Befinden der Umstände, mit einer angemessenen Geld- oder Gefängnißstrafe zu belegen.

§. 90.

Wenn ein eingewanderter Geselle verstirbt, so soll das Wanderbuch desselben oder diejenigen Documente, welche er statt desselben bei sich geführt hat, der Ortsbehörde von dem Gildemeister eingeliefert und von dieser mit einer Nachricht über die Art und Zeit des Todes der Obrigkeit des Geburtsortes des Verstorbenen übersandt werden.

§. 91.

Kein fremder Geselle soll in Arbeit genommen werden, der sich nicht zuvor über sein Wohlverhalten und seine Geschicklichkeit gehörig legitimirt hat. Jeder Geselle muß demnach, sobald er sich auf der Herberge oder bei dem Gildemeister seines Handwerks meldet, sein Wanderbuch, oder wenn dessen Ertheilung in der Heimath des wandernden Gesellen nicht gebräuchlich ist, seine Rundschafft, oder ein obrigkeitlich beglaubigtes Zeugniß seines Wohlverhaltens und seiner Geschicklichkeit abgeben. Jeder Geselle, der sich auf diese Weise nicht gehörig ausweisen kann, soll als Landstreicher behandelt, derjenige Meister aber, welcher ihn gleichwohl in Arbeit nehmen sollte, in eine Strafe von Fünf Thalern genommen werden.

§. 92.

Wenn ein Geselle ohne Wanderbuch fortreisen sollte, so muß hievon sofort von dem Gildemeister der Ortsbe-

hörde Anzeige gemacht, und von solcher der Obrigkeit seines Geburtsortes Nachricht gegeben werden.

§. 93.

Im Falle ein einwandernder Geselle keine Arbeit finden sollte, so muß ihm solches in seinem Wanderbuche bezeugt werden. Er muß in solchem Falle spätestens binnen drei Tagen seine Wanderschaft fortsetzen. Wenn er sich aber länger aufhalten sollte, so muß selbiges von dem Gildemeister oder Herbergswirthe der Polizeibehörde angezeigt werden, damit derselbe, falls er nicht genügende Gründe seines längern Aufenthaltes und hinlängliche Subsistenzmittel nachweisen würde, fortgeschafft werden könne.

§. 94.

In den Fällen, wo vormalß bei den Gilden ein Geschenk bewilligt gewesen ist, kann den einwandernden Gesellen, die keine Arbeit finden, ferner ein freies Nachtlager und eine Mahlzeit oder statt dessen ein Geldbetrag von 6 Ggr. verabreicht werden. Jeder dabei Statt findende Unfug soll aber nachdrücklich bestraft werden.

Dem Gesellen, welcher die ihm angebotene Arbeit ausschlägt, darf das Geschenk nicht verabreicht werden.

§. 95.

Wenn einwandernde, gehörig legitimirte Gesellen, die ein solches Geschenk nicht zu erwarten haben, und auch keine Arbeit finden, gehörig nachweisen können, daß durch unvorhergesehene Umstände der bei wandernden Gesellen wohl vorauszusetzende Geldvorrath erschöpft ist, so soll ihnen aus den Armencassen derjenigen Orte, wo sie während einer Nacht bleiben, eine Unterstützung von 2 bis 3 Ggr. gereicht werden.

Dagegen ist das Betteln oder sogenannte Fechten verboten, und sollen diejenigen Gesellen, welche sich dabei betreffen lassen, als Bettler behandelt werden.

§. 96.

Jeder Meister hat das Recht, so viele Gesellen zu halten, als die Ausdehnung seines Gewerbes nöthig macht. Er kann sich zu dem Ende Gesellen verschreiben, und hat nur, daß solches geschehen, den Gildenvorstehern anzuzeigen, damit demnächst die verschriebenen von den einwandernden Gesellen unterschieden werden können. Jedoch darf kein Meister Gesellen, welche nicht als wirkliche Gemeindeglieder aufgenommen sind, in ihren Wohnungen für seine Rechnung arbeiten lassen, sondern es muß jede Arbeit des Gesellen in der Werkstätte des Meisters, oder unter dessen specieller Aufsicht verfertigt werden, damit nicht Unordnung in dem Gewerbsbetriebe einreißt, und die Ansiedelung unbefugter Einwohner veranlaßt werden könne.

§. 97.

Wegen der einwandernden Gesellen soll folgende Ordnung beobachtet werden:

- 1) die einwandernden Gesellen, wenn sie nicht nachweisen können, daß sie verschrieben sind, können sich den Meister, bei welchem sie arbeiten wollen, nicht auswählen, sondern sie müssen sich gefallen lassen, zu dem Meister, an welchem die Reihe ist, oder zu einer Meisters Wittwe geführt zu werden, widrigenfalls sie sofort weiter wandern müssen.
- 2) Die einwandernden Gesellen haben sich bei dem (ersten) Gildemeister zu melden, der die Zuweisung derselben zu besorgen hat.
- 3) In der Herberge jedes Handwerks, oder in deren Ermangelung bei dem (ersten) Gildemeister soll ein Buch mit folgenden Rubriken geführt werden, nämlich:
 - a) Ordnungsnummer.
 - b) Namen des, einen Gesellen verlangenden Meisters.
 - c) Hausnummer der Wohnung des Meisters.

d) Gattung der Arbeit, wozu ein Geselle verlangt wird.

e) Namen und Geburtsort des zugewiesenen Gesellen.

f) Tag der Zuweisung.

- 4) Die Meister, welche Gesellen verlangen, müssen solches in den vier ersten Rubriken dieses Buchs bemerken. Nach der dadurch eintretenden Reihenfolge geschieht auch die Zuweisung, welche von dem Gildemeister unter den beiden letzten Rubriken anzuzeigen ist.
 - 5) Von der Reihenfolge der von den Meistern geschehenen Einzeichnungen kann nur dann abgewichen werden, wenn ein Meister mehrere Gesellen auf Ein Mal verlangt. In diesem Falle kann derselbe der Reihe nach nur auf Einen Gesellen Anspruch machen, und die übrigen dann erst erhalten, wenn die andern Meister gleichfalls mit einem Gesellen versehen worden sind. Wenn mehrere Meister auf Ein Mal mehrere Gesellen verlangen, so geschieht die Vertheilung der ankommenden Gesellen nach Billigkeit durch den obrigkeitlichen Deputirten, jedoch ohne Zurücksetzung der Reihenfolge für die Meister, welche nur Einen Gesellen begehren.
 - 6) Meister, welche wegen langwieriger Krankheit ihrem Gewerbe nicht selbst vorstehen können, oder Meisters Wittwen, sollen übrigens immer vorzugsweise mit tüchtigen Gesellen versehen werden.
- Auch kann sogar ein in solcher Lage sich befindender Meister, oder eine Meisters Wittwe, wenn solche nicht bereits selbst Zwei Gesellen haben, von einem Mitmeister die Abtretung eines bei einem Meister schon arbeitenden Gesellen fordern, wozu jedoch von den Gildemeistern und dem obrigkeitlichen De-

putirten derjenige Geselle ausgewählt wird, welcher am leichtesten entbehrt werden kann, wenn er nämlich sonst gehörig qualificirt ist.

Nach seiner Wiederherstellung muß indessen der kranke Meister den abgetretenen Gesellen auf Verlangen zurückgeben.

- 7) Die Gildemeister, oder wenn nur ein Gildemeister vorhanden ist, der die Zuweisung selbst besorgt, die obrigkeitlichen Deputirten, haben für die genaue Befolgung dieser Ordnung zu wachen, und müssen letztere zu dem Ende die weiter unten erwähnte Gesellenliste mit dem Zuweisungsbuche von Zeit zu Zeit vergleichen.
- 8) Die bei der Zuweisung Statt gefundenen Unordnungen werden von der obrigkeitlichen Behörde mit angemessenen Geldbußen bestraft.

§. 98.

Wenn die während der Wanderschaft krank gewordenen Gesellen die Kosten ihrer Heilung und Verpflegung nicht selbst bezahlen können, so müssen selbige aus den Gesellen-Kranken-Cassen bestritten werden, sie mögen bereits im Orte gearbeitet haben oder nicht. Bei deren Erschöpfung aber müssen die Gildecassen und falls auch diese dazu nicht im Stande seyn sollten, wiederum die Orts-Armencassen mit den nöthigen Unterstüzungen zu Hülfe kommen.

§. 99.

Der zwischen dem Meister und Gesellen wegen der Dauer des Dienstes, wegen des Lohnes, der Wohnung und Beköstigung abzuschließende Vertrag muß zwar als eine Privatsache im Allgemeinen den Parteien überlassen bleiben; für den Fall aber, daß die Beköstigung in natura verabrebet wird, darf kein Geselle dem Meister wegen der Speisen Bedingungen machen, sondern er muß sich

mit dem begnügen, was der Tisch des Meisters ihm darbietet.

§. 100.

Jeder Geselle muß sich einer achttägigen, oder, nach Beschaffenheit der Umstände, auch einer vierzehntägigen Probezeit unterwerfen. Erst nach deren Ablauf tritt der abgeschlossene Vertrag in Kraft. Wenn der Geselle vor Ablauf dieser Probezeit den Dienst verläßt, so wird er als ein entlassener Geselle betrachtet, der vor Ablauf eines Vierteljahres an denselben Ort nicht zurückkehren darf. Uebrigens findet bei Abschließung eines jeden Gesellenvertrages die stillschweigende Voraussetzung Statt, daß der Meister nicht durch unvorhergesehene Umstände verhindert werde, dem Gesellen Arbeit zu geben.

§. 101.

Wenn ein zugewiesener Geselle sich mit dem ihm bestimmten Meister wegen der Bedingungen des Vertrages nicht sollte einigen können, so sollen die Gildenvorsteher eine billige Vereinigung zu bewirken suchen. Falls solche aber nicht zu Stande zu bringen ist, so haben die Gildenvorsteher und allenfalls der obrigkeitliche Deputirte zu entscheiden, von welcher Seite die Forderungen ordnungswidrig oder unbillig gemacht sind. Hat der Meister Unrecht, so darf der Geselle sich zu einem andern Meister begeben, wird aber das Unrecht auf Seiten des Gesellen befunden, so muß er sofort weiter wandern und darf vor Ablauf eines Monats nicht zurückkehren.

§. 102.

Dem Gesellenlohne steht, so weit derselbe nicht für längere Zeit, als ein Jahr, rückständig ist, das dem Gesindelohn gesetzlich gebührende Vorzugsrecht zu.

§. 103.

Jeder Meister hat die Verpflichtung, über das Betragen der Gesellen die Aufsicht zu führen, sie zu einem

sittlich guten Lebenswandel, auch zum Besuch des öffentlichen Gottesdienstes anzuhalten und Ausschweifungen derselben nach Kräften zu verhindern, auch ihnen in jedem Theile des Gewerbes Beschäftigung zu geben, und sie dabei solchergestalt zu leiten und anzuweisen, daß selbige Gelegenheit haben, die einem Meister nöthige Geschicklichkeit zu erwerben.

§. 104.

Die Gesellen haben gegen ihren Meister Folgendes zu beobachten:

- 1) sie sind ihrem Meister Gehorsam schuldig und müssen die in den Grenzen ihres Gewerbes ihnen aufgetragenen Arbeiten genau, fleißig und treu ausrichten;
- 2) sie dürfen außer dem bedungenen Lohne keine Geschenke oder Trinkgelder fordern und eben so wenig irgend eine zum Gewerbe gehörige Arbeit, weder während noch außer der Arbeitszeit für eigene Rechnung übernehmen und besorgen;
- 3) dürfen sie, wenn sie bei dem Meister wohnen, ohne dessen Erlaubniß bei 4 Ggr. Strafe nicht bis nach 10 Uhr Abends und bei 8 Ggr. Strafe nicht die Nacht hindurch außer dem Hause bleiben, welche Strafen von dem Gesellenlohne abzuziehen und durch die Meister an die Gesellen-Kranken-Casse abzuliefern sind;
- 4) sie sind schuldig, mit Ausnahme der Sonntage und landesgesetzlichen Festtage, an allen Tagen zu arbeiten, und die gewöhnlichen Arbeitsstunden auszuhalten.

§. 105.

Die Feier des sogenannten blauen Montags ist bei nachdrücklicher Strafe verboten. Die Herbergs- und andere Wirth, welche am Montage während der gewöhnlichen Arbeitsstunden Zusammenkünfte von Gesellen bei sich dulden, sollen in eine angemessene polizeiliche Strafe verfallen.

§. 106.

Wenn wegen der Dauer der Dienstzeit keine Verabredung Statt gefunden hat, so muß der Geselle die Arbeit acht Tage vor seinem beabsichtigten Abgange aufsaugen. Vierzehn Tage vor den hohen Festen ist der Meister jedoch nicht verbunden, eine solche Aufkündigung anzunehmen, der Geselle muß vielmehr die Feste noch aushalten, so wie er denn in jedem Falle, insofern Stückweise gearbeitet und gelohnt wird, die angefangenen Arbeiten fertig machen muß. Der Meister ist dagegen an keine Aufkündigungszeit gegen den Gesellen gebunden, sondern er hat nur, wenn keine Dauer der Dienstzeit verabredet ist, dem Gesellen Sonntags Mittags zu erklären, daß er seines Dienstes nicht mehr bedarf, und hängt es von dem freien Willen des Meisters ab, ob der Geselle sofort sein Haus verlassen soll, oder noch bis zum Montage Morgen darin verbleiben darf. Doch hat der Meister im ersten Falle dem Gesellen 4 Ggr. als Entschädigung für Zehrung u. zu zahlen.

Durch Stillschweigen wird die Verdingung auf eine Woche erneuert.

§. 107.

Falls ein Meister sich an einem Gesellen, ohne von diesem dazu gegebene dringende Veranlassung, vergreifen, oder seinem guten Rufe zu nahe zu treten suchen, oder ihm seinen ausbedungenen und verdienten Lohn ungerechterweise vorenthalten sollte, so hat letzterer sich deshalb bei den Gildevorstehern zu beschweren. Diese haben darauf sofort einen Versuch zur gütlichen Beilegung der Sache zu machen. Wenn sie damit nicht zu Stande kommen, nach ihrer Meinung aber das Recht auf der Seite des Gesellen ist, so kann dieser sofort ohne Aufkündigung aus der Arbeit gehen, jedoch nach Genehmigung des obrigkeit-

lichen Deputirten, und bleibt ihm übrigenß die gerichtliche Verfolgung seiner Rechtszuständigkeit unbenommen.

§. 108.

Dagegen kann der Meister den Gesellen sofort entlassen, wenn

- 1) der Geselle ihn oder seine Familie durch Thätlichkeit, Schimpfworte oder Verläumdung beleidigt hat und eine Beilegung in Güte von Seiten der Gildevorsteher, denen durch den Meister von solchen Beleidigungen ebenfalls sofort Anzeige zu machen ist, nicht hat zu Stande gebracht werden können;
- 2) der Geselle sich gegen die Vorschriften des Meisters fortwährend widerspenstig bezeigt;
- 3) derselbe ohne Erlaubniß des Meisters für eigene Rechnung irgend ein zu dem Gewerbe gehöriges Geschäft betreibt;
- 4) derselbe die Frau oder Kinder des Meisters zum Bösen zu verleiten sucht, oder verdächtigen Umgang mit ihnen hält;
- 5) er auf Diebereien oder Veruntreuungen gegen den Meister oder andere Personen betroffen werden, mit Feuer und Licht, der vorgängigen Warnung ungeachtet, unvorsichtig umgehen, ohne Vorwissen und Erlaubniß des Meisters mehrere Male des Nachts außer dem Hause bleiben, oder wider den ausdrücklichen Willen des Meisters an gewöhnlichen Arbeitstagen, mit Einschluß des Montags feiern und die gewöhnliche Arbeitszeit durch Ruhe und Feierstunden ungebührlich verkürzen sollte.

Ein wegen einer der vorstehenden Ursachen entlassener Geselle muß sofort weiter wandern, und darf vor Ablauf eines Vierteljahrs, um seine Dienste von neuem anzubieten, nicht zurückkehren. Wegen eines bloßen Versehens kann der Meister den Gesellen nicht sofort entlassen,

wohl aber den Betrag des ihm erweislich dadurch zugefügten Schadens am Lohne abziehen.

§. 109.

Wer einem Meister, Fabrikanten oder Künstler die bei demselben in Arbeit stehenden Gesellen abspenstig zu machen sucht, soll von der obrigkeitlichen Behörde zur Untersuchung gezogen und nach Befinden der Umstände mit einer angemessenen Geld- oder Gefängnißstrafe belegt werden. Gildevorsteher oder Herbergswirthe, welche von solchen Bemühungen Kenntniß gehabt und nicht sofort Anzeige davon gemacht haben, werden als Mitschuldige bestraft.

§. 110.

Gesellen, welche nicht wegen eigener Verschuldung entlassen, oder aus dem Orte verwiesen sind, können in demselben Orte sogleich wieder bei einem andern Meister in Arbeit treten.

§. 111.

Abreisenden Gesellen darf das Zeugniß im Wanderbuche nicht eher erteilt werden, bis sie ihre bekannten Schulden, besonders die Beiträge zu der Gesellen-Kranken-Casse, bezahlt und etwanigen Anordnungen der obrigkeitlichen Behörde Genüge geleistet haben.

§. 112.

Zum Unterkommen für die einwandernden Gesellen dürfen für jede Gilde oder für mehrere Gilden zusammen, nach den Regeln der gewöhnlichen Wirthshäuser, Herbergen bestehen, in deren Hinsicht Folgendes zu beobachten ist:

- 1) sind die Herbergen unter besonders scharfe polizeiliche Aufsicht zu nehmen, und können, sobald die Polizeibehörde es für nöthig findet, in andere Häuser verlegt werden;
- 2) ist darin nach 10 Uhr Abends keine Gesellschaft mehr zu dulden;

- 3) darf fremden Gesellen, welche weiter wandern müssen, der Aufenthalt darin nicht gestattet werden;
- 4) dürfen Unsitlichkeiten darin nicht gelitten, sondern müssen der polizeilichen Behörde sofort zur Bestrafung angezeigt werden;
- 5) soll ein Exemplar dieser Verordnung, nebst denjenigen Bekanntmachungen, welche etwa sonst an die Gesellen zu erlassen sein möchten, darin angeschlagen werden, für deren sichere Aufbewahrung oder sofortige Ersetzung, im Fall Abhandenkommens, der Herbergswirth zu sorgen hat;
- 6) sind die Herbergswirthe, welche von den Gildevorstehern vorzuschlagen sind, von der Polizeibehörde zu bestellen und dahin zu verpflichten, daß sie gewissenhaft nicht allein auf Befolgung der vorstehenden Vorschriften halten, sondern auch überhaupt Unordnungen, Ausschweifungen und Müßiggang der Gesellen nach besten Kräften verhindern und jede ihnen zur Kenntniß kommende gesetzwidrige Verabredung der Gesellen unverzüglich der obrigkeitlichen Behörde anzeigen wollen; endlich muß
- 7) ein Gildemeister, oder, wenn die Gilde solches vorzieht, ein dazu jährlich auszuwählendes, zuverlässiges, sonstiges Gildemitglied die besondere Aufsicht über die Herberge führen und allen Unordnungen ebenfalls nach Kräften vorbeugen, auch etwanige Gesetzwidrigkeiten sofort zur Anzeige bringen.

§. 113.

Es sollen zur Verpflegung kranker oder verunglückter Gesellen die bisher schon vorhanden gewesenen Gesellen-Kranken-Cassen durch die von den Gesellen vierzehntägig oder monatlich zu entrichtenden Beiträge fortbestehen oder, wo sie nicht vorhanden sind, neu errichtet werden, für deren Einrichtung nachstehende Vorschriften ertheilt werden:

- 1) die Gesellen-Kranken-Casse wird einem von der Gilde dazu jährlich auszuwählenden Meister anvertrauet;
- 2) diesem Vorsteher der Gesellen-Kranken-Casse haben die Gildevorsteher zwei, bei den übrigen Gesellen durch ihr Alter und gutes Betragen in Ansehen stehende Gesellen als Gehülften beizugeben;
- 3) diese Gehülften haben unter der Aufsicht des Vorstehers das Einsammeln der Beiträge, die Untersuchungen wegen der kranken Gesellen und ihrer Unterstützung, so wie die Anordnung ihrer Verpflegung zu besorgen;
- 4) die Erhebung der Beiträge zur Gesellen-Kranken-Casse geschieht bei den Meistern, welche dieselben von dem Lohne der Gesellen abzuziehen und daher für die richtige Bezahlung einzustehen haben;
- 5) um die richtige Vereinnahmung der Beiträge sicher zu stellen, muß eine genaue Gesellenliste geführt und der Rechnung über die Gesellen-Kranken-Casse beigefügt werden;
- 6) in diese Liste müssen die Namen der Gesellen und die für sie bezahlten Beiträge von dem bezahlenden Meister eigenhändig eingetragen werden;
- 7) der Vorsteher der Gesellen-Kranken-Casse und seine Gehülften haben, wenn die gewöhnlichen Beiträge zur Verpflegung der kranken oder verunglückten Gesellen nicht hinreichen, solches sofort den Gildevorstehern anzuzeigen, damit diese entweder eine Beihülfe aus der Gilde-Casse, oder bei deren eigenen Unzulänglichkeit, aus der Orts-Armen-Casse veranlassen;
- 8) dem Vorsteher und seinen Gehülften kann durch die Gilde-Vorsteher eine ihrer Arbeit und dem Zustande der Casse angemessene kleine Vergeltung aus der Gesellen-Kranken-Casse, insofern von denselben Anspruch darauf gemacht wird, verwilligt werden;

- 9) die Revision und Abnahme der Gesellen = Kranken = Cassen = Rechnung, deren Ausgaben gehörig belegt sein müssen, geschieht vierteljährlich durch die Gildevorsteher, ohne alle Schmauserei und sonstige Kosten, in Gegenwart des Vorstehers und seiner Gehülfen, welche die abzulegende Rechnung eigenhändig zu unterschreiben haben;
- 10) der obrigkeitliche Deputirte hat sich von der Richtigkeit der vierteljährigen Rechnungs = Abschlüsse zu überzeugen; er hat dafür zu sorgen, daß die zur Gesellen = Kranken = Cassen zu erhebenden Beiträge angemessen sind, und ist dafür verantwortlich, daß kein Beitrag von den Gesellen zu andern Zwecken, als den der Verpflegung kranker und verunglückter Gesellen, erhoben und verwandt werde.

§. 114.

Alle Handwerksgebräuche der Gesellen sind abgeschafft. Sie dürfen keine Corporation oder Bruderschaft bilden und als solche gemeinschaftlich handeln. Demnach dürfen sie keine Ladeseigel oder schwarze Tafeln führen. Noch weniger aber sollen sie sich unterfangen, irgend eine Aufsicht oder ein Strafrecht über Gesellen und Meister sich anzumaßen. Contraventionen hiergegen werden mit angemessenen Geld = oder Gefängnißstrafen belegt.

§. 115.

Sollten Gesellen aber gar sich gesetzwidrige Eigenmächtigkeiten erlauben und sich das sogenannte Schimpfen einer Gilde oder eines einzelnen Gildegenossen, haufenweises Austreten aus der Arbeit, absichtlichen tumultuarischen Unfug, Zusammenrottirungen und durch Verweigerung der Arbeit, Fortwandern, Drohungen oder sonstige ungesetzhliche Mittel irgend eine Forderung, selbst wenn sie rechtmäßig wäre, durchzusetzen, zu Schulden kommen lassen; so soll gegen sie, nach Beschaffenheit des verübten Verbrechens

oder Vergehens auch wohl criminell verfahren und von den gegen die Schuldigen erkannten und völlzogenen Strafen den Obrigkeiten ihrer Geburtsorte Nachricht gegeben werden.

§. 116.

Gildevorsteher oder sonstige Meister, welchen Vergehungen der Gesellen bekannt geworden sind, und sie, wenn sie dazu befugt waren, nicht sofort abgestellt, oder sie zur Abstellung angezeigt haben, sollen, so wie sonstige Helfer, nach Befinden der Umstände, als Mitschuldige bestraft werden.

§. 117.

Gesellen, welche ihrer Seits Beschwerde zu führen haben, müssen selbige bei den Gildevorstehern, oder nöthigenfalls der obrigkeitlichen Behörde anbringen.

Die Entscheidung über solche nur die Gewerbsverhältnisse der Gesellen und keine Civilsachen betreffende Beschwerden soll spätestens binnen acht Tagen erfolgen.

Dritter Titel.

Von den Meistern und Lehrherren.

§. 118.

Wer Meister werden, mithin das Recht erlangen will, das Gewerbe für eigene Rechnung zu betreiben, zünftige Lehrlinge und Gesellen zu halten, und an den durch gegenwärtige Verordnung den Gilde = Mitgliefern zugestandenen Gerechtsamen Theil zu nehmen, muß sich mit seinem Gesuche an die vorgesetzte Behörde wenden, welche sodann mit Zuziehung der Gildevorsteher zu untersuchen hat, ob der Supplicand die einem angehenden Meister erforderlichen Eigenschaften besitze, oder welche Hindernisse der Aufnahme entgegen stehen, und soll kein Geselle, weil er als solcher sich verheirathet hat, von der Bewerbung um die Meisterschaft zurückgewiesen, sondern gleich jedem

unverheiratheten Gesellen zugelassen werden. Hierbei ist besonders zu berücksichtigen:

- 1) ob das Gewerbe gehörig erlernt sey, auch die vorgeschriebenen Gesellen- und Wanderjahre ausgehalten sind;
- 2) daß wegen des zeither geführten guten Lebenswandels glaubhafte Atteste beigebracht werden;
- 3) ob der Supplicant das Vermögen, welches zur Betreibung mancher Gewerbe unumgänglich nöthig ist, besitze;
- 4) daß er volljährig sey; und
- 5) daß die zur Betreibung eines Gewerbes erforderliche Geschicklichkeit genügend nachgewiesen werde; wenn er Ausländer ist, hat er nachzuweisen, daß er seiner Militairpflichtigkeit Genüge geleistet habe.

Sobald die Geschicklichkeit gehörig nachgewiesen ist, kann wegen der sub. 1, 3 und 4 bestimmten Erfordernisse, wenn die Umstände dazu geeignet sind, auf Dispensation sowohl von der betreffenden Person, als von dem obrigkeitlichen Deputirten von Amtswegen angetragen werden.

§. 119.

Die obrigkeitlichen Behörden können ein Gesuch um Ertheilung des Meisterrechts sofort zurückweisen, wenn die unter 2 bis 5 des vorstehenden §. gedachten Vorschriften nicht erfüllt werden können, auch kein Grund vorhanden ist, auf die Dispensation von dem einen oder dem andern Erfordernisse anzutragen. Aus keinem andern Grunde darf bei eigener Verantwortlichkeit, ohne vorgängige Berichtserstattung an die höhere Behörde, eine Zurückweisung Statt finden.

§. 120.

Diese Berichtserstattung ist erforderlich, wenn sich Gründe zu einer Dispensation der oben gedachten Art ergeben, wenn ein Ausländer um das Meisterrecht nach-

sucht, wenn ein städtischer Meister sich auf dem Lande niederlassen will und endlich wenn eine offenbare Uebervöllung des Gewerbes die Gewährung des Gesuchs nicht rathsam macht.

§. 121.

Die nach Art. 5 erforderliche Nachweisung der Geschicklichkeit durch eine anzustellende Prüfung oder Vorzeigung eines Probestücks soll erst dann geschehen, wenn alle Hindernisse zuvor beseitigt sind, auch die etwa nöthige Dispensation oder Concession ausgewirkt ist.

§. 122.

Die Verpflichtungen des Bürgers und Gemeindeglieds fangen jedoch erst dann an, wenn die Nachweisung der Geschicklichkeit und Aufnahme in die Gilde und in den Städten die Annahme als Mitglied der Bürgerschaft Statt gefunden hat, wobei der Erbhuldigungs-Eid, insofern solches noch nicht früher geschehen, jedesmal zu leisten ist.

§. 123.

In Ansehung der Nachweisung der Geschicklichkeit sind folgende Vorschriften zu beobachten:

- 1) die obrigkeitlichen Behörden haben dem angehenden Meister das Probestück, wodurch er seine Geschicklichkeit erweisen soll, mit Zuziehung einiger Werkverständiger, und bei den Bauhandwerkern mit Zuziehung des Districtsbaumeisters, aufzugeben;
- 2) es soll dazu zwar eine der künstlichsten Arbeiten des Gewerkes aufgegeben, jedoch dabei berücksichtigt werden, daß selbige nicht zu kostbar, zum nützlichen Gebrauche geeignet und nicht schwer zu verkaufen sey;
- 3) diejenigen Meister, welche schon in einer Stadt des Landes ein Meisterstück abgelegt haben, und solches durch eine obrigkeitliche Bescheinigung erweisen, haben bei Verlegung ihres Wohnsitzes nach einer an-

bern Stadt, nicht nöthig, noch ein zweites Probestück vorzuzeigen.

Auch Landmeister, welche sich in einer Stadt niederlassen wollen, sind davon frei, wenn sie darthun, daß sie schon als Landmeister eine dem städtischen Gewerbsbetriebe entsprechende Geschicklichkeitsprobe abgelegt haben; sonst haben die obrigkeitlichen Behörden ihnen eine angemessene Ergänzungsprobe aufzuerlegen;

- 4) mit den aufzugebenden Meisterstücken muß, so viel die Beschaffenheit des Gewerbes es gestattet, abgewechselt werden;
- 5) Gilden, welche sich unterfangen sollten, mehrere oder andere Probestücke, als die von den obrigkeitlichen Behörden aufgegebenen, zu verlangen oder anzuordnen, sollen nachdrücklich bestraft werden;
- 6) bei Aufgabe und Ablegung des Meisterstückes soll Niemand, namentlich auch kein Meistersohn, oder ein solcher, welcher eine Meisters Wittve oder Tochter heirathet, vor andern angehenden Meistern begünstigt werden;
- 7) so weit es angeht, muß das Probestück in dem Hause und in Gegenwart eines Gildevorstehers, oder eines andern angesehenen Meisters verfertigt werden, welcher dahin zu sehen hat, daß der Stückmeister das Probestück selbst verfertige, so daß er dieses demnächst bei Aufweisung des Meisterstückes mit einem Handschlage bekräftigen kann; während der Anfertigung des Probestücks müssen die Gildevorsteher der Arbeit des Gesellen einige Zeit beiwohnen, um sich von seiner Fähigkeit auch dadurch zu überzeugen; andere Meister dürfen sich aber bei einer Strafe von Fünf Thaler für jeden Contraventionsfall dabei nicht einfinden;
- 8) für denjenigen Meister, welcher zur Anfertigung des

Probestücks die Handwerksgeräthschaften und das Local hergiebt, auch dadurch an seiner Arbeit verhindert wird, soll durch die obrigkeitliche Behörde eine billige Entschädigung nach Befinden der Umstände festgesetzt und durch den Stückmeister ausbezahlt werden;

- 9) wenn das Probestück vollendet ist, so soll dasselbe nur Ein Mal und zwar in Gegenwart des obrigkeitlichen Deputirten, der Gildemeister und nicht mehrerer als fünf anderer Meister, die nach der Reihe aus der Gilde dazu aufzufordern sind, bei den Bauhandwerken auch in Gegenwart des Districtsbaumeisters, jedoch ohne alle Kosten, besichtigt und beurtheilt werden;
- 10) dasselbe muß entweder ganz verworfen, oder angenommen werden. Ueber kleine Fehler, die keinen Zweifel an der sonstigen Geschicklichkeit des Stückmeisters entstehen lassen, ist hinwegzugehen und dürfen auf keinen Fall mit Geldbußen bestraft werden. Wenn dagegen durch Stimmenmehrheit der Sachverständigen sich Hauptfehler ergeben, daß der Geselle sein Gewerbe noch nicht genügend erlernt hat, so ist derselbe abzuweisen, und darf sich vor Ablauf von sechs Monaten nicht zur Anfertigung eines andern Meisterstückes melden;
- 11) der obrigkeitliche Deputirte muß dahin sehen, daß kein auf Mißgunst oder Eigensinn beruhender Tadel zugelassen wird; über die sonst gerügten Mängel hat er ein Protocoll aufzunehmen und solches von den Sachverständigen unterschreiben zu lassen;
- 12) Meister, welche den an sie ergangenen Aufforderungen zur Besichtigung des Probestücks nicht Folge leisten wollen, oder sonstige Widerseßlichkeiten sich zu Schulden kommen lassen sollten, die den Zweck haben, die Aufnahme des Stückmeisters in die Gilde

- zu erschweren oder sie ganz zu hintertreiben, sollen in eine Geldstrafe von Fünf Thalern verfallen, die im Wiederholungsfalle zu verdoppeln und nöthigenfalls mit Gefängnißstrafe zu schärfen ist;
- 13) wenn ein Geselle sich bei der über sein Probestück erfolgten Entscheidung nicht beruhigen zu können glaubt, so hat er das Recht, eine nochmalige Beurtheilung durch andere Sachverständige aus demselben Orte, oder durch Sachverständige aus einem andern Orte zu verlangen.

Die obrigkeitliche Behörde ist verpflichtet, diese nochmalige Prüfung sofort zu veranlassen, und dabei auf mögliche Kostenersparung Bedacht zu nehmen. Wenn durch diese zweite Prüfung die frühere Verwerfung des Probestücks bestätigt wird, so hat es bei der Abweisung des Gesellen sein Verbleiben, der sodann die für die Sachverständigen von der obrigkeitlichen Behörde festzusetzenden Kosten bezahlen muß. Ergiebt sich aber durch das von dem obrigkeitlichen Deputirten abzufassende Gutachten der Sachverständigen, daß die erste Verwerfung nur auf ungegründeten Einwürfen und Schwierigkeiten beruht, so kann die obrigkeitliche Behörde bei hinlänglicher Veranlassung dazu die Kosten den Sachverständigen auferlegen, von welchen die frühere unrichtige Beurtheilung ausgegangen ist;

- 14) über das Meisterstück, es möge verworfen oder angenommen seyn, kann der Stückmeister nach Belieben verfügen;
- 15) wie schon durch den §. 42 alle Gelage bei Gelegenheit der Gildezusammenkünfte verboten sind, so soll auch bei Verfertigung, Aufweisung und Prüfung des Meisterstücks keine Bewirthung irgend einer Art, selbst wenn der Stückmeister aus eigenem Antriebe dazu erbötig wäre, Statt finden. Die obrigkeitli-

chen Deputirten, Gildevorsteher und zugezogenen Gildemitglieder, welche dennoch solche Bewirthung annehmen würden, sollen unnachsichtlich in eine Strafe von Fünf Thalern ein Jeder verfallen, die für die Gildevorsteher und Mitglieder im Falle ihres Unvermögens in Gefängnißstrafe verwandelt werden kann. Die Gildevorsteher, welche an solcher Bewirthung Theil genommen haben, sollen überdem ihres Dienstes entsezt und für unfähig erklärt werden, das Amt eines Vorstehers je wieder übernehmen zu können. Der Stückmeister aber, welcher die Bewirthung anbieten würde, soll in eine Strafe von Zehn Thalern verfallen, die bei seinem Unvermögen in angemessene Gefängnißstrafe zu verwandeln ist;

- 16) im Fall bei Anfertigung eines Probestücks betrügerisch zu Werke gegangen seyn, und dasselbe von dem angehenden Meister nicht ganz oder nur theilweise verfertigt seyn sollte, so soll nicht nur die angefertigte Arbeit zum Besten der Gildecasse confiscirt werden, sondern auch der angehende Meister erst nach Ablauf eines Jahres sich wieder zur Annahme melden dürfen, und dann bei Anfertigung des Probestücks unter geschärfte Aufsicht, wenn es nothwendig gefunden wird, auf seine Kosten gestellt werden.

§. 124.

Bei der nächsten allgemeinen Zusammenkunft der Gilde wird derselben der neuaufgenommene Meister vorgestellt, bei welcher Gelegenheit, nach Maassgabe des §. 42, ebenfalls jedes Trink- oder Speisegelage, bei Vermeidung der darin angedrohten Strafe, unterbleiben muß. Der obrigkeitliche Deputirte hat sodann den Vor- und Zunamen des aufgenommenen Meisters, seinen Geburtsort, sein Alter, den Tag der Aufnahme, die bestandene Lehr- und Wanderzeit, oder die etwa davon ertheilte Dispensation, die geschehene Verfertigung des Meisterstücks und endlich

den Betrag der bezahlten Gebühren in das Meisterbuch einzutragen.

§. 125.

Der dem aufgenommenen Meister zu ertheilende Meisterbrief ist von den Gildeameistern, dem obrigkeitlichen Deputirten und der obrigkeitlichen Behörde zu unterzeichnen, und durch letztere mit dem Gildesiegel zu versehen. Für das dazu zu liefernde Formular soll eine Gebühr von Einem Thaler an die Gildecasse bezahlt werden.

§. 126.

Ein neuaufgenommener Meister hat folgende Gebühren zu bezahlen,

- | | | |
|--|----------|--------|
| 1) dem obrigkeitlichen Deputirten . . . | 1 Rthlr. | — |
| 2) jedem Gildevorsteher | 1 | — |
| 3) der obrigkeitlichen Behörde an Schreib-
und Siegel-Gebühren für den Mei-
sterbrief | — | 4 Egr. |
| 4) demjenigen, welcher bei seiner Prüfung
und Aufnahme die Botendienste ver-
sehen hat | — | 4 — |
| 5) für ein Exemplar dieser Gildeordnung . . . | — | 4 — |

Beiträge an fromme und milde Anstalten hängen von dem Belieben des neuen Meisters ab.

Die Beiträge zu den Kranken- oder Todten-Cassen werden nach der bisherigen Einrichtung dieser Institute bezahlt.

Die Landmeister bezahlen die vorspecificirten Gebühren ganz, die letztgedachten aber nur zur Hälfte, müssen jedoch, falls sie Stadtmeister werden, die zweite Hälfte derselben nachbezahlen.

Diejenigen Meister, welche schon früher ein Probestück abgelegt haben, und nur ihren Wohnsitz von einer Stadt der hiesigen Lande in die andere verlegen, mithin nur aus einer Gilde in die andere übertreten, haben nur die Gebühren nachzuzahlen, welche von ihnen bei ihrer

früheren Aufnahme nicht schon entrichtet sind. Für die Meistersöhne und solche Personen, welche Meisters-Wittwen heirathen, findet hinsichtlich der zu bezahlenden Gebühren und Beiträge keine Begünstigung Statt.

§. 127.

Kein Meister darf ohne besondere landesherrliche Erlaubniß Mitglied zwei verschiedener Gilden sein. Wenn unter besondern Umständen diese Erlaubniß ertheilt wird, so muß der betreffende Meister die bei beiden Gilden bestehenden Vorschriften befolgen und auch die Gebühren und Beiträge bei beiden entrichten.

Es bedarf aber keiner besondern landesherrlichen Erlaubniß, wenn ein Meister Waaren oder Arbeiter verfertigen will, die zwar nicht seinem Gewerbe ausdrücklich beigelegt sind, welche aber auch nicht andern Gewerben ausschließlich zustehen, so wie auch, wenn er neben seinem zünftigen noch ein nicht zünftiges Gewerbe betreiben will. Nur hat er wegen der einer Gilde nicht ausdrücklich beigelegten oder einer Gilde überhaupt nicht zustehenden Geschäfte die wegen deren Betrieb etwa sonst nöthige Erlaubniß oder besondere Concession bei seiner obrigkeitlichen Behörde auszuwirken.

§. 128.

Der Verlust der Gilderechtssame, mithin auch der Befugniß zur Ausübung des Gewerbes für eigene Rechnung kann nur eintreten:

- 1) wenn ein Meister zu einer die Ehrlosigkeit mit sich führenden Strafe verurtheilt wird;
- 2) wenn ein Meister in der Widersetzlichkeit gegen obrigkeitliche Befehle, die Gewerbsachen betreffend, oder gegen polizeiliche Anordnungen, besonders hinsichtlich der betrügerischen und schädlichen Zubereitung und Absetzung von Lebensmitteln, ohngeachtet der bereits geschehenen Anwendung gewöhnlicher Strafen, beharrt, so daß auch bei Schärfung der gewöhnlichen

Strafen keine Besserung von ihm zu erwarten ist, und

- 3) wenn ein Meister einer Veruntreuung der ihm im Gewerbe anvertrauten Gegenstände, wenn gleich ihr Werth ganz unbedeutend ist, zum zweiten Male überführt wird.

Die Gerichte haben in diesen Fällen immer auf die Ausstoßung aus der Gilde ausdrücklich zu erkennen.

Gilden, welche eigenmächtig ein Gildemitglied aus der Gilde zu verstoßen und zu verdrängen versuchen würden, sollen auf das Nachdrücklichste bestraft werden.

§. 129.

Wenn ein Meister zwei Jahre hindurch abwesend sein und in dieser Zeit seine Gildebeiträge nicht bezahlt haben sollte, so wird er zwar auch dadurch der Gildege-rechtsame verlustig, er kann jedoch nach seiner Zurückkehr die Wiederaufnahme in die Gilde verlangen, wenn er die unberichtigt gelassenen Beiträge nachzahlt. Kein Meister kann dadurch, daß er eine Zeitlang für andere Meister als Geselle arbeitet, seines Meisterrechts verlustig gehen, auch nicht während der Zeit, da er nur als Geselle arbeitet.

§. 130.

Die unbefugte Betreibung eines Gewerbes wird mit Confiscation der Handwerksgeräthschaften und der verfertigten Arbeiten und eigenen Waaren bestraft. Die confiscirten Gegenstände werden öffentlich verkauft. Von dem dafür auf gekommenen Preise erhält der Denunciant ein Drittheil.

§. 131.

Ohne besondere obrigkeitliche Erlaubniß darf kein Handwerker seine Waaren an zwei verschiedenen Plätzen seines Wohnortes zum Verkaufe auslegen. Messen und Märkte machen jedoch hievon eine Ausnahme. Die in den Messen und Märkten nicht verkauften Waaren dürfen je-

doch an fremden Orten nicht mehr nach Ablauf derselben zum Verkaufe ausgedoten werden.

§. 132.

Kein Meister darf sich weigern, von andern Meistern angefangene oder an fremden Orten gefertigte Arbeiten aus diesem Grunde zu vollenden oder auszubessern. Wer solches dennoch thut, soll in eine Strafe von Zehn Thalern verfallen, wovon ein Drittheil dem Denuncianten aus-zuzahlen ist. Etwanige Einreden, welche auf die Untaug-lichkeit der angefangenen Arbeiten begründet sind, sollen sofort von den Gildenvorstehern geprüft werden, die bei ei-gener Verantwortlichkeit darüber zu entscheiden haben.

§. 133.

Jeder Meister, welcher einem andern auf eine un-rechtliche Weise seine Kunden, abspensig zu machen sucht, verfällt in eine Strafe von Fünf Thalern.

§. 134.

Für die Tüchtigkeit der gelieferten Arbeiten müssen die Meister einstehen, auch wenn selbige durch ihre Ge-sellen und Lehrlinge angefertigt sind. Sie dürfen ferner bei Vermeidung nachdrücklicher Ahndung ihre Kunden mit der bestellten Arbeit nicht zur Ungebühr aufhalten und übersehen.

Auch müssen die Meister für die Entwendungen an den ihnen anvertrauten Gegenständen haften. Verheimlichun-gen der durch ihre Gesellen und Lehrlinge oder sonstige Gehülfsen Statt findenden Entwendungen werden als Mit-schuld bestraft.

§. 135.

Eine Meisters-Wittve kann das Gewerbe ihres verstorbenen Ehemannes, jedoch ohne Lehrlinge halten zu dürfen, fortsetzen, so lange sie sich nicht mit einem Manne wieder verheirathet, der dasselbe Gewerbe nicht betreibt. Eine Meisters-Wittve kann zwar verlangen, daß ihr ge-schickte Gesellen zugewiesen werden. Sie hat zu dem Ende

das Recht, drei Mal von den einwandernden Gesellen, auch außer der Reihe, den Geschicktesten zu fordern; sie kann aber aus einer andern Werkstätte den tüchtigsten Gesellen ohne Einwilligung des Meisters nicht ausheben. Einer von ihrem Ehemanne bösslich verlassenen Meisters-Frau, so wie der Ehefrau eines Meisters, dem der Verlust des Meisterrechts als Strafe zuerkannt ist, von dem sie aber getrennt lebt, steht die vorgedachte Befugniß einer Meisters-Wittwe, wenn ihr die Werkstatt gehört, gleichfalls zu. Einer geschiedenen Ehefrau aber gebührt diese Befugniß nicht.

§. 136.

Die vormals gebräuchlich gewesene Einschreibung der Meisters-Frauen ist nicht erforderlich. Nur wenn sie Wittwen geworden sind, und die Gewerbe ihrer verstorbenen Ehemänner fortsetzen wollen, haben sie sich einschreiben zu lassen.

Wir wollen und verordnen daher, daß Jedermann, und insonderheit die Gewerbe- und Gildegenossen, sich nach den Vorschriften dieser Gewerbe- und Gilde-Ordnung gebührlich achten, und sämtliche Obrigkeiten, Gerichts- und Verwaltungs-Beörden darüber genau und ernstlich halten, auch dahin gesehen werde, daß ein Exemplar davon sowohl den verschiedenen Gilden, als den einzelnen Mitgliedern derselben zugestellt und in jeder Herberge angeschlagen werde.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und bedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Herrnhäusen, den 29sten October 1821.

(L. S.)

George. R.

E. Graf von Münster.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro}. 9.

D. D. Braunschweig, den 20sten November 1821.

(9.) Verordnung, die Gewerbesteuer betreffend. D. D. Herrnhäusen, den 29sten October 1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnade den König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Obgleich durch die in Gemäßheit Unserer Verordnung vom heutigen Tage wieder eingeführte Gildeverfassung und durch die, im Gefolge der mit den versammelten Landständen des Herzogthums Braunschweig vorgewesenen Beratungen, damit verbundene Befreiung der Gildemitglieder von der bislang, nach Anleitung des westfälischen Gesetzes vom 12ten Februar 1810, erhobenen Gewerbesteuer, ein großer Theil dieser Abgabe für die Zukunft hinwegfällt, so erfordern dennoch sowohl die finanziellen Bedürfnisse des Landes, als auch die nöthwendige polizeiliche Aufsicht über die außer den Gilden Statt findenden Gewerbe, daß diejenigen Personen, welche letztere betreiben, auch ferner ei-

ner angemessenen Gewerbesteuer unterworfen bleiben, und verordnen Wir daher, in Uebereinkunft und mit Einwilligung der Landstände, Folgendes:

§. 1.

Vom 1^{ten} Januar 1822 an sind das bisher beibehalten gewesene westfälische Gesetz vom 12^{ten} Februar 1810 über die Patentsteuer sowohl, als alle fernere, die Gewerbesteuer betreffende Verordnungen und Verfügungen aufgehoben und soll diese Steuer einzig, den nachstehenden Vorschriften gemäß, veranlagt und erhoben werden.

§. 2.

Zur Lösung eines Gewerbescheines und Erlegung der Gewerbesteuer sind künftig nur diejenigen Personen verbunden, welche ein Gewerbe, für das eine Gilde oder Zunft nicht Statt findet, oder aber ein zünftiges Gewerbe außer der Zunftverbindung betreiben.

§. 3.

Die Legitimation zum Betriebe eines Gewerbes außer dem Zunftverbande geschieht durch einen Gewerbeschein, in welchem der Name, Vorname, Wohnort und die Art des Gewerbes, welches der Steuerpflichtige betreibt, so wie die Klasse, in der, oder ob außerhalb der Klasse er besteuert wird, und der Betrag der Steuer anzugeben ist. Dieser Gewerbeschein giebt nur für den darin ausgedrückten Zeitraum demjenigen ein Recht zum Geschäftsbetriebe, auf dessen Namen er lautet; giebt dieses Recht jedoch für alle Landestheile. Die Befugniß aber, seinen Wohnsitz in einem andern als dem bisherigen Wohnorte zu nehmen, wird nicht durch den Gewerbeschein begründet, sondern ist von der Erlaubniß der Obrigkeit des Orts, in welchem der neue Wohnsitz genommen werden soll, abhängig.

Wenn übrigens solchergestalt der Steuerpflichtige im Laufe des Jahres nach einem andern Orte zieht, in welchem ein höherer Steuersatz zu zahlen ist, so muß er auf

seinen frühern Gewerbeschein den Mehrbetrag der Steuer für die Zeit von seinem dortigen Anzuge bis zum Ablaufe des Jahres nachzahlen.

§. 4.

Betreibt Jemand verschiedene Gewerbe, so erhält er über jedes einzelne Gewerbe einen besondern Gewerbeschein ausfertigt.

§. 5.

Die Gewerbescheine werden bei dem Landes-Steuer-Collegio ausfertigt, sobald dasselbe davon, daß deren Ertheilung kein polizeiliches Hinderniß entgegen stehe, in Kenntniß gesetzt ist.

§. 6.

Diejenigen, welche ein bisher auf den Grund eines Gewerbescheines betriebenes Gewerbe, wozu sie auch künftig eines Gewerbescheines bedürfen, an ihrem bisherigen Wohnorte fortzusetzen wünschen, sollen solchen ohne Weiteres auf den Grund der von der Ortsobrigkeit angefertigten, weiter unten näher bestimmten Verzeichnisse erhalten, wenn nicht polizeiliche Gründe vorhanden, welche der Erneuerung des Gewerbescheines entgegen stehen. Die Ortsobrigkeiten, also anjezt die betreffenden Stadt- oder Kreisgerichte, haben die Verzeichnisse derjenigen Personen, deren Gewerbescheine zu erneuern unbedenklich, spätestens mit dem Schlusse des Monats Februar künftiges Jahres unfehlbar an das Landes-Steuer-Collegium einzusenden, damit solches auf deren Grund die Gewerbescheine ohne Anstand ausfertigen lassen könne.

§. 7.

Findet die Ortsobrigkeit aber die Erneuerung eines Gewerbescheines bedenklich, so ist die betreffende Person nicht in dieses Verzeichniß aufzunehmen, sondern dieselbe davon, daß und weshalb es nicht geschehen, und daß sie

mithin das Gewerbe nicht weiter fortzusetzen habe, in Kenntniß zu setzen.

§. 8.

Erachtet derjenige, welchem solchergestalt die Wiederaufnahme in das Verzeichniß versagt worden, sich dadurch beschwert, so ist ihm unbenommen, sich deshalb an das Fürstl. Cammer-Collegium zu wenden, welches sodann über dessen Zulässigkeit entscheidet.

Wird durch solche Entscheidung derselbe zum ferneren Gewerbsbetriebe zugelassen, so hat die Ortsobrigkeit davon dem Landes-Steuer-Collegio Bericht zu erstatten, oder den Umständen nach selbige Person in den nächsten Nachtrags-Stat mit aufzunehmen, und das gedachte Collegium darauf die Ausfertigung des Gewerbescheines zu verfügen.

§. 9.

Jeder Einländer, welcher ein bisher noch nicht betriebenes Gewerbe, wozu künftig ein Gewerbeschein erforderlich, zu betreiben wünscht, hat sich deshalb bei der Ortsobrigkeit zu melden, nachzuweisen, daß er das zum Betriebe des Geschäfts erforderliche Vermögen habe, und sich bereit zu erklären, seine Geschicklichkeit in dem betreffenden Gewerbe darzulegen. Die Ortsobrigkeit hat sodann zuvörderst, ob in Hinsicht auf Ueberfüllung eines Ortes von ähnlichen Gewerbetreibenden, oder in sonstiger allgemeiner polizeilicher Rücksicht, dessen Aufnahme zulässig sei, zu erwägen, und wenn dem Gesuche solche Hindernisse entgegenstehen, oder wenn der Nachsuchende das erforderliche Vermögen nicht nachgewiesen hat, denselben sofort abschlägig zu bescheiden.

Will derselbe sich bei solchem Bescheide nicht beruhigen, so ist ihm unbenommen, sich deshalb an das Fürstliche Cammer-Collegium zu wenden, welches sodann über diese Beschwerde zu entscheiden hat.

§. 10.

Ueber diejenigen, deren Zulassung die Ortsobrigkeit für unbedenklich hält, ist mit Anführung der Gründe an das Fürstliche Cammer-Collegium zu berichten. Wenn dieses die Zulassung genehmigt, so sind die betreffenden Personen zur Darlegung ihrer Geschicklichkeit in dem gewählten Gewerbe aufzufordern und, wenn auch die Geschicklichkeitsprobe genügend ausgefallen, so ist sodann an das Landes-Steuer-Collegium zur Auswürkung der Gewerbescheine Bericht zu erstatten, oder es sind die betreffenden Personen, den Umständen nach, in die unten vorgeschriebenen Nachtrags-Stats mit aufzunehmen.

§. 11.

Würden dritte Personen sich durch beabsichtigte oder erfolgte Ertheilung eines Gewerbescheines beschwert erachten, so steht auch diesen frei, deshalb bei dem Fürstlichen Cammer-Collegio Vorstellung zu thun, welches sodann darüber entscheidet.

§. 12.

Zur Ertheilung eines Gewerbescheines an Ausländer ist die besondere Verwilligung des Fürstlichen Geheimen-Raths-Collegii erforderlich und zu deren Behuf von Fürstlicher Cammer an dasselbe in jedem solchen Falle gutachtlicher Bericht zu erstatten.

Nur allein die Gewerbescheine für Auswärtige zum Verkehre auf Messen und Märkten werden, insofern besondere Gründe nicht entgegenstehen, den Personen, welche sich bei dem Landes-Steuer-Collegio dazu melden, ohne Weiteres, sofort ausgehändigt. Wenn sie aber Jahrmärkte außerhalb Braunschweig beziehen, werden sie zum Betriebe ihres Gewerbes auf Messen und Märkten bis dahin, daß der Gewerbeschein eingegangen sein wird, von der Obrigkeit des Orts, woselbst sie den Jahrmarkt zuerst beziehen, gegen Erlegung des Steuersahes, mit einem Interimscheine versehen.

§. 13.

Die Veranlagung zur Gewerbesteuer geschieht nach dem dieser Verordnung beigefügten Tarife jährlich durch die Ortsobrigkeit der Steuerpflichtigen.

Zu diesem Ende werden künftig im Monate November jeden Jahres alle diejenigen zur Anmeldung öffentlich aufgefodert, welche zur Ausübung eines bisher noch nicht betriebenen Gewerbes zugelassen zu werden wünschen, oder in dem Umfange des Gewerbes, welches sie bereits betreiben, eine Veränderung beabsichtigen. Es hat sodann ein Jeder nicht allein das Gewerbe, sondern auch den Umfang, in dem er selbiges im Laufe des künftigen Jahres zu betreiben wünscht, bei Vermeidung der dieserhalb weiter unten geordneten Strafe, genau anzugeben. Wer sich nicht anmeldet, erklärt stillschweigend, das bisher betriebene Gewerbe unverändert fortsetzen zu wollen und wird dem gemäß der Gewerbeschein ausfertigt.

§. 14.

Ueber diejenigen, welche zum Betriebe eines Gewerbes zugelassen werden, soll ein nach alphabetischer Ordnung anzufertigender Etat unter fortlaufender Nummer aufgestellt werden, welcher die §. 3. für den Gewerbeschein bestimmten Erfordernisse rücksichtlich jedes Steuerpflichtigen enthalten muß. Dieser Etat wird für das ganze Jahr aufgestellt und kann der Gewerbeschein auf einen Theil des Jahres eben so wenig gelöst werden, als wenig ein Erlass der Steuer aus dem Grunde, daß der Gewerbetreibende im Laufe des Jahres das Gewerbe weniger weitläufig betreibt, solches ganz aufgibt, oder verstirbt, Statt findet.

Für den letztern Fall jedoch haben die Erben das Recht, das Gewerbe auf den Grund des Gewerbescheines ihres Erblassers für das laufende Jahr fortzusetzen.

§. 15.

Für die in dem angehängten Tarif etwa nicht benannten Gewerbe ist, wenn sie nicht ausdrücklich befreiet sind, eine nach Verhältniß der benannten Gewerbe zu bestimmende Steuer anzusehen.

§. 16.

Als Großhändler sind diejenigen zu classificiren, welche rohe Landes-Producte im Großen in das Ausland versenden, imgleichen diejenigen, welche ausländische Producte und Waaren in solchen Gefäßen, Kisten und Säcken, in welchen sie zuerst in den Handel gebracht zu werden pflegen, wieder verkaufen, und diese Art der Handlung als ihr vorzüglichstes Geschäft betreiben.

Der Gewerbeschein zum Großhandel berechtigt zum Handel dieser Art mit allen Gegenständen, zu welchen nach dem Tarife ein besonderer Gewerbeschein nicht ausdrücklich erforderlich ist.

Ebenmäßig ist der Kaufmann en detail, welcher einen Gewerbeschein der ersten Classe hat, unter gleicher Beschränkung zum Kleinhandel mit allen Gegenständen berechtigt.

§. 17.

Haben Mehrere Theil an einer Handlung, Fabrik, oder einem sonstigen Gewerbe, welches in Einem Etablissement betrieben wird, so wird die Steuer für solches Gewerbe oder Etablissement von dem Vorsteher desselben entrichtet.

Sind die Theilnehmer aber Vorsteher besonderer Etablissements, so zahlt jeder Theilnehmer für das besondere Etablissement, dem er vorsteht.

Hat ein Steuerpflichtiger oder eine Compagnie für seine oder ihre Rechnung mehrere Etablissements an verschiedenen Orten des Landes, so zahlt der Steuerpflichtige, oder

der Chef der Compagnie an jedem Orte für dasselbe besonders.

§. 18.

Für diejenigen Personen, welche im Haupt-Etat übersehen sein sollten, oder im Laufe des Jahres den Umfang ihres Gewerbes erweitern, oder zum Betriebe eines, der Gewerbesteuer unterworfenen Gewerbes von Neuem zugelassen werden, werden Nachtrags-Etats auf gleiche Weise, wie der Haupt-Etat, angefertigt, und werden in diese Nachtrags-Etats die Gewerbetreibenden von dem Vierteljahre an veranlagt, in welchem sie das Gewerbe anfangen. Bei Erweiterung des Gewerbes wird allein der Mehrbetrag der Steuer nachgezahlt, und werden Personen, die im Laufe des Jahres von Neuem zu einem Gewerbe zugelassen werden, bis zum Eingange des Gewerbescheines, behuf ihrer Legitimation, mit einem Interimscheine ihrer Obrigkeit versehen.

§. 19.

Der Haupt-Etat muß in der ersten Hälfte des Monats December jeden Jahres an das Landes-Steuer-Collegium eingeschickt werden, und sind die Nachtrags-Etats in der ersten Hälfte der Monate März, Juni und September nachzuliefern.

§. 20.

Das Landes-Steuer-Collegium prüft den Inhalt der Etats und insonderheit die Steueransätze für Gewerbe, welche außerhalb der Classen veranlagt worden, berichtigt etwanige Irrthümer nach Beschaffenheit der Sache entweder sofort, oder nach vorgängig eingezogenem Berichte der betreffenden Behörde. Hiernächst läßt dasselbe nach Maassgabe der Etats die Heberollen anfertigen, die Gewerbescheine ausfertigen und übermacht beides, soviel thunlich, in der ersten Hälfte des Monats, welcher auf denjenigen folgt, in welchem die Etats eingegangen sind, den betreffenden Orts-

obrigkeiten, damit dieselben für die Aushändigung der Gewerbescheine und Erhebung der Steuer durch die Ortseinknehmer Sorge tragen.

Erörterungen, die rücksichtlich des einen oder andern Steuerfalles erforderlich werden, dürfen die Anfertigung der Rolle, und die Ausfertigung der übrigen Gewerbescheine nicht verzögern.

§. 21.

Die Gewerbesteuer ist von Ausländern sofort bei Empfangnahme des Gewerbescheines, ihrem ganzen Betrage nach, von Einländern aber zur Hälfte bei Empfangnahme des Gewerbescheines, zur andern Hälfte aber auf Johannis jeden Jahres, ohne weitere Anforderung zu bezahlen.

Für Gewerbescheine, welche nach Johannis aushändigt werden, ist die Gewerbesteuer auch von Einländern für den betreffenden Zeitraum sofort ganz zu erlegen.

Die Zahlung geschieht an den betreffenden Ortseinknehmer.

§. 22.

Etwanige Rückstände dieser Steuer werden, wie bei den andern Steuern, nach vorgängiger Anmahnung der Restanten, von denselben beigetrieben und sind die Anmahnungs- und Executions-Gebühren dieselben, welche bei anderen Steuern bezahlt werden.

§. 23.

Reclamationen gegen Gewerbesteueransätze sind in den ersten vier Wochen, nachdem die Gewerbescheine bei der Ortsbehörde ausgegeben worden, an das Landes-Steuer-Collegium zu richten, die darauf gerichteten Gesuche aber zur Begleitung mit Berichte an die betreffende Ortsobrigkeit einzureichen; jedoch wird keine Reclamation angenommen, wenn nicht die Hälfte des angesetzten Steuerfalles bezahlt worden ist.

§. 24.

Personen, die unvermögend sind, den erforderlichen Gewerbeschein zu bezahlen, erhalten auf das desfallige Zeugniß ihrer Obrigkeit einen freien Gewerbeschein. Diese Personen sind hinter dem jedesmaligen Etat, gleichfalls in alphabetischer Ordnung, nachträglich zu verzeichnen, und ist deren Unvermögen am Schlusse zu bescheinigen.

§. 25.

Befreiet von Erlegung der Gewerbesteuer, mithin eines Gewerbescheines nicht bedürftig, sind:

- 1) alle diejenigen, welche Mitglieder einer der wieder hergestellten Gilden geworden sind, in Ansehung des Gewerbes, wegen dessen sie in den Gildeverband getreten;
- 2) alle öffentliche Beamte, auch Advokaten und Notarien, in Betreff der Ausübung ihrer Amtsverrichtungen;
- 3) Aerzte, Chirurgen, Geburtshelfer und Hebammen, auch Thierärzte und Apotheker, insofern sie nur bloß diese Kunst ausüben, nicht aber in Ansehung etwaniger Nebengewerbe;
- 4) Maler, Kupferstecher, Bildhauer und dergleichen, insofern sie bloß als Künstler leben, und nur die Producte ihrer Kunst verkaufen; imgleichen Privatlehrer, welche in Wissenschaften und Künsten Unterricht geben;
- 5) Feldbauer und Ackerleute, jedoch nur in Betreff des Handels, welchen sie mit dem Getraide, das sie von dem von ihnen cultivirten Lande gewinnen, des Biers und Branteweins, welche sie aus von diesem selbst gewonnenen Getraide fabriciren, so wie wegen des Handels, welchen sie mit dem in ihrer Wirthschaft gezogenen oder ernährten Viehe treiben, endlich in Absicht der Wolle, welche sie in ihrem Hause ohne fremde Arbeiter verarbeiten;

- 6) diejenigen, welche Früchte, Gemüse, Butter, Eier, Käse und andere dergleichen Producte der Land- oder Gartenwirthschaft feil bieten, jedoch mit Ausnahme derjenigen, welche aufgekaufte Producte dieser Art in Läden, Buden oder geschlossenen Ständen fortdauernd zum Verkaufe auslegen;
- 7) Tagelöhner und alle diejenigen Personen, welche nicht selbstständig arbeiten, vielmehr in einem Dienstverhältnisse stehen, z. B. Handlungs-Commis, Gesellen und dergleichen;
- 8) Leineweber, Wollenweber, Garnspinner, Näherinnen, Stickerinnen, wenn solche ihr Gewerbe ohne Gehülfen betreiben, Fischer, auch diejenigen, welche Eggen von Tuch zu Socken und dergleichen verarbeiten.

§. 26.

Auf Messen und Jahrmärkten wird der Hausirhandel nicht beschränkt. Außerdem ist aber derselbe nur mit folgenden Gegenständen erlaubt: Brodt und andere Bäckerwaaren, getrocknetem fremden Obste, gesalzenen Fischen, Cichorien, Citronen, Apfelsinen und dergleichen, Federvieh, kupfernen Kesseln, Schmelztiegeln, kleinen eisernen Waaren, Sieben, kleinen hölzernen Waaren, Regen- und Sonnenschirmen, irdenen Pfeifen, linnenen und wollenen Strümpfen, Schreibfedern, Tabulettträger = Waaren und Zinn- gießer- Fabrikaten.

Ferner wird der hausirende Betrieb des Leinklapperns, Aschensammelns, Kesselflickens und Topfbindens gestattet.

§. 27.

Gewerbescheine zum Hausirhandel sind nur solchen Personen, die sich durch Atteste der ihnen vorgesetzten Polizeibehörde als rechtlich und zuverlässig nachgewiesen haben, zu ertheilen.

§. 28.

Der Hausirhändler, welcher den desfalligen Polizei-

Verfügungen des Orts entgegen handelt, unterliegt einer Strafe von 8 Ggr. für jeden Contraventionsfall, unbeschadet der Strafe, welche auf die Ueberschreitung der Grenzen des Gewerbescheines nach gegenwärtiger Verordnung Statt finden möchte; wenn aber derselbe drei Mal bestraft worden, wird ihm der Gewerbeschein abgenommen und soll ihm ein solcher nicht ferner ertheilt werden.

§. 29.

Des Gewerbescheins ungeachtet, bedürfen Schauspielergesellschaften, umherziehende Musikanten, Inhaber von Menagerien, Bärenführer, Seiltänzer, Gauckler und dergleichen Personen zur Ausübung des Gewerbes in den einzelnen Orten der besonderen Erlaubniß der Ortsobrigkeit, und ist dieses in dem Gewerbescheine selbst ausdrücklich zu bemerken.

§. 30.

Einländer, welche den Bedarf von Abschriften ihres Gewerbescheins, um selbige in andern Gemeinden vorzeigen zu können, bescheinigen, erhalten selbige bei dem Landes-Steuer-Collegio unentgeltlich ausgefertigt. Auf den Abschriften ist die Zahl derselben, ob sie die erste, zweite u. seien, zu bemerken, und derjenige, auf dessen Namen der Gewerbeschein lautet, sowohl wegen Mißbrauchs des Gewerbescheins selbst, als der erhaltenen Abschriften persönlich verantwortlich.

Ausländern und Colporteurs werden Abschriften des Gewerbescheines in keinem Falle ertheilt.

§. 31.

Ein jeder Gewerbesteuerpflichtiger ist, auf Anforderung der obrigkeitlichen Behörden, der Steuer-Officianten, der Gerichts- und Polizei-Unterbedienten, auch der Husaren und Fußjäger, als welche sämmtlich darauf zu achten haben, daß ohne Gewerbeschein ein der Gewerbesteuer unterworfenenes Gewerbe nicht betrieben werde, zur Vorzei-

gung des Gewerbescheines verpflichtet, und werden dessen Sachen, wenn er außer seinem Wohnorte den Gewerbeschein vorzuzeigen, oder wegen etwa zu zahlender Strafe und Steuer, Bürgschaft zu leisten nicht vermag, einstweilen in gerichtlichen Beschlag genommen.

§. 32.

Wer ein der Gewerbesteuer unterworfenenes Gewerbe ohne Gewerbeschein, oder dieses in einem weitem Umfange, als der Gewerbeschein es gestattet, betreibt, verfällt, außer der Nachzahlung der gesetzlichen Steuer, in eine Strafe, welche dem vierfachen Betrage der jährlich zu bezahlenden Steuer oder des Mehrbetrages derselben gleich ist, und wird bei Statt findendem Zahlungsunvermögen die Geldbuße in eine angemessene Gefängnißstrafe verwandelt.

§. 33.

Die Verfolgung und Bestrafung der Gewerbesteuer-Contraventionen geschieht auf dem Wege des gewöhnlichen Untersuchungs-Processes durch die betreffenden gerichtlichen Behörden.

§. 34.

Sämmtliche Behörden und Landes-Einwohner haben sich, so weit es einen Jeden angehet, hienach auf das Genaueste zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheimen-Canzlei-Siegels.

Herrnhausen, den 29^{ten} October 1821.



George. R.

E. Graf von Münster.

T a r i f

d e r G e w e r b e s t e u e r .

Außer den Classen nach dem Umfange des Gewerbes werden
veranlagt:

Abdecker mit	6 bis 20 Rthlr.
Bärenführer	4 = 6 =
Banquiers	10 = 30 =
Bierbrauer	4 = 12 =
Bleicher, welche ganze Stücke Leinwand bleichen (bloße Garnbleicher sind frei)	2 = 6 =
Branntweinbrenner	4 = 12 =
Buchdrucker, wenn sie haben	
a) eine oder zwei Pressen, von jeder . . .	1 Rthlr.
b) drei bis neun Pressen, von jeder . . .	1 Rthlr. 6 Ggr.
c) zehn Pressen und darüber von jeder . .	1 = 12 =
Directoren (Unternehmer) von Schauspielen oder andern öffentlichen Lustbarkeiten, bei welchen die Zuschauer ihre Plätze bezahlen: die Einnahme einer Vorstellung, ohne Abzug der Kosten und der Freibillets.	
Essigbrauer	3 bis 12 Rthlr.
Fabrikanten, nach dem Gegenstande der Fabrik und dem Umfange des Verkehrs	4 = 30 =
Frachtfahrer	
a) wenn sie sechs und mehrere Pferde haben, von jedem Pferde	1 Rthlr.
b) wenn sie vier oder fünf Pferde haben, desgl.	18 Ggr.
c) wenn sie weniger als vier Pferde haben, desgleichen	12 =
Großhändler, der Gegenstand des Handels sey, welcher er wolle, jedoch mit Rücksicht dar- auf und auf den Umfang des Geschäfts . .	12 bis 30 Rthlr.
Hausirer mit Gegenständen, mit denen der Hausirhandel überhaupt erlaubt ist . . .	1 = 6 =

Bibl. d. TU.
Braunschweig

Inhaber von Fahren	1 bis 6 Rthlr.
Inhaber von Guckkasten	4 = 6 =
Inhaber von Menagerien ausländischer Thiere	4 = 8 =
Inhaber von Ziegeleien	2 = 6 =
Kaufleute, (fremde) welche Messen und Märkte beziehen und ihre Waaren ohne Wagen transportiren	1 = 5 =
Kaufleute, (fremde) welche Messen und Märkte beziehen, und ihre Waaren auf Wagen transportiren lassen	5 = 15 =
Lotterie-Hauptcollecteurs	3 = 6 =
Lumpenfactoren	3 = 10 =
Marionettenspieler	4 = 6 =
Müller jeder Art von unterschlägigen Wassermühlen	
a) von 8 Gängen für jeden	3 Rthlr. 12 Gr.
b) = 7 = = =	3 = 6 =
c) = 6 = = =	3 = —
d) = 5 = = =	2 = 18 =
e) = 4 = = =	2 = 12 =
f) = 3 = = =	2 = 6 =
g) = 2 = = =	2 = —
h) = 1 Gänge	1 = 16 =
von überschlägigen Wassermühlen, bezugleich von Windmühlen wird die Hälfte von vorstehenden Sätzen bezahlt.	
Musikanten und herumziehende Gesellschaften von Musikanten	1 bis 10 Rthlr.
Papiermüller, welche 6000 Ries und darüber jährlich verfertigen	6 = 15 =
Papiermüller, welche unter 6000 Ries jährlich verfertigen	2 = 6 =
Pelzwaarenhändler (Rauhändler)	8 = 12 =
Schornsteinsfeger	4 = 10 =
Schweinschneider	2 = 10 =
Seiltänzer und dergleichen	4 = 6 =
Expediturs	5 = 15 =
Waaren-Commissionaire	8 = 20 =
Wechsler	8 = 20 =

Erste Classe.

In einer Gemeinde über 10,000 Seelen	12 Rthlr.
= = = von 4000 bis 10,000 Seelen	8 =
= = = = 2000 bis 4000 Seelen	6 =
= = = unter 2000 Seelen	4 =

Bäcker mit mehr als drei Gehülfen.

Buchhändler.

Fleischer mit mehr als drei Gehülfen.

Gold- und Silberarbeiter mit drei und mehreren Gehülfen.

Inhaber der ersten Gasthöfe.

Jouvelire mit Gehülfen.

Kaufleute en detail.

Lohgärber mit sechs Gesellen.

Maurer mit dreißig und mehreren Gehülfen.

Schweizerbäcker.

Steinhauer mit dreißig und mehr Gehülfen.

Steinsfeger mit dreißig und mehr Gehülfen.

Uhrmacher mit drei und mehr Gehülfen.

Weinhändler.

Zimmermeister mit dreißig und mehr Gehülfen.

Zuckerfabrikanten.

Zweite Classe.

In den Gemeinden über 10,000 Seelen	7 Rthlr.
= = = von 4000 bis 10,000 Seelen	5 =
= = = = 2000 bis 4000 Seelen	4 =
= = = unter 2000 Seelen	3 =

Bäcker, welche drei Gehülfen halten.

Billardeurs, welche 4 Billarde halten.

Commissionaire.

Conditoren.

Fleischer, welche drei Gehülfen halten.

Gewerbe, die nicht besonders veranlagt und mit sechs und mehr Gehülfen betrieben werden.

Inhaber von Gasthöfen zweiten Ranges.

Instrumentenmacher, chirurgische, musicalische, optische, welche drei und mehr Gehülfen halten.

Kaffeevirthe.

Kaufleute en' detail, deren Handel sich auf einen einzelnen Gegenstand, als Kattun, Korn, Hopfen, Linnen, Stahlwaaren und dergleichen beschränkt und als Handelsartikel nicht besonders veranlagt ist.

Kürschner mit drei und mehreren Gehülfsen.

Lohgärber mit vier Gesellen.

Lohnkutscher und Pferdeverleiher mit acht und mehreren Pferden.

Maler mit drei und mehreren Gehülfsen.

Maurer, die von 15 bis 30 Gehülfsen halten.

Ofenseker mit sechs und mehreren Gehülfsen.

Puhmacherinnen mit vier und mehreren Gehülfsen.

Restaurateurs.

Seifensieder und Lichtzieher mit drei und mehreren Gehülfsen.

Steinhauer, die von 15 bis 30 Gesellen halten.

Steinseker, die von 15 bis 30 Gesellen halten.

Tuchbereiter und Tuchscheerer.

Zimmermeister, die von 15 bis 30 Gesellen hatten.

Dritte Classe.

In den Gemeinden über 10,000 Seelen	6 Rthlr.
= = = von 4000 bis 10,000 Seelen	4 "
= = = = 2000 bis 4000 Seelen	3 "
= = = unter 2000 Seelen	2 "

Antiquare

Bäcker mit zwei Gehülfsen.

Billardeurs, welche drei Billarde halten.

Bücherverleiher.

Dammast- und Drellweber mit vier und mehreren Stühlen.

Destillateurs.

Friseurs mit drei und mehreren Gehülfsen.

Gewerbe, welche nicht besonders veranlagt sind und mit vier bis fünf Gesellen betrieben werden.

Gold- und Silberarbeiter mit weniger als drei Gehülfsen.

Handelsleute, deren Handel sich auf einzelne Gegenstände beschränkt und von nicht großer Bedeutung ist.

Inhaber von Gasthöfen dritten Ranges.

Instrumentenmacher mit zwei Gehülfsen.

Kiepen- und Korbmacher mit drei und mehreren Gehülfsen.

Kürschner mit zwei Gehülfsen.

Lohgärber mit zwei Gesellen.

Lohnkutscher und Pferdeverleiher mit fünf bis acht Pferden.

Maler mit zwei Gehülfsen.

Maurer mit fünf bis funfzehn Gehülfsen.

Nadler mit drei und mehreren Gehülfsen.

Oblatenmacher mit drei und mehreren Gehülfsen.

Puhmacherinnen mit drei bis fünf Gehülfsen.

Schirmmacher mit Gehülfsen.

Seifensieder und Lichtzieher mit zwei Gehülfsen.

Steinhauer mit fünf bis funfzehn Gehülfsen.

Uhrmacher mit weniger als drei Gehülfsen.

Ziegelbrenner und diejenigen, die mit Ziegel- und Backsteinen handeln.

Zimmermeister mit fünf bis funfzehn Gesellen.

Vierte Classe.

In den Gemeinden über 10,000 Seelen	3 Rthlr.
= = = von 4000 bis 10,000 Seelen	2 "
= = = = 2000 bis 4000 Seelen	1 = 8 Ggr.
= = = unter 2000 Seelen	1 "

Bäcker, allein oder mit einem Gehülfsen

Bandagisten.

Barbier mit Gehülfsen.

Billardeurs, welche zwei Billarde halten.

Dammast- und Drellweber mit drei Stühlen.

Feilschlächter.

Garböche.

Gewerbe, welche nicht besonders veranlagt sind und mit drei und weniger Gesellen betrieben werden.

Gold- und Silberarbeiter ohne Gehülfsen.

Graveurs.

Handelsleute, deren Handel sich auf einzelne Gegenstände beschränkt und dabei von geringer Bedeutung ist.

Inhaber geringerer Gasthäuser.

Instrumentenmacher, allein oder mit einem Gehülfsen.

Kesselflicker mit Gehülfsen.

Kiepen- und Korbmacher mit zwei Gehülfsen.

Kleidermacherinnen mit Gehülfsen.

Kupferdrucker.

Kürschner, allein oder mit einem Gehülfsen.

Lackirer, allein oder mit einem Gehülfsen.

Lohgärber, allein oder mit einem Gehülfsen.

Lohnkutscher mit drei oder vier Pferden.
 Maler, allein oder mit einem Gehülften.
 Maurer, mit weniger als fünf Gehülften.
 Radler mit zwei Gehülften.
 Parfümiers.
 Schirmmacher.
 Schriftgießer.
 Seifensieder und Lichtzieher, allein oder mit einem Gehülften.
 Siebmacher mit Gehülften.
 Speisewirthe.
 Spiegelmacher.
 Steinhauer mit weniger als fünf Gesellen.
 Steinscher mit weniger als fünf Gehülften.
 Töpfer mit Gehülften.
 Tröbler.
 Tuchmacher mit drei Gehülften.
 Vergolder, allein oder mit einem Gehülften.
 Victualienhändler.
 Zimmermeister mit weniger als fünf Gehülften.

Fünfte Classe.

In den Gemeinden über 10,000 Seelen . . .	1 Rthlr. 12 Ggr.
= " = von 4000 bis 10,000 Seelen 1 =	—
= " = " 2000 bis 4000 Seelen .	— 18 "
= " = " unter 2000 Seelen . . .	— 12 "

Bier- und Branntweinschenken, oder welche damit im Kleinen handeln.

Billardeurs, welche ein Billard halten.

Dammast- und Drellweber mit zwei und weniger Stühlen.

Handwerker ohne Gehülften, die nicht bereits in einer höheren Classe veranlagt sind, oder nach dem Betriebe ihres Gewerbes in die früheren Classen nicht gehören.

Herbergirer.

Höfer.

Scheerschleifer.

Schuhflicker.

Verfertiger von Stühlen aus grobem Holze und mit Schilf oder dergleichen geflochten.

Weißer.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro}. 10.

D. D. Braunschweig, den 23ten November 1821.

(10.) Verordnung, die Stempel-Steuer betreffend. D.
D. Herrnhausen, den 29ten October 1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

Bei der Berathung, welche Wir mit den versammelten Landständen des Herzogthums Braunschweig über die finanziellen Bedürfnisse des Landes zulegen lassen, hat sich die gemeinschaftliche Ueberzeugung ergeben, daß das Einkommen, welches die bisher nach den Grundsätzen des Westfälischen Decrets vom 28ten Junii 1812 erhobene Stempel-Steuer gewährt, im Wesentlichen nicht entbehrt werden könne, und daher diese indirecte Abgabe, welche auch in früherer Zeit, wenn gleich in einem geringern Umfange und Betrage, in den Braunschweigischen Landen bestanden, im Allgemeinen ferner beizubehalten sei. Dagegen haben

Wir Uns mit den Landständen in dem Wunsche vereinigt, diejenigen Sätze dieser Steuer, wodurch bislang einzelne Gegenstände der bürgerlichen Verhandlungen besonders hoch betroffen worden und durch deren verhältnißmäßig bedeutenden Betrag manches nothwendige und nützliche Geschäft, wenn auch nicht verhindert, doch zu sehr erschwert worden, thunlich und selbst mit einer bedeutenden Herabsetzung des Totaleinkommens dieser Abgabe, zu mindern; und verordnen Wir daher, in Uebereinkunft und mit Einwilligung der versammelten Landstände, hiemit Folgendes:

§. 1.

Vom 1^{ten} Januar 1822 an soll die Stempel-Steuer in den gesammten Herzogl. Braunschweigischen Landen nach den Vorschriften der gegenwärtigen Verordnung und des derselben beigefügten Tarifs erhoben werden.

§. 2.

Der gewöhnliche Stempel beträgt 2 Ggr.; derselbe trifft jedoch nur den ersten Bogen der, der Abgabe unterworfenen Aufsätze und deren Anlagen; die Einlagebögen, es mögen ihrer viele oder wenige sein, sind von dem Stempel frei.

Diesem gewöhnlichen Stempel sind im Allgemeinen unterworfen:

- 1) alle Eingaben von Privatpersonen an öffentliche Behörden und Beamte, sobald dieselben nicht den öffentlichen Dienst, sondern irgend ein Privat-Interesse oder persönliches Gesuch betreffen;
- 2) alle schriftliche Verträge und Vereinbarungen unter Privatpersonen, welche als Urkunden gelten und wodurch Rechte und Verbindlichkeiten begründet werden sollen, insofern deshalb nicht weiter unten besondere Bestimmungen erlassen sind;
- 3) die richterlichen Verhandlungen und Erkenntnisse in allen Streitsachen, deren Gegenstand über 20 Rthlr.

und unter 50 Rthlr. beträgt, oder worin auf eine Gefängnißstrafe über vierzehn Tage bis zu sechs Monaten oder eine Geldstrafe über 10 bis 100 Rthlr. erkannt wird;

- 4) die Verhandlungen und Ausfertigungen der Gerichte und Notarien bei Gegenständen der willkürlichen Gerichtsbarkeit; insofern sie nicht in den nachfolgenden §. §. einem höhern Stempel unterworfen sind;
- 5) die von den mit der Führung der Kirchenbücher beauftragten Officianten auszufertigenden Geburts- Tauf- Kopulations- und Sterbe-Scheine;
- 6) die Auktions-Protocolle über die Versteigerung beweglicher Gegenstände;
- 7) eine jede, den in den vorstehenden Nummern aufgeführten Verhandlungen, beigefügte Anlage.

§. 3.

Ein höherer Stempelsatz, jedoch gleichfalls nur für den ersten Bogen und mit Befreiung aller Einlagebögen, wird entrichtet:

- a) Bei richterlichen Erkenntnissen, in Sachen:

- | | |
|---|--------------------|
| 1) Ueber 50 bis 100 Rthlr. einschließlich | . 4 Ggr. |
| 2) = 100 = 200 = | = 8 = |
| 3) = 200 = 500 = | = 16 = |
| 4) = 500 = 1000 = | = 1 Rthl. |
| 5) = 1000 = 5000 = | = 1 Rthlr. 12 Ggr. |
| 6) = 5000 = 10000 = | = 2 Rthl. |
| 7) In allen Sachen über 10000 Rthlr | 2 Rthl. 12 Ggr. |

Es macht hierbei keinen Unterschied, ob die Erkenntnisse interlocutorisch oder definitiv sind; dagegen wird zu bloß präparatorischen Decreten in Sachen jeder Art immer nur der gewöhnliche Stempel zu 2 Ggr. genommen.

In Untersuchungsfachen soll der Stempel betragen: bei einer erkannten Strafe über sechs Monate

bis zu zwei Jahren oder über 100 Rthlr.
an Gelde 4 Ggr.

bei einer schwereren Strafe ohne Unterschied 8 =

Zu Vollmachten in Processen soll in Sachen von 20 bis 100 Rthlr. ein Stempel von 6 Ggr., über 100 Rthlr. aber von 12 Ggr. genommen werden; in Sachen unter 20 Rthlr. bedarf es keines Vollmachten-Stempels.

Zu den Erkenntnissen in Ehescheidungssachen soll ein Stempel von 16 Ggr. genommen werden; die übrigen Verhandlungen in solchen Sachen aber unterliegen nur dem gewöhnlichen Stempel.

Uebrigens ist bei Kosten-Liquidationen in Processen nur der Betrag der Liquidation, nicht aber der Sache, in welcher liquidirt wird, hinsichtlich des zu den Erkenntnissen darüber zu nehmenden Stempels zu berücksichtigen.

§. 4.

b) Bei Bestellungen von Vormündern und Curatoren sollen die auszufertigenden Tutoria und Curatoria, wenn das zu verwaltende Vermögen über 1000 Rthlr. beträgt, mit einem Stempel von 6 Ggr., wenn das Vermögen aber nur 100 bis 1000 Rthlr. beträgt, mit dem gewöhnlichen Stempel belegt werden; wenn das Vermögen eines jeden einzelnen Curanden sich nicht auf 100 Rthlr. beläuft, so sollen sämtliche vormundtschaftliche Verhandlungen von dem Stempel befreiet sein; so wie denn auch die in den Versammlungen der Familienfreunde aufzunehmenden Protocolle bei Vormundschaften und Curatelen jeden Betrages stempelfrei zu lassen sind.

Dagegen soll zu den in Concurs-Processen auszufertigenden Curatorien jederzeit ein Stempel von 6 Ggr. genommen werden.

§. 5.

c) Alle schriftliche Verträge, durch welche einer der Contrahenten ein vollständiges Klagerecht erhält, sol-

len, insofern darüber nicht weiter unten etwas besonderes verfügt ist, einer Stempelsteuer von einem Achtel Procent des Werthes ihres Gegenstandes, oder von 3 Ggr. von 100 Rthlr., unterliegen, jedoch kann der Betrag des Stempels in keinem Falle geringer sein, als der des gewöhnlichen Stempels zu 2 Ggr.

Kann der Gegenstand nach Gelde nicht abgeschätzt werden,* so ist nach größerer oder geringerer Wichtigkeit des Geschäfts ein demselben angemessener Stempel zu nehmen, der jedoch nicht geringer als 6 Ggr. sein darf. Sollte in einem solchen Falle der Contrahent ein Geschäft nicht angemessen abgeschätzt haben, so hat, wenn demnächst ein solcher Contract vor Gerichte producirt wird, das Gericht für die angemessene Ergänzung des Stempels zu sorgen. Vorläufige schriftliche Verabredungen, deren Rechtsgültigkeit an die vorbehaltene endliche Erklärung der Contrahenten, oder an die Zustimmung eines Dritten geknüpft, oder von dem förmlichen Abschlusse vor einem öffentlichen Beamten abhängig gemacht ist, sind der Stempelsteuer nicht unterworfen. Die Verabredungen der letztgedachten Art müssen jedoch binnen Monatsfrist vor dem öffentlichen Beamten vollzogen oder doch wenigstens, wenn in dieser Zeit die Vollziehung des Geschäfts nicht thunlich gewesen sein sollte, zu diesem Ende vorläufig angemeldet werden, widrigenfalls die Contrahenten als Stempel-Defraudanten angesehen werden sollen.

Insbefondere aber soll an Stempelsteuer entrichtet werden:

- 1) Von allen Kaufcontracten, so wie auch von allen öffentlichen Versteigerungen liegender Gründe, Renten und Capitalien, ohne Unterschied, ob der Verkauf freiwillig oder im Gefolge einer gerichtlichen Verfügung geschieht:

wenn das Kaufgeld nicht über 100 Rthlr. beträgt 3 Egr.

über 100 bis 500 Rthlr. 6 "

wenn das Kaufgeld sich über 500 Rthlr. beläuft ein halb Procent, also 12 Egr. von 100 Rthlr.

Wenn in ein und demselben Kaufcontracte und in einer öffentlichen Versteigerung mehrere Gegenstände zusammen veräußert werden, so giebt der Kaufpreis dieser gesammten Gegenstände den Maasstab zu der Berechnung der Stempelsteuer ab.

2) Leibrenten, und sonstige Rentencontracte sind derselben Stempelsteuer, wie die Kaufcontracte, unterworfen. Bei den Leibrenten wird die ausgesetzte jährliche Leibrente mit acht Procent, bei den Renten aber der jährliche Ertrag der Præstation mit vier Procent zu Capital gerechnet und danach der Stempelsatz bestimmt;

3) die Tauschcontracte sollen gleichfalls der Stempelsteuer der Kaufcontracte unterworfen sein. Wenn Grundstücke oder dingliche Rechte vertauscht werden, so wird der Stempelsatz nach der Hälfte des Totalbetrages derjenigen Preise bestimmt, mittelst welcher sämmtliche Tauschobjecte zuletzt erworben sind. Sollte aber der eine oder der andere dieser Gegenstände seit fünfzig und mehr Jahren nicht veräußert sein, so wird der ohngefähre Werth desselben auf den Grund des muthmaßlichen Einkommens ausgemittelt und dabei das letztere bei Grundstücken mit fünf Procent, bei Renten und Gefällen aber mit vier Procent zu Capital gerechnet;

4) bei Pacht- oder Mieth-Contracten soll entrichtet werden:

wenn der Totalbetrag des während der ganzen Zeit, über welche contrahirt worden, zu entrichtenden

Pacht- oder Miethgeldes nicht über 150 Rthlr. beträgt, der gewöhnliche Stempel zu 2 Egr.; wenn derselbe aber diese Summe übersteigt, ein viertel Procent oder 6 Egr. von jedem Hundert Thaler dieses Totalbetrages.

Bei Verlängerungen bereits bestehender Contracte dieser Art wird der Stempel auf gleiche Weise berechnet.

5) zu den sogenannten trockenen oder eigenen Wechseln, soll, wenn die Summe, worüber dieselben ausgestellt worden, nicht über 100 Rthlr. beträgt, nur der gewöhnliche Stempel zu 2 Egr., wenn sie aber über mehr als 100 Rthlr. lauten, ohne Unterschied der Summe, ein Stempel von 6 Egr. genommen werden.

§. 6.

a) Von Testamenten oder sonstigen Verfügungen auf den Todesfall soll an Stempelsteuer entrichtet werden:

1) wenn der gesammte Gegenstand der Disposition nicht über 250 Rthlr. beträgt 3 Egr.

2) = 250 bis 1200 Rthlr. 6 "

3) = 1200 = 2500 " 9 "

4) = 2500 = 5000 " 12 "

5) = 5000 Rthlr. 1 Rthlr.

§. 7.

e) Von allen Allodialerbschaften und Legaten, welche aus dem Nachlasse einer in den Herzogl. Braunschweigischen Landen domiciliirten Person herrühren, soll in allen Fällen, wo die Erben und Legatarien weder Ascendenten, noch Descendenten, noch Ehegatten des Verstorbenen sind, ohne Unterschied, ob dieselben Einländer oder Ausländer, eine Erbschaftsteuer erhoben werden, welche für vollbürtige und Halbgeschwister und deren Descendenten zwei und ein halb Procent, für alle übrige Erben und

Legatarien aber, sie mögen mit dem Verstorbenen verwandt sein oder nicht, fünf Procent von dem Betrage der Erbschaft oder des Legats, nach Abzug der davon zu berichtenden Schulden, ausmacht.

Ascendenten und Descendenten, desgleichen der überlebende Ehegatte, sollen von dieser Stempelabgabe gänzlich befreiet sein und eben so auch die Lehn- und Familien-Fideicommissarben, hinsichtlich der ihnen zufallenden Lehne und Familien-Fideicommissen, nicht aber des Allodii, in Ansehung dessen es ganz nach den obigen Bestimmungen geht.

Von einem vermachten lebenslänglichen Nießbrauche oder einer lebenslänglichen Leibrente wird nur die Hälfte und vom Nießbrauche oder einer Leibrente auf eine bestimmte Zeit nur das Viertel der obgedachten Abgabe bezahlt.

§. 8.

f) Die Kalender, so wie auch die Taschenbücher und Almanache, in welchen Kalender enthalten sind, sollen, ohne Unterschied, ob sie im Lande oder auswärts gedruckt sind, mit einer Stempelabgabe nach folgendem Verhältnisse belegt werden:

- | | |
|--|--------|
| 1) wenn der Verkaufspreis unter 8 Pf. ist, | 4 Pf. |
| 2) von 8 Pf. bis 1 Ggr. | 6 = |
| 3) = 1 Ggr. = 6 = | 1 Ggr. |
| 4) = 6 = = 1 Rthlr. 8 Ggr. | 4 = |
| 5) über 1 Rthlr. 8 Ggr. | 6 = |

§. 9.

g) Die im Einlande gedruckten Intelligenzblätter und Zeitungen sollen von einem jeden Exemplare vierteljährlich, erstere 1 Ggr. und letztere 3 Ggr. an Stempelsteuer erlegen.

§. 10.

h) Für die Spielkarten sollen die in dem beigefügten Tarife aufgeführten Sätze, welche neben der Stem-

pelabgabe auch zugleich den Preis der Karten selbst in sich enthalten, entrichtet werden.

§. 11.

Der Stempelsteuer sind nicht unterworfen:

- 1) alle Verhandlungen der öffentlichen Behörden und Officianten, welche den Dienst betreffen;
- 2) die Fürstl. Cammer, das Landes-Steuer-Collegium oder sonstige Verwaltungsbehörden, hinsichtlich der über die ihrer Verwaltung anvertrauten Gegenstände abzuschließenden Contracte; diejenigen Privatpersonen, welche über solche Gegenstände mit den gedachten Behörden contrahiren, bleiben dagegen für ihren Antheil der Stempelabgabe unterworfen; Bau-Verdinge, Lieferungs-Contracte und dergleichen mit den Verwaltungsbehörden abzuschließende Verhandlungen gehören zu den sub. Nro. 1. dieses §. von der Stempelsteuer befreieten Gegenständen;
- 3) die Militair-Angelegenheiten und Verhandlungen jeder Art;
- 4) die Angelegenheiten der Kirchen und Schulen, der Pfarren und Pfarrwittwenhäuser, der Klöster, der unter öffentlicher Aufsicht stehenden einländischen Wittwen- und Waiseninstitute und Cassen; der Armenanstalten, Armen-Begüinen- und Waisenhäuser; der Hospitäler und Kranken-Verpflegungsanstalten; der Zucht-Gefangen- und Irrenhäuser; und überhaupt aller Wohlthätigkeitsanstalten und milden Stiftungen;
- 5) die Angelegenheiten der allgemeinen Brandversicherungsanstalt, so wie auch
- 6) des Leihhauses zu Braunschweig und dessen Nebenanstalten;
- 7) alle processualische Verhandlungen, deren Gegenstand nur 20 Rthlr. und darunter beträgt;
- 9) alle kleinere Untersuchungssachen, bei welchen nur auf

- eine Strafe bis zu 10 Rthlr. oder vierzehntägigen Gefängnisse erkannt wird;
- 9) die gerichtlichen Protocolle und die Concepte in den gerichtlichen Acten, sowohl bei Civil- als bei Untersuchungsfachen jeder Art;
 - 10) alle Bescheinigungen und Insinuations-Documente, welche unter eine auf Stempelpapier geschriebene Ausfertigung gesetzt werden;
 - 11) alle Angelegenheiten und Rechtsfachen solcher armer Personen, deren Unvermögen entweder notorisch, oder gehörig bescheinigt ist; so auch die denselben zu ertheilenden Bescheinigungen und Pässe;
 - 12) alle die Liquidation der Landes- und Cammerschulden betreffende Verhandlungen;
 - 13) die trassirten Wechsel;
 - 14) alle Rechnungen und einfache Quittungen;
 - 15) Journale und gelehrte Zeitungen, wie auch ausländische politische Zeitungen und Intelligenzblätter;
 - 16) alle sowohl gerichtliche, als außergerichtliche Bekanntmachungen durch Anschläge und Zettel, insofern in denselben nicht ein gerichtliches Präjudiz enthalten und sie nicht in die Classe der förmlichen, von den Gerichten ausgehenden Patente gehören;
 - 17) die Attestate, welche von Professoren und Lehrern an den höhern Lehranstalten den Studirenden zur Bescheinigung ihres Fleißes und ihrer guten Aufführung ausgestellt werden, insofern solche Attestate nicht etwa vor Gericht producirt werden sollen;
 - 18) die im §. 4. angeführten Fälle bei Vormundschaften;
 - 19) die in Gemäßheit des §. 7. von der Erbschaftsteuer befreiten Personen;
 - 20) das Vermögen, welches einem Landeseinwohner aus dem Auslande zufällt, so wie auch der Nachlaß eines auf der Durchreise durch die Braunschweigischen Lande

- verstorbenen Ausländers, desgleichen das Immobilien-Vermögen eines Landeseinwohners, welches im Auslande belegen ist, sind der Erbschaftsteuer nicht unterworfen. Dagegen sind die in den Braunschweigischen Landen belegenen unbeweglichen Güter eines Ausländers, so wie auch der Mobiliar-Nachlaß eines Einländers, wenn solcher Nachlaß sich gleich zur Zeit des Todesfalles im Auslande befindet, zu solcher Steuer anzuziehen;
- 21) die Uebertragung des Eigenthums eines Erbschafts-Grundstückes an den Erben oder an einen Miterben ist von dem Contracten-Stempel frei und zu der von den Gerichten deshalb zu ertheilenden Ausfertigung bloß der gewöhnliche Stempel von 2 Ggr. zu nehmen.

§. 12.

Eine jede der Stempelabgabe unterworfenen Verhandlung muß auf den Stempelbogen selbst geschrieben werden und zwar dergestalt, daß der Stempel selbst offen und unbeschrieben bleibt; auch ist der Stempelbogen ganz zu lassen, und ist es bei Strafe der Stempel-Contravention verboten, ihn abzuschneiden und nur denjenigen Theil, worauf der Stempel befindlich ist, anzufügen.

Sollte Jemand in dem Augenblicke, wo er eine der Stempelsteuer unterliegende Verhandlung zu Papiere bringt, außer Stande sein, den vorschriftsmäßigen Stempelbogen sich zu verschaffen, so soll es demselben zwar gestattet sein, sich ungestempelten Papiere zu bedienen; allein es muß auf diesem Papiere der Grund, weshalb der gesetzliche Stempel nicht sofort angeschafft werden können, bestimmt ausgedrückt und binnen 14 Tagen der solchergestalt reservirte Stempelbogen der Verhandlung beigelegt, durchstreichen und darauf bemerkt werden, daß er zu der Verhandlung, welcher er beiliegt, gehöre. Derjenige, welcher solches binnen dem ebengedachten Zeitraume zu beschaffen un-

terläßt, soll als Stempel-Defraudant angesehen und bestraft werden.

Um auch das Datum, an welchem der reservirte Stempel solchergestalt cassirt worden, gehörig zu constatiren, soll derjenige, welcher den Stempel zu diesem Behufe ankauft, davon dem Stempel-Distributor jedesmal Anzeige machen und letzterer sodann das Datum des Ankaufs, mit seiner Namensunterschrift versehen, auf dem Stempelbogen notiren.

§. 13.

In den Processen einer von der Stempelsteuer befreieten Parthei haben die Gerichte die Stempelabgaben von den Verhandlungen derselben und von den darauf erlassenen Ausfertigungen zu notiren und am Schlusse des Processes, wenn der Gegner in dessen Kosten verurtheilt worden, die solchergestalt notirten Stempelabgaben von demselben einzuziehen, auch sodann das dem Betrage dieser Abgaben entsprechende Stempelpapier zu den Acten zu cassiren.

Ein gleiches Verfahren findet bei allen Untersuchungsachen Statt, im Falle der Angeschuldigte zur Erstattung der Kosten schuldig erkannt wird und dazu vermögend ist.

§. 14.

In Hinsicht auf die im §. 7. verordnete Erbschaftssteuer, sind die derselben unterworfenen Erben verbunden, binnen drei Monaten nach dem Tode ihres Erblassers und in dem Falle, daß derselbe ein Testament hinterlassen, binnen drei Monaten nach der Eröffnung dieses Testaments, ein Verzeichniß von dem gesammten Nachlasse an baarem Gelde, ausstehenden Capitalien nach ihren Münzsorten und Werthe, liegenden Gründen, dinglichen Rechten und beweglichen Gütern ohne Unterschied, mit einer Angabe des Werthes, imgleichen der der Erbschaft zur Last fallenden Schulden, bei demjenigen Gerichte, in dessen Be-

zirke die Erbschaft eröffnet worden, einzureichen. Das Gericht hat die Erben, welche sich hierunter faumselig zeigen sollten, zu ihrer Obliegenheit anzuhalten, die zur Sicherung der Steuer erforderlichen Maaßregeln zu treffen und, nach vorgängiger Prüfung der Richtigkeit des Verzeichnisses, dasselbe an das Landes-Steuer-Collegium zur Feststellung der Erbschaftsabgabe einzusenden.

§. 15.

Bei der Berechnung der Erbschaftssteuer sollen die ausstehenden Capitalien und sonstige Activforderungen in der Regel nach dem Nominalwerthe für voll gerechnet werden, es sei denn, daß durch glaubhafte Attestate ein geringerer Werth derselben bescheinigt würde.

Für den Werth der Grundstücke ist der Kaufpreis, wofür dieselben zum letzten Male veräußert worden, anzunehmen. Wenn jedoch der Zeitpunkt der letzten Erwerbung derselben den Raum von 50 Jahren überschreiten sollte, so wird das jährliche Einkommen der Grundstücke ausgemittelt und das davon mit 5 Procent zu berechnende Capital für den zu steuernden Werth angenommen.

Ein Gleiches soll bei Realnutzungen und Gefällen Statt finden, diese jedoch eintretenden Falls mit 4 Procent zu Capital berechnet werden.

Der Werth der beweglichen Gegenstände ist durch Taxation auszumitteln, sonst aber der Verkaufspreis dafür anzunehmen.

Von dem Betrage der Erbschaft dürfen nur die wirklichen Schulden des Erblassers und die Kosten seines Begräbnisses, nicht aber auch die Kosten des Inventarii, der Regulirung und Theilung der Erbschaft und überhaupt keine sonstige Ausgaben in Abzug gebracht werden, welche nach dem Tode des Erblassers erwachsen sind.

§. 16.

Sollte ein Verdacht gegen die Richtigkeit des im §. 14.

vorgeschriebenen Verzeichnisses entstehen, so sollen die Erben schuldig sein, auf Erfordern ein specielles Inventarium einzuliefern und dasselbe zu verificiren. Es soll jedoch den Erben, zur Vermeidung der Weitläufigkeiten, auch gestattet sein, eine Abkommens-Summe anzubieten, und soll bei deren Annahme, insofern sie dem wahrscheinlichen Betrage des Nachlasses entspricht, nach der Billigkeit verfahren werden.

§. 17.

Die Erben sollen für die richtige Bezahlung der gesammten Erbschaftsteuer solidarisch haften, jedoch befugt sein, den Legatarien den auf die denselben vermachten Legate fallenden Antheil an der Abgabe in Anrechnung zu bringen und bei deren Auszahlung inne zu behalten.

Im Falle eines legitirten Nießbrauches soll die Abgabe zwar nach den im Vorstehenden vorgeschriebenen Grundsätzen berechnet und deren Bezahlung vom Nießbraucher sogleich geleistet werden, die Abgabe von dem Gegenstande selbst aber erst, wenn derselbe nach geendigtem Nießbrauche dem Erben zufällt, von diesem entrichtet werden.

Im Uebrigen ist die Bezahlung der Steuer binnen einem Monate von dem Tage an, wo den Erben der bei dem Landes-Steuer-Collegio festgestellte Betrag derselben bekannt gemacht worden, in baarem Gelde und in denselben Geldsorten, worin der Nachlaß berechnet worden, an die dazu bestimmte Cassé zu leisten.

§. 18.

Der Nichtgebrauch des Stempels bei Verhandlungen, welche demselben unterworfen sind, soll zwar die Wichtigkeit derselben nicht nach sich ziehen, doch soll darauf nicht eher rechtlich verfügt werden dürfen, als bis dieser Mangel ergänzt und, den im §. 12. näher bezeichneten Fall ausgenommen, die Strafe bezahlt worden ist.

Diese Strafe soll im Allgemeinen, außer der Nach-

lieferung des fehlenden Stempels, in dem vierfachen Betrage desselben, und wenn ein Stempel von geringerem Werthe als zu dergleichen Verhandlungen vorgeschrieben worden, angewandt ist, in dem vierfachen Betrage der Differenz zwischen dem angewandten und dem ordnungsmäßigen Stempel bestehen.

Uebrigens bleibt es dem über eine Stempel-Contra-vention erkennenden Gerichte überlassen, dem Befinden der Umstände nach, auch die Bekanntmachung der Strafe in den Braunschweigischen Anzeigen auszusprechen.

§. 19.

Die Erben, welche nicht binnen der im §. 14. vorgeschriebenen dreimonatlichen Frist die verordnete Erklärung wegen der zu entrichtenden Erbschaftsteuer eingereicht haben, verfallen in eine Strafe, die dem doppelten Betrage der zu bezahlenden Steuer gleich ist.

Um diese Steuer gehörig zu controlliren, haben sämtliche Gerichte zu Ende eines jeden Vierteljahrs ein Verzeichniß der während desselben in ihrem Bezirke eingetretenen, der Steuer unterworfenen Erbschaftsfälle an das Landes-Steuer-Collegium einzusenden und darin die Namen und den Wohnort der Erblasser, deren Sterbetrage, die Namen der Erben, ob und zu welchem Betrage dieselben den Nachlaß declarirt haben und den Verlauf der davon zu entrichtenden Steuern, nebst den etwa noch nöthigen Bemerkungen, aufzuführen.

§. 20.

Die Drucker oder Redacteurs der im §. 9. erwähnten Zeitschriften, welche mehr Exemplare derselben, als wofür die Steuer erlegt wird, drucken oder drucken lassen, desgleichen die Verkäufer von ungestempelten Calendern sollen zu einer Geldstrafe von Fünf und Zwanzig Thalern verurtheilt werden. Diese Strafe soll im zweiten Contraventionsfalle verdoppelt, im fernern Wiederholungs-falle

aber die Erlaubniß zum Drucke, Verlage oder Verkaufe den Contravenienten genommen werden.

§. 21.

Der Debit der Spiellarten bleibt allein der Aufsicht des Landes-Steuer-Collegii vorbehalten, und es wird bei Strafe der Confiscation und einer Geldbuße von Fünf Thalern für jedes Spiel Karten, damit verboten:

- 1) ohne ausdrückliche Erlaubniß des Landes-Steuer-Collegii fremde Karten jeder Art, gestempelt oder ungestempelt, in die Herzogl. Braunschweigischen Lande einzuführen;
- 2) ohne solche Erlaubniß mit Spiellarten, selbst wenn sie mit dem vorschriftsmäßigen Stempel versehen sind, Handel zu treiben;
- 3) sich zum Spielen solcher Karten zu bedienen, welche nicht mit dem vorschriftsmäßigen Stempel versehen sind.

§. 22.

Alle Staatsdiener und öffentliche Beamte haben auf das Genaueste darüber zu wachen und zu halten, daß in allen zu ihrer Kenntniß und Behandlung kommenden Verhandlungen, welche der Stempelsteuer unterliegen, der vorschriftsmäßige Stempel angewandt werde, so wie auch dieselben eine jede, zu ihrer Kunde kommende Stempelsteuer-Contravention unverzüglich dem betreffenden Gerichte zur Untersuchung und Bestrafung anzuzeigen haben. Insbesondere werden die Mitglieder der gerichtlichen Behörden persönlich dafür verantwortlich gemacht, auf keine Eingabe zu verfügen oder zu erkennen, welche nicht mit dem verordneten Stempel versehen ist, insonderheit auch keine Uebertragung des Eigenthums oder Hypothekbestellung eher in die Gerichtsbücher einzutragen, als bis alle dazu erforderliche Documente mit dem gehörigen Stempel belegt sind.

Die Steuerofficianten, so wie die Gerichts- und Po-

lizei-Unterbefiente, sollen gleichfalls auf alle Contraventionen gegen diese Verordnung genau invigiliren, und dieselben, sobald sie dergleichen entdecken, unverzüglich zur Kenntniß der ihnen vorgesetzten Behörden bringen.

§. 23.

Auf gleiche Weise wird es den sämtlichen Notarien und Anwälden zur Pflicht gemacht, darüber zu halten, daß in allen Sachen, die ihrer Geschäftsführung anvertrauet werden, der ordnungsmäßige Stempel angewandt werde. Zu dem Ende sollen dieselben auf den in ihren Händen bleibenden Concepten, Registern und sonstigen Papieren jederzeit ausdrücklich bemerken, daß und welcher Stempel zu dem in Frage seienden Geschäfte genommen worden.

§. 24.

Die Staatsdiener und öffentliche Beamte, so wie auch die Notarien und Anwälde, welche sich bei ihren Ausfertigungen und Geschäfts-Verhandlungen in Sachen, die der Stempelsteuer unterworfen sind, entweder überall keines Stempels, oder doch eines geringern, als des vorgeschriebenen Stempels bedienen, sollen in die durch den §. 18. vorgeschriebene Strafe des vierfachen Betrages der defraudirten Stempelgefälle verfallen.

Diese Strafe soll bei Wiederholungsfällen verdoppelt, auch bei demungeachtet fortgesetzten ferneren Contraventionen, dem Befinden der Umstände nach, gegen den Beamten, Notar oder Anwalt auf Entsetzung von seinem öffentlichen Amte erkannt werden können.

§. 25.

Die Mitschuldigen einer Stempelsteuer-Contravention sind für die erkannte Strafe solidarisch zu haften verbunden.

Bei nachgewiesenem Zahlungs-Unvermögen der Contravenienten soll die erkannte Geldstrafe in eine Gefängnißstrafe, nach Maßgabe der bestehenden Verordnungen, verwandelt werden.

§. 26.

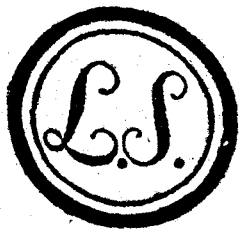
Die Contraventionen gegen die gegenwärtige Verordnung sollen, ohne Unterschied, ob dieselben bei dem competenten Gerichte zur Anzeige gebracht oder von demselben selbst wahrgenommen worden, in dem Gange und nach den Vorschriften des gewöhnlichen Untersuchungs-Processes verhandelt und zur Bestrafung gebracht werden.

Wenn die Strafe sich auf Erlegung einer Geldstrafe beschränkt, so haben die Gerichte in der Ladung dieselbe auszudrücken und dem Contravenienten frei zu stellen, ob er durch deren Einsendung vor dem Vernehmungstermine sich der fernern Untersuchung entziehen wolle.

Alle Behörden und ein Jeder, den es betrifft, haben sich nach dieser Verordnung gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Herrnhäusen, den 29^{ten} October 1821.



George. R.

E. Graf von Münster.

T a r i f
der
S t e m p e l - A b g a b e
zu der
Verordnung vom 29^{ten} October 1821.

No.	Gegenstände der Stempel-Abgabe.	Rthl.	Ggr.	Pr.
1	Abschriften an die öffentlichen Behörden eingereicht, oder von ihnen mitgetheilt	—	2	—
2	Adjudications-Decrete excl. des Kaufcontract-Stempels	—	2	—
3	Antrag zur Genehmigung einer Adoption	—	12	—
4	Anlagen zu Eingaben an öffentliche Behörden (§. 2.) für jede	—	2	—
5	Anschläge, gerichtliche, welche nicht in die Classe der nach §. 11. Nr. 16 stempelfreien Anschläge gehören	—	4	—
	sonst frei.	—	—	—
6	Anstellung, S. Bestellung.	—	—	—
7	Armenanstalten und Krankenhäuser, frei.	—	—	—
8	Arme, notorisch oder bescheinigt, frei.	—	—	—
9	Atteste, gerichtliche	—	6	—
	von Professoren und Lehrern an den höhern Lehranstalten an Studierende ertheilte, frei.	—	—	—
10	Auktionsprotocolle über die Versteigerung beweglicher Gegenstände	—	2	—
11	Ausfertigungen, gerichtliche, welche keinen speciellen Satz haben	—	2	—

N ^o .	Gegenstände der Stempel = Abgabe.	Rthlr.	Ggr.	pf.
12	Beschwerungs- oder Hypothekenschein	—	3	—
13	Bestellung eines Notarii, wie auch eines Advocati und Procuratoris bei den höhern Gerichten	—	8	—
14	Bittschriften	—	2	—
15	Brandversicherungs-Anstalt, frei	—	2	—
16	Bürgerscheine	—	2	—
17	Bürgschaften, wie Contracte.	—	2	—
18	Cautionen, wie Contracte.	—	2	—
19	Cessionen von Schuldverschreibungen und eigenen oder trocknen Wechseln, wenn sie besonders ausgefertigt werden	—	2	—
20	Cessionen des Eigenthums liegender Gründe und Realberechtigungen, wie Kaufcontracte.	—	2	—
21	Citationen, S. Processsachen, Edictal, S. Anschläge.	—	2	—
22	Codicille, S. Testamente.	—	2	—
23	Commissionen, S. Processsachen.	—	2	—
24	Commissoria, S. Processsachen.	—	2	—
25	Concessionen	—	2	—
26	Confirmationen, welche besonders ausgefertigt werden, außer dem Contractstempel	—	4	—
27	Consense, des Lehnsherrn zu Verpfändungen des Guts- und Erbenzinsherrn und Agnaten zu Verpfändungen	—	6	—
28	Contracte, schriftliche, für welche kein specieller Satz bestimmt ist, ein Achtel Procent des Werthes ihres Gegenstandes, oder 3 Ggr. von 100 Rthlr. Wenn der Gegenstand nicht nach Gelbe abgeschätzt werden kann, so ist ein der Wichtigkeit des Geschäfts angemessener Stempel, doch nicht unter 6 Ggr., zu nehmen	—	2	—
29	Copulationscheine	—	2	—
30	Criminalfachen, S. Untersuchungen.	—	2	—
31	Curatoria bei einem Vermögen bis 100 Rthlr. frei über 100 bis 1000 Rthlr. über 1000 Rthlr. in Concursprocessen jederzeit	—	2	—
		—	6	—
		—	6	—

N ^o .	Gegenstände der Stempel = Abgabe.	Rthlr.	Ggr.	pf.
32	Depositencheine, gerichtliche und der Notarien	—	2	—
33	Dispensationen in Ehesachen Wenn selbige von der Landesherrschaft unmittelbar ertheilt werden, frei.	—	16	—
34	Edictal-Citationen, S. Anschläge.	—	2	—
35	Ehestiftungen, insofern darin nicht auf den Todesfall disponirt ist, wie Contracte, im eintretenden letztern Falle aber wie Testamente.	—	2	—
36	Erbenzins-Contracte, für die erste Verleihung, S. Contracte. Der jährliche Canon ist mit 4 pro Cent zu Capital zu rechnen. Werden jedoch Gebäude besonders käuflich mit überlassen, so ist rücksichtlich derselben der Kauf-Contractstempel für Immobilien besonders in Anrechnung zu bringen und zu berichtigen.	—	2	—
37	Erbpacht-Contracte, S. Erbenzins-Contracte.	—	2	—
38	Erbenschaften, Allodial, von dem Betrage 5 pCt.; bei vollbürtigen oder Halbgewissem und deren Descendenten nur 2½ pCt.; von auf Lebenszeit vermachtem Nießbrauche oder Leibrente die Hälfte, und vom Nießbrauche oder Leibrente auf bestimmte Zeit ein Viertel der vorstehenden Abgabe, und wird die Real-Benutzung und Rente mit 4 pCt. zu Capital berechnet. Ad- und Descendenten, Ehegatten, Lehn- und Familien-Fideicommiss-Erben, frei.	—	2	—
39	Erbvergleiche, wie Contracte.	—	2	—
40	Erkenntnisse, S. Processsachen, Untersuchungen.	—	2	—
41	Erneuerung der Erbenzins- und Meier-Briefe	—	8	—
42	Extracte aus Erbregeistern, Lagerbüchern, Dorf- und Feldmessungs-Beschreibungen, Contribution-Catastris, Acten u.	—	2	—
43	Fabrications-Atteste, frei.	—	2	—
44	Familien-Stiftungen, wie Testamente.	—	2	—
45	Fideicommiss, S. Erbschaften.	—	2	—

No.	Gegenstände der Stempel-Abgabe.	Rthlr.	Ggr.	Pf.
46	Geburtscheine	—	2	—
47	Gefuche an die Behörden	—	2	—
48	Gewerbescheine, frei.	—	—	—
49	Gutachten, welche producirt werden	—	2	—
50	Hypothekenscheine	—	3	—
51	Hypothekenverschreibungen, S. Schuldverschreibungen.	—	—	—
52	Inquisitionssachen, S. Untersuchungen.	—	—	—
53	Insinuations-Documents, welche besonders aus- gefertigt werden, in Sachen, die der Stem- pelsteuer unterworfen sind. wenn sie unter eine auf Stempelpapier geschriebene Ausfertigung gesetzt sind, frei	—	2	—
54	Intelligenzblätter, inländische, jedes Exemplar vierteljährlich die Exemplare an die Behörden frei; ausländische frei.	—	1	—
55	Intercessionsschreiben	—	2	—
56	Introductoria der Prediger der Schullehrer	—	8	—
57	Inventarien	—	4	—
58	Journale und gelehrte Zeitungen, frei.	—	2	—
59	Kalender, wenn der Verkaufspreis ist unter 8 Pf. von 8 Pf. bis 1 Ggr. von 1 Ggr. bis 6 Ggr. von 6 Ggr. bis 1 Rthlr. 8 Ggr. über 1 Rthlr. 8 Ggr.	—	4	6
60	Karten, S. Spielkarten.	—	1	—
61	Kauf-Contracte, schriftliche über Mobilien, S. Contracte über Immobilien, Renten, Capitalien und dergl. bis zu 100 Rthlr. über 100 bis 500 Rthlr. wenn das Kaufgeld über 500 Rthlr. beträgt, 1/2 pCt. oder 12 Ggr. von 100 Rthlr.	—	3	6
62	Kirchenscheine, ohne Unterschied	—	2	—

No.	Gegenstände der Stempel-Abgabe.	Rthlr.	Ggr.	Pf.
63	Kirchensachen im Allgemeinen, frei.	—	—	—
64	Klostersachen, frei.	—	—	—
65	Legate, S. Erbschaften.	—	—	—
66	Lehnbriefe	—	6	—
67	Lehns-Consense, S. Consense.	—	—	—
68	Lehns-Erbschaften, frei.	—	—	—
69	Lehns-Expectanzen, nach dem Ertrage des Lehns bis 200 Rthlr. über 200 bis 500 Rthlr. über 500 Rthlr.	—	4	8
70	Lehns-Reverse	—	16	—
71	Lehnbriefe	—	2	—
72	Leibrenten-Contracte wie Kauf-Contracte, und wird die ausgesetzte jährliche Leibrente mit 8 Procent zu Capital berechnet, und danach der Stempelsatz bestimmt.	—	2	—
73	Leihhaus-Angelegenheiten, frei.	—	—	—
74	Liberatoria für Vormünder, wie Curatoria.	—	—	—
75	Lieferungs-Contracte, wie Contracte.	—	—	—
76	Logirbücher der Gastwirthe, jährlich	—	6	—
77	Matrikel der Notarien, S. Bestellung derselben.	—	—	—
78	Meier-Contracte, neue, S. Contracte. Erneuerung derselben	—	8	—
79	Mieth-Contracte, wenn der Betrag des während der ganzen Contractszeit zu entrichtenden Mieth- geldes nicht über 150 Rthlr. beträgt wenn derselbe aber diese Summe übersteigt 1/4 pro Cent oder 6 Ggr. von jedem 100 Rthlr. Erneuerung derselben, desgleichen.	—	2	—
80	Militairsachen und alle dazu erforderlichen Scheine und Ausfertigungen, frei.	—	—	—
81	Moratoria	—	8	—
82	Muthscheine	—	3	—
83	Nießbrauch, vermachter, S. Erbschaften. auf andere Weise erworbener, wie Con-	—	—	—

No.	Gegenstände der Stempel = Abgabe.	Rthlr.	Ggr.	pf.
	tracte, und ist der Ertrag mit 4 pr. Cent. zu Capital zu berechnen.			
84	Notariats = Documente aller Art, wenn der Gegenstand nicht einem bestimmten Stempel unterworfen ist	—	2	—
85	Obligationen, S. Contracte.			
86	Pacht = Contracte, S. Mieth = Contracte.			
87	Pässe, S. Reisepässe.			
88	Patente, Subhastations, S. Anschläge.			
89	Pfandverschreibungen, S. Contracte.			
90	Pfarr = und Pfarrwitwen = Sachen, frei.			
91	Polizei = Sachen, S. Untersuchungen.			
92	Prozeß = Sachen:			
	wenn der Gegenstand sich nicht über 20 Rthlr. hoch beläuft, oder in Untersuchungsfachen über 10 Rthlr. Geld = oder 14 Tage Gefängnißstrafe erkannt wird, überall frei.			
	Bei höheren Gegenständen und wenn diese nicht nach Gelde zu schätzen sind:			
	Alle Eingaben der Parteien an die Gerichte .	—	2	—
	Jede Anlage derselben, insofern davon nicht ein besonderer Stempel entrichtet worden .	—	2	—
	Bei richterlichen Erkenntnissen, ohne Unterschied, ob sie interlocutorisch oder definitiv, in Sachen:			
	1) unter 50 Rthlr.	—	2	—
	2) über 50 bis 100 Rthlr. incl.	—	4	—
	3) — 100 — 200 — —	—	8	—
	4) — 200 — 500 — —	—	16	—
	5) — 500 — 1000 — —	1	12	—
	6) — 1000 — 5000 — —	2	12	—
	7) — 5000 — 10000 — —	2	12	—
	8) Ueber 10000 Rthlr.	2	12	—
	Bei bloß präparatorischen Decreten in Sachen jeder Art immer nur			
	Erkenntnisse in Ehescheidungsachen	—	2	—
		—	16	—

No.	Gegenstände der Stempel-Abgabe.	Rthlr.	Ggr.	pf.
	Erkenntnisse in Untersuchungsfachen, wenn erkannt wird auf			
	1) über 14 Tage bis zu 6 Monate Gefängniß oder über 10 bis 100 Rthlr. Geldstrafe		2	
	2) über 6 Monate bis 2 Jahr oder über 100 Rthlr. Geld		4	
	3) schwerere Strafe ohne Unterschied		8	
93	Proclamata, S. Anschläge, gerichtliche.			
94	Procuratoria, S. Vollmachten.			
95	Prolongation der Contracte, wie Contracte.			
96	Protocolle, welche den Parteien mitgetheilt werden		2	
	Sind ihnen definitiv Bescheide angehängt, so tritt der Stempel für Erkenntnisse ein; über die Berathung der Familienfreunde bei Vormundschaften und Curatelen, frei.			
97	Punctionationen zu Contracten, wenn sie die Contracte selbst vertreten, wie diese Contracte.			
98	Quittungen, frei, werden sie in einem Processe producirt, dessen Gegenstand 20 Rthlr. übersteigt, so wie deren Abschriften.		2	
99	Rechnungen, wie Quittungen.			
100	Reisepässe		4	
101	Renten, perpetuirliche, wie Leibrenten; auf Loose oder bestimmte Zeit, wie Contracte und ist der Ertrag mit 4 pro Cent zu Capital zu berechnen; vermachte, S. Erbschaften.			
102	Requisitionen, S. Prozeßfachen.			
103	Reverse		2	
104	Schenkungen unter den Lebendigen, wie Contracte; auf den Todesfall, wie Testamente.			
105	Schiedsrichterliche Erkenntnisse, wie Erkenntnisse.			

No.	Gegenstände der Stempel-Abgabe.	Rthlr.	Ggr.	Pr.
106	Schriften an die Behörden, S. Anlagen, Bittschriften, Prozesssachen, Vorstellungen.			
107	Schulden, Landes- oder Cammer-, Liquidation derselben, frei.			
108	Schuldverschreibungen, S. Contracte.			
109	Schulsachen, frei.			
110	Societäts-Contracte, schriftliche: der Großhändler der Detaillisten und anderer werden in beiden Fällen der Gesellschaft Grundstücke eines Theilnehmers derselben überlassen, so tritt besonders der Kaufcontract's- Stempel über Immobilien ein, jedoch nach Abzug der Quote des Cedenten.	1	12	
111	Spjel-Karten, für das Spiel: Tarock, feine Kupfer — — — — — gewöhnliche Whist, feine Kupfer — — — — — mythologische — — — — — gewöhnliche — — — — — mittel Phombre, feine Kupfer — — — — — gewöhnliche — — — — — mittel Piquet, feine — — — — — mittel Deutsche, feine — — — — — gewöhnliche	1	18 12 9 8 7 10 7 6 6 5 6 4 2	
112	Sterbescheine			
113	Stiftungen, alle milde, frei.			
114	Subhastationen von Grundstücken, Gerechtigkeiten u. wenn der Verkauf Statt findet, wie Kauf-Contracte über Immobilien u.			
115	Subhastations-Patente, S. Anschläge, gerichtliche.			
116	Supplicate, S. Bittschriften.			
117	Tauscheine	1	2	

No.	Gegenstände der Stempel-Abgabe.	Rthlr.	Ggr.	Pr.
118	Tausch-Contracte, wie Kauf-Contracte (§. 5. Nro. 3.)			
119	Testamente, oder sonstige Verfügungen auf den Todesfall: 1) wenn der gesammte Gegenstand der Disposition nicht über 250 Rthlr. beträgt 2) über 250 bis 1200 Rthlr. 3) — 1200 — 2500 — 4) — 2500 — 5000 — 5) — 5000 —		3 6 9 12 1	
120	Todtenscheine		2	
121	Tratten, frei.			
122	Tutoria, S. Curatoria.			
123	Uebertragung des Eigenthums eines Erbschafts-Grundstücks an den Erben oder einen Miterben, vom Contractenstempel frei; zur gerichtlichen Ausfertigung blos		2	
124	Untersuchungssachen, S. Prozesssachen.			
125	Ursprungs-Atteste über Waaren, frei.			
126	Urtheile, S. Prozesssachen.			
127	Verding's-Contracte, S. Contracte.			
128	Vergleiche, wie Contracte. Betrifft aber der Vergleich die Uebertragung des Eigenthums an einem Grundstücke oder dinglichen Rechte, wie Kauf-Contracte.			
129	Verkauf von Mobilien mittelst schriftlichen Contract's, S. Contracte. Dergl. öffentliche, S. Auctions-Protocoll, von Immobilien und Realrechten u. S. Kauf-Contracte, Subhastation.			
130	Verlassungsscheine		2	
131	Vermächtnisse, S. Erbschaften			
132	Versteigerungen, S. Auctions-Protocolle.			
133	Vertheidigungsschriften		2	
134	Verträge, S. Vergleiche.			
135	Vocationen der Prediger		4	

No.	Gegenstände der Stempel-Abgabe.	Rthlr.	Ggr.	Pf.
136	Vollmachten: General-Vollmachten: In Processen 1) unter 20 Rthlr., frei. 2) von 20 bis 100 Rthlr. 3) über 100 Rthlr.	2	6	2
137	Vorladungen, S. Citationen.	2		
138	Vorstellungen an öffentliche Behörden	2		
139	Waaren-Rechnungen, frei.			
140	Wechsel, eigene oder trockne, wenn deren Betrag nicht über 100 Rthlr. beträgt über 100 Rthlr.	2	6	
141	Wechselbriefe oder Bratten, frei.			
142	Wittwen- und Waisen-Cassen, frei.			
143	Wochenblätter, S. Intelligenzblätter.			
144	Zahlungs-Mandate, S. Prozesssachen.			
145	Zeitschriften, S. Journale.			
146	Zeitungen, einländische politische, jedes Exem- plar vierteljährlich	3		
147	Zinsgüter, erste Verleihung, wie Kauf-Contracte.			

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro}. 11.

D. D. Braunschweig, den 23sten November 1821.

(11.) Verordnung, die Personal-Steuer betreffend. D. D.
Herrnhäusen, den 29sten October 1821.

Wir *GEORG* der Vierte, von Gottes Gna-
den König des vereinigten Reichs Großbri-
tannien und Irland, auch König von Han-
nover, Herzog zu Braunschweig und Lüne-
burg &c. In vormundtschaftlicher Regierung
Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl
Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

fügen hiemit zu wissen:

Die Berathungen, welche Wir mit den versammelten
Landständen des Herzogthums Braunschweig über dessen
finanziellen Zustand zulegen lassen, haben die Ueberzeugung
ergeben, daß bei dem fortwährenden Bedürfnisse der Ver-
zinsung und allmählichen Abtragung der durch die feindliche
Occupation sehr bedeutend vergrößerten Landesschulden, die
in Gemäßheit der Verordnung vom 16^{ten} Januar 1814
bislang bestandene Personalsteuer für jetzt weder ganz ent-
behrt, noch auch ihrem Ertrage nach vermindert werden
könne; so wie auch, daß, da das bei der Veranlagung
dieser Steuer zum Grunde liegende Princip den Erfor-

verniffen der Billigkeit, wonach zu einer solchen gemeinsamen Staatslast ein Jeder nach Verhältniß des Personenstandes, den er im Staate einnimmt, beizutragen verbunden ist, zweckmäßig entspricht, eine Veränderung dieses Princip's und die Aufbringung des Bedürfnisses mittelst einer andern neuen Steuer, nicht zweckmäßig sein würde.

Wir verordnen demnach, auf erfolgte Einwilligung der versammelten Stände des Herzogthums, hiemit Folgendes:

§. 1.

Die bislang erhobene Personalsteuer soll auch ferner bis auf Weiteres auf den Grund der bisherigen Rollen und unter den in den nachfolgenden §. §. enthaltenen näheren Bestimmungen, welche, insofern sie abändernd sind, mit dem 1^{ten} Januar 1822 in Wirkksamkeit treten, erhoben werden.

§. 2.

Die bisher bestandenen, auch fernerweit beizubehaltenden zehn Classen werden folgendergestalt näher bestimmt:

In die erste Classe, zu 2 Rthlr. 15 Ggr. 9 Pf. monatlicher Steuer gehören: Staats-Minister und wirkliche Geheime-Räthe; General-Lieutenants; Eigenthümer, welche von ihrem gesammten in den hiesigen Landen belegenen Grundeigenthume, nach dem bestehenden Contributionsfuße, mit Anwendung desselben auch auf bisher exemte Grundstücke, mehr als 750 Rthlr. jährlich an Contribution und Proviantgelde zu entrichten haben.

In die zweite Classe, zu 1 Rthlr. 22 Ggr. 4 Pf.: Präsidenten und Vice-Präsidenten der Landes-Collegien; General-Majors; Oberhofmarschall; Obercammerherr; Oberjägermeister; Oberhofmeister; Oberstallmeister; Landdrosten; Eigenthümer, welche von ihrem gesammten Grundeigenthume über 500 bis 750 Rthlr. jährlich an Contribution und Proviantgelde erlegen.

In die dritte Classe zu 1 Rthlr. 6 Ggr. 11 Pf.: Directoren und Vicedirectoren der Landes-Collegien; Geheime-Justiz-, Cammer-, Kriegs-, Etats-, Legations-, und Commissions-Räthe; Oberappellations-Räthe; Obristen: Hofmarschall; Cammerherr; Schloßhauptmann; Oberschenk; Oberhauptleute; Aebte und Aebtissinnen; Eigenthümer, welche über 250 bis 500 Rthlr. jährlich an Contribution und Proviantgelde erlegen; Banquiers, Großhändler und Besitzer bedeutender Fabriken.

In die vierte Classe zu 18 Ggr. 6 Pf.: wirkliche Räthe bei den Landes-Collegien; Geheime-Secretarien bei dem Geheime-Raths-Collegio; Steuerräthe; Oberbergräthe; Obristlieutenants und Majors und diejenigen beim Militair angestellten Officianten, welche damit gleichen Rang haben; Cammerjunker; Drosten; Oberforstmeister; Jägermeister; Viceoberstallmeister; Stadtdirector in Braunschweig; Polizeidirector in Braunschweig; General-Superintendenten; Postdirector; Münzdirector; Leibmedicus; Eigenthümer, welche über 150 bis 250 Rthlr. jährlich an Contribution und Proviantgelde entrichten; Gewerbetreibende, welche bisher über 20 Rthlr. jährlich an Gewerbesteuer bezahlt haben.

In die fünfte Classe, zu 12 Ggr. 4 Pf.: Titularräthe; Stadträthe; Cammer- und Landesgerichtsassessoren; Geheime-Cabinets-Secretaire; Geheime-Canzlei-Secretaire; Geheime-Cammer-Secretaire; Capitains und diejenigen beim Militair angestellten Officianten, welche mit denselben gleichen Rang haben; Hofjunker; Forstmeister; Landyndicus; Landrentmeister; Cammerconsulent; Cammercommissair; Kriegs-Commissair; Kreisbeamte; Oberamtman; Lehnssiscal; Procuratoren bei dem Oberappellations- und dem Landesgerichte; Superintendenten; Professoren; Hofmedicus; Domina; Canonissinnen ablicher Stifter; Eigenthümer, welche über 100 bis 150 Rthlr. jährlich an Contribution

und Proviantgelde entrichten; Gewerbetreibende, welche bisher 10 bis 20 Rthlr. jährlich an Gewerbesteuer erlegt haben.

In die sechste Classe zu 6 Ggr. 2 Pf.: Secrétaire bei den Landes-Collegien; Assessoren bei dem Ober-Sanitäts-Collegio; Assessoren bei dem Stadtgerichte zu Braunschweig; Postinspector; Cammer- und Weg-Inspector; Cammer- und Wege-Baumeister; Obercommissairs; Landcommissairs; Oberfactoren; Director der Porzellan-Fabrik; Kreiseinnehmer; Stadtsecrétaire; Polizeicommissairs in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel; Actuarien der 1sten Classe bei den Kreisgerichten; Packhauscommissair; Marschcommissair; Berghandlungscommissair; Proviant-Commissair; Titulair-Commissair; Stallmeister; Oberförster; Titulair-Amtmann; Stadt- und Land-Physici; Prediger in der Stadt Braunschweig; Directoren der Gymnasien; Eigenthümer, welche über 50 bis 100 Rthlr. jährlich an Contribution und Proviantgelde entrichten; Gewerbetreibende, welche bisher 6 bis 10 Rthlr. jährlich an Gewerbesteuer erlegt haben.

In die siebente Classe zu 3 Ggr. 1 Pf.: Secrétaire, welche nicht bei den Landes-Collegien stehen; Registratoren; Geheime-Canzlisten; Geheime-Cammerschreiber; Revisoren; Actuarien der 2ten Classe bei den Kreisgerichten; Forstschreiber; Reitende Förster; Bürgermeister in den Landstädten; Inspector bei dem Museo; Postmeister; Buchhalter bei den Landescassen; Accise-Inspectoren; Factoren; Auditoren; Münzwardein; Güterverwalter; Waagen-Inspector und Buchhalter auf dem Packhofe; Cammer-Bau-Conducteur; Canzlei-Verwalter; Fiscal beim Landesgerichte; Stadteinnehmer in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel; Prediger in den Städten; ordentliche Lehrer bei den Gymnasien; practisirende Aerzte; practisirende Advocaten und Notarien; Oberthierarzt; Stadt- und Land-

chirurgen 1ster Classe; Kammerdiener am Fürstl. Hofe; Hoffourier; Küchenmeister; Kellermeister; Silberdiener; Mundschent; Hofgärtner; Hofconditor; Schloßverwalter; Bereiter und Thierarzt beim Fürstl. Marstalle; Eigenthümer, welche über 25 bis 50 Rthlr. jährlich an Contribution und Proviantgelde entrichten; Gewerbetreibende, welche bislang 4 bis 6 Rthlr. jährlich an Gewerbesteuer erlegt haben.

In die achte Classe zu 2 Ggr. 7 Pf.: Canzlisten; Cammerschreiber; Cammerer in den Landstädten; Amtsvoigte; gehende Förster 1ster Classe; Cassenschreiber bei den Landescassen; Land- oder Forstmesser und Taxatoren; Prediger auf dem Lande; außerordentliche Lehrer bei den Gymnasien; Rectoren in den Landstädten; Conventualinnen in den Klöstern; Chirurgen 2ter Classe; Thierärzte; Cammer-Laquais, Mundkoch, Leibkutscher, Wagenmeister, Leibknecht am Fürstl. Hofe; Eigenthümer, welche über 12 bis 25 Rthlr. jährlich an Contribution und Proviantgelde entrichten; Gewerbetreibende, welche bisher 2 Rthlr. 8 Ggr. bis 4 Rthlr. jährlich an Gewerbesteuer bezahlt haben.

In die neunte Classe zu 2 Ggr. 1 Pf.: Packhaus- und Post-Comtoiristen; Thor-Einnehmer und Controleurs; Steuer-Aufseher; Postschaffner und Wagenmeister; Bau-Aufseher; Amtsuntervoigte; Polizeidiener; Gefangenwärter; Executoren; gehende Förster 2ter Classe; Dpferleute und Schullehrer in den Städten; Chirurgen 3ter Classe; Laquais und Stallbediente am Fürstl. Hofe; Eigenthümer, welche über 6 bis 12 Rthlr. jährlich an Contribution und Proviantgelde bezahlen; Gewerbetreibende, die bisher 1 Rthlr. 8 Ggr. bis 2 Rthlr. 8 Ggr. an Gewerbesteuer bezahlt haben.

In die zehnte Classe zu 1 Ggr. 7 Pf.: alle übrige, der Personalsteuer unterworfenen Personen, welche entweder in den vorstehenden Classen nicht ausdrücklich be-

nannt sind, oder auch ihren Verhältnissen und der Analogie nach, in dieselben nicht einzureihen stehen.

§. 3.

Der in dem vorstehenden Paragraphen bezeichnete Steuerbetrag soll von den sämmtlichen, in den Braunschweigischen Landen wohnenden Personen, deren Frauen und Kindern, insofern letztere das 16te Jahr bereits vollendet haben, entrichtet werden, jedoch dergestalt, daß in Einer Familie auf das Höchste nur der Steuerfuß für drei Mitglieder derselben bezahlt wird, die übrigen Kinder aber, wenn sie gleich das 16te Jahr überschritten haben, und von den Eltern noch unterhalten werden, dennoch frei sind.

Kinder werden, so lange sie nicht einen eigenen Stand ergriffen oder eigene Wirthschaft angefangen haben, oder zu den Personen gehören, von welchen im §. 4. verordnet ist, in der Rolle ihrer Eltern mitgeführt, sie mögen bei denselben wohnen, oder sich temporair anderwärts im Lande, sei es auf Schulen oder Gymnasien, oder sonst aus irgend einer Ursache aufhalten.

Brüder und Schwestern oder andere Verwandte, oder sonst in der Familie des Hausherrn sich aufhaltende Personen werden nicht mit zu der Zahl der oben bezeichneten drei Familien-Mitglieder gerechnet, sondern nach ihrem eigenen persönlichen Verhältnisse besteuert.

Fremde, welche über 16 Jahre alt sind, werden zur Personalsteuer angezogen, wenn sie sich sechs Monate hintereinander in den Braunschweigischen Landen aufgehalten haben, dergestalt, daß ihre Besteuerung mit dem siebenten Monate ihres Aufenthalts anfängt.

§. 4.

Das Gesinde, sowohl männlichen als weiblichen Geschlechts, wenn dasselbe das 16te Jahr überschritten hat, bezahlt;

- 1) wenn es bei einer Herrschaft aus der 1^{sten} und 2^{ten} Klasse dient, monatlich 4 Egr. 3 Pf.
- 2) bei einer Herrschaft aus der 3^{ten}, 4^{ten}, 5^{ten} und 6^{ten} Klasse, monatlich . . . 3 " 1 "
- 3) bei einer Herrschaft aus der 7^{ten} und 8^{ten} Klasse, monatlich . . . 2 " 1 "
- 4) bei einer Herrschaft aus der 9^{ten} und 10^{ten} Klasse, monatlich . . . 1 " 7 "

Hauslehrer und Hauslehrerinnen, Privatsecrtaire und Deconomieverwalter bezahlen ein Drittheil der Steuer, welche der Hausherr, bei dem sie sich befinden, für seine Person entrichtet, in keinem Falle aber weniger als die Steuer der 10^{ten} Klasse beträgt.

Das Wirthschaftsgefinde, wenn dessen hauptsächlichste und beständige Beschäftigung im Landbaue besteht und es im Dienste des Hausherrn gegen ein gewisses jährliches Lohn, es sei am Gelde oder an Naturalien, steht, bezahlt, ohne Rücksicht auf die Klasse, in welcher der Hausherr steuert, nur monatlich 1 Egr. 7 Pf.; eine gleiche Steuer erlegen die Kinder, welche bei ihren Eltern als Wirthschaftsgefinde dienen, und werden diese alsdann unter der obenerwähnten Berechnung der drei Familienglieder nicht mitbegriffen.

Die bei den Handwerkern und Fabrikanten arbeitenden Gesellen und Lehrlinge bezahlen ohne Unterschied den Satz der letzten Klasse.

Die sämmtlichen in diesem Paragraphen benannten Personen haben die Steuer selbst aus eigenen Mitteln zu bezahlen; jedoch ist der Haus- oder Lehrherr für deren wirkliche Abtragung verantwortlich.

§. 5.

Die Personalsteuer wird jederzeit an dem Wohnorte des Steuerpflichtigen angesetzt und erhoben. Diejenigen, welche in Hinsicht ihrer Titel, Besitzungen oder Gewerbe

sich zum Ansätze in verschiedene Classen eignen, werden in die höchste der den obgedachten Beziehungen angemessenen Classen gesetzt. Wenn mehrere Personen, deren Besteuerung nach dem Betrage der Grundsteuer angelegt wird, Ein Grundstück, z. B. ein Landgut, gemeinschaftlich besitzen, so sind dieselben, nach Maaßgabe ihres Antheils an demselben und an der davon zu bezahlenden Grundsteuer, anzuziehen.

Personen, welche bloß von Renten leben und in Ermangelung einer anderweiten passenden Grundlage nur als Capitalisten besteuert werden können, sind nach Maaßgabe ihrer Einkünfte und nach pflichtmäßiger Prüfung und Erwägung der Localbehörde in eine angemessene Classe zu setzen.

§. 6.

Diejenigen Officianten und andere Personen, welche in der in dem §. 2. enthaltenen Classification nicht ausdrücklich benannt sind, sollen nach Analogie der mit ihnen in ähnlichen Verhältnissen stehenden, in jener Classification erwähnten Personen in diejenige Classe gesetzt werden, welche ihrem Range, Stande oder sonstigen Qualität am angemessensten ist.

§. 7.

Die Pächter werden hinsichtlich ihrer Pacht mit der Hälfte derjenigen Steuer angelegt, welche sie bezahlen müßten, wenn sie Eigenthümer des gepachteten Grundstückes wären; die Pächter herrschaftlicher Domainen bleiben in derselben Steuerklasse stehen, in welcher sie bisher gestanden haben.

§. 8.

Von der Personalsteuer sind befreiet:

- 1) sämtliche Militairpersonen eines jeden Ranges und Grades, wenn sie sich im Felde außerhalb Landes befinden, jedoch nur für sich und nicht für ihre zurück-

- gebliebenen Frauen und Kinder, hinsichtlich welcher es nach den folgenden Bestimmungen geht;
- 2) im Friedenszustande sämtliche zu den zum Felddienste bestimmten Truppenabtheilungen gehörige Militairpersonen nebst deren Frauen und Kindern bis zum Grade eines Lieutenants einschließlich; die höhern Officiers, oder mit ihnen im gleichen Range stehenden Militair-Officianten werden vom Capitain einschließlich an, nach Maaßgabe der im §. 2. enthaltenen Bestimmungen, für sich, ihre Frauen und Kinder zu der Personalsteuer angezogen.

Militairpersonen und Officianten, welche nicht bei den zum Felddienste bestimmten Truppenabtheilungen eingestellt sind, so wie auch die Domestiken der nach dem Vorstehenden erimirt Militairpersonen, sind nicht von der Steuer befreiet, sondern werden, ihrem Verhältnisse gemäß, zu derselben angezogen.

Die bei der Reserve oder auf Wartegeld stehenden Officiers und Unterofficiers sind gleichfalls bis zum Lieutenant einschließlich, für sich und ihre Frauen und Kinder von der Personalsteuer befreiet; die auf Wartegeld stehenden Officiere eines höheren Grades bezahlen bis dahin, daß sie in die Reserve oder das Feldcorps einrücken, die Hälfte des für ihren Rang bestimmten Steuersatzes sowohl für sich, als für ihre Frauen und Kinder; ihr Gesinde aber wird zu dem vollen verordnungsmäßigen Satz besteuert.

- 3) die in Pension gesetzten Unterofficiers und Soldaten, für sich und ihre Frauen und Kinder;
- 4) die Wittwen der Unterofficiers und Soldaten, die im wirklichen Dienste verstorben sind;
- 5) die herrschaftlichen Berg-, Hütten- und Waldarbeiter, jedoch nur von dem untersten Grade, nicht aber auch

- die bei dem Berg-, Hütten- und Forstwesen angestellten Officianten; für sich, ihre Frauen und Kinder;
- 6) die Ausländer, welche auf den einländischen Lehranstalten studiren;
 - 7) die anerkannten Geschäftsträger und Agenten fremder Regierungen, wozu insbesondere auch die auswärtigen Mitglieder des gemeinschaftlichen Ober-Appellationsgerichts zu rechnen, für sich, ihre Frauen, Kinder und Domestiken;
 - 8) die bei den Ortsarmenanstalten wirklich zu einer bleibenden Unterstüzung eingezeichneten Armen, so lange sie solche Unterstüzung genießen; desgleichen diejenigen Personen, welche in Armenhäusern, Hospitälern und sonstigen Wohlthätigkeitsanstalten unterhalten werden.

§. 9.

Alle aus einer öffentlichen Casse pensionirte Personen, sowohl vom Civil- als Militairstande, bezahlen, insofern die Pension ihr einziges Unterhaltsmittel ausmacht, nur die Hälfte des Steuersatzes derjenigen Classe, zu welcher sie sonst, ihrem Verhältnisse nach, gehören, für sich, ihre Frauen und Kinder. Dieselbe Begünstigung findet für Wittwen, wenn sie auch keine Pension beziehen, Statt, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß sie weder Gesellen noch Lehrburschen, noch männliche Domestiken, und nicht mehr als etwa einen weiblichen Dienstboten halten.

§. 10.

Außer den in den beiden zunächst vorstehenden Paragraphen enthaltenen Befreiungen und Ermäßigungen findet überall keine Exemption von der Personalsteuer Statt, sondern es sind alle übrige Landeseinwohner ohne Ausnahme in den Classen, zu welchen sie nach den obigen Bestimmungen gehören, zu der Steuer anzuziehen.

§. 11.

Die bestehenden Steuerrollen sollen da, wo es erforderlich ist, nach Maafgabe dieser Verordnung, von den Localbehörden, und zwar in den Städten unter Communication mit den Stadtdeputirten, auf dem Lande aber mit Berücksichtigung der Contributionsanlagen, rectificirt und danach die Erhebung fernerweit in der bisherigen Art besorgt werden.

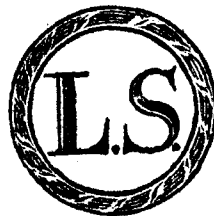
Auf gleiche Weise sind auch die etwanigen Reclamationen derjenigen, welche sich durch die Ansätze beschwert halten möchten, sorgfältig zu prüfen und, wenn selbige begründet erscheinen sollten, zum erforderlichen Absatze zu befördern.

§. 12.

Sämmtliche Behörden und Landes-Einwohner haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheimen-Sanzlei-Siegels.

Herrnhäusen, den 29ten October 1821.



George. R.

E. Graf von Münster.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 12.

D. D. Braunschweig, den 23sten November 1821.

(12.) Verordnung die Landes-Schulden betreffend. D. D. Herrnhäusen, den 29sten October 1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

Nachdem mit den versammelten Ständen des Herzogthums Braunschweig über den wichtigen Gegenstand der Landeschulden, deren künftigen Verzinsung und allmählichen Rückzahlung Berathung gepflogen, und dieselbe, nach sorgfältiger Prüfung der Sache und der dabei in Betrachtung kommenden Kräfte des Landes sowohl, als der billigen Erwartungen derer, welche den Landes-Cassen Capitalien vorgeliehen haben, dergestalt zum gemeinsamen Schlusse gediehen, daß dadurch dasjenige, was die Landes-Casse mit Bestimmtheit leisten kann, mit dem Interesse der Gläubiger derselben thunlichst zu vereinigen erreicht worden,

so verordnen Wir, nach erfolgter Zustimmung der gesammten Landstände, hierdurch folgendes:

§. 1.

Die Verwaltung der Landesschuld, so wie deren Verzinsung und allmähliche Abtragung aus der Landessteuer-Casse, gehört zum Ressort des Landessteuer-Collegii, in Gemäßheit der Verordnung über dessen Geschäftskreis, und sollen demselben die diesen Gegenstand angehenden Acten und Nachrichten von der betreffenden Behörde ausgeliefert werden.

§. 2.

Zu den Landesschulden gehören die gesammten Schulden der anjezt vereinigten Landschaften des Herzogthums, nämlich der Wolfenbüttelschen und der Blankenburgschen, selbige mögen vor oder während der Französischen Occupation vom Jahre 1806 bis zum Eintritte der Westfälischen Usurpation aufgenommen sein, mithin auch die der Blankenburgschen Landes-Credit und Hülf-Casse, vorbehaltlich der wegen des von Fürstl. Cammer zu übernehmenden Antheils an letzterer getroffenen besondern Uebereinkunft.

§. 3.

Alle während der Westfälischen Herrschaft und bis zum 1^{ten} November 1813 gemachten Schulden und Rückstände Westfälischer Behörden, gehören nicht zur anerkannten hiesigen Landesschuld.

§. 4.

Da die im Jahre 1806 auf Grundstücke, Besoldungen, Pensionen und Pachtungen ausgeschriebene Vorschußsteuer als eine außerordentliche Kriegsteuer zu betrachten ist, so soll dieselbe auch als eine Landesschuld ferner nicht, sondern als erledigt angesehen werden und eine Liquidation derselben ebenso wenig, als eine Rückzahlung Statt finden.

§. 5.

Auch wegen der erlittenen Kriegsschäden, welchen alle

Bewohner des Herzogthums mehr oder minder unterworfen gewesen, soll eben deshalb, und weil die Kosten einer Liquidation und Ausgleichung derselben den geringen Nutzen, welcher hie und da vielleicht für einzelne daraus entstehen könnte, weit übersteigen würden, kein Verfahren Statt finden, vielmehr auch dieser Punct, insoweit von einer Vergütung aus einer Landes-Casse die Rede ist, als völlig erledigt angenommen werden.

§. 6.

So wie die Verzinsung der hienach verbleibenden und §. 2. der gegenwärtigen Verordnung näher bezeichneten Landesschulden aus der Landessteuer-Casse erfolgt, so sollen auch die nach Bestreitung der selbiger Casse obliegenden Ausgaben verbleibenden Ueberschüsse zur Abtragung der Landesschuld verwandt werden.

§. 7.

Das Steuer-Collegium hat demnach, sobald sich eine angemessene Summe an überschüssigen Geldern in der Steuer-Casse vorfindet, von welcher, daß sie zu den laufenden Bedürfnissen des Jahres nicht erforderlich, mit Sicherheit anzunehmen ist, sonst aber mit dem Schlusse jedes Jahres von der zur Abtragung der Landesschuld disponiblen Summe an das Fürstl. Geheime-Raths-Collegium Bericht zu erstatten, und auf erhaltene Genehmigung mit deren Verwendung zu obigem Zwecke nach folgenden Vorschriften zu verfahren.

§. 8.

Die Bestimmung, welche Capitalien jedesmal zur Zurückzahlung kommen, soll durch das Loos entschieden werden.

Zu dem Behuf soll in dem Verzeichnisse der gesammten Landesschuld ein jedes Capital nach der Reihenfolge, wie solche darin verzeichnet stehen, eine fortlaufende Nummer erhalten; solche Nummern sollen ohne Unterschied, ih-

rer Reihenfolge nach, auf einzelne Zettel übertragen, und sämtliche solche Zettel in ein Gefäß gethan, umgerüttelt, und daraus so viele Nummern gezogen werden, bis deren Capital-Betrag die Summe des zur Abzahlung disponiblen Fonds erreicht. Würde aber ein solchergestalt durch Verloosung zur Rückzahlung bestimmtes Capital von dem dazu bereiten Vorrathe nicht gänzlich abgetragen werden können, so wird der Betrag der zurückgezahlten Summe auf der Obligation abgeschrieben und mit der Rückzahlung des solchergestalt bleibenden Restes im nächsten Rückzahlungs-Termine der Anfang gemacht, dergestalt, daß, ehe das betreffende Capital nicht vollständig abgetragen worden, ein anderes nicht zur Rückzahlung kommen könne.

Diejenigen Capitale, welche solchergestalt zur Rückzahlung kommen, werden nach geschehener Verloosung durch die Braunschweigschen Anzeigen bekannt gemacht, und zugleich deren Inhaber aufgefordert, am Verfalltage der Obligation Capital und Zinsen in Empfang zu nehmen. Diejenigen Capitale, welche sodann nicht abgefordert werden sollten, fallen aus der Verzinsung und bleiben für den Inhaber der Obligation in der Steuer-Casse deponirt.

Am Schlusse jedes Rechnungsjahrs hat das Steuer-Collegium eine Uebersicht der im Laufe des Jahres zurückgezahlten Capitalien durch die Braunschweigschen Anzeigen bekannt zu machen.

Diese Verloosung geschieht vor dem versammelten Steuer-Collegio.

§. 9.

Von der Verloosung bleiben nur diejenigen Capitale ausgeschlossen, welche auf ewige Zeiten unablässlich belegt sind, so wie die Cautions-Capitale; dagegen aber werden letztere, wenn die Verbindlichkeit, für welche sie haften, aufgelöst ist, sofort zurückgezahlt.

§. 10.

Außer diesen Fällen findet eine Rückzahlung der Landesschuld nicht anders, als nach der durch die vorstehend verordnete Verloosung bestimmten Reihenfolge, Statt. Damit indessen diejenigen Gläubiger, welche früher nach ihrem Gutfinden ihre Capitalien zurücknehmen konnten, dafür, daß die Lage der Sache noch nicht gestattet, diese Befugniß für jetzt wieder herzustellen, einigermassen entschädigt werden, sollen alle diejenigen Capitalien, in Ansehung deren eine freiwillige Kündigung Statt fand, insofern sie zu einer geringern Verzinsung, als Drei vom Hundert belegt waren, künftig bis zu ihrer nach Vorstehendem erfolgenden Rückzahlung mit drei pro Cent verzinst werden.

§. 11.

Diese Verzinsung soll, ohne daß es einer weitem Ausfertigung deshalb oder Abänderung der Obligationen bedarf, kraft gegenwärtiger Verordnung, erfolgen, und mit demjenigen Tage für eine jede derselben ihren Anfang nehmen, an welchem die Zinsen einer jeden im bevorstehenden Jahre 1822 fällig sind, mithin an selbigem Tage die Zinsen für die verflossene Zeit noch nach dem bisherigen Zinsfuße berichtigt werden, von da an aber der hiedurch bestimmte Zinsfuß zu drei pro Cent eintreten; und dieses bei der zum Behuf der Erhebung der Zinsen ohnehin erforderlichen Vorzeigung der Original-Verschreibung auf derselben bemerkt werden.

§. 12.

Die Capitalien aber, welche zu einem höhern Zinsfuße als drei vom Hundert belegt sind, werden, nach wie vor, bis zur Rückzahlung nach demjenigen Fuße verzinst, welcher in den Verschreibungen festgesetzt worden; eben so soll es auch, wenigstens für jetzt, in Ansehung der Capitale gehalten werden, welche die Landes-Casse dem Leih-

haufe schuldet, auch wenn der ursprüngliche Zinsfuß geringer als drei pro Cent verabrebet wäre.

§. 13.

Zu andern Zinsen, als solchen, welche in den Verschreibungen versprochen, oder durch gegenwärtige Verordnung bestimmt worden, ist die Landessteuer-Casse nicht verpflichtet, und da schon die gemeinen Rechte verordnen, daß die Cassen des Staates, wegen ihrer eigenthümlichen Verbindlichkeiten als solche, zu Verzugszinsen nicht verbunden sind, so wollen Wir hiedurch zum Ueberflusse an noch diese Bestimmung der gemeinen Rechte dahin erklären, daß die öffentlichen Landes-Cassen, und besonders die Landessteuer-Casse, zu einer Verzinsung solcher Forderungen, welche, der eingetretenen Umstände halber nicht sofort, sondern erst successiv haben berichtigt werden können, oder noch zur Berichtigung liquidiret und anerkannt werden mögten, wenn dafür ursprünglich keine Zinsen versprochen worden, nicht verbunden sei, und wenn solcherhalb Verzugszinsen gefordert werden mögten, darauf weder von den verwaltenden Behörden eingegangen, noch von den richterlichen erkannt werden solle.

§. 14.

Bei jeder Zinserhebung ist die Original-Verschreibung, oder das an deren Stelle tretende Document bei der Steuer-Casse vorzuzeigen, und darauf, wie weit die Zinsen bezahlt worden, durch den Rendanten zu bemerken. Wenn zu dem Behuf Obligationen mit der Post an die Landessteuer-Casse eingesandt werden, so soll ihnen die Portofreiheit innerhalb der Grenzen des Herzogthums hiedurch verliehen sein, jedoch unter der Bedingung, daß selbige direct an die Steuer-Casse, oder von dieser an die Inhaber zurück, unter dem Siegel der Casse, adressirt seien, und auf dem Umschlage, daß hierin Landes-Obligationen enthalten, bemerkt worden, und hat die Landessteuer-Casse

darüber, daß diese Verwilligung nicht gemißbraucht werde, zu wachen, mithin, wenn unter ihrer Adresse Gegenstände eingingen, bei denen obige Portofreiheit gemißbraucht worden, davon sogleich der Postbehörde zur weitem Verfolgung gegen denjenigen, welcher solchergestalt unrechtfertig gehandelt, Anzeige zu machen.

§. 15.

Die dem Steuer-Collegio von dem anzustellenden Cassenpersonal zu bestellenden Cautionen sollen, soviel irrend thunlich, nicht in baarem Gelde, sondern durch liegende Gründe oder Papiere über Braunschweigische Cammer- oder Landschaftliche Schulden, bestellt werden. Sollte in einzelnen Fällen dieses nicht thunlich sein, sondern baares Geld angenommen werden müssen, so ist darüber ein Anerkennungsschein vom Steuer-Collegio auszufertigen, worin der Grund der Cautionsbestellung, mithin die Verbindlichkeit, wofür das eingezahlte Capital Sicherheit leistet, ausgedrückt ist, und eine Verzinsung mit drei pro Cent, aber nicht höher, versprochen werden kann.

Diese Anerkennungsscheine werden den übrigen Landesschuldverschreibungen in allem übrigen gleich geachtet, in Ansehung deren Rückzahlung aber nach Vorschrift des §. 9. der gegenwärtigen Verordnung verfahren.

§. 16.

Damit aber durch die solchergestalt baar eingehenden Cautions-Capitale der Gesammtbetrag der Landesschuld nicht vermehrt werde, so sind die auf diese Weise eingehenden Summen entweder sogleich zur Rückzahlung der Cautions, an deren Stelle die neu eingezahlte tritt, oder wenn dies in dem gegebenen Falle nicht thunlich ist, zu nichts anderm, als zur Verstärkung derjenigen Summe zu verwenden, welche nach §. 6. u. fg. der gegenwärtigen Verordnung zur Rückzahlung der übrigen Landesschulden bestimmt wird.

§. 17.

Sämmtliche Landes-Einwohner und Behörden, welche dieses angeht, namentlich das Landessteuer-Collegium, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Herrnhausen, den 29^{ten} October 1821.

(L. S.)

George. R.

E. Graf von Münster.

(13.) Verordnung, die Schulden Fürstlicher Cammer betreffend. D. D. Herrnhausen, den 29^{ten} October 1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

Da es erforderlich ist, daß, so wie über die eigentlichen Landesschulden des Herzogthums Braunschweig, auch über die Schulden der dasigen Fürstlichen Cammer nunmehr eine feste Bestimmung getroffen werde: so ist mit den versammelten Ständen des Herzogthums dieser Gegenstand gleichfalls in reifliche Erwägung gezogen und verordnen Wir, in Gefolge der deshalb Statt gefundenen Verhandlungen darüber, hiedurch Folgendes:

§. 1.

Die Verwaltung der Fürstl. Cammerschulden, so wie deren Verzinsung und allmähliche Abtragung aus den landesherrlichen Einkünften, gehört, vom 1^{ten} Januar 1822 an, zum Ressort des Fürstl. Cammer-Collegii, und sollen demselben die diesen Gegenstand betreffenden Acten und Nachrichten von der betreffenden Behörde ausgeliefert werden.

§. 2.

Zu den Fürstl. Cammerschulden gehören die gesammten Schulden, welche gegenwärtig auf den Domaniale-Gütern oder andern landesherrlichen Einkünften haften, welche

von der Fürstl. Cammer verwaltet werden, selbige mögen im Wolfenbüttelschen oder Blankenburgschen Antheile des Herzogthums gelegen, und die Verbriefungen darüber unter landesherrlicher Genehmigung bei der ehemaligen Cammer- oder Klostrathsstube zu Braunschweig, oder der Regierung oder Cammer zu Blankenburg früher ausgestellt oder verhandelt sein.

§. 3.

Das Landes-Grundgesetz vom 1^{ten} Mai 1794 wegen der Fürstl. Cammerschulden wird hiedurch, seinem ganzen Inhalte nach, so viel künftig etwa zu contrahirende Cammerschulden betrifft, mit folgenden, durch die gegenwärtige Lage der Sache erforderlich werdenden Abänderungen, von neuem bestätigt:

- 1) Dasjenige, was nach gedachtem Gesetze dem Finanz-Collegio oblag, wird künftig von der Fürstl. Cammer versehen, und an die Stelle der Contrasignatur des Chefs des Finanz-Collegii tritt die des auf den Chef der Fürstl. Cammer folgenden Mitgliedes derselben.
- 2) In die Stelle des Chefs der vormaligen Justiz-Canzlei tritt der Chef des Fürstl. Landesgerichts.
- 3) In die Stelle des Chefs eines oder des andern der genannten Collegien tritt in den in der Verordnung vom 1^{ten} Mai 1794 vorgesehenen Fällen das auf denselben nächstfolgende Mitglied, und geschieht dieses auch in dem Falle, wenn der Chef eines der gedachten Collegien ein Mitglied des engern landschaftlichen Ausschusses sein sollte.
- 4) Dasjenige, was nach selbiger Verordnung dem damaligen engern landschaftlichen Ausschusse oblag, bleibt auch auf den jetzigen engern Ausschuss der Landschaft anwendlich.
- 5) Alle die hienach und nach der Verordnung vom 1^{ten} Mai 1794 zur Contrasignatur der künftig auszustellenden

den Cammer-Schuldverschreibungen angewiesene Personen werden zur Aufrechthaltung der im vorgedachten Gesetze vorgeschriebenen und hiedurch bestätigten Einrichtung auf ihren geleisteten Dienstleid verwiesen; die in der Folge eintretenden aber sollen darauf, nach Anleitung der erwähnten Verordnung, besonders verpflichtet werden.

§. 4.

Zur allmählichen Rückzahlung der wenigen Capitale, welche die Fürstl. Cammer noch an solche Gläubiger schuldet, welche über ihr Vermögen willkürlich disponiren können, wird so viel die von Fürstl. Cammer zu bestreitenden übrigen Bedürfnisse zulassen, verwandt werden, und soll die Reihenfolge der zurückzuzahlenden Capitalien eben so, wie es in Ansehung der Landesschulden vorgeschrieben worden, bestimmt werden, nur daß die Verloosung vor dem Fürstl. Cammer-Collegio geschehen wird.

§. 5.

Die die Rückzahlung und einstweilige Verzinsung der zu geringern Zinsen als drei Procent belegten Capitale angehenden §. §. 8. bis 12. der heutigen Verordnung, die Landesschulden betreffend, sollen auch, ihrem ganzen Inhalte nach, auf das Schuldenwesen der Fürstl. Cammer angewendet werden; ebenmäßig ist auch der 13te §. selbiger Verordnung wegen der Verzugszinsen auf die Fürstl. Cammer-Casse in Ansehung solcher etwanigen Rückstände anwendlich, deren Berichtigung von ihr in ihrer Eigenschaft als einer Cassen der allgemeinen Staatsverwaltung, geschieht, und ihr daher die Rechte des Fiscus zustehen.

§. 6.

Ebenmäßig sind die Verfügungen, welche in dem §. 14. der obgedachten Verordnung über die Zinserhebung und Porzositfreiheit der deshalb einzufsendenden Obligationen enthalten sind, auch auf die Fürstl. Cammerschulden anwendlich.

§. 7.

Auch soll in Ansehung der bei Fürstl. Cammer zu bestellenden Cautionen, nach den Vorschriften der §. §. 15. und 16. selbiger Verordnung verfahren werden, und hat zu dem Ende die Fürstl. Cammer mit dem Schlusse jedes Jahrs eine Uebersicht der bei ihr eingegangenen baaren Cautionen, der davon zu berichtigenden Cautionen=Capitale und des daraus etwa sich ergebenden Ueberschusses der baaren Cautionsgelder gegen die davon zu berichtigenden Cautionen, an das Fürstl. Geheime=Raths-Collegium einzusenden, damit solcher Ueberschuß zur Rückzahlung anderer Cammerschulden ungesäumt verwandt werden könne.

§. 8.

Sämmtliche Landes=Einwohner und Behörden, welche dieses angeht, namentlich die Fürstl. Cammer, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheime=Canzlei=Siegels.

Herrnhäusen, den 29^{ten} October 1821.

(L. S.)

George. R.

E. Graf von Münster.

Verordnungs = Sammlung.

N^{ro}. 13.

D. D. Braunschweig, den 23^{ten} November 1821.

(14.) Verordnung, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betreffend. D. D. Herrnhäusen, den 29^{ten} October 1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Veters, Herrn Carl Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

Bei den bisherigen Verhandlungen mit den versammelten Landständen des Herzogthums ist es anerkannt worden, daß es sowohl den Grundsätzen einer guten Staatsverwaltung, als auch dem wohlverstandenen Interesse der einzelnen Landes=Einwohner angemessen sei, eine auf gleichen Grundsätzen beruhende Besteuerung nicht nur in sämmtlichen Landestheilen, aus welchen das Herzogthum gegenwärtig besteht, sondern auch unter den Bewohnern derselben dergestalt einzuführen, daß künftig die Beiträge, welche zur Bestreitung der dem gesammten Herzogthume obliegenden Lasten zu entrichten sind, von jedem Landes=Einwoh-

ner, mit Beseitigung aller bisher bestandenen Befreiungen oder Ausnahmen nach völlig gleichem Verhältnisse, geleistet werden. Wenn gleich nun das erstere, nämlich die Gleichstellung der Steuern vom Grundbesitze in den verschiedenen Landestheilen selbst, nicht augenblicklich zur Ausführung kommen können, indem dazu mannigfache Vorarbeiten erforderlich sind, welche erst mit der Zeit gründlich werden bewerkstelligt werden können, so ist doch die Ausführung des andern, nämlich die Gleichstellung in Ansehung der Steuern sämmtlicher Einwohner der verschiedenen Landestheile unter sich, schon anjetzt thunlich befunden. Es ist Uns angenehm gewesen, dabei unter den versammelten Ständen die Gesinnungen gegenseitiger Billigkeit wahrzunehmen, wodurch sie veranlaßt sind, von Seiten der bisher Privilegirten nicht auf die Beibehaltung oder Herstellung aller früher hergebrachten Gerechtsame zu bestehen und von Seiten der übrigen es anzuerkennen, daß eine Entschädigung für solche Befreiungen, welche einen Theil wohl erworbenen Eigenthums ausmachen, billig zugestanden werden müsse.

Nach der auf diese Grundsätze erfolgten Einstimmung gesammter Landschaft, verordnen Wir demnach hiedurch Folgendes:

§. 1.

Vom 1^{ten} Januar 1822 angerechnet, hören alle bisher und namentlich vor dem Jahre 1806 bestandenen Befreiungen von Steuern und öffentlichen Lasten gänzlich auf, und jeder Landes-Einwohner ist schuldig, dazu in demselben Verhältnisse beizutragen, in welchem die übrigen Bewohner des Herzogthums in demjenigen Landestheile, worin er sich aufhält, oder seine Grundbesitzungen gelegen sind, ihre Beiträge leisten.

§. 2.

Um diese Gleichstellung in Ansehung der Grundstücke

zu bewirken, hat das Landes-Steuer-Collegium sogleich nach seiner Eröffnung sich angelegen sein zu lassen, ein jedes bis jezt nicht contributionspflichtig gewesenes Grundstück nach dem Contributionsfuße, nach Maassgabe der Feldmark, in welcher selbiges gelegen, oder derjenigen, an welche es grenzt, zu classificiren, auch dabei die Contribution vom Viehe, nach Verhältniß der Weidenutzung und nach Anleitung desjenigen, was in Ansehung der übrigen Contribuablen bereits in Gemäßheit des landesherrlichen Ausschreibens vom 5^{ten} Junii 1784 geschehen, zu einem unveränderlichen Betrage (Certum) festzusetzen, dergestalt, daß dadurch die früher Befreiten in Ansehung dieser Abgabe mit den übrigen Grundeigenthümern im Lande völlig gleich gestellt werden. In denjenigen Landestheilen, wo der Contributionsfuß vom Jahre 1683 noch nicht eingeführt ist, ist der Ansaß zur Contribution nach denjenigen Grundsätzen zu beschaffen, welche für diese Abgabe daselbst eingeführt sind, und nach welchen dieselbe von den übrigen Grundbesitzern zu entrichten ist, dergestalt, daß die bislang Befreiten mit diesen nach völlig gleichen Grundsätzen behandelt werden.

§. 3.

Diejenigen von liegenden Gründen zu zahlenden Steuern, welche neben der Contribution anjetzt von den belasteten Landbesitzungen entrichtet werden, namentlich der Landschaft, Schaaffschaz, Zehntschaz und das Proviantgeld, sollen für die bisher befreiet gewesenen Grundstücke nach demselben Verhältnisse, in welchem, vom 1^{ten} Januar k. J. an, diese Steuern von den nicht Befreiten zu bezahlen sind, gleichfalls in Ansaß gebracht und von denselben entrichtet werden.

§. 4.

Da solchergestalt sämmtliche, den Grundstücken obliegende Steuern künftig nach demselben Fuße und Verhältnisse bezahlt werden, so sollen, vom 1^{ten} Januar k. J.

an, die bis jetzt von den Befreiten entrichtete Gremtensteuer, so wie auch der früher in gewissen Fällen hergebrachte Vertheilungsfuß nach Römernonaten von demselben Zeitpunkte an, gänzlich aufgehoben sein, und alles, was von den ländlichen Grundstücken zu steuern ist, auch künftig nach dem Contributionsfuße vertheilt und aufgebracht werden. Bis dahin aber, daß der künftige Contributions-Betrag jedes Grundstückes, in Gemäßheit der nachfolgenden Paragraphen, ausgemittelt und festgestellt worden, wird die bisher bezahlte Gremtensteuer, als Abschlag auf den Totalbetrag solcher Contribution, ganz in der bisherigen Art fortbezahlt und, nach der beendigten Ausmittlung des Contributions-Betrages, darüber schließlich gegen die §. 8. erwähnten Zinsen abgerechnet.

§. 5.

Zur Ausgleichung des hiedurch auf die rechtlich befreiet gewesenen Grundstücke fallenden größeren Beitrags zu den Landeslasten, als wozu sie früher verpflichtet waren, sollen deren Besitzer entschädigt, und die Differenz zwischen der gegenwärtig ihnen obliegenden Gremtensteuer, ihrem Gesamtbetrage nach und ohne Hinsicht auf die Objecte, wofür solche zu entrichten gewesen, und den §. 2. und 3. genannten Steuern, welche sie künftig zu entrichten haben, als der Betrag derjenigen jährlichen Summe angenommen werden, wofür denselben Entschädigung gebührt.

§. 6.

Die solchergestalt ausgemittelte Differenz soll nach dem Fuße von Vier Procent zu Capital gerechnet, über solches Capital den betreffenden Besitzern der lastbar gewordenen Grundstücke eine Verschreibung, unter der Benennung Steuer-Relutionschein, gegeben und das Capital, worüber diese Verschreibungen lauten, mit Vier Procent verzinsset, und daß dieses geschehen solle, in der Verschreibung zugesichert werden.

§. 7.

Der Betrag der jährlichen Differenz und des danach zu bestimmenden Steuer-Relutions-Capitals ist von dem Landes-Steuer-Collegio ohne Anstand auszumitteln und successiv an das Fürstliche Geheime-Raths-Collegium, bezeugt mit der zugelegten Berechnung, einzuberichten und darauf, wenn dagegen von diesem nichts zu erinnern gefunden, mithin die zugelegte Berechnung genehmigt worden, von dem Steuer-Collegio die vorgedachten Steuer-Relutionscheine unter dessen Siegel und Unterschrift sämmtlicher Mitglieder auszufertigen.

Dagegen sind, insofern die bisher bestandene Steuerfreiheit durch Belegung von Capitalien erworben worden, solche Capitale in den Verzeichnissen der Landeschulden zu streichen und als durch die gegenwärtig verordnete Ausgleichung getilgt zu betrachten.

§. 8.

Da die Uebernahme der gewöhnlichen Lasten auf die bisher befreieten Grundstücke mit dem 1^{ten} Januar 1822 anheben soll, so sollen auch die Zinsen der Steuer-Relutionscheine mit selbigem Tage zu laufen anfangen, und solches in der Verschreibung bemerkt werden.

§. 9.

Anspruch auf die Entschädigung durch Steuer-Relutionscheine haben, wie sich von selbst versteht, nur die Besitzer derjenigen Grundstücke, welchen bislang die Befreiung von den gewöhnlichen Abgaben Kraft der Landesgesetze zugestanden, nicht aber die Besitzer von Grundstücken, welche nur etwa durch eine Mangelhaftigkeit der Rollen, oder eine sonstige Veranlassung, mit der Herbeiziehung zu den gewöhnlichen Landeslasten bislang übersehen gewesen, aber eine Befreiung davon rechtlich nicht erlangt haben.

§. 10.

Die Steuer-Relutionscheine erhalten die Natur der übrigen Landesschulden, und werden in Ansehung der Verzinsung sowohl, als der Zurückzahlung, ganz nach den für diese bestimmten Grundsätzen behandelt.

§. 11.

Weil jedoch die bisherige Steuerfreiheit ein den Gütern anklebendes Recht war und mehrere dieser Güter in einer solchen Verbindung stehen, welche deren Eigenthümer in der freien Disposition darüber beschränken, so sollen auch die Steuer-Relutionscheine eben den Beschränkungen unterworfen sein, welchen die Disposition über die Güter selbst unterliegt.

§. 12.

Dem gemäß soll in den gedachten Verschreibungen jederzeit bemerkt werden, daß der Besizer nur unter der Zustimmung seines etwanigen Lehns- oder Erbenzins- oder Zinsherrn, seiner Agnaten und Mitbelehnten oder Fideicommiss-Erben, und der am 1^{ten} Januar 1822 schon berechtigt gewesenen Hypothetgläubiger über das Capital zu disponiren befugt sei.

§. 13.

Der Inhaber eines Steuer-Relutionscheins also, welcher darüber disponiren will, hat sich dabei zugleich darüber, daß er freier und uneingeschränkter Eigenthümer des Gutes sei, in Hinsicht dessen der Steuer-Relutionschein gegeben worden, und daß auf selbigem bis zum 1^{ten} Januar 1822 keine Hypotheken versichert gewesen, zu legitimiren, oder aber dazu die Einwilligung der im §. 12. erwähnten Berechtigten beizubringen, und haben besonders diejenigen, welchen etwa dergleichen Scheine zum Verkauf oder an Zahlungsstatt angeboten werden, darauf, daß solches geschehen, zu ihrer eigenen Sicherheit zu machen, indem sie, wenn sie, aus Mangel an gehöriger Vorsicht, in Schaden

oder Nachtheil gerathen würden, deshalb an die Landes-Steuer-Casse keine Ansprüche machen können, noch von selbiger Vertretung zu gewärtigen haben.

§. 14.

Wenn ein Steuer-Relutionschein zur Rückzahlung, in Gemäßheit des für die Landesschulden bestimmten Verfahrens, gelangt, so wird dessen Betrag dem Inhaber desselben baar ausbezahlt, sobald er die vorstehend bemerktlich gemachte Legitimation beschafft haben wird. Würde solche Legitimation nicht sofort beigebracht werden, so kann die Rückzahlung an den Inhaber nicht erfolgen. Weil aber die Zinsen der zur Rückzahlung stehenden Landesschuld der Landescasse ferner nicht zur Last fallen können, so soll von der Landes-Steuer-Casse die Bezahlung des Betrages solches Steuer-Relutionscheins an das competente Gericht geschehen, welchen dasselbe ins Depositum zu nehmen und über die Auszahlung an denjenigen, welcher dazu sich legitimiren wird, den Rechten gemäß, zu verfügen hat.

§. 15.

Zur Erhebung der jährlichen Zinsen bedarf es einer besondern Legitimation nicht, vielmehr sollen solche jedes Mal zur Verfallzeit an den Inhaber, welcher den Relutionschein vorzeigt, ausgezahlt, und daß solches geschehen, unter dem Scheine bemerkt werden, worauf sodann deshalb an die Casse keine weiteren Ansprüche unter dem Vorwande, als sei der Empfänger nicht legitimirt gewesen, oder sonst, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, gemacht werden dürfen.

§. 16.

Von der vorstehend verordneten Gleichstellung der öffentlichen Grundabgaben und desfalliger Entschädigung bleiben lediglich die Fürstl. Cammergüter, ferner die Grundbesitzungen der Kirchen, Pfarren, Pfarrwittwenhäuser und Schulen, insofern solche nicht gegenwärtig schon steuerpflichtig sind, oder in Zukunft als steuerpflichtig erworben werden, ausgeschlossen, und soll es in Ansehung derselben nach wie vor bei der bisherigen Steuerfreiheit sein Verbleiben behalten.

§. 17.

Alle übrigen vormals bestandenen Befreiungen von Steuern und Staatslasten hören sämmtlich ohne alle Entschädigung auf, so wie auch künftig, wenn etwa ein mehreres, als gegenwärtig, an Contribution oder sonstigen Grundabgaben aufzubringen nöthig werden sollte, deshalb die früher Befreiten eine weitere Entschädigung dafür nicht zu erwarten haben; vielmehr soll künftig und vom 1sten Januar 1822 an, der Grundsatz unveränderlich feststehen, daß jeder Einwohner des Herzogthums den allgemeinen Steuergesetzen, nach deren weiterem Inhalte, unterworfen sei, und außer den im vorigen §. erwähnten Befizungen weder von einzelnen Einwohnern noch von einer oder der andern Classe derselben ein Recht auf eine gänzliche oder theilweise Befreiung von den Steuern und Staatslasten in Anspruch genommen werden könne, welche verfassungsmäßig auf den Verbrauch, auf die Grundstücke und das sonstige Vermögen, so wie auf die Gewerbe, Personen, oder auf irgend eine andere Weise allgemein ausgeschrieben und reparirt werden.

§. 18.

Sämmtliche Landes-Einwohner, das Landes-Steuer-Collegium, so wie sämmtliche übrige Behörden, haben sich hiernach, so viel es Jeden betrifft, gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheim-Secretair-Siegels.

Herrnhäusen, den 29ten October 1821.

(L. S.)

George. R.

E. Graf von Münster.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro}. 14.

D. D. Braunschweig, den 30sten November 1821.

(15.) Verordnung, das Canton-Reglement betreffend.
D. D. Carlton-House, den 30sten Julius 1821.

Wir *GEORG* der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c. In vormundtschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Veters, Herrn Carl Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. 2c.

fügen hiemit zu wissen:

Um der durch die Deutsche Bundes-Acte vom 8ten Juni 1815 und durch den Beschluß der Deutschen Bundes-Versammlung vom 9ten April 1818 festgestellten Verbindlichkeit sämmtlicher Deutscher Bundes-Staaten zu einer gemeinschaftlichen Vertheidigung, sowol des ganzen Deutschen Vaterlandes, als auch eines jeden einzelnen Bundes-Staates gegen jeden äußern Angriff und zu einer demgemäß einzurichtenden gemeinsamen Militärverfassung genügend entsprechen zu können, ist es erforderlich geworden, über die Militärpflichtigkeit der Landeseinwohner und über die Art und Weise, wie mittelst derselben das von den Braunschweig-

schen Landen bundesmäßig zu unterhaltende Truppencontingent aufzustellen und zu ergänzen, bestimmte Vorschriften zu erlassen.

Wir haben daher, nach vorgängiger Berathung und Uebereinkunft mit den versammelten Landständen nachfolgendes Canton-Reglement erlassen und verordnen damit, wie folgt:

I. Capitel.

Allgemeine Militär-Pflichtigkeit, Bestimmung und Dauer derselben.

§. 1.

Ein jeder Einwohner des Braunschweigschen Landes ist verbunden, sich zur Vertheidigung des Vaterlandes und zur Einstellung und Dienstleistung bei den dazu bestimmten Truppen zu stellen, insofern das gegenwärtige Gesetz ihn dazu verpflichtet.

Kein Landeseinwohner kann weder das Bürgerrecht noch ein öffentliches Amt erlangen, noch zum Antritte der eigenen Bewirthschaftung eines Grundstückes gelassen werden, bis er durch Atteste der Obrigkeit seines Wohnortes oder der betreffenden Militärbehörden bescheinigt, daß er seiner Militärpflicht ein Genüge geleistet habe.

§. 2.

Als Landes-Einwohner wird ein jeder angesehen, welcher in den Braunschweigschen Landen geboren ist, und in denselben sich aufhält, oder, ohne auswärts einen festen Wohnsitz zu haben, abwesend ist, so wie ferner ein jeder, welcher, obschon im Auslande geboren, im Braunschweigschen seinen gesetzlichen Wohnsitz hat.

§. 3.

Damit jedoch keiner gehindert werde, eine bürgerliche

Beschäftigung, es sei dies nun der Ackerbau oder ein anderes Gewerbe, wodurch er sich nach erfüllter Militärpflicht seinen Lebensunterhalt zu erwerben gedenkt, vollständig zu erlernen, so wie auch, damit der einzustellende Soldat völlig ausgewachsen und zu allen Anstrengungen tüchtig sei, soll die Militärpflichtigkeit erst nach zurückgelegtem zwanzigsten Jahre in Wirksamkeit treten.

§. 4.

Die Militärpflicht dauert in der Regel fünf Jahre, und hört daher die Verbindlichkeit dazu mit dem vollendeten 25ten Jahre auf, es sei denn, daß der Militärpflichtige aus unten näher bestimmten Gründen, auf eine frühere Verabschiedung oder gänzliche Befreiung Ansprüche zu machen berechtigt wäre.

§. 5.

In Friedenszeiten ist Niemand vor dem vollendeten 20sten und nach zurückgelegtem 25ten Jahre zum Eintritt in den Militärdienst verbunden, doch soll in Kriegszeiten auch die Mannschaft des zurückgelegten 10ten Jahres insofern militärpflichtig sein, daß deren Verbindlichkeit erst dann eintritt, wenn die dinstpflichtige Mannschaft vom zurückgelegten 20sten bis zum vollendeten 25ten Jahre nicht zureichte. Sollte aber wider Erwarten auch die 19 jährige Mannschaft zur Erfüllung der Bundes-Verpflichtungen nicht ausreichen, so soll in solchem Nothfalle auch die 26 und 27 jährige und zuletzt die vorläufig Zurückgelegten der 19 jährigen Mannschaft angezogen werden können.

Sollten Beschlüsse der Bundestags-Versammlung die Nothwendigkeit herbeiführen, eine größere Anzahl von Mannschaft zu stellen, als selbst durch die Erschöpfung aller vorstehenden Classen gestellt werden kann, so würde in solchem Nothfalle nicht zu vermeiden sein, sodann auch diejenigen Landeseinwohner, deren Alter die Classen der gewöhnlichen Mi-

litärpflichtigkeit übersteigt, nach der Reihe ihres Alters, zu den Waffen zu rufen.

§. 6.

Das Recht, mit vollendetem 25ten Jahre verabschiedet zu werden, kann bloß in Friedenszeiten geltend gemacht werden, in Kriegszeiten aber findet keine bestimmte Dauer für den Dienst der noch nicht verabschiedeten Dienstpflichtigen Statt.

§. 7.

Sollte einer oder der andere sich freiwillig früher zum Dienst stellen, es sei nun, daß derselbe sich gänzlich der militärischen Laufbahn widmen und auf Beförderung dienen wollte, oder um dadurch eine frühere Verabschiedung zu erlangen, so soll solches insofern gestattet werden, als derselbe seiner körperlichen Beschaffenheit nach zur Dienstleistung schon wirklich fähig ist und ist dann die fünfjährige Verpflichtung von dem Tage seiner Einstellung anzurechnen.

§. 8.

Die Befreiung von der Militairpflichtigkeit oder Verabschiedung hebt nicht die Verbindlichkeit zum Landsturm auf, insofern dessen Aufgebot zur Vertheidigung des Vaterlandes erforderlich werden sollte.

II. Capitel.

Von dem Bestande der bewaffneten Macht.

§. 9.

Die bewaffnete Macht des Landes besteht aus:
dem activen Corps,
der Landwehr oder Reserve,
dem Reserve-Depot,
und fallen sämtliche Militairpflichtige, welche in das

active Corps nicht eingestellt werden, nach den hierüber festgestellten Bestimmungen in die Reserve oder das Reserve-Depot.

§. 10.

Die Stärke des activen Corps wird durch das jedesmalige Bedürfniß in Gemäßheit der Bundestags-Beschlüsse bestimmt.

§. 11.

Die Bestimmung des activen Corps ist einer Seits, beständig bereit zu sein, zur Vertheidigung des Vaterlandes ins Feld zu rücken, oder überhaupt denen, dem Lande, als deutschen Bundes-Staat, obliegenden Pflichten, Genüge zu leisten, anderer Seits aber in Friedenszeiten in polizeilicher Hinsicht zur innern Sicherheit zu dienen.

§. 12.

Es besteht aus:

- a. Freiwilligen und
- b. einem Theile der jungen Mannschaft von 21 bis 25 Jahren, beide eingeschlossen, welche nach den weiter unten erfolgenden Vorschriften hiezu bestimmt wird.

§. 13.

In Friedenszeiten behält das active Corps nur so viel Soldaten bei den Fahnen, als es der Dienst nothwendig macht, und beurlaubt die übrigen in ihre Heimath, wo sie, wenn die Umstände nicht die frühere Einberufung des einen oder des andern zum Dienst erfordern, bis zum Anfange der Exercierzeit im nächsten Jahre verbleiben, dann aber wieder zum Dienst eingezogen und andere dafür in gleicher Art beurlaubt werden.

§. 14.

Es soll in der Regel alle Jahre einmal auf die gewöhnliche Exercierzeit von 4 Wochen zusammen gezogen werden, um dasselbe in den größern militärischen Bewe-

gungen zu üben und es solchergestalt möglichst seinem Hauptzwecke entsprechend zu machen.

§. 15.

Hat ein Unterofficier oder Soldat ohne großen Urlaub funfzehn Jahre fortdauernd bei den Fahnen freiwillig gedient, so soll er, sobald er bei fernerer Dienstleistung aus irgend einer Ursache für dienstunfähig erklärt und daher seine Verabschiedung nothwendig wird, Anspruch auf eine seinen Kräften angemessene Versorgung oder Pension zu machen berechtigt sein.

§. 16.

Die Landwehr oder Reserve ist bestimmt, bei eintretendem Marsche des activen Corps die von demselben zur innern Sicherheit geleisteten Dienste zu verrichten, so wie dasselbe zu dem Bundesbeschlußmäßigen Dienste complet zu erhalten und im Falle der Noth mit demselben ins Feld zu rücken.

§. 17.

Die Reserve wird aufgestellt, aus der bei der Aushebung übrig gebliebenen dienstpflchtigen Mannschaft nach den weiter unten erwähnten Loosungslisten. Ihre Stärke und Einrichtung soll in Gemäßheit der zu erwartenden Bundes-Beschlüsse sogleich, nachdem solche erschienen, bestimmt werden.

Die Bewaffnung derselben geschieht vom Staate.

§. 18.

Die Reserve erhält in der Regel, außer den nöthigen Officieren, Unterofficieren und Spielleuten, keinen Sold, wird sie aber zum Dienste zusammen gezogen, so soll sie, gleich der Mannschaft des activen Corps, Sold, Bekleidung und Beköstigung erhalten.

§. 19.

Das Reserve- oder Landwehr-Depot besteht aus der in das active Corps und die Reserve nicht berufenen Mannschaft.

III. Capitel.

Von den Befreiungen von der Militärpflichtigkeit.

§. 20.

Die Gründe zur gänzlichen Befreiung von der Militärpflichtigkeit können nur aus dem körperlichen Unvermögen des Cantonisten zum Dienst, oder dem erweislich dadurch erwachsenden Vortheil für den Staatsdienst, so wie für die Cultur und Industrie des Landes entspringen.

§. 21.

In dieser Hinsicht sollen folgende Gründe zu derselben berechtigen:

- A. Körperliches Unvermögen.
- B. Wirklicher Besitz eines Grundeigenthums oder Betreibung eines Gewerbes.
- C. Die Erlangung eines öffentlichen Amtes.

§. 22.

Das Verfahren zur Prüfung des körperlichen Unvermögens wird unten näher bestimmt.

§. 23.

Aus dem mit B. bezeichneten Grunde werden Folgende befreiet:

- a. Inhaber von Fabriken, Manufacturen, Apotheken und größeren Gastwirthschaften;
- b. Inhaber von Handlungen, deren Anwesenheit für den Unterhalt der Familie nothwendig erachtet wird;
- c. Besitzer von Landgütern, insofern sie ein solches selbst bewirthschaften;
- d. Besitzer von Ackerländerei aller Art, wenn sie nicht unter 30 Morgen besitzen und solche mit eigenem Spannumwerk cultiviren.

§. 24.

Die gänzliche Befreiung soll ferner aus besonderer Rücksicht noch auf folgende Fälle ausgedehnt werden:

- e. auf einen erwachsenen Sohn der unter a, b, c und d begriffenen Classen, insofern solcher vaterlos, oder der Vater älter als 60 Jahre oder sonst zu gebrechlich ist, um der Wirthschaft selbst vorstehen zu können;
- f. einen jeden allein übrig bleibenden Sohn einer Familie, die zwei Söhne im Dienste verloren hat;
- g. jeden Sohn einer Familie, die drei Söhne im Dienste verloren hat.

§. 25.

Wegen der unter C. bezeichneten öffentlichen Aemter sind zur gänzlichen Befreiung berechtigt:

- 1) alle ordinirte Geistliche und alle bei öffentlichen Lehranstalten zum Unterrichte angestellte Personen, einschließlich der Dpferleute und Schullehrer auf dem Lande;
- 2) die außerdem im activen Staatsdienste stehenden Officianten, welche ihren Verhältnissen nach zum Militärdienste nicht herbeigezogen werden können. Dahin sind zu rechnen:
 - a. alle stimmfähige Mitglieder der sämtlichen Justiz- und Verwaltungs-Collegien, so wie die bei denselben angestellten Secretarien und Subalternen, bis zu den Registratoren und Revisoren einschließlich;
 - b. alle bei öffentlichen Cassen und dem Leihhause angestellte Bedienten, bis zu den beeidigten Cassenschreibern einschließlich;
 - c. die wirklichen Mitglieder der Stadt- und Kreisgerichte, deren Secretarien und Actuaren, auch die höheren Polizei-Officianten in den Städten, bis zu den Registratoren und Revisoren einschließ-

lich; aus besonderer Rücksicht auch die Amtsvoigte;

- d. die Steuerofficianten bis zu den Districtsinspectoren einschließlich;
- e. alle Hof-, Forst-, Post-, Bau-, Berg- und Hütten-Bedienten, auch sonstige Officianten, deren Verhältnisse den vorigen gleich zu achten sind, insbesondere daher auch die Land-Physici und Land-Chirurgen. Außerdem aber auch noch die Flößmeister, Obersteiger und Steiger, Bergmeister, Markscheider, Hütten-Controleure, Obergeschworne und Geschworne; Buchhalter, Waagemeister und Accis-schreiber auf dem Pachtose;
- f. die den Mitgliedern des Fürstlichen Hauses persönlich aufwartenden, oder zu deren Haushalt gehörigen Personen, als über welche jedesmal besonders zu berichten und Entscheidung einzuholen ist.

Sollte ein Zweifel über die Dienstpflichtigkeit einer nicht speciell erwähnten Classe von Staatsdienern entstehen, so hat Fürstl. Geheime-Raths-Collegium darüber zu entscheiden.

§. 26.

Keine gänzliche Befreiung von der Militärpflichtigkeit, jedoch das Recht, nur mit der 6ten Classe (§. 57.) aufgerufen zu werden, erhalten:

- a. die Arbeiter in Fabriken, Manufacturen, Salz-, Kohlen-, Berg- und Hüttenwerken, imgleichen in Glashütten, welche eine gewisse Kunstkenntniß bereits erlangt, zwei Jahre in solchen gearbeitet haben und durch andere nicht sofort ersetzt werden können, auch zum Betriebe der Fabrikwerke unentbehrlich sind;
- b. Vorsteher größerer Handlungen, Fabrik- und Manufactur-Officianten, Verwalter größerer Güter und

ähnliche Stellvertreter der Eigenthümer für so lange, als sie in diesem Verhältnisse innerhalb des Landes sich befinden, insofern deren Besitzer im Staatsdienste steht, oder durch physisches Unvermögen an der Selbstverwaltung verhindert wird;

- c. ein erwachsener Sohn, wenn die Eltern, oder der Vater, oder die Mutter, oder die Großeltern, vermöge ihres Alters über 50 Jahre, oder sonst Gebrechlichkeits halber, sich ihren Unterhalt nicht selbst zu verschaffen im Stande sind und daher des Sohnes zu ihrer Unterstützung unumgänglich bedürfen.

Nach der Lage des letztern muß diese Unterstützung nicht nur glaubhaft erscheinen, sondern auch, daß sie vollständig geschehe, nachgewiesen werden; daher denn die Unterstützung, welche etwa ein Dienstknecht zu leisten im Stande wäre, nicht für genügend zu achten ist;

- d. der älteste Bruder vater- und mutterloser Kinder unter 18 Jahren, deren jedoch wenigstens zwei sein müssen, insofern derselbe zu ihrem Unterhalte unentbehrlich ist. Dasselbe soll für den zweiten und die folgenden Brüder Statt finden, wenn der ältere Bruder Gebrechlichkeits halber ihnen nicht diesen Unterhalt verschaffen könnte, oder wenigstens zwei eigene Kinder hätte.

§. 27.

Es sollen ferner nur, wie vorstehende, aufgerufen werden können: alle diejenigen jungen Leute, welche sich den höhern Wissenschaften auf Gymnasien und Akademien widmen, insofern solche glaubhafte Zeugnisse über eine vortheilhafte Anwendung ihrer Zeit beibringen, wozu an seinem Orte die Vorschriften erfolgen sollen. Es hat jedoch ein jeder solchergestalt Befreite, nach Verlauf des 22^{ten} Lebensjahres, genügende Atteste beizubringen, daß er sein Studium mit Nutzen betrieben, dergestalt, daß er sich da-

von demnächst zu ernähren im Stande sein werde; widrigenfalls derselbe sofort in das active Corps eintreten und drei Jahre fortdauernd ohne großen Urlaub bei demselben dienen muß.

§. 28.

Mit dem Aufhören eines der vorstehenden Befreiungsgründe hört jedoch die dadurch erlangte Befreiung auch auf, und der Befreitgewesene tritt in das Verhältniß der Pflichtigkeit zurück, in welches er, vermöge seines Alters, nach den gegebenen Bestimmungen gehört. Der bei der ersten Loosung Zurückgesetzte muß daher in dem Falle, daß ein Aufruf der Classe erfolgt, in welche derselbe mit dem zunehmenden Alter fortgerückt ist, die Fortdauer der Befreiungsgründe bescheinigen, als worauf die Behörden besonders zu achten haben.

IV. Capitel.

Von der Anlegung der Canton = Rollen.

§. 29.

Damit eine genaue Uebersicht der militärpflichtigen Mannschaft des Landes Statt finden könne, soll ein jedes Stadt- und Kreisgericht von einem jeden zu demselben gehörenden resp. District oder Gemeinde eine Canton = Rolle anlegen, in welcher sämmtliche, in demselben ansässige und wohnhafte Familien, nebst deren männlichen Descendenz, genau verzeichnet sind, wie solches das beiliegende Schema A. besagt.

§. 30.

Die zur Führung der Geburts- und Sterberegister in den verschiedenen Gemeinden verpflichteten Officianten sollen jedes Jahr vor Ablauf des Monats Januar ihrem resp. Stadt- oder Kreisgerichte einen Auszug aus den Kir-

chenbüchern ihrer Gemeinden einsenden, in welchem die seit dem 1^{ten} Januar bis Ende Decembers des vorigen Jahrs Statt gefundenen männlichen Geburten und Sterbefälle namentlich, nebst dem Geburts- und Sterbetage, verzeichnet sind.

§. 31.

Zu gleicher Zeit müssen die Bürgermeister und Ortsvorsteher, und in den Städten, wo eigene Polizei-Behörden vorhanden sind, diese, ein Verzeichniß aller, in dem verflossenen Jahre seit der letzten Stellung in ihrer Gemeinde vorgefallenen Veränderungen in den Verhältnissen der Militärpflichtigen dem Stadt- oder Kreisgerichte einreichen.

§. 32.

Nach diesen Listen werden die Gerichte sodann die Canton-Rollen rectificiren, die Gestorbenen ausstreichen, die Gebornen hinzufügen und die sonst eingetretenen Veränderungen nachtragen.

§. 33.

Die Gerichte werden aus der solchergestalt rectificirten Canton-Rolle vorläufig alphabetische Listen der Militärpflichtigen anfertigen, welche sich vor der Canton-Commission zu stellen haben, und diese derselben beim Anfange ihrer Sitzungen vorlegen.

V. Capitel.

Zusammensetzung der Canton-Commissionen und allgemeine Vorschriften für dieselben.

§. 34.

Mit dem 1^{ten} März eines jeden Jahres soll eine Canton-Commission sich in den Sitz eines jeden Stadt- oder Kreisgerichts verfügen, um die Canton-Rollen zu revidiren und nach den festgesetzten Bestimmungen die An-

sprüche auf Befreiung zu prüfen und die erforderliche Ausziehung zur Ergänzung des Statt gefundenen Abganges bei den Truppen vorzunehmen.

§. 35.

Diese Commission soll in den Kreisgerichten bestehen: aus dem Oberhauptmann, einem Staatsofficier und einem Kreisbeamten, und endlich aus dem Kreis-Physicus. In den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel aber tritt in die Stelle des Oberhauptmanns und Kreisamtmanns, das vorsitzende und noch ein von dem Stadtgerichte dazu deputirtes Mitglied desselben, so wie der Stadt-Physicus in die Stelle des Kreis-Physici.

§. 36.

Die Oberhauptleute und Stadtgerichte werden Sorge dafür tragen, daß an jedem Tage so viel Gemeinden und resp. Districte vorgenommen werden, als deren Größe erlauben möchte, und den verschiedenen Gemeinden die Tage zur Stellung zur rechten Zeit bekannt machen, damit ein Jeder dadurch möglichst wenig in seinem Gewerbe gestört werde, und werden sie wegen dieser Bestimmungen vorher mit den betreffenden Mitgliedern der Canton-Commission communiciren.

§. 37.

Sollte das Kreisgericht zu groß sein, so kann diese Stellung an zwei oder mehreren Orten, nach dem Gutachten des Oberhauptmanns, Statt finden.

§. 38.

Bei der Stellung einer jeden Gemeinde soll der Bürgermeister oder Ortsvorsteher derselben, außer in Braunschweig und Wolfenbüttel, weil das vorsitzende Mitglied des Stadtgerichts ohnehin gegenwärtig ist, so wie ferner zwei in derselben angelegene, wenigstens 40 jährige Einwohner, nach Auswahl der Stadt- oder Kreisgerichte, gegen sein.

§. 39.

Zu dieser Stellung sollen erscheinen: das erste Mal alle jungen Leute vom zurückgelegten 20^{ten} bis noch nicht erreichten 26^{ten} Jahre, vom 1^{ten} Januar bis letzten December gerechnet; in der Folge aber nur die, welche seit der letzten Stellung ihr 20^{tes} Jahr nach derselben Berechnung zurückgelegt haben.

§. 40.

Die Canton-Commission entscheidet in allen Fällen in erster Instanz. Sollte jedoch ihre Entscheidung dem Einen oder dem Andern nicht genügen, so soll es ihm freistehen, bei der Fürstl. Militär-Administrations-Commission dagegen Vorstellung zu machen, und von deren Entscheidung sich nochmals an den Landesherrn zu wenden.

§. 41.

Eine solche Vorstellung kann jedoch das Verfahren der Canton-Commission nicht verzögern, sondern es wird vielmehr das Geschäft nach deren Bestimmung vorläufig beendigt.

§. 42.

Die Mitglieder der Canton-Commission sollen während der Dauer ihrer Geschäfte, die, für den Charakter, welchen sie bekleiden, entweder schon festgesetzten oder zu bestimmenden angemessenen Diäten beziehen.

VI. Capitel.

Von dem Verfahren der Canton-Commission und dem Loosen.

§. 43.

Das erste Geschäft der Commission ist die genaue Revision der Cantonrollen, damit alle die von den §. 30. erwähnten Officianten angezeigten Geburts- und Sterbefälle, so wie die von den Ortsvorstehern gemeldeten Veränderungen (§. 31.) gehörig eingetragen werden und die Richtig-

keit der Listen der sich zu stellenden Mannschaft (§. 33.) constatirt werde.

§. 44.

Hierauf wird Gemeindeweise und in den größeren Städten Districtsweise nach den in den folgenden §. §. enthaltenen Bestimmungen verfahren.

§. 45.

Die sich nach der Liste zu stellenden Mannschaften werden namentlich verlesen, um sich von deren Anwesenheit zu überzeugen und darf hievon keiner fehlen.

§. 46.

Krankheit und Abwesenheit in nothwendigen Geschäften entschuldigen, wenn sie hinlänglich bescheiniget sind, von der persönlichen Stellung, insofern nicht eine Befreiung wegen körperlichen Unvermögens in Anspruch genommen wird, als in welchem Falle das persönliche Erscheinen unerlässlich ist.

§. 47.

Es werden zuvörderst diejenigen aufgefordert, welche sich durch körperliche Gebrechlichkeit berechtigt fühlen, von der Militärpflichtigkeit gänzlich entbunden zu werden, und wird deren Zustand von dem der Commission beigegebenen Physicus untersucht.

§. 48.

Ist dieselbe augenscheinlich und von der Beschaffenheit, daß sich keine Besserung oder Herstellung erwarten läßt, so stellt der Physicus dem Cantonisten ein Attest nach der Form B. aus, worauf die Commission demselben den Entlassungsschein nach der Form C. ausfertigt und einhändigt, das Attest aber bei den Acten deponirt.

§. 49.

Findet sich jedoch, daß das Uebel nur als temporär zu betrachten sei, so stellt der Physicus hienach das Attest aus und wird der Cantonist, nachdem er gelooft, vorläu-

fig zurückgesetzt, und muß im folgenden Jahre sich wieder vor der Commission zur abermaligen Untersuchung stellen.

§. 50.

Wird aber die Angabe der Dienstunfähigkeit auf eine Krankheit begründet, welche eine vorhergegangene fortgesetzte Beobachtung erfordert, so muß der Cantonist mit den behüflichen Attesten eines recipirten Arztes versehen sein, welche auf Pflicht und Gewissen ausgestellt sind, und haben die hierin pflichtwidrig handelnden Aerzte gerichtliche Untersuchung und Bestrafung zu gewärtigen.

Auf ein solches Attest muß der Cantonist zwar mit loosen, wird aber, falls er nach seiner Nummer eintreten müßte, gleichfalls vorläufig zurückgesetzt, und muß sich in den drei folgenden Jahren wiederum zur Untersuchung vor der Commission stellen. Wird er bei einer dieser Untersuchungen als hergestellt erkannt, so rückt er ein und wird statt seiner die legt ausgehobene Nummer zurückgesetzt, bis dieselbe ohnehin, der Ordnung gemäß, einberufen werden muß.

§. 51.

Haben diese Untersuchungen in den drei Jahren das nämliche Resultat ergeben, so ist das Uebel als permanent zu betrachten und dem Cantonisten der Entlassungsschein auszufertigen.

§. 52.

Ist das Uebel von der Beschaffenheit, daß der Cantonist dadurch nur für den Dienst einer Truppengattung unfähig wird, so kann hierauf keine Befreiung irgend einer Art begründet werden; doch ist solches besonders in den einzufendenden Listen zu bemerken.

§. 53.

Nach diesen werden die Ansprüche derjenigen Cantonisten geprüft, welche aus den in den §. §. 23. bis 25.

enthaltenen Bestimmungen Ansprüche auf gänzliche Befreiung machen.

§. 54.

Diese Ansprüche müssen durch gerichtliche, von dem Kreisgerichte oder sonstigen competenten Behörde nach der Form D. auszustellende Atteste begründet und nöthigenfalls durch die mündlichen Zeugnisse des gegenwärtigen Ortsvorstehers und der Zeugen bekräftigt werden.

§. 55.

Ist durch das Attest das Recht auf die Entlassung hinlänglich begründet, so fertigt die Commission dem Cantonisten den Entlassungsschein aus.

§. 56.

Hiernächst werden diejenigen, welche freiwillig in den activen Dienst eintreten wollen, aufgerufen und angesprochen.

§. 57.

Bei der zunächst bevorstehenden allgemeinen Ersetzung der gegenwärtig dienstthuenden Mannschaft sollen alle noch übrig bleibenden jungen Leute in eine Liste mit 5 Classen getragen werden. Die erste Classe umfaßt diejenigen, welche am 1sten Januar des laufenden Jahres ihr 20stes Jahr zurückgelegt haben, die zweite die, welche ihr 21stes, die dritte die, welche ihr 22stes, die vierte, welche ihr 23stes, die fünfte die, welche ihr 24stes Lebensjahr zurückgelegt haben.

Auf den Fall, daß das §. 5. erwähnte Bedürfnis eintreten sollte, wird aus der zur Stellung aufzurufenden 19jährigen Mannschaft eine sechste Classe gebildet, und werden ans Ende derselben auch die §. 26. und 27. angegebenen nach ihren Loosungsnummern hinzugefügt, wenn sie bei deren Bildung ihr 25stes Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

§. 58.

Alle Entscheidungen der Commission über die in den §. §. 47. bis 57. angeführten Fälle werden, so wie alle sonstigen nöthigen Bemerkungen, sogleich in die Canton-Rolle eingezeichnet.

§. 59.

Der Tag zum Loosen muß zwischen dem Oberhauptmann, dem commandirten Officier und dem Stadt- oder Kreisgerichte so concertirt werden, daß vor demselben die Revision sämmtlicher Gemeinden des Gerichts beendigt ist.

§. 60.

Die sämmtlichen zu einem Stadt- oder Kreisgerichte gehörigen jungen Leute loosen zusammen und zwar das erste Mal nach den §. 57. erwähnten Classen dergestalt, daß jede Classe für sich looſet, in der Folge aber nur die zur ersten Classe gehörigen, indem die von dieser Classe übrig bleibenden bei vorgerücktem Alter in die folgenden Classen von selbst nach ihrer Loosungsnummer eintreten, weshalb denn auch von den folgenden Classen für die Zukunft keine besondere Listen angefertigt zu werden brauchen.

§. 61.

Das Loosen selbst geschieht, der Regel nach, in dem Orte des Kreisgerichts.

§. 62.

Es werden so viele Loose mit der laufenden gedruckten Nummer von 1 an gemacht, als vorgedachte Liste Namen enthält.

§. 63.

An dem Tage des Loosens werden die Loosenden nach der Liste verlesen und rangirt.

§. 64.

Die Loose werden dann in Gegenwart derselben zusammengerollt, in geeignete Hüllen gesteckt, in ein verdecktes Gefäß gezählt und durch einander geschüttelt.

§. 65.

Nach der Ordnung in der Liste wird ein Jeder vorgerufen und zieht ein Loos, dessen Nummer jedesmal sogleich in der Liste und in den Canton-Rollen bemerkt wird.

§. 66.

Bloß entschuldigte Abwesende können durch ihre Ortsvorsteher oder durch einen Bevollmächtigten für sich loosen lassen. Bleibt Jemand ohne Entschuldigung aus, so soll der Ortsvorsteher oder dessen Stellvertreter für ihn loosen und muß er sich die Entscheidung des für ihn gezogenen Looses gefallen lassen.

§. 67.

Nach vollendeter Ziehung werden diejenigen, welche aus den §. §. 26. und 27. erwähnten Gründen ein Recht auf Zurücksetzung in Anspruch nehmen wollen, zur Darlegung desselben aufgefordert. Dieser Anspruch muß, wie der auf gänzliche Befreiung §. §. 23, 24 und 25. sofort dargethan, von der Commission geprüft und das Resultat der Prüfung in die Liste und in die Canton-Rollen eingetragen werden.

Nachdem sämmtliche Loosende gewarnt worden, sich, den Umständen nach, zur Einberufung zum Dienste bereit zu halten, werden dieselben wieder in ihre Heimath entlassen.

§. 68.

Es werden sodann drei Listen angefertigt, nämlich:

- 1) eine von denen, welche sich freiwillig zum activen Dienst gemeldet haben; (§. 56.)
- 2) derer, welche nach den, in den §. §. 113. und 114. enthaltenen Bestimmungen vom Loosen ausgeschlossen worden, mit Anführung der Ursachen in der Anmerkung;
- 3) derer, welche gelooset haben, nach der Nummer der gezogenen Loose geordnet, und müssen in den Bemerkungen diejenigen bezeichnet werden, die Anspruch auf

Zurücksetzung haben, (§. §. 26. und 27.) nach dem Schema E.

§. 69.

Nach gänzlich beendigtem Geschäfte werden diese von dem Oberhauptmanne, dem Stadt- Director, dem commandirten Officier und dem resp. Kreisgerichte unterzeichneten Listen von jeder Oberhauptmannschaft oder Stadtgerichts-Bezirke an die Fürstl. Militär-Administrations-Commission eingesandt, eine Abschrift davon aber bei dem Oberhauptmanne, eine andere bei dem betreffenden Kreisgerichte niedergelegt.

§. 70.

Sollten keine vorhanden sein, die in die erste und zweite Liste gehörten, so muß dies in dem Berichte des Oberhauptmanns bemerkt werden.

§. 71.

Alle in diesem Capitel gedachten Atteste ohne Ausnahme sollen sportel- und stempelfrei ausgefertigt, jedoch darauf bemerkt werden, zu welchem Gebrauche sie bestimmt sind.

VII. Capitel.

Von der Vertauschung des Looses und von der Stellvertretung.

§. 72.

Wenn nach geschehener Loosung zwei Cantonisten unter sich eine gütliche Uebereinkunft wegen Vertauschung ihrer Loose treffen wollen, so soll ihnen solches erlaubt sein.

§. 73.

Dieselben haben jedoch solches sogleich den betreffenden Gerichten anzuzeigen, welche ihre desfallige Erklärung zu Protocoll nehmen und dasselbe zu den Acten bringen, die Sache aber in den Canton-Rollen bemerken, auch dem

Oberhauptmann Anzeige davon machen, und werden dann dieselben in der Liste Nr. 3. (§. 68.) gleich unter den durch den vollzogenen Tausch neu erhaltenen Nummern eingetragen, in der Anmerkung der Tausch jedoch erwähnt.

§. 74.

Eine solche Vertauschung kann nicht nur unter den Cantonisten eines und desselben Stadt- oder Kreisgerichts, sondern auch zwischen sämtlichen Cantonisten im Herzogthume Statt finden.

§. 75.

Es soll ferner einem jeden Cantonisten, welcher zum Dienste eingezogen werden soll, frei stehen, einen Stellvertreter für sich zu stellen, insofern derselbe den nachfolgenden Bestimmungen Genüge geleistet, welches derselbe zur gehörigen Zeit seinem Kreisgerichte anzuzeigen hat, und worüber von diesem ein Protocoll aufgenommen wird.

§. 76.

Der Stellvertreter darf nicht unter 25 und nicht über 35 Jahre alt sein.

§. 77.

Der Stellvertreter braucht nicht aus demselben Kreisgerichte mit dem Vertretenen, sondern nur überhaupt ein Braunschweigscher Landeseinwohner zu sein.

§. 78.

Der Stellvertreter muß in Hinsicht seiner körperlichen Beschaffenheit völlig dienstfähig sein, und deshalb ein Attestat des Kreisphysicus beibringen. Acht Tage vor der Einziehung zum Dienste muß der Stellvertreter durch den Staatsarzt untersucht werden, und wenn er von demselben dienstunfähig erachtet würde, nochmals einer in Braunschweig fortwährend bestehenden Militär-Gesundheits-Commission vorgestellt werden, damit diese über seine Zulässigkeit definitiv entscheide. Spricht auch diese über seine

Dienstunfähigkeit aus, so wird der Contract von der betreffenden Behörde annullirt.

§. 79.

Dasselbe findet Statt, wenn der Stellvertreter binnen drei Monaten nach geleistetem Eide wegen Gebrechlichkeit oder anderer zur Zeit seiner Annahme schon vorhandener Ursachen, welche derselbe damals verschwiegen und worüber eine ärztliche Untersuchungs-Commission ein gutachtliches pflichtmäßiges Attest ausstellen muß, für dienstunfähig erkannt würde und soll sodann noch überdem der Stellvertreter den Civilgerichten überantwortet und zur Strafe gezogen werden.

§. 80.

Der Stellvertreter verpflichtet sich, so lange und unter den nämlichen Verhältnissen zu dienen, als der Ersetzte zu dienen schuldig war.

§. 81.

Als Stellvertreter können nicht angenommen werden:

- 1) solche, welche früher im activen Corps gedient, und von demselben zur Strafe entfernt worden, oder sonst wiederholte militärische Strafe erhalten haben;
 - 2) solche, welche zu entehrenden Strafen verurtheilt gewesen;
 - 3) solche, die wegen Diebstahls Strafe erlitten;
- und ist es daher erforderlich, daß außer dem Gesundheitsatteste der Stellvertreter auch noch ein Attest seiner Auf-
führung von der Behörde, in deren Bezirke er sich gewöhnlich aufhält, beibringe.

§. 82.

Findet es sich nachher, daß der Stellvertreter dergleichen verschwiegen, so ist der Contract nichtig, daher der Stellvertreter sofort vom Militär abzuführen und den ordentlichen Gerichten zur Untersuchung und Bestrafung zu übergeben.

§. 83.

Daß Stadt- oder Kreisgericht ertheilt dem Ersetzten einen Schein über die getroffene Stellvertretung, nach der Form F.; dem Stellvertreter aber eine Bescheinigung, nach der Form G., in welcher zugleich die Zeitperioden bestimmt sind, zu welchen beide auf Verabschiedung Anspruch machen können, nur wird der Schein des Stellvertreters bei den Acten der Truppen-Abtheilung, welcher er zuge-
theilt wird, deponirt.

§. 84.

Bei eintretendem Kriege hängt jedoch die Verabschiedung des Stellvertreters nur von den Umständen ab, und kann derselbe keine Ansprüche auf eine solche zu dem in dem Scheine bemerkten Zeitpunkte begründen.

§. 85.

Desertirt der Stellvertreter, bevor er die Hälfte seiner Dienstzeit, oder wenn der Ersetzte fünf Jahre im activen Dienst zu dienen gehabt, wenigstens zwei Jahre im activen Corps gedient hat, so muß der Ersetzte in Friedenszeiten binnen zwei Monaten, in Kriegszeiten aber binnen vier Wochen entweder einen andern Stellvertreter für die noch übrige Zeit stellen, oder selbst zum Dienst gezogen werden, und hören seine Contractsverpflichtungen gegen jenen gänzlich auf. Würde ein Soldat desertiren, welcher durch Tausch die Nummer eines Andern übernommen, so entsteht dieselbe Verbindlichkeit für den Vertretenen; es sei denn, daß derselbe bereits, vermöge der übernommenen spätern Nummer, selbst in den activen Dienst habe eingetreten müssen, in welchem Falle obige Verbindlichkeit wegfällt.

§. 86.

Wird der Deserteur wieder eingezogen, so wird derselbe nach den Kriegsartikeln bestraft, und bei seiner Wiedereinstellung die vor der Desertion schon gediente Zeit

demselben in seiner Dienstzeit nicht angerechnet, sondern derselbe hat von dem Zeitpunkte seiner Wiedereinstellung an noch so lange zu dienen, als er bei seiner ersten Einstellung zu dienen gehabt.

§. 87.

Stirbt ein ersetzter Cantonist, so muß dennoch der Stellvertreter so lange dienen, als in seinem Annahmeschein bemerkt ist, und kann er weder hiedurch, noch deshalb, wenn während seiner Dienstzeit der Cantonist, welchen er ersetzt, in die Lage käme, wodurch er, obigen Bestimmungen nach, rechtmäßigen Grund auf Verabschiedung, oder eine sonstige Befreiung erhielte, Anspruch auf frühere Verabschiedung machen.

§. 88.

Stirbt der Stellvertreter, nachdem er den Eid geleistet, so ist der Ersetzte nicht verbunden, einen andern Stellvertreter zu stellen.

§. 89.

Ein jedes Kreisgericht hat eine besondere Liste von den in dessen Bezirk Statt findenden Stellvertretungen anzulegen und in den Canton-Rollen bei dem Ersetzten die Nummer zu bemerken, unter welcher in dieser Liste der Fall aufgeführt ist.

VIII. Capitel.

Von der Verabschiedung und Versetzung zu der Reserve oder dem Reserve-Depot.

§. 90.

Ein jeder Soldat des activen Corps oder Cantonist hat auf Verabschiedung Anspruch zu machen, sobald er das 25te Lebensjahr zurückgelegt oder in ein solches Ver-

hältniß tritt, wodurch er nach den §§. 23. bis 25. enthaltenen Bestimmungen von der Militärpflichtigkeit befreiet wird.

§. 91.

Die Verabschiedung soll in der Regel nur im Anfange des Monats April eines jeden Jahres vorgenommen werden, jedoch in besondern dringenden Fällen, wo die Gegenwart des Soldaten zu Hause, als z. B. bei Annahme eines Grundstückes u. s. w., durchaus nothwendig, auf den desfalligen Bericht des Oberhauptmanns an die Fürstl. Militär-Administrations-Commission, welchem die nöthigen Atteste beizufügen, auch in der Zwischenzeit so gleich erfolgen.

§. 92.

Die nach den in den §§. 23. bis 25. enthaltenen Bestimmungen zu der Verabschiedung berechtigten Soldaten des activen Corps und der Reserve haben zu diesem Behuf im Januar ein Attest ihres Kreisgerichts, wie solches §. 54. vorgeschrieben worden, auszuwirken und dasselbe an ihren Commandeur einzureichen, welcher eine Liste sämtlicher solchergestalt ihren Abschied Nachsuchenden, nebst den Attesten, an den Commandeur des Corps einsendet.

§. 93.

Der Commandeur des Corps sammelt die Listen von sämtlichen ihm untergebenen Truppenabtheilungen und schickt dieselben, nebst den Attesten, an die Fürstl. Militär-Administrations-Commission am 1sten März ein, welche dann dieselben prüfen und entscheiden wird. Mit Einsendung dieser Listen berichtet der Commandeur zugleich über den Betrag des seit der letzten Ergänzung erfolgten Abganges an Mannschaft.

§. 94.

Auf dieselbe Art und zu derselben Zeit sollen die Gesuche und Atteste derer, welche laut den in §. 26.

und 27. enthaltenen Bestimmungen auf das Recht, in das Reservedepot versetzt zu werden, Anspruch machen, an den Commandeur des Corps und von diesem, mit denen im vorigen §. erwähnten Listen an die Fürstl. Militär-Administrations-Commission zur Entscheidung eingereicht werden.

Nach erfolgter Prüfung wird die Fürstl. Militär-Administrations-Commission die Entscheidung wegen sämtlicher hienach eingereichter Gesuche dem Commandeur zugehen lassen, worauf bei der Reserve die genehmigten Verabschiedungen und Versetzungen sogleich verfügt werden, bei dem activen Corps aber, so wie die ersetzenden Cantonisten successive einkommen.

§. 95.

Der Commandeur des Corps hat nach Verlauf eines jeden Monats, im Fall im Laufe desselben eine Verabschiedung oder Zurücksetzung Statt gefunden, den resp. Stadt- und Kreisgerichten eine ausführliche Liste der solchergestalt Verabschiedeten und Versetzten zuzusenden, damit diese in Stand gesetzt werden, die dadurch entstehende Veränderung in den Canton-Rollen nachzutragen.

§. 96.

Ein gleiches findet bei Sterbefällen der Unterofficiers und Soldaten des activen Corps oder der Reserve Statt.

IX. Capitel.

Von der Ergänzung der Truppen.

§. 97.

Die Ergänzung der Truppen soll in Friedenszeiten im April eines jeden Jahres erfolgen, und soll in der Zwischenzeit der etwa Statt gefundene Abgang nicht ersetzt werden, sondern hat das active Corps, wenn bei dem

wirklichen dienstthuenden Bestande sich ein Abgang ereignet, denselben durch Einziehung Beurlaubter zu ersetzen.

§. 98.

Die Militär-Administrations-Commission wird den gesammten, bei dem Corps erforderlichen Ersatz nach Verhältniß der dienstpflichtigen Cantonisten, welche sich von den aufgerufenen Classen in jedem Stadt- oder Kreisgerichte befinden, auf die letztern vertheilen, und hienach bestimmen, wie viel ein jedes, Cantonisten für das laufende Jahr zum Dienste zu stellen hat.

§. 99.

Zum Ersatz des activen Corps werden zuerst genommen:

- 1) alle, die sich freiwillig gemeldet haben, insofern gegen deren Einstellung keine Bedenken obwalten; ferner
- 2) die in der Liste No. 2. §. 68. enthaltenen und endlich soviel dann noch erforderlich,
- 3) die, welche geloset, und einen Anspruch auf Zurücksetzung nach §. 26. und 27. nicht begründet haben, nach der Loosungsnummer und zwar dergestalt, daß auf eine höhere Classe nicht eher gegriffen wird, als bis die zunächst unter derselben befindliche Classe erschöpft ist.

Das erste Mal aber sollen aus jeder Classe der militärpflichtigen jungen Leute gleich viele genommen werden.

§. 100.

Sollte die Anzahl der, in den Listen No. 3. enthaltenen Pflichtigen nicht hinreichend sein, um den Abgang des activen Corps zu ersetzen, so werden aus den Listen No. 3. des vorigen Jahres, also der im 22sten Jahre stehenden, diejenigen genommen, welche nach denen ins active Corps dazumal einrangirten die nächsten höhern Nummern hatten, und wenn auch diese nicht hinreichend wären, in denselben Maße die aus der Liste 3 des vorigen Jahres u. s. w.

§. 101.

Hierauf wird für jedes Stadt- oder Kreisgericht ein Auszug von den zum Ersatz bestimmten Leuten gemacht und dem Oberhauptmann oder Stadtdirector zugeschickt; betreffende Auszüge aber sogleich an den Commandeur des Corps.

§. 102.

Der Oberhauptmann verfügt dann, daß diejenigen Cantonisten seines Districts, welche für das active Corps bestimmt sind, versammelt und in Begleitung eines commandirten Unterofficiers an den Commandeur desselben am 15^{ten} April abgeliefert werden.

§. 103.

Wenn die Recruten am 15^{ten} April bei dem activen Corps eingetroffen, werden dieselben eingekleidet und exercirt; die durch selbige Ergänzten aber sofort entlassen.

§. 104.

Zu der §. 1. erfordernten Nachweisung der geleisteten Militärpflicht genügt, wenn entweder ein Abschied oder Entlassungsschein, oder ein Schein über die wirkliche Einstellung im activen Corps, in der Reserve, oder dem Reservedepot, beigebracht wird.

X. Capitel.

Von den Heirathen der Cantonisten.

§. 105.

Kein Militärpflichtiger darf sich vor Eintritt seines 26sten Lebensjahres verheirathen.

§. 106.

Hievon ausgenommen sind jedoch diejenigen, welche durch die Heirath den Besitz eines solchen Eigenthums er-

langen, wodurch sie auf die gänzliche Befreiung Ansprüche gewinnen.

§. 107.

Ferner kann in allen Fällen, wo ein Cantonist durch die Heirath eine gehörig nachgewiesene Verbesserung seiner Lage oder der seiner Familie erlangen würde, auf den Bericht des Stadt- oder Kreisgerichts, von der Militär-Administrations-Commission eine besondere Erlaubniß dazu ertheilt werden; gegen die Versagung dieses Consenses ist Vorstellung bei der Landesherrschaft verstatet. Wer einen Stellvertreter gestellt hat, bedarf eines Heirathsconsenses nicht.

§. 108.

Unter den in den vorstehenden §. §. erwähnten Bedingungen kann auch einem Soldaten des activen Corps oder der Reserve die Erlaubniß zur Verheirathung ertheilt werden, jedoch hat dann der Oberhauptmann oder Stadtdirector mit dem Commandeur des betreffenden Corps zu concertiren, und hängt von dem Letztern die Ertheilung des Erlaubnißscheins ab, so wie derselbe auch von der Militärbehörde ausgefertigt wird.

§. 109.

Die Prediger werden dafür verantwortlich gemacht, keine Trauung einer Mannsperson unter 25 Jahren zu vollziehen, bis nicht dieselbe einen gehörigen Abschied, Entlassungs- oder Stellvertretungsschein, oder einen besondern von dem Stadt- oder Kreisgerichte oder der betreffenden Militärbehörde ausgestellten Erlaubnißschein hiezu beigebracht hat.

XI. Capitel.

Von dem Austreten und der Desertion.

§. 110.

Von denjenigen Cantonisten, welche in Gemäßheit des §. 39. sich zu stellen verbunden waren, aber diese Pflicht nicht erfüllt haben, soll, nach beendigter Canton-Commission, mit Einsendung der übrigen Listen, eine besondere Liste an Fürstl. Militär-Administrations-Commission eingesandt werden.

§. 111.

Diese wird die solchergestalt Ausgetretenen, welche gar nicht oder unzulänglich entschuldigt worden, in den öffentlichen Blättern drei Mal, in Zwischenräumen von einem Monat, auffordern lassen, ihrer Militärpflichtigkeit Genüge zu leisten, sich vor ihrem resp. Kreisgerichte zu stellen und Rede und Antwort über ihr Ausbleiben zu geben.

§. 112.

Stellt sich der Ausgetretene hierauf bis zur Canton-Revision des nächsten Jahrs, so soll, bei seiner desfallsigen Meldung bei dem Fürstl. Stadt- oder Kreisgerichte, von diesem ein Protocoll über seine zur Entschuldigung seiner Nichtstellung vorgebrachten Gründe aufgenommen und dasselbe durch die Oberhauptleute an die Fürstl. Militär-Administrations-Commission eingesandt werden, welche dann über die Zulänglichkeit derselben entscheiden wird.

§. 113.

Findet diese die Gründe nicht hinlänglich, so soll der Cantonist bei der nächsten Canton-Revision in der Liste No. 2. §. 68. mit der behüfigen Anmerkung eingeführt und

nach §. 99. zum Dienste bei dem activen Corps eingezogen werden, worin derselbe, ohne großen Urlaub zu erhalten, drei Jahre verbleiben, dann aber, wenn er sich, nach Maaßgabe des dann erreichten Alters und den darüber obwaltenden Bestimmungen, dazu eignet, zur Reserve oder dem Reserve depot versetzt oder verabschiedet werden soll.

§. 114.

Hat sich aber der Cantonist auf die Aufforderung im Laufe des Cantonjahres nicht gestellt, so soll derselbe bei der nächsten Canton-Revision der Fürstl. Militär-Administrations-Commission angezeigt, und von dieser öffentlich als Ausgetretener erklärt werden, worauf alle die Verfügungen in Kraft treten, welche gegen Deserteurs durch die Gesetze bestimmt sind.

§. 115.

Ein Gleiches findet alle Mal Statt, wenn der Cantonist sich zwar nach erfolgter Aufforderung persönlich oder schriftlich gemeldet, die Gründe seiner Abwesenheit aber nicht für gültig anerkannt werden, und er, solcher Entscheidung ungeachtet, sich dennoch nicht vor der Canton-Commission gestellt hätte.

§. 116.

Ein jeder Cantonist, welcher nach erhaltener Aufforderung zum Dienst unerlaubter Weise sich entfernt und dem empfangenen Befehle nicht Folge geleistet, soll als Deserteur betrachtet werden.

§. 117.

Der Commandeur des activen Corps wird, sobald sich bei demselben eine Desertion ereignet, dieselbe dem betreffenden Stadt- oder Kreisgerichte sogleich bekannt machen.

§. 118.

Das Kreisgericht wird hierauf, so wie auch in den, in den §. §. 114 und 115. erwähnten Fällen, sogleich auf das Vermögen des Deserteurs vorläufig Beschlagnahme legen.

§. 119.

Keht der Deserteur binnen 4 Wochen nach dem Tage seiner Entweichung freiwillig zurück, so soll derselbe bloß der in den Kriegsartikeln dafür festgesetzten Strafe unterworfen sein, die vom Fürstl. Kreisgerichte verhängte Beschlagnahme auf dessen Vermögen aber sofort ohne Weiteres aufgehoben werden, zu welchem Zwecke der Commandeur des activen Corps die etwa erforderliche Anzeige dem Kreisgerichte zu machen hat.

§. 120.

Keht der Deserteur aber nicht binnen dieser Zeit zurück, so hat das Fürstl. Kreisgericht das Vermögen desselben sorgfältig auszumitteln, zu verwalten und wegen der etwa daraus erwachsenden Zinsen und Einkünfte, so wie von dem ganzen Verlauf, an den Oberhauptmann zu berichten, auch das Nöthige in den Canton-Rollen zu bemerken.

§. 121.

Diese Administration des Vermögens soll jedoch mit Vorbehalt des Unterhalts geschehen, welcher dritten Personen daraus gebühren könnte.

§. 122.

Wenn die Verwaltung des Vermögens eines Deserteurs durch das Kreisgericht drei Jahre fortgedauert hat, und derselbe sich binnen dieser Zeit weder gestellt, noch sonst etwas von sich hat hören lassen, so soll das betreffende

Kreisgericht an die Fürstl. Militär-Administrations-Commission berichten, und fernere Verfügungen nachsuchen.

§. 123.

In keinem Falle kann ein, auf eine oder die andere Art vor Ablauf des dritten Jahrs zurückgekehrter Deserteur auf Rückzahlung der während der Administration seines Vermögens erhobenen Zinsen oder Einkünfte Anspruch machen.

§. 124.

Wenn ein Cantonist seinen Wohnort gänzlich verläßt und einen andern wählt; so hat derselbe solches sofort seinem Stadt- oder Kreisgerichte gehörig anzuzeigen und sich von demselben eine Bescheinigung über die Abgabe dieser Anzeige ertheilen zu lassen; das Gericht wird sodann in der Canton-Rolle das Nöthige bemerken, und, wenn der neue Wohnort in dem Bezirke eines andern Stadt- oder Kreisgerichts befindlich ist, zugleich einen seine Person betreffenden Auszug aus den Canton-Rollen diesem, nebst der nöthigen Benachrichtigung, zufertigen, damit selbiges ihn in seine Canton-Rollen aufnehme.

XII. Capitel.

Von dem Gerichtsstande der Cantonisten und beurlaubten Soldaten.

§. 125.

Alle Cantonisten, wenn sie auch der Reserve zugeheilt sind, und die Unterofficiere der Reserve, welche nicht

in Sold stehen, so wie alle Beurlaubten des activen Corps, stehen unter der Jurisdiction der gewöhnlichen Gerichte.

§. 126.

Diese sollen jedoch im Falle einer Arrestation oder einer erkannten Leibessstrafe eines Soldaten, dem Commandeur der betreffenden Truppen-Abtheilung davon Anzeige machen, um, der Ordnung des Dienstes halber, das Nothige verfügen zu können.

§. 127.

Sollte ein Soldat außerdem durch irgend eine solche gerichtliche Untersuchung abgehalten werden, seinen militärischen Pflichten Genüge zu leisten; so hat derselbe seinen militärischen Vorgesetzten, durch Vorzeigung der erhaltenen Ladung, davon in Kenntniß zu setzen, damit er zu dem angesetzten Termine vom Dienste dispensirt, oder, wenn solches nicht thunlich, das Gericht zur Ansetzung eines andern Termins veranlaßt werde.

§. 128.

Wenn ein Cantonist zu einer Gefängnißstrafe von mehr als einem Jahre verurtheilt worden, so soll demselben die Zeit, welche er darin zugebracht hat, in seiner Militärpflicht nicht in Anrechnung gebracht werden, sondern derselbe vielmehr verbunden sein, nach seiner Loslassung noch eben so viel Jahre militärpflichtig zu bleiben, als er bei seiner Verurtheilung es noch zu bleiben verbunden war.

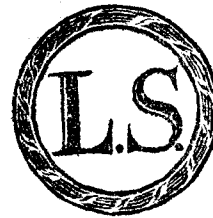
§. 129.

Dasselbe soll Statt finden bei einem jeden Soldaten des activen Corps, welcher durch ein Kriegsgesetz zu einer Gefängnißstrafe von länger als einem Jahre condemnirt worden.

Sämmtliche Landeseinwohner und Behörden haben sich nach dem vorstehenden Canton-Reglement gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Carlton House, den 30^{ten} Julius 1821.



George. R.

E. Graf von Münster.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 15.

D. D. Braunschweig, den 7ten December 1821.

(16.) Verordnung, die Kriegsartikel betreffend. D. D.
Herrnhäusen, den 29sten October 1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

Da nunmehr zur nothwendigen Erfüllung der Obliegenheiten gegen den Deutschen Bund und nach dem Beispielen der übrigen Bundes-Staaten, auch sämtliche Einwohner des Herzogthums Braunschweig, in Gemäßheit des publicirten Canton-Reglements, ohne Unterschied des Standes zu der ehrenvollen Bestimmung der Vertheidigung des gemeinsamen Vaterlandes werden aufgerufen werden: so haben Wir zu gleicher Zeit darauf Bedacht genommen, die militärische Strafgesetzgebung, den nunmehrigen Verhältnissen gemäß, dergestalt abzuändern, daß bei der Nothwendigkeit, zur Erhaltung der Ordnung und Disciplin Bestimmungen von Strafen gegen diejenigen festzustellen, welche

ihre Pflichten hintansetzen oder ihnen entgegen handeln würden, doch dadurch das für einen jeden wohlgesinnten Landeseinwohner und ganz besonders für denjenigen, welcher die Bestimmung des Kriegs zu erfüllen hat, so sehr wesentliche richtige Ehrgefühl nicht verletzt, sondern vielmehr auf eine angemessene Weise aufrecht erhalten werde. Auch haben Wir über diesen wichtigen Gegenstand mit den versammelten Ständen des Herzogthums Berathung pflegen lassen und erwarten um so sicherer durch nachstehende, mit deren Einverständniß festgestellte Bestimmungen Unsern beabsichtigten Zweck zu erreichen: verordnen demnach, mit gänzlicher Aufhebung der bisherigen Kriegsartikel, daß von nun an, die in nachstehenden Kriegsartikeln und dem darauf folgenden Reglement über die militärischen Strafen enthaltenen Vorschriften und Bestimmungen genau beobachtet und in vorkommenden Fällen zur Anwendung gebracht werden sollen:

Kriegs=Artikel

für das gesamte Militär.

Erster Abschnitt.

Kriegs=Artikel für die Gemeinen.

Artikel 1.

Der Soldat soll dem Gottesdienste fleißig und mit Ehrerbietung beizuwohnen. Störungen des militärischen Gottesdienstes und Beleidigungen des Feld- oder Garnisonpredigers sollen, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit Arrest von allen Graden, oder mit Festungsarbeit bis zu drei Jahren bestraft werden. Störungen eines andern

Gottesdienstes und Beleidigungen eines andern Predigers werden nach den allgemeinen Landesgesetzen durch die Civilgerichte bestraft.

Hochverrath und Majestäts=Verbrechen werden von der gewöhnlichen Obrigkeit und nach den gemeinen Strafgesetzen bestraft.

Art. 2.

Der Soldat aber, welcher die schuldige Ehrfurcht gegen die Person des Landesherrn, oder gegen ein Mitglied der Fürstl. Familie durch Worte oder Handlungen aus den Augen setzt, soll, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit Arrest von allen Graden, oder mit Festungsarbeit bis zu drei Jahren bestraft werden.

Art. 3.

Der Soldat, welcher sich im Dienste gegen seinen Officier oder Unterofficier thätlich vergeht, oder im Dienste seinen Officier oder Unterofficier mit Waffen bedrohet, soll mit dem Tode bestraft werden.

Art. 4.

Der Soldat, welcher im Dienste dem Commando seines Officiers oder Unterofficiers den Gehorsam verweigert, entweder mit ausdrücklichen Worten, oder durch vorsätzliche Nichtbefolgung des Commandos, soll vor dem Feinde mit dem Tode, außerdem aber mit Festungsarbeit bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Art. 5.

Der Soldat, welcher sich im Dienste gegen seinen Officier oder Unterofficier durch Worte, Gebärden oder Bewegungen vergeht, oder im Dienste gegen das Commando seines Officiers oder Unterofficiers irgend eine Gegenrede führt, soll, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit Arrest bei Wasser und Brodt, oder mit strengem Arrest, oder mit Festungsarbeit bis zu drei Jahren bestraft werden.

Art. 6.

Der Soldat soll im Dienste dem Commando seines Officiers oder Unterofficiers auch in dem Falle unbedingt und ohne Gegenrede gehorchen, wenn er der Meinung sein sollte, als ob das Commando des Officiers oder Unterofficiers einer höheren Ordre zuwiderlaufe: und soll alsdann nur der commandirende Officier oder Unterofficier verantwortlich sein, es sei denn, daß die gegebene Ordre der schuldigen Treue gegen den Landesherrn entgegen liefe.

Art. 7.

Widerseßlichkeit oder Vergehungen gegen einen Officier oder Unterofficier, welcher dem Soldaten Arrest ankündigt, sollen an jedem Orte und zu jeder Zeit als Widerseßlichkeit und Vergehungen im Dienste bestraft werden; ohne Unterschied, ob der Officier oder Unterofficier von derselben oder einer andern Truppenabtheilung ist.

Art. 8.

Der Soldat, welcher außer dem Dienste zu irgend einer Zeit und an irgend einem Orte, einen Officier, Unterofficier oder sonstigen Vorgesetzten durch Worte oder Handlungen beleidigt, oder demselben die schuldige Achtung und Gehorsam nicht erweist, soll, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit Arrest von allen Graden, oder mit Festungsarbeit bis zu drei Jahren bestraft werden; ohne Unterschied, ob der Officier oder Unterofficier von derselben oder von einer andern Compagnie oder Truppenabtheilung ist, vorausgesetzt, daß der Officier oder Unterofficier in Uniform gewesen, oder der Soldat ihn außerdem gekannt habe.

Art. 9.

Aufruhr gegen einen Officier oder Unterofficier, soll, an den Rädelsführern mit dem Tode, an den übrigen Theilnehmern aber mit Festungsarbeit bis zu fünf Jahren

und vor dem Feinde mit Hinrichtung des zehnten Mannes bestraft werden.

Art. 10.

Laute und öffentliche Beschwerden vor versammelter Mannschaft sollen mit Arrest bei Wasser und Brodt, oder mit strengem Arrest; wenn aber eine Aufforderung, zum Aufruhr damit verbunden, oder die Absicht, einen Aufruhr damit zu erregen, erwiesen ist, mit verhältnißmäßiger Festungsarbeit, selbst den Umständen nach mit dem Tode bestraft werden.

Art. 11.

Wenn ein Soldat glaubt, gegen seinen Officier oder Unterofficier in Dienstfachen eine gegründete Beschwerde zu haben, so hat er, nach beendigtem Dienste seine Klage, wenn solche einen Subaltern-Officier oder Unterofficier betrifft, bei dem Compagnie-Chef, wenn solche den Compagnie-Chef betrifft, bei dem Bataillons-Chef, wenn solche den Bataillons-Chef betrifft, bei dem Brigade-Chef, und wenn solche den Brigade-Chef selbst betrifft, bei dem obersten Commandeur der Truppenabtheilung anzubringen, nachdem er zuvor demjenigen Officier oder Unterofficier, gegen welchen er Beschwerde führen will, eine geziemende Anzeige davon gemacht hat.

Wenn der Compagnie-Chef auf die Klage des Soldaten eine Untersuchung der Sache verweigert, oder wenn der Soldat glaubt, sich bei der Entscheidung des Compagnie-Chefs nicht beruhigen zu können, so kann er sich weiter von dem Compagnie-Chef an den Bataillons-Chef, von dem Bataillons-Chef an den Brigade-Chef und von dem Brigade-Chef an den obersten Commandeur der Truppenabtheilung, selbst bis zur Person des Landesherrn wenden.

Der Soldat hingegen, welcher mit Uebergangung des Compagnie-Chefs bei dem Bataillons-Chef, oder mit Uebergangung des Bataillons-Chefs bei dem Brigade-Chef,

oder mit Uebergewalt des Brigade-Chefs bei dem obersten Commandeur der Truppenabtheilung Klage führt, soll mit gewöhnlichem Arrest bestraft werden.

Art. 12.

Der Soldat, welcher wegen eines vermeintlich erlittenen Unrechts seinen Officier oder Unterofficier zur Rede stellt, soll im Dienste nach dem 5ten und außer dem Dienste nach dem 8ten Kriegsartikel bestraft werden.

Art. 13.

Jede Anklage gegen einen Vorgesetzten, welche unwahre Thatsachen enthält, soll mit Arrest von allen Graden und unter Umständen mit Festungsarbeit bis zu einem halben Jahre bestraft werden.

Art. 14.

Wenn die gesammte Mannschaft einer Compagnie, eines Bataillons, oder einer andern Truppenabtheilung gegen einen Officier oder Unterofficier Beschwerde zu führen hat, so soll weder die Anbringung der Klage bei dem vorgesetzten Officier, noch die vorgängige Anzeige bei dem Officier oder Unterofficier, gegen welchen Beschwerde geführt wird, durch mehr als zwei Abgeordnete geschehen.

Wenn dazu mehr als zwei Personen erscheinen, so sollen sämmtliche Erschienenen mit gewöhnlichem Arrest, und wenn sie sich eines aufrührerischen Benehmens schuldig machen, als Aufrührer bestraft werden.

Art. 15.

Alle Verabredungen und Beschlüsse, wodurch das Ansehen eines Vorgesetzten oder einer Staatsbehörde beeinträchtigt, oder wodurch eine Privatperson gekränkt wird, sind verboten.

Es sollen dieselben an sämmtlichen Theilnehmern mit Arrest von allen Graden und an den Anstiftern unter Umständen mit Festungsarbeit bis zu drei Jahren bestraft werden.

Art. 16.

Der Soldat, welcher sich gegen eine Schildwache, Patrouille oder Sauvegarde thätlich vergeht, oder dieselbe mit Waffen bedrohet, soll im Felde mit dem Tode, außerdem aber mit Festungsarbeit bis zu drei Jahren bestraft werden.

Art. 17.

Der Soldat, welcher der Weisung einer Schildwache, Patrouille oder Sauvegarde nicht Folge leistet, soll im Felde, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit dem Tode oder mit Festungsarbeit, außerdem aber, der Beschaffenheit der Sache nach, mit Arrest von allen Graden, oder mit Festungsarbeit bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Art. 18.

Der Soldat, welcher eine Schildwache, Patrouille oder Sauvegarde mit Worten insultirt, soll, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit Arrest von allen Graden oder mit Festungsarbeit bis zu einem Jahre bestraft werden.

Art. 19.

Der Soldat, welcher in Kriegszeiten zum Feinde desertirt, soll mit dem Tode bestraft werden.

Art. 20.

Der Soldat, welcher in Kriegszeiten im Angesichte des Feindes oder vom Posten, oder vom Vorposten, oder aus einer belagerten Festung desertirt, soll mit dem Tode bestraft werden.

Art. 21.

Der Soldat, welcher in Kriegszeiten ohne die in den Art. 19. und 20. enthaltenen erschwerenden Umstände desertirt, soll das erste Mal mit Versetzung in die Strafs-Classe und mit sechsjähriger Festungsarbeit, das zweite Mal mit zehnjähriger Festungsarbeit bestraft werden.

Art. 22.

Der Soldat, welcher in Friedenszeiten vom Posten

desertirt, soll mit Verſetzung in die Straf-Claffe und mit vierjähriger Feſtungsarbeit beſtraft werden.

Art. 23.

Auf gleiche Art ſoll der Cavalleriſt beſtraft werden, welcher bei einer Deſertion in Friedenszeiten ſein Pferd mitnimmt.

Art. 24.

Der Soldat, welcher in Friedenszeiten ohne die in den Art. 22. und 23. enthaltenen erſchwerenden Umſtände deſertirt, ſoll das erſte Mal mit Verſetzung in die Straf-Claffe und einjähriger Feſtungsarbeit, das zweite Mal mit vierjähriger Feſtungsarbeit beſtraft werden.

Art. 25.

Der Soldat, welcher zum dritten Male deſertirt, ſoll mit zehnjähriger Karrenſtrafe beſtraft werden.

Art. 26.

Der Soldat, welcher aus der Feſtungsarbeit deſertirt, ſoll mit dreijähriger Karrenſtrafe, und wenn ſeine rückſtändige Strafzeit in der Feſtungsarbeit mehr als drei Jahre beträgt, mit einer Karrenſtrafe von eben ſo langer Dauer beſtraft werden.

Art. 27.

Der Anführer eines Deſertions-Complots ſoll in Kriegszeiten mit dem Tode, in Friedenszeiten mit Verſetzung in die Straf-Claffe und mit zehnjähriger Feſtungsarbeit beſtraft werden.

Deſertions-Complot iſt eine jede Deſertion, welche von drei oder mehr Soldaten gemeinſchaftlich begangen wird.

Art. 28.

Die in den Art. 21, 24. und 25. beſtimmten Strafen der wiederholten Deſertionen ſollen auch dann eintreten, wenn die früheren Deſertionen vor Publication der gegenwärtigen Kriegsartikel begangen ſind.

Art. 29.

Der Soldat, welcher einem andern Soldaten zur Deſertion rath oder zuredet, ſoll mit Arreſt bei Waſſer und Brodt oder mit ſtrengem Arreſt, und wenn die Deſertion des andern Soldaten wirklich erfolgt iſt, mit Feſtungsarbeit bis zu einem halben Jahre beſtraft werden.

Art. 30.

Der Soldat, welcher ein Gewerbe daraus macht, andere Soldaten zur Deſertion und zur Annahme auswärtiger Militärdienſte zu verführen, ſoll in Kriegszeiten mit dem Tode, in Friedenszeiten mit Verſetzung in die Straf-Claffe und zehnjähriger Feſtungsarbeit beſtraft werden.

Art. 31.

Der Soldat, welcher einem andern Soldaten mit Wiſſen zur Deſertion behülſlich iſt, ſoll mit Verſetzung in die Straf-Claffe und mit Feſtungsarbeit, in Kriegszeiten bis zu zwei, in Friedenszeiten bis zu einem halben Jahre beſtraft werden.

Art. 32.

Der Soldat, welcher eine beabſichtigte Deſertion, wovon er Kenntniß erhält, nicht ſogleich anzeigt, ſoll in Friedenszeiten mit Arreſt von allen Graden, in Kriegszeiten mit Feſtungsarbeit bis zu einem halben Jahre beſtraft werden.

Art. 33.

Der Soldat, welcher ſich ohne Erlaubniß des Compagnie-Chefs von ſeinem Garniſon- oder Stationsorte, oder von dem Orte, wohin er beurlaubt iſt, entfernt, oder der über den Urlaub ausbleibt, ſoll mit Arreſt von allen Graden beſtraft werden.

Art. 34.

Der Soldat, welcher vor dem Feinde ſeine Schuldigkeit nicht thut, namentlich ohne Ordre oder Erlaubniß das Geſecht verläßt, oder beim Vorgehen oder Verfolgen zu-

rückbleibt, oder beim Rückzuge Waffen und Munition von sich wirft, soll, nach Beschaffenheit der Umstände, mit dem Tode oder Festungsarbeit bis zu zehn Jahren, oder Verweisung in die Strafklasse bestraft, letztere Strafe auch, dem Befinden nach, mit der Festungsarbeit verbunden werden.

Die Entschuldigung des Ausreißers, als ob er blebsirt, krank oder ermüdet gewesen sei, soll nur dann beachtet werden, wenn er sich deshalb bei einem Militärarzt oder Wundarzt gemeldet hat und letzterer die Richtigkeit der Angabe bezeugt, oder solche auf andere Weise genügend erwiesen wird.

Art. 35.

Verrätherei und Einverständniß mit dem Feinde soll, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit dem Tode, oder mit Verweisung in die Strafklasse und Festungsarbeit bis zu zehn Jahren bestraft werden.

Art. 36.

Der Soldat, welcher von einem Statt findenden Einverständnisse mit dem Feinde, wovon er Kenntniß erhält, nicht sogleich Anzeige macht, soll als Mitschuldiger der Verrätherei mit den im vorigen Artikel bestimmten Strafen belegt werden.

Art. 37.

Der Soldat, welcher die Parole oder das Feldgeschrei mit Wissen unrichtig oder an eine unberechtigte Person ausgiebt, ohne daß das im Art. 35. nachhaft gemachte Verbrechen Statt findet, soll in Kriegszeiten mit Festungsarbeit bis zu fünf Jahren, in Friedenszeiten aber mit Arrest von allen Graden und, den Umständen nach, mit Festungsarbeit bis zu einem halben Jahre bestraft werden.

Art. 38.

Der Soldat, welcher durch Trommeln, Schießen oder auf andere Art einen falschen Alarm verursacht, soll in

Kriegszeiten mit Festungsarbeit bis zu zehn Jahren, und wenn dadurch ein bedeutender Nachtheil verursacht worden ist, unter Umständen selbst mit dem Tode, in Friedenszeiten mit Arrest von allen Graden und, den Umständen nach, mit Festungsarbeit bis zu einem Jahre bestraft werden.

Art. 39.

Der Soldat, welcher auf Posten schläft, sich auf Posten berauscht, oder den Posten ohne Ablösung verläßt, soll in Kriegszeiten, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit dem Tode oder mit Festungsarbeit bis zu zehn Jahren, in Friedenszeiten, nach den Umständen, mit strengem Arrest oder mit Festungsarbeit bis zu einem halben Jahre bestraft werden.

Art. 40.

Der Soldat, welcher auf dem Posten, statt Verbrechen und Unordnungen zu verhüten, selbst etwas der Art begeht, oder andere bei Ausübung von dergleichen begünstigt, wird doppelt so hart bestraft, als es geschehen sein würde, wenn er sich dessen nicht als Schildwache schuldig gemacht hätte.

Art. 41.

Der Soldat, welcher auf Posten einen Diebstahl begeht, soll mit Karrenstrafe bis zu zehn Jahren, und wenn der Diebstahl mit Einbruch oder Einsteigen begangen, oder der Soldat schon zwei Mal wegen Diebstahls bestraft worden ist, unter Umständen mit dem Tode bestraft werden.

Art. 42.

Der Soldat, welcher auf Posten einen Diebstahl als Mitwisser begünstigt, soll mit Karrenstrafe bis zu zehn Jahren bestraft werden.

In allen andern Fällen wird der Diebstahl nach den allgemeinen Gesetzen des Landes von der gewöhnlichen Obrigkeit bestraft.

Art. 43.

Der Soldat, welcher einen Arrestanten, der ihm zur Bewachung übergeben ist, absichtlich entweichen läßt, soll mit Festungsarbeit bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Art. 44.

Der Soldat, welcher einen Arrestanten, der ihm zur Bewachung übergeben ist, durch Nachlässigkeit entweichen läßt, soll, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit Arrest von allen Graden, oder mit Festungsarbeit bis zu einem halben Jahre bestraft werden.

Art. 45.

Der Soldat, welcher, als Patronenführer, eine Person, die er zu arretiren instruirt ist, nicht arretirt, oder die er arretirt hat, eigenmächtig wieder entläßt, soll mit Arrest bei Wasser und Brodt oder mit strengem Arrest, den Umständen nach, auch mit Festungsarbeit bis zu einem Jahre, bestraft werden.

Art. 46.

Der Soldat, welcher die Wache oder die Caserne ohne Urlaub verläßt, soll mit gewöhnlichem Arrest, und nach dem Zapfenstreiche mit strengem Arrest bestraft werden.

Art. 47.

Der Soldat, welcher sein Gewehr und Waffen, Munition, Montirung oder andere gelieferte Effecten verkauft, verspielt, oder sonst veräußert, soll, außer dem vollen Ersatze, mit strengem Arrest, und in Kriegszeiten unter Umständen auch mit Festungsarbeit bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Art. 48.

Der Soldat, welcher von einem andern Soldaten gelieferte Militär-Effecten kauft, soll mit gewöhnlichem Arrest bestraft werden, auch in dem Falle, wenn der Verkäufer solche für sein Eigenthum ausgegeben hat.

Art. 49.

Der Soldat, welcher die ihm gelieferten Effecten durch seine Schuld verliert oder verdirbt, soll unter Umständen, außer dem vollen Ersatze, mit gewöhnlichem Arreste bestraft werden.

Art. 50.

Trunkenheit im Dienste soll mit Arrest bei Wasser und Brodt, oder mit strengem Arrest, und wenn die Strafe des Arrestes keine Besserung bewirkt, endlich mit Versetzung in die Straf-Classe bestraft werden.

Art. 51.

Wiederholte Trunkenheit außer dem Dienste soll mit gewöhnlichem Arreste bestraft werden.

Art. 52.

Plünderung in Feindes Lande, ohne Ordre oder Erlaubniß, soll nach den Umständen mit strengem Arrest oder mit Festungsarbeit bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Art. 53.

Der Anführer eines Plünderungs-Complots soll, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit dem Tode oder mit Festungsarbeit bestraft werden.

Art. 54.

Der Soldat, welcher vor dem Feinde seinen Posten, oder seinen commandirenden Officier oder Unterofficier verläßt, um zu plündern, soll mit dem Tode bestraft werden.

Art. 55.

Der Soldat, welcher sich auf dem Marsche eigenmächtig ohne Billet einquartirt, soll mit gewöhnlichem Arrest bestraft werden.

Art. 56.

Der Soldat, welcher auf dem Marsche seinen Wirth übel behandelt, oder mehr fordert, als der Wirth zu geben schuldig ist, soll mit Arrest von allen Graden, nach der

Größe der Beleidigung, bestraft werden, und das zu viel Erhaltene ersehen.

Art. 57.

Auf gleiche Art soll der Soldat bestraft werden, welcher auf dem Marsche die zum Dienste der Truppen requirirten Fuhrleute mißhandelt oder beschimpft.

Art. 58.

Der Soldat, welcher auf dem Marsche Häuser, Gärten oder Gehölze muthwillig beschädigt, soll mit Arrest von allen Graden bestraft werden und den Schaden ersehen.

Art. 59.

Der Soldat, welcher unbefugter Weise im Lande oder außer Landes Wagen, Pferde, Lebensmittel und andere Gegenstände requirirt, soll mit Arrest von allen Graden, selbst bis zur Festungsstrafe bestraft werden, und den Betrag der Requisition bezahlen.

Art. 60.

Der Soldat, welcher sich verstümmelt, um sich dem Dienste zu entziehen, soll, wenn er dienstfähig bleibt, mit der Versetzung in die Straf-Classe, wenn er aber dienstunfähig wird, mit Festungsarbeit bis zu zwei Jahren und mit Versetzung in die Straf-Classe während der Festungsarbeit bestraft werden.

Art. 61.

Der Soldat, welcher sich ohne Consens seines Bataillons-Chefs verheirathet, soll mit Festungsarbeit bis zu einem halben Jahre, und unter Umständen bis zu einem Jahre bestraft werden.

Art. 62.

Die ohne Consens des Bataillons-Chefs geschlossene Ehe soll nichtig sein.

Art. 63.

Zur Bezahlung von Schulden eines dienstthuenden Soldaten, welche ohne Consens seines Compagnie-Chefs

gemacht worden, wird ein Abzug vom Solde oder sonstigen Dienstemolumenten nicht gestattet, und bietet dieser daher auch für rechtskräftig erkannte Forderungen kein Executionsobject dar.

Art. 64.

Der Soldat, welcher falsche Urlaubspässe, Marschrouten, Bons oder Bescheinigungen in militärischen Angelegenheiten verfertigt, ohne dabei eigentlichen Geldgewinn beabsichtigt zu haben, soll, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit strengem Arrest oder mit Festungsarbeit bis zu einem Jahre bestraft werden und den verursachten Schaden ersehen.

Art. 65.

Beleidigungen von Cameraden, Schlägereien und unnütze Händel mit denselben, sollen mit Arrest von allen Graden bestraft werden.

Art. 66.

Der Soldat, welcher bei einem Streite mit Cameraden oder mit bürgerlichen Personen das Bajonnet oder Seitengewehr zieht, ohne sich im Falle der Nothwehr zu befinden, soll mit Festungsarbeit bis zu einem halben Jahre bestraft werden.

Art. 67.

Der Soldat, welcher bei einem Streite einen Cameraden oder irgend eine andere Person mit dem Bajonnet oder Seitengewehr verwundet, ohne sich im Falle der Nothwehr zu befinden, soll mit Festungsarbeit bis zu sechs Jahren bestraft werden.

Art. 68.

Der Soldat, welcher in der Caserne, oder auf der Wache, oder im Quartier auf dem Marsche und im Cantonnement, oder im Lager einen Cameraden bestiehlt, soll das erste Mal mit Versetzung in die Straf-Classe und mit Festungsarbeit bis zu zwei Jahren, das zweite Mal mit

Festungsarbeit bis zu sechs Jahren, und das dritte Mal mit Kettenstrafe bis zu zehn Jahren bestraft werden.

Art. 69.

Auf gleiche Art soll der Soldat bestraft werden, welcher in der Caserne die Montirungskammern oder sonstigen Magazine bestiehlt.

Art. 70.

Der Soldat, welcher in dem Bezirke der Caserne, der Wache, des Lagers, oder eines andern militärischen Versammlungsortes, Geld oder Effecten findet, und davon nicht auf der Stelle Anzeige macht, soll mit Arrest von allen Graden bestraft werden.

Art. 71.

Störungen der öffentlichen Ruhe in einer Garnison durch dienstthuende Soldaten sollen mit Arrest von allen Graden bestraft werden.

Art. 72.

Der Soldat, welcher in der Caserne oder auf der Wache mit Kameraden um Geld spielt, soll mit gewöhnlichem Arrest bestraft werden. Der Soldat aber, welcher aus dem Spiele ein Gewerbe macht, soll mit Festungsarbeit bis zu einem halben Jahre bestraft werden.

Art. 73.

Alle militärischen Dienstvergehen, welche gegebenen Ordres und Reglements oder dem Kriegsgebrauche zuwider laufen, und die in den gegenwärtigen Kriegsartikeln nicht namentlich aufgeführt sind, sollen mit Arrest von allen Graden, oder mit Festungsarbeit, nach Verhältniß derjenigen Strafen, welche in den Kriegsartikeln bei ähnlichen Vergehen vorgeschrieben sind, bestraft werden.

Art. 74.

Bei Wiederholung eines Vergehens soll in den Fällen, wo für das wiederholte Vergehen keine bestimmte Schärfung der Strafe vorgeschrieben ist, statt des gewöhn-

lichen Arrestes, ein Arrest von schärferem Grade eintreten und bei der Strafe der Festungsarbeit die vorgeschriebene Strafzeit verdoppelt werden.

Art. 75.

Der Soldat, welcher zum zweiten Male wegen desselben Vergehens mit Festungsarbeit bestraft wird, soll in die Straf= Classe versetzt werden.

Art. 76.

Der Soldat, welcher durch die Strafe des Arrestes von allen Graden auf keine Art zu bessern ist, soll in die Straf= Classe versetzt werden.

Art. 77.

Trunkenheit soll dem Soldaten bei keinem Vergehen zur Entschuldigung oder Milderung gereichen.

Art. 78.

Alle Vergehen der Soldaten gegen die allgemeinen Landesgesetze, auf welche nicht in den gegenwärtigen Kriegsartikeln ausdrücklich eine militärische Strafe gesetzt ist, sollen, so lange sich die Truppen im Lande befinden, von den ordentlichen Civilgerichten nach Vorschrift der allgemeinen Landesgesetze bestraft werden.

Art. 79.

Der Soldat, welcher durch Urtheil eines Civilgerichts wegen eines schweren Verbrechens bestraft worden und Soldat bleibt, soll in die Straf= Classe versetzt werden.

Art. 80.

Während die Truppen im Felde stehen, sollen auch die nicht militärischen Vergehungen der Soldaten nach folgenden Bestimmungen militärisch bestraft werden.

Art. 81.

Mord und vorsätzlicher Todtschlag soll im Felde mit dem Tode bestraft werden.

Art. 82.

Todtschlag durch Unvorsichtigkeit soll im Felde, nach

Beschaffenheit des Vergehens, mit Festungsarbeit bis zu zehn Jahren, oder mit Arrest von allen Graden bestraft werden.

Art. 83.

Raub soll im Felde, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit dem Tode, oder mit Karrenstrafe auf Zeitlebens, oder auf bestimmte Zeit bestraft werden.

Art. 84.

Diebstahl mit gewaffneter Hand, mit Einbruch oder mit Einsteigen soll im Felde, nach den Umständen des Vergehens, mit dem Tode oder mit Karrenstrafe auf Zeitlebens, oder auf bestimmte Zeit bestraft werden.

Art. 85.

Diebstahl ohne Einbruch und Einsteigen, welcher funfzehn Thaler und darüber beträgt, soll im Felde mit Versetzung in die Straf-Classe und Festungsarbeit bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Art. 86.

Diebstahl ohne Einbruch und Einsteigen, welcher unter funfzehn Thaler beträgt, soll im Felde das erste Mal mit Versetzung in die Straf-Classe und strengem Arrest, das zweite Mal mit Festungsarbeit bis zu einem Jahre bestraft werden.

Art. 87.

Der dritte Diebstahl soll im Felde, wenn der Thäter schon zwei Mal wegen Diebstahls bestraft ist, mit Karrenstrafe bis zu zehn Jahren bestraft werden.

Art. 88.

Der Bediente eines Officiers, oder eines militärischen Beamten, welcher seinen Herrn bestiehlt, oder Gelder, die ihm von seinem Herrn anvertrauet sind, unterschlägt, oder auf den Credit seines Herrn betrüglisch Waaren ausnimmt, soll im Felde, wenn die Summe zehn Thaler oder darüber beträgt, und der Thäter das Alter von achtzehn Jah-

ren erreicht hat, mit einer Karrenstrafe von drei bis zu zehn Jahren, auch bei sehr schwerem Verbrechen der Art, mit dem Strange; wenn aber die Summe unter zehn Thaler beträgt, oder der Thäter das achtzehnte Jahr noch nicht erreicht hat, mit Gefängniß von vier Monaten bis zu dreijähriger Karrenstrafe bestraft werden. Es soll diese Strafe auch gegen diejenigen Officierbedienten eintreten, welche zugleich als Soldaten bei der Compagnie geführt werden.

Art. 89.

Nothzucht soll im Felde mit dem Tode bestraft werden.

Art. 90.

Der Soldat, welcher zu einer zweiten Ehe schreitet, bevor das Band der ersten Ehe durch den Tod seiner Ehefrau, oder durch gerichtliche Scheidung getrennt ist, soll im Felde mit Festungsarbeit bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Art. 91.

Ehebruch soll im Felde auf die Klage des beleidigten Ehegatten mit Arrest von allen Graden oder Festungsarbeit bis zu einem Jahre bestraft werden.

Art. 92.

Boshafte Brandstiftung soll im Felde, wenn das Feuer zum Ausbruch kommt, mit dem Tode, und versuchte Brandstiftung mit Versetzung in die Straf-Classe und mit Festungsarbeit bis zu drei Jahren bestraft werden.

Art. 93.

Die Verfertigung falscher Schuldverschreibungen oder Quittungen soll im Felde mit Festungsarbeit bis zu zehn Jahren und Versetzung in die Straf-Classe bestraft werden.

Art. 94.

Meineid bei einem gerichtlichen Zeugnisse, oder einer gerichtlichen Eideszuschreibung, soll im Felde mit Karrenstrafe bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Art. 95.

Den gegenwärtigen Kriegsartikeln sollen sämtliche Soldaten von dem Augenblicke an unterworfen sein, wo dieselben bei der Compagnie wirklich eingestellt sind: ohne Unterschied, ob der Mann schon, in Gemäßheit der anliegenden Instruction, beeidigt ist, und Montirung, Sold und Lebensmittel erhalten hat, oder nicht.

Diese Einstellung soll künftig dadurch geschehen, daß der Compagnie-Chef einem jedem Manne, nachdem derselbe signalisirt und in die Liste eingetragen ist, einzeln erklärt, daß er von nun an Soldat und den Kriegsartikeln unterworfen sei.

In der Stamm-Rolle soll, mit Angabe des Datums, bemerkt werden, daß die Einstellung des Mannes auf diese Art Statt gefunden hat.

Art. 96.

Die Civilbedienten der Officiers und der Militär-Beamten sollen im Felde, von dem Tage des Ausmarsches an, den Kriegsartikeln des gegenwärtigen ersten Abschnittes gleichfalls unterworfen sein, so weit sich letztere nicht auf das eigenthümliche Dienstverhältniß des Soldaten beziehen.

Art. 97.

Die Husaren = Escadron und Fußjäger = Compagnie bleibt, außer den gegenwärtigen Kriegsartikeln; den besonderen Strafbestimmungen der Verordnung über den Dienst der Husaren vom 5^{ten} Februar 1816 unterworfen.

Art. 98.

Mit Unwissenheit der gegenwärtigen Kriegsartikel soll sich Niemand entschuldigen können.

Art. 99.

Es soll daher einem jeden Soldaten bei der Einstellung ein Exemplar der Kriegsartikel übergeben, und sollen die Kriegsartikel theils einem jeden Soldaten vor der Be-

eidigung, theils ein Mal in jedem Monate sämtlichen Compagnien vorgelesen, auch im Felde die Officierbedienten dazu mit beordert werden.

Art. 100.

Solche Vergehungen, welche vor Publication der gegenwärtigen Kriegsartikel begangen sind, sollen zwar nach den früheren, zur Zeit des verübten Verbrechens bestandenen Kriegsgesetzen bestraft werden, jedoch

- 1) soll die körperliche Züchtigung auch in diesem Falle nicht mehr Statt finden, sondern statt derselben auf Arrest erkannt werden;
- 2) dagegen soll die Verletzung in die Straf-Classe auch wegen früherer Verbrechen, welche künftig zur Untersuchung kommen, nach den Bestimmungen der gegenwärtigen Kriegsartikel eintreten;
- 3) in denjenigen Fällen, wo die Strafbestimmungen der früheren Kriegsgeetze durch die gegenwärtigen Kriegsartikel gemildert sind, sollen die gegenwärtigen Kriegsartikel angewendet werden.

Zweiter Abschnitt.

Kriegs = Artikel für die Unterofficiers.

Art. 101.

Die Kriegsartikel des ersten Abschnitts sollen durchgängig auf die Unterofficiers vom activen Corps und von der Reserve unter folgenden Bestimmungen angewendet werden.

Art. 102.

In den Fällen, wo gegen den Gemeinen auf Todesstrafe oder Karrenstrafe zu erkennen ist, soll gegen den Unterofficier dieselbe Strafe eintreten.

Art. 103.

In den Fällen, wo gegen den Gemeinen auf Festungsarbeit, auf Versetzung in die Straf-Classe, mit Ausnahme des 76sten und 50sten Artikels, oder auf Versetzung in die Straf-Classe mit Festungsarbeit zu erkennen ist, soll gegen den Unterofficier dieselbe Strafe und in gleichem Maße, verbunden mit Degradation zum Gemeinen, Statt finden.

Art. 104.

Bei einem Erkenntnisse auf Degradation zum Gemeinen wird diese in Ansehung eines Sergeant-Majors einer einjährigen, eines Feldwebels einer halbjährigen und eines Sergeanten einer vierteljährigen, die eines Corporals einer einmonatlichen Festungsstrafe gleich gerechnet, und danach die Dauer der Strafzeit bestimmt.

Art. 105.

In den Fällen, wo gegen den Gemeinen auf Arrest zu erkennen ist, soll der Unterofficier, mit Rücksicht, theils auf die Erheblichkeit des Vergehens, theils darauf, ob frühere gelindere Strafen ohne Wirkung geblieben sind, entweder mit Degradation zum Gemeinen, oder mit Degradation zum Unterofficier von geringerem Grade, oder mit Verlust des silbernen Portepées, oder endlich mit Arrest bestraft werden.

Art. 106.

Der Unterofficier, welcher einen Soldaten reglementswidrig mißhandelt, soll, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit Degradation, oder mit einer andern, von den im Art. 105. bestimmten Strafen, wenn aber durch die Mißhandlung dem Soldaten ein bleibender Nachtheil an seiner Gesundheit zugefügt ist, mit Degradation zum Gemeinen und mit Festungsarbeit bis zu zwei Jahren bestraft werden, und zum vollen Schadensersatze verbunden sein.

Art. 107.

Der Unterofficier, welcher öffentliche Gelder, Provi-

sionen, Waffen und Montirungsstücke, oder sonstige Effecten, die ihm zur Verwaltung, Vertheilung oder Transportirung anvertrauet sind, unterschlägt, soll, wenn der Gegenstand unter funfzig Thaler beträgt, mit Degradation zum Gemeinen, Versetzung in die Straf-Classe und Festungsarbeit bis zu fünf Jahren; wenn der Gegenstand funfzig Thaler und darüber, aber unter hundert Thaler beträgt, mit Degradation zum Gemeinen, Versetzung in die Straf-Classe und zehnjähriger Festungsarbeit, und wenn der Gegenstand hundert Thaler oder darüber beträgt, mit dem Tode bestraft und in allen diesen Fällen zugleich auf den Ersatz des verursachten Schadens erkannt werden.

Art. 108.

Der Unterofficier, welcher unter dem Vorwande, einem Manne zur Verabschiedung, zur Beurlaubung, zur Befreiung von der Dienstpflichtigkeit, oder zur Erleichterung des Dienstes behülflich zu sein, Geld oder andere Geschenke fordert, oder welcher für eine Begünstigung dieser Art Geld oder andere Geschenke annimmt, soll mit Degradation zum Gemeinen und, unter Umständen, außerdem mit Festungsarbeit bis zu einem halben Jahre bestraft werden.

Art. 109.

Der Unterofficier, welcher wissentlich einen falschen Rapport, sei es schriftlich oder mündlich macht, oder auch nur einen unrichtigen schriftlichen Rapport durch seine Namensunterschrift für richtig erklärt, soll zum Gemeinen degradirt, und in Kriegszeiten, unter Umständen, außerdem mit Festungsarbeit bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Art. 110.

Der Unterofficier, welcher nicht sein Möglichstes thut, um Vergehungen der Soldaten, wovon er Kenntniß erhält, zu verhindern, soll zum Gemeinen degradirt werden.

Art. 111.

Der Unterofficier, welcher fortdauernd seinen Dienst vernachlässigt, oder sich um den Lebenswandel und die sonstigen Verhältnisse seiner Untergebenen nicht bekümmert, oder seinen Untergebenen, bei ihren Anfragen und Gesuchen, in militärischen Angelegenheiten Rath und Belehrung versagt, oder wissentlich unrichtig ertheilt, soll zum Gemeinen degradirt werden.

Art. 112.

Der Unterofficier, welcher seinen Posten, aus Mangel an Fähigkeiten und Kenntnissen, nicht vorstehen kann, soll von seinem Posten als Unterofficier entlassen werden.

Art. 113.

Der Unterofficier, welcher sich im Dienste oder außer dem Dienste auf eine Art betrügt, die mit derjenigen Achtung, welche sein Posten von Seiten seiner Untergebenen erfordert, unvereinbar ist, soll zum Gemeinen degradirt werden.

Art. 114.

Der Unterofficier, welcher durch Erkenntniß eines Civilgerichts zu einer Zuchthaus- oder Zwangsarbeitsstrafe verurtheilt ward, soll jedesmal, außer der erkannten Strafe, zum Gemeinen degradirt werden.

Art. 115.

Diejenigen Militärpersonen, welche wegen einer vormaligen Anstellung die Abzeichen als Unterofficiers von einem gewissen Grade tragen, gegenwärtig aber als Unterofficiers von geringerem Grade oder als Gemeine Dienste thun und geführt werden, sollen bei der Bestrafung der Militärvergehen nach dem Grade behandelt werden, in welchem sie Dienst thun.

Art. 116.

Die militärischen Beamten von dem Range der Unterofficiers sollen den Kriegsartikeln des gegenwärtigen

zweiten Abschnittes ebenfalls unterworfen sein, soweit letztere sich nicht auf eigenthümliche Dienstverrichtungen der Unterofficiers beziehen.

Dritter Abschnitt.

Kriegs = Artikel für die Officiers.

Art. 117.

Die Kriegsartikel des 1sten und 2ten Abschnittes sollen durchgängig auf die Officiers unter folgenden Bestimmungen angewendet werden.

Art. 118.

In den Fällen, wo gegen den Gemeinen oder Unterofficier auf Todesstrafe zu erkennen ist, soll gegen den Officier dieselbe Strafe Statt finden.

Art. 119.

In den Fällen, wo gegen den Gemeinen oder Unterofficier auf Versetzung in die Straf = Classe zu erkennen ist, mit Ausnahme der Fälle des 50^{ten}, 75^{ten} und 76^{ten} Artikels, soll gegen den Officier die Strafe der Cassation Statt finden.

Mit der Strafe der Cassation ist jedesmal der Verlust der in hiesigen Diensten ertheilten militärischen Ehrenzeichen verbunden.

Art. 120.

In den Fällen, wo gegen den Gemeinen oder Unterofficier auf Versetzung in die Straf = Classe und Festungsarbeit zu erkennen ist, soll gegen den Officier Cassation und Festungsarrest von gleicher Dauer Statt finden.

Art. 121.

In den Fällen, wo gegen den Gemeinen oder Unterofficier auf Festungsarbeit zu erkennen ist, soll gegen den Officier, nach Beschaffenheit des Vergehens, entweder Ent-

lassung ohne Abschied und Festungsarrest, oder Entlassung ohne Abschied, oder Entlassung mit Abschied und Festungsarrest, oder Entlassung mit Abschied, oder Festungsarrest Statt finden.

Art. 122.

In den Fällen, wo gegen den Gemeinen auf Arrest zu erkennen ist, sollen gegen den Officier, nach Beschaffenheit des Vergehens, entweder Wacharrest oder Hausarrest, oder Verweise vor dem Kriegsgerichte, oder vor dem Officier-Corps Statt finden.

Die Strafe des Verweises kann auch mit einer jeden der vorgenannten Strafen verbunden werden.

Art. 123.

Wegen Schulden der Officiere darf ihr Sold in der Maße in Anspruch genommen werden, daß deshalb ein Abzug von ihrem monatlichen Tractamente, welcher jedoch bei Staabs-Officieren nicht die Hälfte, bei andern Officieren nicht das Drittheil desselben überschreiten darf, Statt finden, und darauf von den Gerichten erkannt werden kann.

Art. 124.

Der Officier, welcher unter dem Vorwande einem Manne zum Abschiede, zur Beurlaubung, zur Befreiung von der Dienstpflichtigkeit, oder zur Erleichterung des Dienstes behülflich zu sein, Geld oder andere Geschenke fordert, oder welcher für eine Begünstigung der Art, Geld oder andere Geschenke annimmt, soll, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit Cassation, oder mit Entlassung ohne Abschied, und, unter Umständen, außerdem mit Festungsarrest bis zu einem Jahre bestraft werden.

Art. 125.

Der Officier, welcher wider einen Unterofficier oder Gemeinen reglementswidrig verfährt, oder ihn mißhandelt, soll, nach Beschaffenheit des Vergehens, mit Entlassung mit Abschied, oder mit Festungsarrest bis zu einem Vier-

teljahre, oder mit einer von den im Art. 122. bestimmten Strafen; wenn aber durch die Mißhandlung dem Manne ein bleibender Nachtheil an seiner Gesundheit zugefügt ist, mit Entlassung mit oder ohne Abschied und mit Festungsarrest bis zu zwei Jahren bestraft werden, auch zum vollen Schadenersatze verbunden sein.

Art. 126.

Der Officier, welcher den Hausarrest bricht, soll, den Umständen nach, mit Festungsarrest oder Entlassung mit oder ohne Abschied bestraft werden.

Art. 127.

Der Officier, welcher in Ansehung der Rapporte sich eines der im Art. 109. bemerkten Vergehen schuldig macht, soll ohne Abschied entlassen und, unter Umständen, außerdem mit Festungsarrest, und in Kriegszeiten bei besonderer Gefährlichkeit selbst mit dem Tode bestraft werden.

Hat derselbe in an sich richtigen Rapporten sich Nachlässigkeiten oder einzelne Unrichtigkeiten aus Uebereilung zu Schulden kommen lassen; so wird er mit Arrest, nach Beschaffenheit des Vergehens, und im öfteren Wiederholungs-fälle mit Festungsarrest, selbst mit Entlassung bestraft.

Art. 128.

Der Officier, welcher entweder aus Mangel an Dienst-eifer, oder aus Mangel an Fähigkeiten und Kenntnissen sich unfähig zeigt, seinem Posten vorzustehen, soll mit Abschied entlassen werden.

Art. 129.

Der Officier, welcher im Dienste oder außer Dienste gegen die Gesetze der Ehre handelt, soll nach Ermessen mit oder ohne Abschied entlassen werden.

Art. 130.

Duelle zwischen einem Officier und einer Civilperson sollen an beiden Thätern durch die Civilgerichte nach den

allgemeinen Landesgesetzen bestraft; die Duelle zwischen Officieren aber nach Folgendem beurtheilt werden:

- 1) Jeder, welcher durch irgend eine freiwillige Beleidigung die erste Veranlassung zu einem Duell gegeben, oder als Beleidigter in dem Falle, wo eine verhältnismäßige Beleidigung nicht vorgefallen, oder wo durch den Beleidiger eine andere, den Verhältnissen angemessene Genugthuung angeboten worden ist, durch Herausforderung das Duell herbeigeführt hat, soll, nach den Umständen, mit Entlassung ohne Abschied, oder mit Entlassung mit Abschied, oder mit Festungsarrest bis zu einem halben Jahre bestraft werden.
- 2) Wenn derjenige Duellant, welcher das Duell nach den Bestimmungen der vorstehenden Nummer herbeigeführt hat, seinem Gegner im Duell eine Verwundung zufügt, wodurch eine Verstümmelung oder ein bleibender Nachtheil für die Gesundheit des Verwundeten erfolgt, so soll derselbe, nach den Umständen, mit Cassation, mit Entlassung ohne oder mit Abschied und mit Festungsarrest bis zu sechs Jahren bestraft werden.
- 3) Wenn derjenige Duellant, welcher das Duell nach den Bestimmungen der Nummer 1. herbeigeführt hat, seinen Gegner im Duell entleibt, oder tödtlich verwundet, so soll derselbe, nach den Umständen, mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Festungsarrest bestraft werden.
- 4) Wenn aber auch in einem Duell Niemand bedeutend oder überall nicht verletzt worden, so soll dennoch jeder Duellant schon als solcher jedes Mal, nach Beschaffenheit der Größe seiner Verschuldung, mit Arrest oder Festungsarrest bis zu drei Monaten, oder Entlassung mit oder ohne Abschied bestraft werden.
- 5) Jede Ausforderung eines Vorgesetzten wegen eines in

Dienstfachen erhaltenen Verweises oder Arrestes soll mit Entlassung ohne Abschied und mit Festungsarrest bis zu drei Jahren bestraft werden.

- 6) Der Officier, welcher zu dem Duell angereizt hat, soll, nach den Umständen, und mit Rücksicht auf die Folgen des Duells, mit Entlassung ohne Abschied, oder mit Entlassung mit Abschied, oder mit Festungsarrest bis zu einem halben Jahre, oder mit Arrest bestraft werden.
- 7) Der Secundant, welcher nicht vor dem Duell die den Verhältnissen angemessenen Schritte gethan hat, um eine Ausgleichung der Sache herbeizuführen, soll, nach den Umständen, mit Festungsarrest bis zu einem Vierteljahre oder mit Arrest bestraft werden.

Art. 131.

Die im Art. 61. vorgeschriebenen Eheconsense werden bei den Officiers von der höchsten Landesbehörde ertheilt.

Art. 132.

Die Militärbeamten von Officiers-Rang sollen den Kriegsartikeln des gegenwärtigen dritten Abschnittes ebenfalls unterworfen sein, so weit sich letztere nicht auf eigenthümliche Dienstverrichtungen oder Standesverhältnisse des Officiers beziehen.

Art. 133.

Der militärische Medicinal-Beamte, welcher bei der Recrutirung oder der Verabschiedung mit Wissen ein unrichtiges Attestat ausstellt, soll, nach den Umständen des Vergehens, mit Cassation oder mit Entlassung ohne Abschied, und, unter Umständen, außerdem mit Festungsarrest bis zu einem Jahre bestraft werden.

Reglement

über die
gegen Officiers, Unterofficiers und Gemeine
anzuwendenden
Militär = Strafen.

Artikel 1.

Die Militärstrafen, auf welche gegen Gemeine erkannt werden kann, sind:

- 1) die Todesstrafe;
- 2) die Karrenstrafe;
- 3) die Festungsarbeit;
- 4) die Versetzung in die Straf=Classe;
- 5) der Arrest;
- 6) die gewöhnlichen Disciplinarstrafen, worüber in dem Reglement über das gerichtliche Verfahren gegen Militärpersonen das Weitere vorgeschrieben ist.

Neben diesen Strafen kann, wo nicht diese Folge schon durch das Gesetz feststeht, auch erkannt werden

- 7) auf den Verlust der hiesigen militärischen Ehrenzeichen.

Art. 2.

Die Todesstrafe wird durch Erschießen vollzogen.

Art. 3.

Ein Soldat, welcher zur Karrenstrafe verurtheilt ist, wird aus dem Militär ausgestoßen.

Es wird demselben vor der ausgerückten Garnison durch den Feldwebel die Uniform ausgezogen und sodann durch geeignete Personen der Strafkittel und die Fesseln angelegt.

Mit der Karrenstrafe ist der Verlust der in hiesigen Diensten ertheilten militärischen Ehrenzeichen ohne Weiteres verbunden.

Art. 4.

Die Strafe der Festungsarbeit wird in dem Militärgefängnisse in Braunschweig oder Wolfenbüttel vollzogen. In dem Erkenntnisse muß jederzeit auch mit der Festungsarbeit der Verlust der Ehrenzeichen ausgesprochen werden, zum mindesten auf die Zeit, während welcher der Verurtheilte die Strafe erduldet.

Art. 5.

Die Soldaten, welche zur Festungsarbeit verurtheilt sind, werden unter militärischem Commando zu öffentlichen Arbeiten gebraucht, theils außerhalb, theils innerhalb des Militärgefängnisses.

Nach beendigter Arbeit werden sie in das Gefängniß eingeschlossen.

Art. 6.

Sie sind nicht gefesselt und tragen eine bestimmte ausgezeichnete Kleidung.

Art. 7.

Diejenigen zur Festungsarbeit verurtheilten Soldaten, welche zugleich in die Straf=Classe versetzt sind, bilden eine besondere Section und werden, soviel thunlich, in ein getrenntes Gefängniß eingeschlossen.

Art. 8.

Die Soldaten, welche zur Festungsarbeit verurtheilt sind, bleiben während der Strafzeit Soldaten, und sind der militärischen Disciplin und den Kriegsartikeln unterworfen, werden jedoch während der Dauer ihrer Strafe aus den Rollen des effectiven Bestandes der Abtheilung, bei welcher sie gestanden, abgeführt und erst nach ausständener Strafe wieder zum Dienst zurückgestellt.

Art. 9.

Sie stehen unter dem Befehle des Platzmajors und sind zugleich in Ansehung der innern Disciplin des Gefängnisses dem Militär=Stockmeister untergeben.

Art. 10.

Wegen der Militärvergehen und der Excesse, deren sie sich während der Strafzeit schuldig machen, werden sie durch Stand= oder Kriegsgerichte und wegen geringerer Vergehen durch den Platzmajor bestraft.

Vergehen der Sträflinge gegen die Ordnung der Straf=Anstalt, über welche in den Kriegsartikeln nicht bereits bestimmt ist, werden mit Herabsetzung der Kost auf Wasser und Brodt, mit Anlegen der Handschellen, Anschließen an die Wand, und andern disciplinarischen Strafen bestraft.

Alles dieses jedoch nur auf Verfügung des Platzmajors.

Dem Militär=Stockmeister steht eine Bestrafung der Soldaten, welche zur Festungsarbeit verurtheilt sind, nicht zu; jedoch kann er dieselben, wenn solches als Sicherungsmittel erforderlich ist, vorläufig schließen lassen.

Art. 11.

Den Soldaten, welche zur Festungsarbeit verurtheilt sind, wird vor der dazu commandirten Abtheilung der Garnison durch den Feldwebel die Uniform ausgezogen, und sodann durch einen dazu commandirten Mann aus der Straf=Classe die Kleidung der Sträflinge angelegt.

Art. 12.

Die Strafe der Festungsarbeit hat keine Ehrlosigkeit zur Folge und die dazu verurtheilten Soldaten treten nach ausgehaltener Strafzeit in ihr voriges oder in ein anderes Bataillon zurück.

Bei dem Rücktritte in das Bataillon wird den bisherigen Sträflingen vor der commandirten Abtheilung der Garnison die Kleidung der Sträflinge durch einen Mann

aus der Straf=Classe ausgezogen, und sodann die Uniform durch den Feldwebel wieder angezogen.

Art. 13.

Die Zeit der erlittenen Festungsarbeit kommt bei der Dauer der Militärpflichtigkeit nicht in Rechnung.

Art. 14.

Die Strafe der Versetzung in die Straf=Classe besteht darin:

- 1) daß die Soldaten von der Straf=Classe wegen allere geringern Vergehen, weshalb gegen die übrigen Soldaten nur eine Arreststrafe eintritt, mit strengem Arreste bestraft werden;
- 2) daß dieselben der militärischen Ehrenzeichen, wenigstens für den Zeitraum, wo sie sich in der Straf=Classe befinden, verlustig werden, welche ihnen früher in hiesigen Diensten verliehen waren;
- 3) daß dieselben weder als Gefreite, noch als Mitglieder der Stand= und Kriegsgerichte commandirt werden können;
- 4) daß dieselben auch während der geringern Untersuchungen, wegen welcher bei den übrigen Soldaten gar kein Arrest oder nur Wacharrest Statt findet, jedes Mal in das Militärgefängniß in Arrest kommen;
- 5) daß dieselben während des Arrestes Handschellen tragen sollen und, dem Befinden nach, auf Wasser und Brodt gesetzt werden.

Art. 15.

Die Soldaten von der Straf=Classe stehen bei jeder Compagnie unter der besondern Aufsicht eines bestimmten Sergeanten und werden bei den Versammlungen der Compagnie besonders gestellt.

Art. 16.

Die Versetzung in die Straf=Classe findet nur auf Erkenntniß eines Kriegsgerichts Statt.

Art. 17.

Sie erfolgt:

- 1) wegen bestimmter, ehrwürdiger Militär- und anderer Verbrechen nach Vorschrift der Kriegsartikel;
- 2) gegen jeden Soldaten, welcher zum zweiten Male wegen desselben Verbrechens zur Festungsarbeit verurtheilt ist;
- 3) gegen einen jeden Soldaten, welcher durch die Strafe des Arrestes von allen Graden auf keine Art zu bes fern ist.

Art. 18.

Diejenigen Soldaten, welche wegen Diebstahls mit Festungsarbeit, Zuchthaus- oder Zwangsarbeit bestraft werden, oder bereits gegenwärtig diese Strafe erleiden, sollen bei ihrer Wiedereinstellung in die Straf-Classe eingestellt werden; und haben die Commandeurs des activen Corps und der Reserve die Namen dieser Leute an die Fürstl. Militär-Administrations-Commission einzusenden.

Art. 19.

Ein Soldat von der Straf-Classe, welcher durch eine fortdauernde untadelhafte Aufführung Beweise einer ernstlichen Besserung giebt, oder sich vor dem Feinde, oder sonst vorzüglich auszeichnet, kann aus der Straf-Classe zurück versetzt werden.

Eben so wie die Versetzung in die Straf-Classe kann auch die Zurückversetzung aus derselben in den Fällen, wo nicht dieselbe durch Ablauf der im Urtheile bestimmten Zeit von selbst eintritt, nur durch ein Kriegsgericht geschehen.

Art. 20.

Bei der Husaren-Escadron und Fußjäger-Compagnie findet eine Straf-Section nicht Statt. Die Husaren und Fußjäger, gegen die auf Versetzung in die Straf-Classe erkannt ist, werden von der Escadron oder Com-

pagnie entlassen und bei derjenigen Truppenabtheilung, welcher sie zugeführt werden, in die Straf-Classe eingestellt.

Art. 21.

Die Strafe des Arrestes hat folgende drei Grade:

- 1) der gewöhnliche Arrest, wobei keine weitere Schärfung eintritt, als daß dem Arrestanten Brantewein und Taback entzogen wird;
- 2) der Arrest bei Wasser und Brodt;
- 3) der strenge Arrest, welcher bei Wasser und Brodt in einem völlig dunkeln Gefängnisse vollzogen wird.

An einem jeden vierten Tage wird dem Arrestanten bei dem zweiten und dritten Grade des Arrestes gewöhnliches warmes Essen, und bei dem dritten Grade außerdem der Aufenthalt in einem hellen Gefängnisse gestattet.

Art. 22.

Auf strengen Arrest kann nur bis zu vier Wochen und auf Arrest bei Wasser und Brodt nur bis zu acht Wochen erkannt werden.

In dem Urtheile kann auf gewöhnlichen Arrest, auf Arrest bei Wasser und Brodt und auf strengen Arrest, auf jeden während einer gewissen Zeit, zusammen erkannt werden.

Art. 23.

Die Arreststrafe von allen drei Graden wird, soviel irgend thunlich, in einem einsamen Gefängnisse vollzogen. Namentlich findet daher ein Strafarrrest in der Wache oder in den Gefängnissen, wo die Inquisiten während der Untersuchung verwahrt werden, nicht Statt.

Art. 24.

Zu den Strafarrrestanten hat Niemand außer dem Gefangenwärter Zutritt.

Art. 25.

Die Arrestanten, an welchen ein strenger Arrest, oder ein Arrest bei Wasser und Brodt vollzogen wird, werden

wenigstens an einem jeden vierten Tage regelmäßig durch einen Militärarzt untersucht.

Art. 26.

Ein ungebührliches Betragen im Gefängnisse während des Strafarrestes wird in den Garnison-Gefängnissen durch den Platzmajor und in den Casernen-Gefängnissen durch den Bataillons-Chef, mit Schärfung oder Verlängerung des Arrestes innerhalb der Gränzen seiner Competenz, oder mit Anschließen an die Wand bestraft. Dem Stockmeister steht eine Bestrafung der Militärarrestanten, welche sich zur Strafe oder während einer Untersuchung im Stockhause befinden, nicht zu, jedoch kann er dieselben, wenn solches als Sicherungsmittel erforderlich ist, vorläufig schließen lassen.

Art. 27.

Der Arrest, welchen der Inculpat während der Untersuchung bis zur Publication des Urtheils erlitten hat, wird bei der Zeit der erkannten Arreststrafe nicht in Anrechnung gebracht.

Art. 28.

Auf dem Marsche, wenn die Vollziehung der Arreststrafe unthulich ist, tritt an deren Stelle das Commandiren zu allen Fatiguen, während einer bestimmten Zeit, oder das Anschließen an einen Baum, das Gesicht nach dem Baume zugekehrt, welches jedoch auf eine der Gesundheit unnachtheilige Weise geschehen muß.

Art. 29.

Die Militärstrafen, auf welche gegen Unterofficiers erkannt werden kann, sind:

- 1) die Todesstrafe,
- 2) die Karrenstrafe,
- 3) die Festungsarbeit, mit Degradation zum Gemeinen,

- 4) die Versetzung in die Straf-Classe mit Degradation zum Gemeinen,
- 5) die Degradation zum Unterofficier von geringerem Grade, oder zum Gemeinen,
- 6) die simple Entlassung von dem Grade eines Unterofficiers,
- 7) der Verlust des silbernen Portepees,
- 8) der Arrest von den drei im Art. 21. bestimmten Graden, und auf dem Marsche die im Art. 28. statt des Arrestes vorgeschriebenen Strafen,
- 9) als Disciplinarstrafe, der Casernen-Arrest und der Arrest in der Casernen-Wache,
- 10) der Verlust der hiesigen militärischen Ehrenzeichen.

Art. 30.

Einem Unterofficier, welcher zur Degradation verurtheilt ist, werden die Abzeichen seines bisherigen Grades, vor der ausgerückten Garnison oder Bataillon, durch den Feldwebel abgenommen.

Ein Gleiches geschieht mit dem silbernen Portepee, wenn auf diese Strafe erkannt worden.

Art. 31.

Degradation eines Unterofficiers auf bestimmte Zeit findet nicht Statt. Selbige steht jedoch einer neuen Beförderung nicht entgegen.

Art. 32.

Bei der Entlassung eines Unterofficiers, welche wegen eines bloßen Mangels an der erforderlichen Kenntniß und Fähigkeit, seinem Posten vorzustehen, eintritt, findet die im Art. 30. vorgeschriebene öffentliche Vollziehung nicht Statt.

Ob und bei welcher Truppen-Abtheilung ein entlassener Unterofficier wieder angestellt wird, bestimmt sich nach den allgemeinen Grundsätzen der Dienstpflichtigkeit.

Art. 33.

Gegen einen Feldwebel kann ohne Degradation nicht auf strengen Arrest, und gegen einen Feldwebel und Sergeanten auf Märschen nicht auf das Anschließen an einen Baum erkannt werden.

Art. 34.

Mit andern Strafen irgend einer Art, als den in dem gegenwärtigen Reglement autorisirten, kann ein Unterofficier oder Gemeiner, weder durch Erkenntniß der Kriegs- oder Standgerichte, noch durch einen militärischen Vorgesetzten belegt werden.

Eine jede zugefügte Bestrafung, welche durch gegenwärtiges Reglement nicht autorisirt ist, wird als gesetzwidrige Mißhandlung eines Untergebenen nach Vorschrift der Kriegsartikel bestraft.

Dagegen steht den commandirenden Officiers und Unterofficiers, bei thätlicher Widerseßlichkeit und Auslieferung ihrer Untergebenen gegen das Commando, das Recht zu, sich durch jedes Mittel, welches die Umstände erfordern, augenblicklich Gehorsam zu verschaffen.

Art. 35.

Bei Desertionsfällen wird, sobald die Desertion von Seiten des Commandeurs in den Anzeigen bekannt gemacht worden ist, durch die Stadt- und Kreisgerichte sowohl auf das gegenwärtige Vermögen der Deserteurs, als auf die denselben nach ihrer Desertion zufallenden Erbtheile Beschlagnahme gelegt.

Art. 36.

Das Vermögen der Deserteurs wird durch die Stadt- und Kreisgerichte für die öffentliche Casse verwaltet. Der Compagnie werden daraus diejenigen Effecten vergütet, welche nach Inhalt des Equipirungsregisters durch die Desertion verloren gegangen sind.

Den Angehörigen des Deserteurs, welche aus dessen Vermögen gesetzlich Alimente ansprechen können, bleibt die Verfolgung ihrer Ansprüche unbenommen.

Art. 37.

Die Beschlagnahme des Vermögens hört auf:

- 1) wenn der Deserteur nach seiner Verhaftung oder freiwilligen Wiederstellung die ihm erkannte Strafe ausgestanden hat, oder ihm letztere im Wege der Gnade erlassen worden ist;
- 2) mit dessen erweislichen Ableben oder dessen Todeserklärung.

Das vorhandene Capital des Vermögens wird in dem ersten Falle dem desertirt gewesenen Eigenthümer, in dem zweiten Falle aber dessen Intestaterven übergeben.

Art. 38.

Der Deserteur kann über sein beschlagenes Vermögen weder durch letzten Willen, noch durch Geschäfte unter Lebenden disponiren.

Art. 39.

Die Militärstrafen, auf welche gegen Officiers erkannt werden kann, sind;

- 1) die Todesstrafe,
- 2) die Cassation,
- 3) die Entlassung ohne Abschied,
- 4) die Entlassung mit Abschied,
- 5) der Festungsarrest,
- 6) der Wacharrest,
- 7) der Hausarrest,
- 8) der Verweis im Tagesbefehle, vor einem Kriegsgerichte und vor den versammelten Officiers.

Sämmtliche Behörden des Herzogthums, besonders aber die Militärbehörden und Militärpersonen, so wie überall ein Jeder, insofern es ihn betrifft, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Herrnhäusen, den 29^{ten} October 1821.



George. R.

E. Graf von Münster.

Instruction

über die

Beeidigung der Unterofficiers und Gemeinen.

Art. 1.

Die Beeidigung der Unterofficiers und Gemeinen geschieht durch den Auditeur; wenn an dem Orte, wo die Einstellung geschieht, kein Auditeur gegenwärtig sein sollte, durch den Bataillons-Adjutanten oder dessen Stellvertreter.

Dem Auditeur oder dessen Stellvertreter wird zu solchem Behuf durch den Bataillons-Adjutanten eine namentliche Liste der zu beeidigenden Mannschaft übergeben und darunter durch den Auditeur oder dessen Stellvertreter, oder den Bataillons-Adjutanten die geschehene Beeidigung bescheiniget.

Art. 2.

Die Beeidigung geschieht, sobald der Mann bei der Compagnie eingestellt worden ist; und in der Stammrolle wird bei dem Namen des Mannes die geschehene Beeidigung und deren Datum bemerkt.

Art. 3.

Die Beeidigung geschieht nach folgender Eidesformel:

„Ich N. N. gelobe und schwöre zu Gott
 „dem Allmächtigen, daß ich dem regieren-
 „den Landesherrn aus dem Durchlauchtig-
 „sten Hause Braunschweig, so wie Höchstdes-
 „sen Nachfolgern in der Regierung, aus dem
 „Durchlauchtigsten Hause Braunschweig,
 „überall, wohin ich commandirt werde, als

„getreuer und rechtschaffener Soldat die-
nen will.“

„Ich schwöre, den Befehlen der Gene-
rale, Officiere und sonstigen Obern, welche
„über mich gesetzt sind, jederzeit willig und
„getreulich Folge zu leisten.“

„Ich schwöre, nach meinen besten Kräf-
ten alles dasjenige, was in den Kriegs-
„Artikeln und Dienstreglements geboten ist,
„zu erfüllen, so wie dasjenige, was darin
„verboden ist, zu unterlassen. So wahr mir
„Gott helfe und sein heiliges Wort.“

Art. 4.

Vor der Beeidigung wird dem Manne der erste Ab-
schnitt der Kriegsartikel bis zum Art. 95. einschließlich
vorgelesen.

(17.) Verordnung, die Militär-Estrafen und Proceffe be-
treffend. D. D. Herrnhausen, den 29sten October
1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gna-
den König des vereinigten Reichs Großbri-
tannien und Irland, auch König von Han-
nover, Herzog zu Braunschweig und Lüne-
burg &c. In vormundschaftlicher Regierung
Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl,
Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Nachdem Wir in einer besondern Verordnung diejeni-
gen Estrafen bestimmt haben, welche in Zukunft gegen die
Militärpersonen in Anwendung gebracht werden sollen, welche
den Kriegsgesetzen zuwider handeln, so haben Wir auch
für nöthig erachtet, genauer zu bestimmen, wie künftig
gegen die Militärpersonen sowohl bei eigentlichen Militär-
Vergehungen, als auch bei nicht militärischen Vergehun-
gen und in bürgerlichen Klagesachen verfahren werden solle,
und zu dem Ende, mit Aufhebung der bisherigen deshalb
bestandenen Vorschriften, insoweit solche nicht durch gegen-
wärtige Verordnung bestätigt sind, nachstehendes Regle-
ment über das gerichtliche Verfahren gegen Militärperso-
nen vorzuschreiben und zu erlassen für nöthig befunden:

Erste Abtheilung.

Von dem Verfahren bei der Bestrafung der Militär-Vergehen.

Erster Abschnitt.

Von dem Rechte der Commandeurs, Militär-Vergehen zu bestrafen.

Art. 1.

Die Militär-Vergehen werden entweder durch den Commandeur, oder durch ein Standgericht, oder durch ein Kriegsgericht bestraft.

Art. 2.

Der Compagnie-Chef und ein jeder Officier, der ein besonderes Commando hat, kann die kleinen Dienst- und Exercirfehler der Soldaten mit Disciplin-Estrafen, als: Casernen-Arrest, Arrest in der Casernen-Wache, Nachexerciren, Reinigung der Waffenstücke in den Montirungs-Kammern, Putzen der Pferde und des Reitzeuges für die übrige Mannschaft und auf andere ähnliche Art, als durch Dienstleistungen in den Casernen und dergleichen, bestrafen, welche Estrafen jedoch das Ehrgefühl nicht verletzen dürfen.

Unterofficiers sind wegen kleiner Dienst- und Exercirfehler mit Casernen-Arrest, oder Arrest in der Casernen-Wache zu bestrafen.

Art. 3.

Der Compagnie-Chef kann ferner gegen Unterofficiers und Soldaten seiner Compagnie auf gewöhnlichen Arrest, auf Arrest bei Wasser und Brodt und auf strengen Arrest bis zu drei Tagen erkennen.

Art. 4.

Uebrigens kann ein jeder Subaltern-Officier und Unter-Officier vorläufig einen untergebenen Unterofficiier oder Soldaten, der sich gegen ihn vergeht, sofort arretiren.

Es wird davon dem Compagnie-Chef, oder im Garnisondienste dem Garnison-Commandanten, sogleich Meldung gemacht und nach Bestimmung der Art. 3. 5. 9. 19. oder 107. weiter verfahren.

Art. 5.

Der Bataillons-Chef, die Commandeurs der Artillerie, der Cavallerie und der Veteranen, die Garnison-Commandanten, der Director des Zeughauses und des Montirungs-Magazins, so wie die Commandeurs der größern Truppen-Abtheilungen, können gegen Unterofficiers und Soldaten der ihnen untergeordneten Mannschaften auf strengen Arrest bis zu fünf Tagen, auf Arrest bei Wasser und Brodt bis zu acht Tagen, und auf gewöhnlichen Arrest bis zu vierzehn Tagen erkennen.

Art. 6.

Gegen Officiers können die Bataillons-Chefs und die übrigen im Art. 5. bestimmten Commandeurs auf Hausarrest und Wacharrest bis zu drei Tagen, die Brigade-Chefs bis zu acht Tagen und der Commandeur des activen Corps, der Commandeur der Reserve und der Commandant der Stadt Braunschweig bis zu vier Wochen erkennen.

Eine jede Arreststrafe, welche, in Gemäßheit des gegenwärtigen Artikels, durch den Commandeur gegen einen Officier erkannt ist, wird in der Conduitenliste mit Anführung des Grundes bemerkt.

Art. 7.

Uebrigens kann jeder in der Ancienneté ältere Officier vorläufig einem jüngern Officier, der sich im Dienst oder außer Dienst gegen ihn vergeht, sofort Hausarrest

geben. Es wird davon sogleich dem Bataillons- oder sonstigen Chef Meldung gemacht und nach Bestimmung der Art. 6. 8. oder 19. weiter verfahren.

Art. 8.

Ein jeder commandirender Officier kann einem untergebenen Officier öffentliche Verweise vor den versammelten Officiers der Truppenabtheilung ertheilen.

Der Commandeur des activen Corps, der Commandeur der Reserve und der Commandant der Stadt Braunschweig kann einem Officier in den beiden im Art. 101. bestimmten Fällen Verweise im Tagsbefehle ertheilen.

Unterrichtende Zurechtweisungen in Dienstsachen sind nicht für Verweise zu achten.

Art. 9.

Die Garnison-Commandanten haben in den Fällen der Art. 4. 5. 6. und 8. diejenigen Militär-Bergehen zu bestrafen, welche im Garnisondienste begangen werden.

Art. 10.

Die Commandeurs können bei einem Straferkenntniß zugleich zu dem Schadensersatz und zu der Erstattung der etwaigen sonstigen Kosten ohne Weiteres verurtheilen, vorbehaltlich jedoch der fernern Verfolgung dadurch unerledigter Civilansprüche.

Art. 11.

Findet der Commandeur in den Fällen, in welchen er selbst erkennen kann, eine vorgängige schriftliche Untersuchung erforderlich, so kann er dieselbe durch den Zahl- oder Quartiermeister, den Adjutanten oder einen sonstigen Officier anstellen lassen.

Art. 12.

Schwerere Strafen, als die in den Art. 2. 3. 5. 6. und 8. enthaltenen, können nur durch ein Stand- oder Kriegsgericht zuerkannt werden.

Dagegen sollen solche Fälle, welche nach diesen Arti-

keln der Commandeur selbst abmachen kann, nicht zu einem Stand- oder Kriegsgerichte gebracht werden.

Art. 13.

Kein Officier, Unterofficier oder Soldat, gegen welchen der Commandeur in Gemäßheit der Art. 2. 3. 5. 6. und 8. eine Bestrafung erkennt, kann verlangen, statt dessen vor ein Stand- oder Kriegsgericht gestellt zu werden.

Art. 14.

Ueber einen jeden Unterofficier und Soldaten wird bei der Compagnie ein Strafregister geführt.

In dem Strafregister werden mit Anführung des Bergehens sämtliche Strafen ohne Ausnahme bemerkt, womit der Mann bei dem Corps oder bei der Garnison, theils durch Erkenntniß der Stand- und Kriegsgerichte, theils auf Befehl des Commandeurs, in Gemäßheit der Art. 2. 3. und 5. belegt worden ist.

Desgleichen werden darin die Bergehen bemerkt, wegen welcher derselbe während seiner Dienstzeit durch Erkenntniß der Civilgerichte bestraft ist.

Bei Versetzung des Mannes zu einer andern Compagnie wird ein ihn betreffender Auszug des Strafregisters an den neuen Compagnie-Chef abgegeben und zugleich durch den bisherigen Compagnie-Chef ein Zeugniß über die sonstige gute oder schlechte Aufführung des Mannes hinzugefügt.

Da bei Versetzung eines Compagnie-Chefs der abgehende dem antretenden das vollständige Strafregister überliefert, so hat derselbe nur noch abgefordert davon einzelne Bemerkungen über die darin vorkommenden Subjecte hinzuzufügen, wenn er dafür hält, daß solche zur richtigeren Beurtheilung selbiger Subjecte erforderlich sein möchten.

Art. 15.

Von sämtlichen Strafen, welche bei einer jeden Truppenabtheilung oder Garnison, theils nach Erkenntniß der Stand- oder Kriegsgerichte, theils auf Befehl der Com-

mandeurs, in Gemäßheit der Art. 3, 5. und 6., vollzogen sind, wird durch den Commandeur oder Commandanten eine monatliche Liste an die Fürstl. Militär-Administrations-Commission eingesandt.

Zweiter Abschnitt.

Von den Kriegsgewichten.

Art. 16.

Auf Todesstrafe, Karrenstrafe, Festungsarbeit, Verfehrung in die Straf-Classe, Degradation eines Feldwebels zum Gemeinen, und in allen Untersuchungsfachen gegen Officiers, mit Ausnahme der in dem Art. 6. und 8. bestimmten Fälle, kann nur ein Kriegsgewicht erkennen.

Art. 17.

Ein Kriegsgewicht kann nur von dem Commandeur des activen Corps, dem Commandeur der Reserve und dem Commandanten der Stadt Braunschweig, unter den näheren Bestimmungen der Art. 53. und 54., angeordnet werden.

Art. 18.

Dem Commandanten der Stadt Braunschweig steht die Anordnung der Kriegsgewichte zu:

- 1) wegen aller Militär-Vergehen, die in einer Garnison im Garnisondienste begangen werden;
- 2) in den Fällen, wo eine Militärperson sich eines Vergehens im Garnisondienste und zugleich eines andern Militär-Vergehens schuldig gemacht hat;
- 3) in den Fällen, wo Militärpersonen vom activen Corps und von der Reserve Mitschuldige desselben Vergehens sind;
- 4) wegen aller Militär-Vergehen derjenigen Personen, die unter den Befehlen der Directoren des Zeughauses und des Montirungs-Magazins stehen;

- 5) wegen aller Militär-Vergehen des bei den Militär-Hospitälern angestellten Personals.

Art. 19.

Von allen Vergehen, über welche ein Kriegsgewicht zu erkennen hat, wird sogleich dem Chef, unter dessen Oberbefehl der Inculpat steht, Meldung gemacht.

Zugleich wird über die vorhandenen Zeugen oder sonstigen Beweismittel, über die erschwerenden oder mildernenden Umstände des Vergehens und über dessen muthmaßliche Veranlassung, so weit solches alsdann schon bekannt, Bericht erstattet.

Die vorläufigen Sicherheitsmaaßregeln, als die Arretirung des Thäters, die Trennung der Mitschuldigen, die Visitation der Person und Beschlagnahme der bei ihr befindlichen Effecten u. s. w., sind von dem Compagnie-Chef, dem Feldwebel oder Wachtcommandanten ohne Zeitverlust zu veranstalten.

Art. 20.

Arrestanten von der Reserve können zu einer kriegsgewichtlichen Untersuchung nach Braunschweig nicht ohne einen Special-Befehl des Commandeurs der Reserve abgeführt werden.

Art. 21.

Der im Art. 17. bestimmte Commandeur erteilt dem Auditeur den Befehl, das Vergehen gerichtlich zu untersuchen.

Mit diesem Befehle werden dem Auditeur die vollständigen, über das Vergehen vorhandenen Meldungen, Berichte, Schreiben der Civil-Behörden und sonstige Notizen im Original, so wie bei Unterofficiers und Gemeinen ein Auszug aus der Stammrolle und eine Abschrift des Strafregisters, mitgetheilt.

Diese Papiere werden sämmtlich den gerichtlichen Acten beigelegt,

Art. 22.

Bei Desertionsfällen wird ebenfalls die Untersuchung sogleich eingeleitet, wenn auch der Deserteur noch nicht zur Haft gebracht ist.

Zu dem Ende ist unverzüglich nachzusehen, welche Militär-Effecten der Deserteur zurückgelassen und welche er mitgenommen hat; von beiden aber ein vom Compagnie-Chef unterschriebenes Verzeichniß dem Auditeur mitzutheilen, ihm auch im Falle der freiwilligen Rückkehr oder der Verhaftung des Deserteurs anzuzeigen, welche von den mitgenommenen Effecten dieser wieder zurückgebracht hat, und ob solche im brauchbaren Stande sind.

Art. 23.

Die Steckbriefe gegen Deserteurs werden von demjenigen Chef erlassen, unter dessen Oberbefehl der Deserteur stand.

Art. 24.

Die Verhöre werden bei den kriegsgerichtlichen Untersuchungen durch den Auditeur gehalten.

Art. 25.

Der Auditeur verfährt bei den Verhören durchgängig nach den Grundsätzen des Untersuchungs-Processes und nach den Vorschriften der allgemeinen Landesgesetze, soweit letztere nicht durch gegenwärtiges Reglement modificirt sind.

Art. 26.

Wenn es sich während der Untersuchung ergibt, daß dem Inculpaten außer demjenigen Vergehen, wegen dessen der Commandeur eine Untersuchung angeordnet hat, noch ein anderes militärisches Vergehen zur Last fällt, so richtet der Auditeur ohne weitere Anfrage die Untersuchung auf beide Vergehungen.

Art. 27.

Zu den Verhören, welche der im Art. 17. bestimmte

Commandeur ansetzt, wird durch denselben ein Officier als Beisitzer bestimmt.

Bei Untersuchungen gegen einen Staats-Officier oder Capitain, ist der Beisitzer des Verhørs ein Staats-Officier, und bei andern kriegsgerichtlichen Untersuchungen jedesmal ein Capitain.

Art. 28.

Der Beisitzer des Verhørs ist jedesmal Mitglied des künftigen Kriegsgerichts und ist daher mit Berücksichtigung der Art. 60. und 61. zu commandiren.

Art. 29.

Bei sämtlichen Verhören bis zum Schlusse der Untersuchung bleibt derselbe Officier Beisitzer, und ist daher an den Tagen, wo Verhöre gehalten werden, zu keinem andern Dienste zu beordern.

Art. 30.

Der commandirte Beisitzer des Verhørs nimmt zwar keinen directen Antheil an der Leitung der Untersuchung, hat jedoch dem Auditeur diejenigen Bemerkungen, welche ihm angemessen erscheinen, ohne Beisein des Inculpaten oder der Zeugen, mitzutheilen.

Art. 31.

Das Verhör-Protocoll wird von dem commandirten Beisitzer mit unterschrieben.

Art. 32.

Die Verhöre sind nicht öffentlich, und es darf bei denselben Niemand zugegen sein, als der Auditeur und der commandirte Beisitzer.

Art. 33.

Wegen Eistirung der Zeugen wird bei Militär-Zeugen der Bataillons-Chef, und bei Civil-Zeugen das competente Civil-Gericht durch den Auditeur requirirt.

Art. 34.

Entfernte Civil-Zeugen werden auf Requisition des

Auditeurs durch das competente Civil-Gericht vernommen und entfernte Militärzeugen, nach den Umständen, entweder, wenn ihr persönliches Erscheinen nothwendig, zur Vernehmung einbeordert, oder auf Requisition des Auditeurs durch das Civil-Gericht vernommen.

Nach Lage der Sache kann auch der Angeschuldigte, wenn derselbe entfernt ist, vorläufig auf Requisition des Auditeurs durch das Civil-Gericht vernommen werden.

Art. 35.

Der Angeschuldigte wird, wenn sich derselbe nicht in Arrest befindet, auf Requisition des Auditeurs durch den Bataillons-Chef zum Verhör sistirt, und wenn er in Arrest ist, auf Requisition des Auditeurs durch den Wachcommandanten, Stockmeister oder sonstigen Aufseher des Arrestanten ohne weitere Anfrage verabsfolgt.

Der Director des Militärhospitals hat zu dem Ende jedesmal, wenn er das Hospital verläßt, dem Hospital-Inspector die Notiz zurückzulassen, welche Militär-Arrestanten aus dem Hospitale zum Verhör transportirt werden können.

Art. 36.

Die Zeugen werden nicht in Gegenwart des Angeschuldigten vernommen; bei dem Schlusse der Untersuchung werden aber sämtliche Zeugen-Aussagen dem Angeschuldigten vorgelesen, damit er im Stande sei, etwaige Bemerkungen deshalb zeitig vorzutragen.

Art. 37.

Bei Vergehen, auf welche Todesstrafe oder Karenzstrafe gesetzt ist, werden die Zeugen jedesmal eidlich vernommen.

Bei andern Vergehen findet nur dann eine Beeidigung der Zeugen Statt, wenn entweder der Angeschuldigte wesentliche Puncte läugnet, oder doch nicht eingesteht, oder

wenn eine Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß der Zeuge Thatsachen, welche ihm bekannt sind, nicht angebe.

Jeder Zeuge wird vor seiner Aussage aufgefordert, dieselbe so einzurichten, daß er solche zu beschwören vermöge.

Art. 38.

Die Beeidigung wird bei den Zeugen, welche an dem Orte der Untersuchung anwesend sind, in Gegenwart des Angeschuldigten, nach nochmaliger Vorlesung der zu beschwörenden Aussage, vorgenommen.

Art. 39.

Vor der Beeidigung wird den Zeugen die Heiligkeit des Eides auf eine angemessene Art vorgestellt.

Art. 40.

Die Beeidigung der Zeugen geschieht nach folgender Formel:

„Ich N. N. schwöre zu Gott dem Allmächtigen, „daß die mir vorgelesene Aussage in allen Stücken, nach meinem besten Wissen und Gewissen, „die reine Wahrheit ist, und daß ich darin nichts, „was zur Aufklärung der Sache gehört und mir „bekannt ist, verschwiegen habe: so wahr mir „Gott helfe und sein heiliges Wort!“

Art. 41.

Eine Confrontation findet zwischen militärischen Vorgesetzten und Untergebenen und zwischen Militärpersonen von höherem und von niederem Grade nicht Statt, außer wenn der Angeschuldigte selbst der Vorgesetzte oder von höherem Grade ist und die Confrontation verlangt, oder aber, wenn von einem Capitalverbrechen die Rede ist, und das Gericht die Confrontation nöthig erachten würde.

In den Fällen, wo eine Confrontation nicht Statt findet, wird nur einem jeden Theile der Widerspruch des andern Theils bekannt gemacht und derselbe darüber weiter vernommen.

Art. 42.

Ein ungebührliches Betragen der Zeugen oder Kläger vor Gericht kann auch bei Civilpersonen sofort mit Arrest bestraft und darüber ein gehöriges Protocoll besonders aufgenommen werden.

Art. 43.

Ein Reinigungsseid des Angeschuldigten findet nicht Statt.

Art. 44.

Bei jeder Untersuchung ist das frühere Betragen und der moralische Character des Angeschuldigten genau zu erforschen und die darüber eingeforderten Zeugnisse sind, ohne Unterschied, ob solche vortheilhaft oder nachtheilig lauten, zu den Acten zu legen.

Art. 45.

In allen Fällen, wo nach den Kriegsartikeln auf Todesstrafe, Karrenstrafe, zwei oder mehrjährige Festungsarbeit, Cassation oder Entlassung eines Officiers ohne Abschied erkannt werden kann, hat der Angeschuldigte das Recht, einen bestimmten Bertheidiger zu begehren.

Der Angeschuldigte wird über sein Recht, einen Bertheidiger zu begehren, von Gerichtswegen belehrt.

Art. 46.

Ein Subaltern-Officier, Unterofficier und Gemeiner kann einen jeden Capitain, Subaltern-Officier oder Zahl- und Quartiermeister, und ein Staabs-Officier und Capitain kann einen jeden Officier oder Zahl- oder Quartiermeister, mit Ausnahme der im Art. 17. genannten Commandeurs, zu seinem Bertheidiger begehren.

Art. 47.

Der Officier oder Zahl- und Quartiermeister, welchen der Angeschuldigte zu seinem Bertheidiger begehrt, kann die Bertheidigung nicht ablehnen, sofern er nicht besondere Gründe anzuführen vermag, über welche der im Art. 17.

bestimmte Commandeur entscheidet. In geringern als den im Art. 45. ausgedrückten Fällen, aber kann keine der vor genannten Personen ohne ihren freien Willen angehalten werden, die Bertheidigung zu übernehmen.

Art. 48.

In allen Fällen, wo nach den Kriegsartikeln Todesstrafe oder Karrenstrafe erkannt werden kann, wird dem Angeschuldigten auch ohne sein Begehren ein Bertheidiger bestellt. Es wird derselbe auf Antrag des Auditeurs durch den im Art. 17. bestimmten Commandeur ernannt.

Art. 49.

Der Bertheidiger kann sowohl die Untersuchungsacten bei dem Auditeur einsehen, als eine Unterredung ohne Zeugen mit dem Angeschuldigten begehren.

Art. 50.

Die Ausgaben, welche die Untersuchung erfordert, werden gegen Quittung des Auditeurs von der General-Kriegs-Casse vorgeschossen.

Art. 51.

Nach dem Schlusse der Untersuchung übergiebt der Auditeur dem Commandeur, auf dessen Befehl die Untersuchung geführt ist, die sämtlichen Acten und den Entwurf der Anklage.

Art. 52.

Jede Anklage muß specielle Thatfachen enthalten, und sich sodann in Folge dieser Thatfachen auf einen bestimmten Kriegsartikel beziehen.

Art. 53.

Die Kriegsgerichte über Officiers kann der im Art. 17. bestimmte Commandeur nur auf landesherrlichen Special-Befehl anordnen, und hat daher in den vorkommenden Fällen nach dem Schlusse der Untersuchung die Acten mit Bericht höchsten Orts einzusenden.

Art. 54.

Die Kriegsgerichte über Unterofficiers und Soldaten werden von dem im Art. 17. bestimmten Commandeur ohne höhere Autorisation angeordnet.

Art. 55.

Wegen Abhaltung der Kriegsgerichte erläßt der im Art. 17. bestimmte Commandeur einen fernern Befehl an den Auditeur.

Mit diesem Befehle wird dem Auditeur die ausgefertigte und von dem Commandeur nach vorgängiger Prüfung unterschriebene Anklage übergeben.

Dem Angeklagten und dem Vertheidiger werden durch den Auditeur sofort Abschriften der Anklage zugestellt.

Art. 56.

Zu einem Kriegsgerichte über einen Staats-Officier werden ein General, oder in dessen Ermangelung der vornehmste Officier im Range, außer dem Commandeur, als Präsident, und sechs Staats-Officiers und vier Capitains, als Beisitzer, commandirt.

Zu einem Kriegsgerichte über einen Capitain: ein Oberstlieutenant, oder der älteste gegenwärtige Staats-Officier nach demselben, als Präsident, und zwei Majors, zwei Capitains, zwei Lieutenants, zwei Fähnrichs, als Beisitzer, und bei einem Gerichte über Leben und Tod: ein Oberstlieutenant oder ältester Staats-Officier nach demselben als Präsident, und drei Majors, drei Capitains, zwei Lieutenants, zwei Fähnrichs, als Beisitzer.

Zu einem Kriegsgerichte über einen Subaltern-Officier: ein Major, als Präsident, und drei Capitains, drei Lieutenants, zwei Fähnrichs, als Beisitzer, und bei einem Gerichte über Leben und Tod: ein Oberstlieutenant, oder ältester Staats-Officier nach demselben, als Präsident, und drei Majors, drei Capitains, zwei Lieutenants, zwei Fähnrichs, als Beisitzer.

Zu einem Kriegsgerichte über einen Unterofficier: ein Major, als Präsident, und zwei Capitains, zwei Lieutenants, zwei Fähnrichs, ein Sergeant, ein Corporal, als Beisitzer, und bei einem Gerichte über Leben und Tod: ein Major, als Präsident, und drei Capitains, drei Lieutenants, zwei Fähnrichs, zwei Unterofficiere, als Beisitzer.

Zu einem Kriegsgerichte über einen Gemeinen: ein Major, als Präsident, und zwei Capitains, zwei Lieutenants, zwei Fähnrichs, ein Sergeant, ein Corporal, zwei Gemeine, als Beisitzer, und bei einem Gerichte über Leben und Tod: ein Major, als Präsident, und drei Capitains, drei Lieutenants, zwei Fähnrichs, zwei Unterofficiere, zwei Gemeine, als Beisitzer.

Art. 57.

Die Officiers und Unterofficiers werden zu den Kriegsgerichten nach der Tour, jedoch mit Berücksichtigung der Art. 60. und 61., commandirt.

Art. 58.

Unter den Gemeinen werden bei jeder Compagnie zwölf der passendsten Subjecte durch den Compagnie-Chef ausgewählt und nach der Tour zu den Kriegsgerichten commandirt.

Die Listen dieser Leute werden an den Commandeur des activen Corps und an den Commandanten der Stadt Braunschweig eingesandt.

Namentlich kann kein Soldat von der Straf-Classe, oder der mit Festungsarbeit, Zuchthaus- oder Zwangsarbeit bestraft worden ist, Mitglied eines Kriegsgerichts sein.

Art. 59.

Der Commandeur der Reserve kann, wenn eine hinlängliche Anzahl von Reserve-Officiers und Unterofficiers und von Officiers auf Wartegeld nicht anwesend ist, die fehlenden Officiers und Unterofficiers von dem Commandeur des activen Corps requiriren.

Die Gemeinen requirirt derselbe jedesmal von dem Commandeur des activen Corps.

Kein in Braunschweig wohnhafter Officier auf Wartegeld kann sich entziehen, den Verhören und Kriegsgerichten als Beisitzer oder Mitglied beizuwohnen.

Art. 60.

Bei Kriegsgerichten über Officiers kann kein Officier von demselben Bataillon oder derselben Truppenabtheilung, und bei Kriegsgerichten über Unterofficiers und Gemeine keine Militärperson von derselben Compagnie, wobei der Angeklagte gegenwärtig steht, zu dem Kriegsgerichte commandirt werden.

Art. 61.

Eben so wenig kann der Bataillons-Chef des Angeklagten Mitglied des Kriegsgerichts sein; die Eigenschaft eines höhern Commandeurs aber steht demselben nicht entgegen.

Art. 62.

Niemand, der bei der Untersuchung eine Anzeige gegen den Angeklagten gemacht, oder darin ein Zeugniß abgelegt hat, kann zu dem Kriegsgerichte commandirt werden.

Ein Officier oder Unterofficier, welcher nur ein Attestat über das frühere Betragen des Angeklagten gegeben hat und nicht zu den im Art. 60. und 61. genannten Personen gehört, kann Mitglied des Kriegsgerichts sein.

Art. 63.

Dem Auditeur wird zeitig eine namentliche Liste der zum Kriegsgerichte commandirten Officiers, Unterofficiers und Gemeinen, mit Angabe der Compagnie, mitgetheilt.

Art. 64.

Niemand, als der Auditeur, der Angeklagte und der Vertheidiger kann an das Kriegsgericht einen Vortrag richten.

Dem Angeschuldigten, wenn er im Arrest gefesselt gewesen, werden vor seinem Eintritte vor das versammelte

Gericht und auf so lange, als er vor demselben steht, die Fesseln abgenommen.

Art. 65.

Das Kriegsgericht wird dadurch eröffnet, daß der Präsident, in Gegenwart des Angeklagten und des Vertheidigers, den Tagsbefehl, worin das Kriegsgericht commandirt ist, und die Anklage vorliest.

Art. 66.

Eine anderweite Instruction, außer der Anklage, darf dem Kriegsgerichte nicht gegeben, noch sonst auf dasselbe eingewirkt werden.

Art. 67.

Der Auditeur liest darauf dem Angeklagten die Namen der Mitglieder vor und befragt ihn, ob er gegen ein oder das andere Mitglied des Gerichts Einwendungen habe. In solchem Falle kann er bis zu einem Drittheile, ohne Gründe anzugeben, verwerfen; nachher aber nur diejenigen, gegen welche er besondere Ursachen anzugeben vermag. Ueber die Statthaftigkeit der Vextern hat das Gericht selbst zu entscheiden, jedoch in Abwesenheit des betreffenden Mitgliedes.

Wird solchergestalt eins oder das andere der Mitglieder verworfen, so ist an die Stelle eines solchen recusirten Mitgliedes, auf sofortige Anzeige bei dem betreffenden Commandeur, von diesem ohne Anstand ein anderes zu ernennen.

Für erheblich sind die Recusations-Gründe nur alsdann zu erachten, wenn sie solche Einwendungen enthalten, welche die Glaubwürdigkeit der recusirten Person, im Verhältniß als Zeuge betrachtet, schwächen oder verdächtig machen würden.

Wenn der Angeklagte dasjenige Mitglied verwirft, welches Beisitzer des Verhørs gewesen ist, so wird zwar statt dessen ein anderer Officier commandirt, der Beisitzer des Verhørs kann aber dennoch von dem Kriegsgerichte zu-

gezogen werden, um über die Gegenstände des Verhørs Erläuterungen zu geben.

Art. 68.

Der Auditeur nimmt sodann den Mitgliedern des Kriegsgerichts folgenden Eid ab:

„Ich gelobe und schwöre zu Gott dem Allmächtigen, daß ich gerecht richten will, ohne Haß und ohne Vorliebe, nach den Vorschriften der Kriegssartifel, und wo dieselben zweifelhaft sein sollten, nach meinem Gewissen und nach Kriegsgebrauch.“

„Ich schwöre, zu keiner Zeit die Stimme oder Meinung eines Mitgliedes dieses Kriegsgerichts zu offenbaren.“

„Ich schwöre, den Spruch dieses Kriegsgerichts geheim zu halten, bis derselbe bestätigt sein wird, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort!“

Art. 69.

Dem Kriegsgerichte werden darauf im Beisein des Angeeschuldigten sämmtliche Acten durch den Auditeur langsam und deutlich vorgelesen, und bleibt dem Angeeschuldigten oder dessen Bertheidiger frei, über die verlesenen Actenstücke Bemerkungen zu machen, welche durch den Auditeur zur Erwägung des Gerichts gehörig zu protocolliren sind.

Nachdem die Vorlesung der Acten beendet, und die etwaigen Bemerkungen protocollirt worden sind, wird durch den Auditeur eine actenmäßige Darstellung des Vergehens, mit Aushebung der erschwerenden und mildernden Umstände, und durch den Bertheidiger eine Bertheidigung des Angeklagten vortragen.

Die Darstellung und die Bertheidigung werden schriftlich abgefaßt, und zu den Acten gelegt.

Art. 70.

Der Auditeur befragt hierauf den Angeklagten, ob

er ein Weiteres zu seiner Bertheidigung anzuführen habe; dieses, insofern es in den Acten noch nicht vorgekommen, ist von dem Auditeur gehörig zu protocolliren.

Art. 71.

Schließlich befragt der Auditeur die Mitglieder des Gerichts einzeln, ob dieselben eine fernere Untersuchung oder Aufklärung der Sache, oder auch besonders der etwa vom Angeeschuldigten neu vorgetragenen Thatumstände für erforderlich erachten?

Wenn das Gericht eine fernere Untersuchung beschließt, so wird solche nach den Umständen entweder sofort vor dem Kriegsgerichte oder im gewöhnlichen Wege des Verhørs vorgenommen.

Das Gericht kann auch verlangen, daß ein bereits abgehörter Zeuge, sofern derselbe anwesend ist, seine Aussage vor dem versammelten Kriegsgerichte nochmals wiederhole.

Sind die Meinungen des Gerichts über die Erforderlichkeit einer fernern Untersuchung verschieden, so entscheidet die Mehrheit der Stimmen.

Art. 72.

Nachdem, wenn die Sache solchergestalt vollständig instruiert worden, der Angeklagte und der Bertheidiger sich entfernt haben, liest der Auditeur die betreffenden Kriegssartifel vor, und der Präsident und die Beisitzer schreiten darauf zu einer gemeinschaftlichen Berathschlagung, mit Zuziehung der Auditeurs, wobei die Ansicht eines jeden Mitgliedes ausgesprochen und discutirt werden kann.

Art. 73.

Hierauf schreiten die Beisitzer des Gerichts zu einer nochmaligen besondern Berathschlagung ohne Beisein des Präsidenten und des Auditeurs.

Art. 74.

Nach Beendigung derselben wird von dem Kriegsgerichte zuerst darüber gestimmt:

„ob die in der Anklage enthaltenen Thatfachen erwiesen oder nicht erwiesen sind?“

Art. 75.

Die Mitglieder des Gerichts beantworten die Frage, ob eine Thatfache erwiesen ist, lediglich nach ihrer eigenen Ueberzeugung im Gewissen, und nicht nach bestimmten Regeln über die Beweismittel.

Art. 76.

Wenn die in der Anklage enthaltenen Thatfachen alle oder zum Theil von dem Gerichte als erwiesen angenommen sind, so wird weiter darüber gestimmt:

„ob der Angeklagte wegen dieser Thatfachen des Vergehens, dessen er angeklagt worden, schuldig oder nicht schuldig ist?“

Art. 77.

Das Gericht urtheilt nur über diejenigen Thatfachen, welche in der Anklage enthalten sind; es kann aber wegen dieser Thatfachen den Angeklagten eines Vergehens von anderer Art schuldig erkennen, als in der Anklage genannt ist.

Art. 78.

Wenn das Gericht die Thatfachen, welche in der Anklage enthalten sind, für nicht erwiesen, und demnach den Angeklagten des Vergehens, dessen er angeklagt worden, nicht schuldig erkennt, so sind in dem Urtheile die Entscheidungsgründe anzuführen, indem die gegen den Angeklagten redenden Gründe schon in der Instruction und Anklage enthalten sind.

Art. 79.

Wenn der Angeklagte von dem Gerichte für schuldig erklärt ist, so wird schließlich über die Strafe gestimmt.

Art. 80.

Das Stimmengeben geschieht Classenweise vor dem Auditeur, jedoch von jedem einzeln und fängt bei dem letzten Beisitzer an.

Die Stimmen werden dem Auditeur dergestalt gegeben und von ihm zu Protocoll genommen, daß die übrigen Mitglieder des Gerichts die Stimmen der übrigen Einzelnen oder Classen eher nicht erfahren, bis die Abstimmung vollständig beendigt ist.

Art. 81.

Sollte ein Mitglied den Kriegsgefehen oder dem Gerichtsgebrauche zuwider stimmen, so hat der Auditeur dem Mitgliede solches bemerklich zu machen, ehe dessen Stimme als definitiv gegeben angenommen wird.

Art. 82.

Kein Mitglied kann, nachdem das nächstfolgende Mitglied gestimmt hat, seine gegebene Stimme abändern.

Wenn jedoch durch die Mehrheit der Mitglieder eine Thatfache für erwiesen, oder der Angeklagte eines bestimmten Vergehens schuldig, oder auf eine gewisse Art der Strafe erkannt ist, so muß die Minorität bei dem fernern Abstimmen die Entscheidung der Mehrheit zum Grunde legen.

Art. 83.

Bei Verschiedenheit der Meinungen entscheidet die Mehrheit der Stimmen, welche, nach völlig beendigtem Abstimmen, vom Auditeur, im Beisein sämmtlicher Mitglieder des Gerichts, verlesen werden.

Kommen mehr als zwei Meinungen vor, so wird diejenige angenommen, welche mehr Stimmen für sich hat, als die sämmtlichen übrigen Meinungen zusammen.

Art. 84.

Wenn eine Verschiedenheit der Meinungen über die Art der Strafe, und unter denjenigen Mitgliedern, welche

auf dieselbe Art der Strafe erkennen, wieder eine Verschiedenheit der Meinungen über die Dauer oder das Maaß dieser Strafe Statt findet, so werden zuerst diejenigen Stimmen, welche auf dieselbe Art der Strafe erkennen, zusammengezählt und nach deren Mehrheit über die Art der Strafe entschieden. Ueber Dauer und Maaß dieser Strafe wird sodann nochmals gestimmt.

Art. 85.

Wenn über die Art der Strafe, oder, den Fall des Art. 84. ausgenommen, über das Maaß und die Dauer einer gewissen Art der Strafe mehr als zwei Meinungen vorkommen, und keine derselben mehr Stimmen für sich hat, als die sämtlichen übrigen Meinungen zusammen, so werden diejenigen Stimmen, welche für die strengste Meinung erkennen, immer zu der nächstfolgenden weniger strengen Meinung hinzugezählt, bis die im Art. 83. verlangte absolute Mehrheit vorhanden ist.

Sollte im Kriegsgerichte Zweifel darüber entstehen, welche Art der Strafe die strengste und die weniger strenge ist, so wird diese Frage durch eine besondere Abstimmung entschieden.

Art. 86.

Außer der Strafe erkennt das Kriegsgericht über Erstattung der Untersuchungskosten und über Schadensersatz, jedoch nach Maaßgabe der Art. 10. und 163.

In die Erstattung der Untersuchungskosten wird der Angeklagte verurtheilt, wenn er entweder der Anklage schuldig erkannt ist, oder sich doch die Untersuchung durch sein Verschulden zugezogen hat.

Wenn der Angeklagte weder eigenes Vermögen besitzt, noch Tractament bezieht, so werden die Untersuchungskosten niedergeschlagen.

Art. 87.

Das Urtheil begreift nur die in den Artikeln 74. 76.

78. 79. und 86. bestimmten Punkte, ohne Bemerkungen von anderweitem Inhalte.

Art. 88.

Das Urtheil wird besonders ausfertigt und von dem Präsidenten und dem Auditeur unterschrieben.

Art. 89.

Das Protocoll wird im Kriegsgerichte durch den Auditeur geführt und von dem Präsidenten und sämtlichen Mitgliedern nach geschehener Vorlesung mit unterschrieben.

Art. 90.

Der Auditeur ist berechtigt und verpflichtet, im Kriegsgerichte sowohl für die genaue Beobachtung der gesetzlichen Formen, als dafür, daß die Freiheit des Stimmens auf keine Weise beeinträchtigt werde, unter Autorität des Präsidenten Sorge zu tragen; welcher auch sich selbst aller solcher Bemerkungen oder Aeußerungen zu enthalten hat, welche dem Urtheile der übrigen Mitglieder vorgreifen könnten.

Art. 91.

Der Präsident des Kriegsgerichts sendet im Namen des Gerichts das Urtheil und die Untersuchungsacten mit Bericht an den Commandeur ein, welcher das Kriegsgericht beordert hat.

Der Bericht wird von dem Auditeur abgefaßt und von dem Präsidenten und Auditeur unterschrieben.

Art. 92.

Das Kriegsgericht kann in diesem Berichte dem Commandeur angemessene Bemerkungen und Anträge von jedem Inhalte vorlegen: namentlich über die Gründe weshalb der Verurtheilte zu einer Begnadigung, Milde rung oder sonstigen Berücksichtigung im Wege der Gnade zu empfehlen sein dürfte, über die Fähigkeit desselben, ferner im Corps zu dienen, und über das Benehmen dritter Behörden oder Personen.

In dem Protocolle über das Kriegsgericht wird angeführt, welche Bemerkungen und Anträge das Kriegsgericht dem Commandeur vorzulegen beschlossen hat.

Art. 93.

Der Auditeur kann gleichfalls, wenn er es angemessen findet, dem Commandeur seine Bemerkungen über das Urtheil und die Anträge des Kriegsgerichts vorlegen, und ist dazu verpflichtet, wenn das Kriegsgericht, nach seinem Dafürhalten, gegen die Gesetze erkannt oder verfahren haben sollte.

Art. 94.

Sämmtliche Urtheile der Kriegsgerichte über Officiers, Unterofficiers und Soldaten werden von dem Commandeur, auf dessen Befehl das Kriegsgericht gehalten ist, mit Bericht und mit Anschluß der vollständigen Untersuchungs-Acten, des Berichts des Präsidenten, und des im Art. 93. gedachten Berichts des Auditeurs, zur Landesherrlichen Bestätigung eingesandt.

Die Rescripte an den Commandeur über Abhaltung und Bestätigung der Kriegsgerichte, sind im Originale den gerichtlichen Acten beizufügen.

Art. 95.

Eine Verwerfung der kriegsgerichtlichen Urtheile findet nur aus folgenden vier Gründen Statt:

- 1) wenn nicht auf diejenige Strafe erkannt ist, welche nach ausdrücklichen Kriegsgesetzen bei demjenigen Vergehen eintreten soll, dessen der Angeklagte im Urtheile selbst schuldig erkannt worden ist, oder wenn über ein anderes Vergehen erkannt ist, als den Acten nach wirklich verübt worden;
- 2) wenn die im Urtheile enthaltenen Entscheidungsgründe ausdrücklichen Kriegsgesetzen zuwiderlaufen;
- 3) wenn die gesetzliche Form des Verfahrens in einem wesentlichen Punkte verletzt ist;

- 4) wenn eine wesentliche Thatsache entweder bei der Untersuchung, oder in der dem Gerichte vorgetragenen Darstellung nicht gehörig aufgeklärt ist.

Art. 96.

Ist das Urtheil eines Kriegsgerichts verworfen, so wird entweder eine Revision des Urtheils durch das bisherige Kriegsgericht, oder die Berufung eines neuen Kriegsgerichts, auf Grundlage der verhandelten Acten, angeordnet, insofern nicht nach Art. 71. eine fernere Untersuchung nöthig gefunden wird.

Der Beisitzer des Verhörs bleibt in dem letzten Falle Mitglied des neuen Kriegsgerichts.

Art. 97.

In beiden Fällen wird das bisherige Kriegsgericht, auf Befehl des Commandeurs, wieder versammelt, und dem Gerichte durch einen Erlaß des Commandeurs die erfolgte Verwerfung und die Gründe derselben bekannt gemacht.

Art. 98.

Nach der Bestätigung wird das Urtheil dem Inculpaten durch den Auditeur vor versammeltem Kriegsgerichte publicirt.

Art. 99.

Das publicirte Urtheil mit dem Protocolle über die Publication wird durch den Auditeur dem Commandeur zurückgesandt, und durch letztern in Vollziehung gesetzt.

Art. 100.

Bei Todesurtheilen und bei Verurtheilungen zu lebenslänglicher oder zehnjähriger Festungsarbeit kann der Verurtheilte im Lande eine Revision des Urtheils durch das Landesgericht als ein Recht verlangen.

Art. 101.

Die Urtheile über Unterofficiere und Gemeine werden jedesmal in den Tagsbefehl eingerückt und den Truppen bekannt gemacht.

Die Urtheile über Officiers werden jedesmal dem Officier-Corps, hingegen den Unterofficiers und Gemeinen nur in den beiden Fällen bekannt gemacht, wenn entweder der Officier sich in Gegenwart der Unterofficiers und Gemeinen gegen einen vorgesetzten Officier vergangen, oder wenn der Officier einen Unterofficier oder Gemeinen den Kriegsgesetzen zuwider gemißhandelt hat.

Art. 102.

Sämmtliche kriegsgerichtliche Acten, welchen der Commandeur die Ordres und Berichte über die Vollziehung des Urtheils beizufügen hat, werden schließlich dem Auditeur zur Aufbewahrung übergeben.

Art. 103.

Zu sämmtlichen Verhören, Kriegsgerichten und sonstigen gerichtlichen Verhandlungen wird ein Unterofficier zur Aufwartung commandirt.

Dritter Abschnitt.

Von den Standgerichten.

Art. 104.

Ein Standgericht kann gegen Unterofficiers und Gemeine auf alle Militär-Strafen erkennen, welche nicht nach dem Art. 16. ausschließlich zu der Competenz der Kriegsgerichte gehören.

Solche Fälle, über welche nach dieser Bestimmung ein Standgericht erkennen kann, sollen nicht vor ein Kriegsgericht gebracht werden.

Art. 105.

Die Bataillons-Chefs, die Commandeurs der Artillerie, der Cavallerie und der Veteranen, und die Garnison-Commandanten können ohne höhere Autorisation über Unterofficiers und Gemeine Standgericht halten lassen.

Wenn beim activen Corps mehrere Mittschulbige vorhanden sind, welche bei verschiedenen Bataillons stehen, so wird das Standgericht auf Befehl des selbigen Bataillons zunächst vorgesetzten Officiers gehalten.

Dem Garnison-Commandanten steht die Anordnung der Standgerichte in denselben Fällen zu, welche im Art. 18. für die Kriegsgerichte bestimmt sind.

Art. 106.

Von allen Militär-Bergehen wird sofort dem im Art. 105. bestimmten Commandeur Meldung gemacht, welcher, im Falle die Sache zu einem Kriegsrechte geeignet, in Gemäßheit des Art. 19., weitere Meldung zu machen hat; wie denn auch übrigens in Ansehung der Meldung und Sicherheitsmaaßregel in dessen Gemäßheit auch bei den nur für ein Standrecht geeigneten Fällen zu verfahren ist.

Art. 107.

Wenn in den dazu geeigneten Fällen ein Standrecht commandirt ist, so kann sich dasselbe niemals für incompetent erklären; wenn es aber dafür hält, daß das fragliche Vergehen von der Art sei, daß es eine härtere Strafe verdiene, als welche ein Standgericht zu erkennen competent ist, so hat es vor Abgebung eines Erkenntnisses deshalb an den Commandeur, welcher das Standrecht beordert hat, Bericht zu erstatten und erst dann, wenn dieser dennoch, daß das Standrecht erkennen solle, bestimmt, sein Erkenntniß abzugeben, bei welchem es aber den Umfang seiner Competenz in Ansehung der Strafe nicht überschreiten darf. Eben so wenig kann der Angeklagte, über welchen der Commandeur, in Gemäßheit des Art. 104., ein Standgericht angeordnet hat, verlangen, statt dessen vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden.

Art. 108.

Bei den standgerichtlichen Verhören und den Standgerichten wird auf dieselbe Art verfahren, wie bei den

Kriegsgerichtlichen Verhören und den Kriegsgerichten, jedoch mit folgenden Modificationen.

Art. 109.

Bei den in Braunschweig garnisonirenden oder stationirenden Truppenabtheilungen, bei der Cavallerie und den Fußjägern in der Garnison Braunschweig werden die Verhöre und Standgerichte durch den Auditeur gehalten.

Der Auditeur wird von den das Standrecht anordnenden Chefs direct requirirt, und haben dieselben zuvor wegen der Zeit der Verhöre und Standgerichte mit dem Auditeur Rücksprache zu nehmen.

Der Entwurf der Anklage wird gleichfalls den gedachten Chefs durch den Auditeur direct übergeben.

Der Auditeur requirirt direct den Commandeur wegen Beorderung der Beisitzer des Verhørs.

Nach dem Schlusse der Untersuchung übergiebt der Auditeur dem Commandeur die Acten und die Anklagepunkte.

Der Commandeur beordert das Standgericht, nachdem er mit dem Auditeur wegen der Zeit Rücksprache genommen hat und erläßt wegen Abhaltung desselben eine zweite Requisition an den Auditeur.

Das Erkenntniß eines Standrechts wird vor der Publication dem Commandeur zur Bestätigung vorgelegt. Das Standgericht bleibt inzwischen versammelt, erhält das Urtheil nach erfolgter Bestätigung von dem Commandeur zurück und nimmt sogleich dessen Publication vor.

Findet der Commandeur nicht angemessen, das Urtheil sogleich zu bestätigen, so läßt er das Standgericht auseinandergehen und das Urtheil demnächst vor dem wieder versammelten Standgerichte publiciren.

Der begleitende Bericht des Standgerichtes wird von dem Präsidenten und dem Auditeur unterschrieben.

Art. 110.

Bei den in Wolfenbüttel stationirten Truppenabtheilungen können die Geschäfte des Auditeurs durch diejenigen Personen versehen werden, welche damit beauftragt sind; wie denn auch solches an andern Orten eintreten kann, wenn daselbst für einzelne Truppenabtheilungen besondere Personen mit dessen Vernehmung beauftragt werden sollten.

Diese Personen werden dazu durch den Commandeur der betreffenden Abtheilung direct beordert und senden die Acten und Urtheile ebenfalls direct an denselben ein.

Art. 111.

Zu den Verhören wird ein Subaltern-Officier als Beisitzer commandirt.

Art. 112.

Zu den Standrechten über Unterofficiers werden ein Capitain, als Präsident, und zwei Lieutenants, zwei Fähnrichs, ein Sergeant, ein Corporal, als Beisitzer, commandirt.

Zu den Standrechten über Gemeine ein Capitain, als Präsident, und zwei Lieutenants, zwei Fähnrichs, ein Sergeant, ein Corporal, zwei Gemeine, als Beisitzer.

Bei den Reserve-Standgerichten in Braunschweig werden die etwa erforderlichen Gemeinen von dem Commandeur des activen Corps requirirt.

Art. 113.

In allen Fällen sind dem Gerichte die vollständigen Verhör-Protocolle vorzulesen.

Art. 114.

Das Recht der Bestätigung und Verwerfung, so wie der etwaigen Milderung der standgerichtlichen Urtheile über Unterofficiers und Soldaten, steht den im Art. 105. bestimmten Commandeurs zu.

Art. 115.

Wo nach Inhalt des Art. 110. andere Personen mit den Geschäften des Auditeurs beauftragt sind, werden alle

standgerichtlichen Urtheile, worin auf Degradation oder Entlassung eines Unterofficiers, Verlust des silbernen Portepées, Arrest von mehr als vier Wochen erkannt ist, durch den Bataillons-Chef oder Garnison-Commandanten vor der Bestätigung dem Auditeur mitgetheilt und dessen Gutachten darüber eingeholt.

Art. 116.

Die standgerichtlichen Acten werden nach beendigter Sache von den betreffenden Commandeurs an den Auditeur zur weitem Aufbewahrung eingesandt.

Die standgerichtlichen Urtheile werden dem Bataillon oder der Garnison in der Ordre bekannt gemacht.

Art. 117.

Diejenigen Verhöre, welche bei den Anträgen auf Entlassung von Husaren und Fußjägern ohne Abschied erforderlich sind, werden auf dieselbe Art und von derselben Person gehalten, wie die Verhöre bei den standgerichtlichen Untersuchungen.

Vierter Abschnitt.

Von dem Arreste während der kriegsgerichtlichen und standgerichtlichen Untersuchungen.

Art. 118.

Ohne genügende Verdachtsgründe und Beweise darf während der Untersuchung kein Arrest verfügt werden.

Art. 119.

Bei den kriegsgerichtlichen Untersuchungen gegen Officiers bleibt es dem Ermessen des im Art. 17. genannten Commandeurs, nach den Bestimmungen des Art. 127., überlassen, ob während der Untersuchung ein Arrest erforderlich ist.

Art. 120.

Der Arrest während der Untersuchung besteht bei Officiers in der Regel in Hausarrest, sofern nicht die Größe des Vergehens oder das Benehmen des Inculpaten eine schärfere Verwahrung als Sicherungsmittel nothwendig machen.

Art. 121.

Ein Officier, welchem während der Untersuchung Hausarrest gegeben ist, wird nach seinem Range durch den Bataillons-, Brigade- oder General-Adjutanten zum Verhör und Kriegsgerichte geführt, und bekommt auf der Strafe seinen Degen wieder.

Auf gleiche Art wird verfahren, wenn ein Officier zur Strafe in Hausarrest oder Wacharrest geschickt wird.

Art. 122.

Unterofficiers werden bei Vergehen, wegen welcher auf Todesstrafe, Karrenstrafe, Festungsarbeit, oder Verlesung in die Straf-Classe erkannt werden kann, jedesmal während der Untersuchung in das Stockhaus in Arrest gesetzt.

Art. 123.

Ob bei geringeren Vergehen der Unterofficiers ein Arrest während der Untersuchung erforderlich ist, bleibt dem Ermessen des im Art. 17. oder 105. genannten Commandeurs, nach den Bestimmungen des Art. 127., überlassen.

Bei Vergehungen, welche zur Degradation zum Gemeinen geeignet sind, findet in diesem Falle Wacharrest Statt; bei geringeren Vergehungen aber nur Casernenarrest, sofern nicht besondere Gründe einen Wacharrest nothwendig machen.

Aus dem Casernenarrest wird ein Unterofficier nicht mit Wache, sondern durch einen vorgesezten Unterofficier zum Verhör und Standgerichte geführt.

Art. 124.

Soldaten werden bei Vergehen, welche zu einem Kriegsgerichte geeignet sind, während der Untersuchung jedesmal in das Stockhaus in Arrest gesetzt.

Art. 125.

Soldaten von der Straf=Classe werden bei allen Vergehen ohne Ausnahme, wenn solche auch nicht zu einem Kriegsgerichte geeignet sind, während der Untersuchung in das Stockhaus in Arrest gesetzt.

Art. 126.

Bei Soldaten, die nicht zu der Straf=Classe gehören, bleibt es bei Vergehungen, welche zu einem Kriegsgerichte nicht geeignet sind, dem Ermessen des im Art. 105. genannten Commandeurs, nach den Bestimmungen des Art. 127., überlassen, ob der Soldat während der Untersuchung in Arrest gesetzt werden muß.

In diesem Falle findet nur Wacharrest Statt.

Art. 127.

In allen Fällen, wo der Arrest während der Untersuchung dem Ermessen des Commandeurs überlassen ist, soll nur aus folgenden drei Gründen ein Arrest Statt finden:

- 1) wenn nach der Größe des Vergehens, oder nach dem Character und den Verhältnissen des Inculpaten eine Desertion zu besorgen ist;
- 2) wenn das Vergehen von der Beschaffenheit ist, daß eine Fortsetzung der Dienstfunctionen und eine Berührung mit Vorgesetzten, Cameraden oder Untergebenen vor ausgemachter Sache unangemessen erscheint;
- 3) wenn einer wahrscheinlichen Veredung vorgebeugt werden muß.

Wenn gegen Unterofficiers und Soldaten von der Reserve allein wegen des zweiten Grundes ein Arrest während der Untersuchung erforderlich ist; so wird der Inculpat nur bei den Versammlungen der Reserve=Mannschaft,

so lange die übrige Mannschaft versammelt ist, in Arrest geführt, bleibt aber außerdem unverhaftet.

Art. 128.

Die Bestimmungen der Art. 121. 122. 125. 124. und 125. über die Fälle, in welchen Stockhausarrest und in welchen Wacharrest Statt finden sollen, sind in Braunschweig und Wolfenbüttel eben so bei den Arrestanten von der Reserve zu beobachten.

Art. 129.

Mehrere Mitschuldige desselben Vergehens werden während der Untersuchung vom Anfange an im Arreste getrennt.

Wenn mehrere Mitschuldige bei einem Vergehen vorhanden sind, bei welchem, nach den Bestimmungen der Art. 122. und 125., nur Wacharrest Statt finden soll, so werden dieselben in Braunschweig und Wolfenbüttel an die verschiedenen Wachen vertheilt.

Art. 130.

In Braunschweig werden, den Fall des Art. 129. ausgenommen, alle Unterofficiers und Gemeine, die in Wacharrest gesetzt werden, in das dazu bestimmte Local gebracht.

Art. 131.

Diejenigen Arrestanten, welche sich während einer Untersuchung in Arrest befinden, sind jederzeit von den Straf=Arrestanten zu trennen.

Während des Untersuchungs=Arrestes findet keine Art von Schärfung, namentlich keine gänzliche Entziehung des Branterweins, des Tabacks und des Bettes Statt, außer zur Strafe wegen eines im Arreste begangenen Excesses.

Art. 132.

Unterofficiere und Soldaten, welche wegen geringer Vergehungen verhaftet worden, ohne in eine förmliche Untersuchung zu gerathen, beziehen den Sold und die Ver-

pflegung von den Compagnien während ihres Arrestes fort; diejenigen aber, welche in eine gerichtliche Untersuchung gerathen, werden vom Tage des Verhaftes an bis zum publicirten Erkenntnisse bloß pro memoria ohne Sold und Verpflegung in den Zahlrollen geführt, und bleiben, wenn sie schuldig befunden werden, ihres Soldes für die Zeit des Arrestes verlustig, selbst dann, wenn die Bestrafung lediglich in Degradation bestände.

Art. 133.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Abschnittes haben keinen Bezug auf die vorläufigen Arretirungen durch militärische Vorgesetzte, Patrouillen und Schildwachen.

Zweite Abtheilung.

Von dem Verfahren bei der Bestrafung der nicht militärischen Vergehen der Militär-Personen.

Art. 134.

Alle nicht militärische Vergehungen der Militärpersonen, mit Ausnahme derjenigen Vergehen, auf welche in den Kriegsartikeln ausdrücklich eine militärische Strafe gesetzt ist, werden, so lange sich die Truppen im Lande befinden, von den ordentlichen Civil-Behörden, nach Vorschrift der allgemeinen Landesgesetze, untersucht und bestraft.

Art. 135.

Die Arretirung der Militärpersonen, welche sich eines nicht militärischen Vergehens schuldig gemacht haben, geschieht bei allen dienstthuenden Militärpersonen von den in Braunschweig und Wolfenbüttel garnisonirenden Abthei-

lungen des activen Corps, bei den Husaren und Fußjägern an solchen Stationen, wo sich ein commandirender Stationsofficier befindet, bei den Unterofficiers und Tambours von der Reserve, und bei den militärischen Personen des Zeughauses, der Casernen, des Militär-Hospitals und der Militär-Gefängnisse in Braunschweig und Wolfenbüttel durch den militärischen Chef auf Requisition der Civil- Behörde.

In Eilsfällen jedoch kann die Civilbehörde auch bei den vorgenannten Militärpersonen die Arretirung direct vornehmen und darf sich derselben keine Militärperson, bei Strafe der Widersetzlichkeit gegen Vorgesetzte, widersetzen.

Art. 136.

Bei den Beurlaubten vom activen Corps, bei den Reserve-Soldaten, bei den Militärpersonen auf Wartegeld, und bei allen übrigen Militärpersonen, die nicht im Art. 135. genannt sind, wird die Arretirung wegen eines nicht militärischen Vergehens direct von der Civilbehörde vorgenommen.

Der militärische Chef wird von jeder Arretirung einer Militärperson, welche die Civilbehörde direct vornimmt, und von dem Grunde derselben, durch die Civilbehörde sogleich in Kenntniß gesetzt.

Art. 137.

Der militärische Chef hat der Requisition der Civilbehörde wegen Arretirung einer Militärperson unweigerlich Folge zu leisten.

Wenn das Civilgericht die Arretirung einer Militärperson, welche wegen eines nicht militärischen Vergehens in Untersuchung ist, nicht erforderlich findet, so kann solche dennoch durch den militärischen Chef aus den im Art. 127. bestimmten Gründen verfügt werden.

Art. 138.

Die wegen eines nicht militärischen Vergehens in

Untersuchung vor einem Civilgerichte befindlichen Militärpersonen werden, im Fall ihre Arretirung deshalb nöthig befunden wird, sofort dem Civilgerichte zur Bewahrung übergeben.

Bei solchen Civiluntersuchungen, während welcher kein Arrest Statt findet, hat die Civilbehörde bei den im Art. 135. genannten Militärpersonen den in demselben Artikel bestimmten militärischen Chef wegen Beorderung des Inculpanten zu den einzelnen Verhören zu requiriren, die im Art. 136. genannten Militärpersonen hingegen direct vorzuladen, von diesen letzteren Vorladungen jedoch bei den Unterofficiers und Tambours von der Reserve dem Compagnie-Chef und bei den Husaren und Fußjägern den Stations-Commandanten Nachricht zu geben.

Art. 139.

Der Bataillons-Chef hat die Civilbehörde des Orts, wo das Verbrechen begangen ist, von allen nicht militärischen Verbrechen seiner Untergebenen in Kenntniß zu setzen und derselben die darüber vorhandenen Notizen mitzutheilen.

Art. 140.

Alle zur Vollziehung stehende Civil-Eraf-Erkenntnisse wider Militärpersonen, auch wider Beurlaubte, Reserve-Soldaten und Militärpersonen auf Wartegeld, werden dem Bataillons-Chef oder bei den letztgedachten Militärpersonen dem Commandeur der Reserve durch die Civilbehörde in Abschrift mitgetheilt.

Art. 141.

Eine Militärperson, wider die durch ein Civilurtheil auf Karrenstrafe erkannt ist, wird aus dem Militär gestossen und sodann die erkannte Strafe vollzogen.

Diese Ausstoßung aus dem Militär wird durch den betreffenden Chef nach Ansicht des Civilerkenntnisses verfügt.

Art. 142.

Dasselbe tritt ein, wenn eine Militärperson zu einer

zweijährigen oder längern Zuchthaus- und Zwangsarbeitsstrafe verurtheilt ist.

Art. 143.

Die übrigen von einem Civilgerichte erkannten Strafen, welche eine Ausstoßung aus dem Militär nicht nach sich ziehen, sind an Militärpersonen gleichfalls ohne einige Verwandlung und in den gewöhnlichen, für Civilpersonen bestimmten Gefängnissen und Strafanstalten zu vollziehen.

Art. 144.

Nur eine gegen einen Officier erkannte Gefängnißstrafe wird, auf vorgängige Requisition der Civilgerichte, auf Verfügung des Commandeurs des activen Corps oder der Reserve- oder des Garnison-Commandanten, als militärischer Arrest vollzogen.

Art. 145.

Auf Ausstellung am Straßpfahle ist wider Militärpersonen nicht zu erkennen.

Art. 146.

Auf Geldstrafen kann gegen Militärpersonen erkannt, jedoch die Vollstreckung gegen die Unterofficiers und Gemeinen nicht durch Abzüge vom Tractamente verfolgt werden. In Ermangelung von eigenem Vermögen ist daher wider dieselben statt einer Geldstrafe auf verhältnißmäßige Gefängnißstrafe zu erkennen.

Art. 147.

Die Kosten der Civiluntersuchungen können bei Unterofficiers und Gemeinen nicht durch Abzüge vom Tractament beigetrieben werden und sind daher bei Ermangelung von eigenem Vermögen niederzuschlagen.

Art. 148.

Ein jeder Unterofficier oder Soldat, welcher durch Erkenntniß eines Civilgerichts eines Raubes, eines Diebstahls, einer versuchten Brandstiftung, des Falschmünzens, eines Meineides, oder der Verfälschung von falschen Schul-

verschreibungen und Quittungen schuldig erkannt worden und nicht nach Vorschrift der Art. 141. und 142. aus dem Militär ausgestoßen ist, wird durch ein Kriegsgericht nach Ansicht des Civilerkenntnisses in die Straf-Classe versetzt. Außerdem wird die von dem Civilgerichte erkannte Strafe in ihrem ganzen Umfange vollzogen.

Art. 149.

Ein Unterofficier, welcher wegen eines im Art. 148. nicht genannten, nicht militärischen Vergehens zu einer Zuchthaus- oder Zwangsarbeitsstrafe unter zwei Jahren verurtheilt ist, wird jedesmal durch ein Stand- oder Kriegsgericht, nach Ansicht des Civilerkenntnisses, zum Gemeinen degradirt. Außerdem wird die erkannte Zuchthaus- oder Zwangsarbeitsstrafe in ihrem ganzen Umfange vollzogen.

Art. 150.

Ein Unterofficier, welcher wegen eines im Art. 148. nicht genannten, nicht militärischen Vergehens zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt ist, kann, wenn aus dem Vergehen die Verworfenheit des Characters oder eine Unfähigkeit, seinem Posten mit gehöriger Achtung von Seiten der Untergebenen vorzustehen, hervorgeht, durch ein Stand- oder Kriegsgericht, nach Ansicht des Civilerkenntnisses, zum Gemeinen degradirt werden. Außerdem wird die erkannte Gefängnißstrafe in ihrem ganzen Umfange vollzogen.

Art. 151.

Ein Officier, der durch Erkenntniß eines Civilgerichts eines Vergehens schuldig erkannt worden, welches mit der Ehre des Standes unvereinbar ist, wird durch ein Kriegsgericht nach Ansicht des Civilerkenntnisses nach den Umständen mit Cassation, oder mit Entlassung ohne Abschied, oder mit Entlassung mit Abschied belegt und sodann die erkannte Civilstrafe in ihrem ganzen Umfange vollzogen.

Dasselbe Kriegsgericht entscheidet nach den Bestimmungen der Verordnung vom 11ten Juni 1818, ob der

Officier würdig ist, die demselben in hiesigen Diensten ertheilten militärischen Ehrenzeichen ferner zu tragen.

Art. 152.

Bei den Kriegs- und Standgerichten, welche in Gemäßheit der Art. 148. 149. 150. und 151. nur auf Grundlage eines Civilerkenntnisses gehalten werden, finden die Art. 69. 70. 71. und 72. und in dem Falle der Art. 148. und 149. außerdem auch die Art. 67. 72. 73. und 76., keine Anwendung.

Die Stelle der Anklage vertritt ein Erlaß des Commandeurs an das Kriegs- oder Standgericht, worin der Gegenstand angegeben wird, über welchen das Gericht zu entscheiden hat.

Art. 153.

Hat sich eine Militärperson zugleich eines militärischen und eines bürgerlichen Vergehens schuldig gemacht, so wird sowohl von der Militär- als von der Civil-Behörde ein Erkenntniß gefällt, und beide Erkenntnisse werden, sofern nicht in Folge des einen Erkenntnisses eine Todesstrafe Statt findet, nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Reglements vollstreckt.

Die Untersuchung wird, soviel als thunlich, gleichzeitig geführt, das Civilerkenntniß über das nicht militärische Vergehen aber zuerst abgegeben.

Das Civilerkenntniß wird dem Kriegs- oder Standgerichte, welches zur Bestrafung des Militär-Vergehens angeordnet ist, vorgelegt, und in dem Urtheil dieses Kriegs- oder Standgerichts wird theils über die Strafe des Militär-Vergehens, theils über die Ausstoßung, Cassation, Entlassung, Versetzung in die Straf-Classe, Degradation oder Entziehung der militärischen Ehrenzeichen erkannt.

Wenn das Civilerkenntniß, nach Bestimmung der Art. 149. und 150. die Degradation nach sich zieht, so wird

der Inculpat wegen des Militär=Vergehens als Gemeiner bestraft.

Wenn das Civilerkenntniß, nach Bestimmung des Art. 148., die Versetzung in die Straf=Classe nach sich zieht, so wird der Inculpat bei der Bestrafung des Militär=Vergehens als Soldat von der Straf=Classe behandelt.

Wenn in dem Civil=Urtheile auf Karrenstrafe erkannt ist, und das Militär=Vergehen mit Arrest oder mit Festungsarbeit zu bestrafen sein würde, so wird durch das Kriegsgericht statt der Festungsarbeit oder des Arrestes auf eine Verlängerung der Karrenstrafe erkannt, nach dem Verhältnisse, daß die Dauer der Festungsarbeit auf die Hälfte und die Dauer des Arrestes auf ein Viertel reducirt wird.

Wenn in dem Civilurtheile auf zweijährige Zuchthaus= oder Zwangsarbeitsstrafe erkannt und das Militär=Vergehen mit Festungsarbeit zu bestrafen ist, so wird die Festungsarbeit vor der Ausstoßung aus dem Militär vollzogen und der Inculpat inzwischen in die Straf=Classe versetzt.

Wenn in dem Civil=Urtheile auf Zuchthaus=Zwangsarbeits= oder Gefängnißstrafe, und in dem Urtheile des Kriegsgerichts auf Karrenstrafe erkannt ist, so wird das Civilgericht davon in Kenntniß gesetzt, um die von ihm erkannte Strafe in verhältnißmäßige Karrenstrafe umzuwandeln, welche sodann mit der von dem Militär=Gefichte erkannten und solchergestalt in Ansehung der Dauer geschärften Karrenstrafe vollzogen wird.

Art. 154.

Wenn eine Militärperson bei einer Criminal=Untersuchung, welche von einem Civilgerichte an dem Stationsorte der Militärperson oder auch an einem andern Orte geführt wird, als Zeuge zu vernehmen ist, so geschieht die Vernehmung derselben durch das ordentliche Civilgericht des Stationsortes.

Die Bestimmungen des Art. 138. über die Fälle, wo eine Requisition oder eine Benachrichtigung des militärischen Chefs erforderlich ist, sind bei der Vorladung zu diesen Vernehmungen ebenfalls zu beobachten.

Art. 155.

Die bei gewaltsamen Todesarten und gefundenen Leichnamen vorgeschriebene vorläufige Section wird bei Militärpersonen durch die ordentliche Civilbehörde vorgenommen.

Art. 156.

Wenn die Truppen im Felde stehen, so werden auch die nicht militärischen Vergehungen der Militärpersonen durch den Commandeur, durch Standgerichte oder Kriegsgerichte nach den Bestimmungen der Art. 12. 16. und 104. bestraft.

Dritte Abtheilung.

Von dem Verfahren in bürgerlichen Klagesachen der Militärpersonen.

Art. 157.

In allen bürgerlichen Klagesachen werden die Militärpersonen vor den ordentlichen Civilgerichten belangt und wird wider dieselben nach den allgemeinen Landesgesetzen verfahren und entschieden, so weit nicht in den gemeinen Rechten oder in dem gegenwärtigen Reglement besondere Bestimmungen über Militärpersonen enthalten sind.

Art. 158.

Alle Injurienklagen gegen Officiers, Unterofficiers und Soldaten sind bei den ordentlichen Civilgerichten anzustellen, es mag auf Privat Satisfaction oder auf öffentliche Bestrafung geklagt werden, ausgenommen, wenn die Beleidigung zwischen zwei Officiers, oder zwischen zwei dienst-

thuenden Unterofficiers oder Soldaten, oder zwischen zwei Reserve-Soldaten während des Dienstes der Reserve-Mannschaft vorgefallen ist, in welchen Fällen die Beleidigung als Disciplinarsache, nach den Bestimmungen des 63ten, 105ten und 120sten Kriegsartikels, bestraft wird und eine Klage bei den Civilgerichten auf Privatsatisfaction nicht statthaft ist.

Wenn mit einer Injurie ein anderes militärisches Vergehen, z. B. Mißbrauch der Waffen, verbunden ist, so wird letzteres immer militärisch untersucht und bestraft.

Art. 159.

Kein Unterofficier und Soldat kann ohne Consens seines Chefs und kein Officier ohne Consens der Landesherrschaft, eine Ehe mit Gültigkeit abschließen, und verbleibt es in dieser Hinsicht bei den Verordnungen vom 28sten December 1741 und vom 9ten December 1788, und wird außerdem derjenige, welcher sich ohne erhaltenen Consens verheirathet, nach Art. 61. der Kriegsartikel bestraft.

Art. 160.

Wer künftig einem dienstthuenden Soldaten oder Unterofficier von den in Braunschweig und Wolfenbüttel garnisirenden Abtheilungen des activen Corps Getränke, Speisen, Kleidung oder sonstige Waaren und Gegenstände irgend einer Art ohne baare Bezahlung verabfolgt, kann deshalb, so lange derselbe im Dienste ist, keine gerichtliche Klage auf Zahlung anstellen, sofern nicht der Compagnie-Chef die contrahirte Schuld genehmigt hat, oder insofern nicht bei der Klage zugleich ein unabhängiges Eigenthum des Schuldners nachgewiesen wird, aus welchem ohne Hinsicht auf den Sold des Soldaten die Zahlung erfolgen könne.

Art. 161.

Desgleichen kann, so lange der Schuldner im Dienst steht, keine gerichtliche Klage auf Zahlung aus einem Darlehn angestellt werden, welches künftig einem dienstthuenden Unterofficier oder Soldaten geleistet wird, sofern nicht

der Chef das geschlossene Darlehn genehmigt hat, oder nach Inhalt des vorigen Artikels ein unabhängiges Zahlungsmittel nachgewiesen worden.

Es macht dabei keinen Unterschied, ob das Darlehn unter dem Namen eines Darlehns oder vermittelt eines verstellten Geschäfts eingegangen ist.

Art. 162.

Die Insinuation der Urtheile und Bescheide in Civilprocessen geschieht bei Militärpersonen von Seiten des Civilgerichts und durch den gewöhnlichen Gerichtsbedienten, bei den casernirten Militärpersonen jedoch ist der Bataillons-Chef zur Beschaffung der Insinuation zu requiriren.

Von allen persönlichen Vorladungen einer dienstthuenden Militärperson in Civilprocessen wird zugleich durch das Civilgericht dem militärischen Chef Nachricht gegeben.

Die Civilgerichte außerhalb des Stationsortes der betreffenden Militärpersonen haben wegen vorkommender Insinuationen an Militärpersonen so wie wegen Abhörung von Militärpersonen, als Zeugen in Civilprocessen, das Civilgericht des Orts zu requiriren, wo die Militärperson stationirt ist.

Art. 163.

Die Vollstreckung eines Civilerkenntnisses, so wie eines Militär- oder Civilstraf-Erkenntnisses, worin zugleich über den Schadensersatz erkannt ist, kann gegen Unterofficiers und Gemeine nicht durch Abzüge vom Tractament verfolgt werden, muß vielmehr lediglich in deren sonstigen Vermögen geschehen.

Eben so wenig findet ein Abzug von Warte- oder Unterstützungsgeldern und Pensionen bei Unterofficiers und Soldaten Statt.

Art. 164.

Bei Officieren kann wegen Forderungen, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, auch selbst wenn sie ausgeklagt

oder sonst zuerkannt sind, und nicht aus anderm Vermögen befriedigt werden können, ein Abzug vom Gehalte nicht über ein Drittel desselben erstreckt werden, und findet dasselbe auch in Ansehung der Bartegelber oder Pensionen der Officiers statt.

Art. 105.

Die Abzüge finden, außer bei den Forderungen der Compagnie und der General-Kriegscasse, nur auf Requisition eines Civilgerichts oder auf freiwillige Anweisung des Schuldners Statt.

Die Requisition des Civilgerichts wird an den General-Zahlmeister gerichtet, und vor demselben sind auch die freiwilligen Anweisungen zu ertheilen.

Art. 166.

Ein mehreres, als den im Art. 164. gestatteten Abzug vom Tractament, Bartegeld oder Pension kann auch ein Officier seinen Gläubigern freiwillig nicht anweisen.

Art. 167.

Wenn mehrere Gläubiger auf das Tractament einer Militärperson Beschlagnahme gelegt oder Anweisung erhalten haben, so werden dieselben successiv nach dem Datum befriedigt, wo die Arrestanlage insinuiert, oder die Anweisung in der im Art. 165. bestimmten Form ertheilt ist.

Art. 168.

Personalarrest wegen Wechsel- und anderer Schuldforderungen findet gegen dienstthuende Militärpersonen nicht Statt.

Art. 169.

Die dienstthuenden Unterofficiers und Gemeinen, welche gegen eine andere Militärperson oder gegen eine Civilperson eine Klage bei dem Civilgericht anstellen wollen, müssen davon ihrem Compagnie-Chef zuvor Anzeige machen; es sei denn in so dringenden Fällen, daß solches ohne Nachtheil nicht thunlich, worauf aber die Anzeige sogleich nachzuholen ist.

Art. 170.

Die Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, als die

Versiegelung und Regulirung des Nachlasses, die Bestellung von Vormündern, die Errichtung von Testamenten und Contracten u. s. f., mit Ausnahme der Beglaubigung der in militärischen Dienstfachen vorkommenden Verzichte und Erklärungen, werden bei Militärpersonen, so lange sich die Truppen im Lande befinden, ebenfalls von den ordentlichen Civilbeamten vorgenommen.

Wenn sich unter den Effecten eines verstorbenen Officiers militärische Dienstpapiere befinden, so ist deren Auslieferung bei dem versiegelnden Gerichte durch den Commandeur der betreffenden Truppenabtheilung zu requiriren und von Seiten der Civilbeamten ohne allen Anstand an den zu deren Empfangnahme beordneten Officier zu beschaffen.

Art. 171.

Während die Truppen im Felde stehen, können alle Rechtsgeschäfte, welche nach den Landesgesetzen vor Gericht oder vor Notar und Zeugen geschehen müssen, vor dem Auditeur vollzogen werden, und bedarf es dazu keines commandirten Beisitzers.

Nach erfolgtem Rückmarsche werden die im Felde errichteten Testamente durch den Auditeur den competenten Civilgerichten übergeben.

Art. 172.

Während sich die Truppen im Felde befinden, soll für einen jeden Unterofficier und Soldaten, welcher darauf anträgt, und nicht in väterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft steht, durch das Stadt- oder Kreisgericht seines Wohnortes ein Curator zur Verwaltung seines zurückgelassenen Vermögens bestellt werden.

Zugleich mit diesem Antrage ist dem Gerichte schriftlich oder in einem mündlichen Termine eine Uebersicht des activen und passiven Vermögenszustandes mit sämmtlichen Documenten und Belägen zu übergeben, worauf demnächst das Vermögen dem Curator überliefert wird. Das Gericht hat dabei sowohl die Sicherheit der Militärperson, als die Erleich-

terung des Curators zu berücksichtigen, und daher alle zweckdienliche Erläuterungen von Amtswegen einzufordern; auch die Vorschläge der Militärperson über die Person des Curators zu vernehmen.

Auf die Ernennung, die Ablehnungsgründe und Verantwortlichkeit dieser Curatoren sind durchgängig die gesetzlichen Bestimmungen über Vormünder anzuwenden.

Eine Sistirung des gerichtlichen Verfahrens zum Besten der im Felde stehenden Militärpersonen findet dagegen nicht Statt.

Art. 173.

Die Inventarisirung und Versteigerung des bei dem Corps befindlichen Nachlasses der im Felde verstorbenen Militärpersonen wird durch den Zahl- oder Quartiermeister des Bataillons im Beisein eines dazu commandirten Officiers und in den Feld-Hospitälern durch den ersten bei dem Hospitale angestellten Officier vom Corps vorgenommen.

Sämmtliche Behörden des Herzogthums, besonders aber das gesammte Militär, so wie die Gerichte im Lande und überall ein Jeder, insofern es ihn betrifft, haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Herrnhäusen, den 29sten October 1821.



George. R.

E. Graf von Münster.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 16.

D. D. Braunschweig, den 22sten December 1821.

(18.) Verordnung, die nothmalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betreffend. Braunschweig, den 12ten December 1821.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c. In vormundtschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Betters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

fügen hiemit zu wissen:

Da die Ursachen, weshalb Wir Uns bewogen gefunden haben, die Frist zur Anmeldung der hypothekarischen Rechte wiederholt und zuletzt durch unsere Verordnung vom 13ten December v. J. bis zum 31sten December d. J. zu prolongiren, auch gegenwärtig noch fortdauern, so haben Wir beschlossen, gedachte Frist, wie hiemit geschiet, nochmals auf ein Jahr, also bis zum 31sten December 1822, zu erstrecken.

Es sollen demgemäß die vor dem 1^{ten} Januar 1823 vorschriftsmäßig angemeldeten Hypotheken die ihnen gebührende Rangordnung behalten, der Rang aller nachher angemeldeten Hypotheken aber sich nach dem Zeitpunkte der geschehenen Eintragung richten und soll übrigens in Ansehung der gesetzlichen und stillschweigenden Hypotheken und der der Landesherrschaft oder den öffentlichen Cassen zustehenden Forderungen es wiederum bei den wegen selbiger in der Verordnung vom 23^{ten} Mai 1814 enthaltenen Bestimmungen sein Verbleiben haben.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 12^{ten} December 1821.



Auf Allerhöchsten Special-Befehl.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt-Phisfelbeck. v. Schleinitz.